This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969

Wieland, F.

Enthüllungen

aus

Oesterreichs

jüngster Vergangenheit.

Von

einem Mitgliede der Linken

des aufgelösten österreichischen Reichstages.

Hamburg.

Hoffmann und Campe.

1849.

DB83
V5

Druck von H. G. Voigt.

Vorrede.

Aus Oesterreich meinem Vaterlande entfernt, schrieb ich dieses Buch. Ich gebe mit ihm Enthüllungen über die neuesten Vorgänge daselbst, und über die Gräuel und Schauderthaten eines üppigen Hofes und eines verätherischen Ministeriums so wie der gesammten Reaktion.

Es zitterte mir oft die Hand, und oft leuchtete eine Thräne oder die Kampflust in meinem Auge, oder es ballte sich aus Ingrimm die Faust, wenn ich Alles das wieder vor meine Seele führte, was ich erlebte und tief empfand.

In Oesterreich ist die alte barbarische Zeit mit der frisch und muthig heranstürmenden neuen, im Kampf auf Leben und Tod. Der alte Despotismus wird und muß erliegen, ja Oesterreich ist jetzt schon in Todeszuckungen. Aber in der Natur gibt es kei-

nen wahren Tod, nur ein beſtändiges Formwechſeln. Das was wir Tod nennen, ſind nur Geburtswehen zu etwas Neuem. Oeſterreich wird zerfallen, vielleicht in einigen Monaten, vielleicht in einigen Dezennien, was ſind dieſe in der unendlichen Zeit? ein Moment, und ſeine Völker werden neue Verbindungen eingehen, und ſich glücklich fühlen unter der Fahne der Demokratie.

Alle die Gräuel die jetzt in Oeſterreich begangen werden, führen gerade nur zu ihrer Bekämpfung, zum Siege höherer Erkenntniß, und wenn ich auch über das Schlechte heftig erbittert bin, ſo haſſe ich doch nicht die Menſchen, die es in ihrer Verblendung vollbracht; ſie ſind arme Sclaven des Egoismus, der mehr quält, als in ſeiner höchſten Befriedigung erfreut.

Daher ſehe ich getroſt der Zukunft in das Auge, und bin ich bis zu der Zeit, wo die Menſchen wirklich frei ſind, nicht mehr auf dieſer Erde, was liegt daran, ich weiß, ich habe nicht umſonſt gelebt, und auch mit meinen geringen Kräften etwas für die Freiheit und das Recht gewirkt, die beide nach meiner innerſten Ueberzeugung ganz gewiß zum Siege kommen werden.

Auch mit dieſem kleinen Buche hoffe ich etwas für die Freiheit zu wirken, denn ich will mit demſelben das Lügengewebe vor Augen legen, welches die

Reaktion ſpann, ich will nachweiſen das Unrecht, die Rechtsloſigkeit der öſterreichiſchen Regierung, ich will erſchüttern den dummen Glauben an Autoritäten, der die Urſache der meiſten Unterdrückung iſt, und ich will das Herz mit dem höchſten Zorn erfüllen gegen die bloße Gewalt, und dadurch den Muth erhöhen zum Kampfe für das Recht.

Fühlt derjenige, der dieſes Buch geleſen, nur den tauſendſten Theil meiner Entrüſtung, iſt ſein Rechtlichkeitsgefühl nur zum tauſendſten Theile ſo empört wie das meine, als ich das, was ich hier wahrheitsgetreu niedergeſchrieben, erlebte und wiedergab, ſo habe ich es nicht umſonſt in die Welt geſandt.

Noch ein Wort an die Czechen. Zürnt nicht über die wahrheitsgetreue Darſtellung des Wirkens Eurer Deputirten. Ich kann und will nicht zum Lügner werden, und deßhalb gebe ich es, ſo wie ich und jeder der Linken es aufgefaßt. Zürnt vielmehr Euren Abgeordneten, die Schuld ſind, daß für den Augenblick nicht blos die Deutſchen, die Italiener, die Magyaren, die Polen, ſondern Ihr ſelbſt in Oeſterreich um die Freiheit gebracht wurdet. Nicht herrſchen will der Deutſche über Euch, aber er will auch nicht von Euch beherrſcht werden. Wollt Ihr aus Deutſchland ſcheiden, der deutſche Demokrat hält Euch nicht auf. Gehet Eures Weges wie Ihr wollt,

und ſeid glücklich. Deßhalb iſt der Deutſche nicht Euer Feind, er reicht Euch noch die Bruderhand, und ſteht Euch mit deutſcher Treue redlich bei, wenn man Euer Recht verletzen wollte. Er will frei ſein, aber auch andere frei wiſſen. So wenig der Deutſche Euch an ſich ketten will, ebenſo wenig dürft aber auch Ihr den Deutſchen zwingen wollen, mit Euch vereint zu ſein. Schwingt Euch empor zur Idee der wahren demokratiſchen Freiheit, ſtrebt, ſie zu erringen, und wir gehen Hand in Hand wie Freunde, wie Brüder.

Paris, den 4. Mai 1849.

Ein Mitglied der Linken
des aufgelöſten öſterreichiſchen Reichstages.

Inhalt.

Seite

I. Die Zustände Oesterreichs vor dem 13. März 1848. Allgemeine Unzufriedenheit. Vorbereitung der Stände, um am 13. März um Preßfreiheit ꝛc. bei Hofe zu petitioniren 3

II. Der 12., 13., 14. und 15. März 1848. Die Stellung der Partheien 13

III. Das Ministerium Pillersdorf. Das unter ihm von Schriftstellern verfertigte vortreffliche Preßgesetz, und die grundlosen Angriffe gegen dasselbe. Die oktroirte Karte vom 25. April. Die am 15. Mai bewilligte constituirende Reichsversammlung. Die constitutionelle Monarchie als Provisorium... 20

IV. Entsetzen der Reaktion über den 15. Mai. Entführung des Kaisers nach Innsbruck. Die Revolution am 26. Mai. Capitulation des Ministeriums. Die Republik in Wien und der Sicherheitsausschuß 27

V. Plan der Hofparthei. Ungarns Verhältnisse. Der Kaiser bewilligt und beschwört die Selbstständigkeit des ungarischen Reiches. Jellachich will ein südslavisches Großreich errichten und Croatien von Ungarn trennen, weßhalb er wegen Hochverraths in Anklagezustand versetzt wird. Der Hof bringt ihn auf den Gedanken eines slavischen Oesterreichs, und verbindet sich mit ihm. Die Anklage gegen ihn wird zurückgenommen. Er rüstet sich gegen die Magyaren, und diese werden von ihrem Könige verlassen 36

VI. Ausschreibung der Wahlen zum österreichischen Reichstage. Theilweise Zurücknahme des am 15. Mai gegebenen kaiserl. Wortes. Dobblhof bildet ein neues Ministerium. Charakteristik der Rechten, des Centrums und der Linken des österreichischen Reichstages 49

VII. Charakteristik des neuen Ministeriums. Der Sicherheitsausschuß löst sich in Folge der Intriguen des Hofes selbst auf 56

VIII. Die Ansicht der Linken über den Kampf in Italien. Naiver Antrag des Abgeordneten Seelinger: der Armee für ihre Waffenthaten in Italien den Dank des Vaterlandes per Acclamationem auszusprechen. Die Linke besteht auf die Debatte. Deßhalb wird sie verdächtiget und das Militär wird Bundesgenosse der Reaktion 62

IX. Eigenmächtige Truppenaushebung des Ministeriums. Das Militär, die Bureaukratie und die Hierarchie bilden die kräftigsten Stützen der Reaktion. Das Ministerium läßt am 23. August gegen die Arbeiter feuern, und bringt dadurch die von ihm gewünschte Spaltung unter der Wiener Bevölkerung hervor 6

Seite

X. Das Ministerium beabsichtiget am 13. September einen Kampf zu provociren, um den Muth und die Freiheit des Volkes niederzukartätschen. Es wird daran durch den Reichstag gehindert. Nachträglich bereuen die Czechen, den Plan des Ministeriums hintertrieben zu haben 76

XI. Das Ministerium erklärt, sich in die ungarischen Wirren nicht zu mischen. Das Volk und die Linke erkennt diese Erklärung als Lüge. Violand's Interpellation bezüglich Ungarns. Ausweichende Antwort des Ministeriums, und Hinweisung auf eine vorgelegt werdende Staatsschrift 85

XII. Bach legt diese Staatsschrift vor. Kritik derselben. Plan der Linken über die Construirung Oesterreichs. Die dießfällige Absicht des Ministeriums 96

XIII. Der ungarische Reichstag sendet eine Gesandschaft an die österreichische Reichsversammlung, um Abhülfe gegen die Intriguen des Hofes zu ersuchen. Sie wird abgewiesen. Das Volk ist hierüber erbittert, und erscheint mit einem Fackelzug unter den Fenstern der ungarischen Abgesandten. Jellachich zieht gegen Pesth. Die Ungarn ergreifen die Zügel der Regierung 106

XIV. Die Ungarn kämpfen mit Glück gegen Jellachich. Aus der von ihnen aufgefangenen Correspondenz desselben geht hervor, daß die österreichische Regierung die Croaten unterstütze. Dießfällige Interpellationen in der österreichischen Kammer. Die Minister Latour und Kraus manifestiren sich als Lügner. Erbitterung des Volkes. Kudlich's Fackelzug. Schwanzwedelei der Majorität der Kammer. Löhner's Prophezeiung 112

XV. Jellachich wird geschlagen. Latour will ihm Truppen aus Wien senden. Der 6. Oktober. Das Volk hindert den Abmarsch. Das Ministerium benützt diesen Umstand, um den Muth des Volkes niederzukartätschen. Es wird von Strohbach unterstützt. Das Volk siegt und ermordet den Latour. Sitzung im Reichstag. Flucht des Strohbach. Deputation an den Kaiser mit der Bitte um ein neues Ministerium und um Amnestie. Nothwendigkeit der letzten Bitte 121

XVI. Wirken des Reichstages und der Permanenz in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober. Die Permanenz ist Ursache an der Kanonade bei dem Zeughause. Sturm auf dasselbe. Violand auf der Bastei. Kudlich in der Renngasse. Uebergabe des Zeughauses. Das Volk bewaffnet sich 133

XVII. Die Entführung des Kaisers nach Ollmütz und dessen Drohung. Geheime Besprechung der Deputirten. Die Mittheilung des Ministers Kraus. Violand's Antrag, eine provisorische Regierung einzusetzen. Eine Deputation wird dem Kaiser nachgesendet. Komischer Empfang dieser und jeder nachfolgenden Deputation. Stadion redet dem Borosch zu, ein Minister[illegible]en 148

Seite

XVIII. Der General Auersperg verweigert dem Reichstag den Gehorsam. Antrag ihn anzugreifen. Jellachich fällt in Niederösterreich ein. Das vom Reichstage anerkannte Ministerium. Minister Kraus als Chamäleon. Das Wirken der Czechen. Die Halbheit und Zaghaftigkeit der Kammer 154

XIX. Die provisorischen Nationalgarde-Oberkommandanten Scherzer, Braun, Spitzhüttel, Messenhauser. Der Generalstab. Die Mobilgarde. Die Vertheidigung Wiens wird von Messenhauser und Bem in Einverständnisse mit dem Reichstage geleitet. Das Oberkommando und der Gemeinderath ertheilen eine schriftliche Vollmacht zur Organisirung des Landsturms. Die Czechen in Prag und Ollmütz. Welker und Mosle. Blum und Fröbel .. 165

XX. Windischgrätz verhängt über Wien den Belagerungszustand, und beruft sich auf eine Vollmacht des Kaisers. Kritik dieser Bevollmächtigung. Der Reichstag erklärt das Benehmen des Windischgrätz für ungesetzlich. Merkwürdige Frechheit und Lüge dieses Menschen. Der Reichstag beschwört den Messenhauser, für die Vertheidigung Wiens zu sorgen 174

XXI. Die radikale Parthei. Die Beamten, Geistlichen, Spießbürger, und Feiglinge mit gelben Glacee-Handschuhen. Der Ausschuß ist über die Memmenhaftigkeit einiger Garde-Officiere erzürt. General Bem's Erklärung in der Permanenz. Antrag, daß die ganze Kammer in den Kampf ziehen solle. Das Volk treibt die unbewaffneten Spaziergänger zum Barikadenmachen. Der Kaiser will den Reichstag prorogiren. Der Reichstag sendet dießfalls eine Deputation an ihn 182

XXII. Windischgrätz greift an und steckt die Vorstädte in Brand. Messenhauser am Stephansthurme. Die Ungarn greifen an, und werden geschlagen. Verzweiflung in Wien. Einige wollen capituliren, die andern retten die Ehre Wiens und lassen die deutsche Fahne nicht vom Stephansthurme reißen. Bombardement. Eine Rackete zündet am Dache des Naturalien-Cabinets. Einzug der Truppen in Wien. Die Proletarier schützen den Reichstag und die Burg 189

XXIII. Der 1. November. Gewaltthat gegen den Reichstag. Die rothe Monarchie. Der schwarzgelbe Lappen. Die Militärherrschaft. Tausende werden eingesperrt. Das Blutgericht. Das Schreckenstribunal des Robespiere, wie es sich von demselben unterscheidet. Jellovicki. Becher, Jellineck, Blum, Messenhauser werden erschossen. Windischgrätz hintertreibt den Pardon des Messenhauser. Ein Wunder. Die Deputirten läßt er nicht ermorden 196

XXIV. Anhängsel des Belagerungszustandes. Stimmung in den Provinzen. Das neue volksthümliche Ministerium des Kaisers. Charakteristik desselben. Beabsichtigte Anklage gegen Wessenberg und Windischgrätz. Ein den Deutschen gemachter Vorwurf. Die Wirksamkeit der Kammer in Kremsier. Verrath

Seite

der Kammer am Volke. Wirksamkeit des neuen Ministeriums. Maulkorb für die Interpellanten 212

XXV. Der Kaiser Ferdinand wird zur Abdicirung bewogen. Er überträgt die Krone an Franz Joseph. Dieser spricht sich als Gegner der Volkssouveränität und des 15. Mai aus. Smolka rettet die Kammer aus der Verlegenheit. Keine Amnestie, aber 80 Millionen Gulden. Die Kammer bewilligt sie, die Rechte als Belohnung, das Centrum aus Dankbarkeit 221

XXVI. Die Rechte nähert sich der Linken. Da will das Ministerium die Kammer auflösen, und trifft Vorbereitungen. Die Presse wird gegen die Kammer, und Wildner gegen die Grundrechte commandirt. Helfert macht sich unsterblich. Ministerielle Erklärung. Die Kammer weicht der Schlinge aus und überschüttet die Minister mit Vorwürfen. Bach will durchaus nicht nach seinen Worten beurtheilt sein. Die Czechen gehen bei den Grundrechten mit der Linken. Aeußerung eines czechischen Demokraten 225

XXVII. Für das Ministerium existirt nicht mehr die Kammer. Thinfeld, die Papierscheere und das Lineal. Das Ministerium unterdrückt die Ostdeutsche Post, das Giornale di Trieste, läßt Schriftsteller unter das Militär stecken, und verbietet die Verbreitung der deutschen Grundrechte. Komische Ausflüchte. Die demokratischen Vereine werden aufgehoben. Belagerungszustand in Galizien, wo gar kein Aufstand ist. Originelle Rechtfertigung desselben 232

XXVIII. Stadion erfindet zwei neue Nationalitäten, die ruthenische und die tyrolische. Hiebei kommt auch die christkatholische zur Sprache. Freude der Czechen über das Ministerium. Minister Bach erklärt, worin die Freiheit bestehe 240

XXIX. Die Kammer greift das Ministerium an. Dieses verdächtiget dafür die Kammer. Die Deputirten sollen mit ihren Wählern nicht sprechen. Die Unterredung des Deputirten Geyer mit Stadion. Lüge des letzteren. Das Ministerium bereitet Tendenzprozesse gegen Kammerglieder vor. Ein Bauer wird angeklagt. Die Linke siegt. Wuth der Czechen. Rieger benimmt sich ehrenhaft. Uebereinkommen mehrerer Glieder der Linken, für den Fall einer gegen sie vorgebrachten Anklage 249

XXX. Die Debatte über das Despotenwesen. Schuselka donnert in der höchsten Aufregung gegen das Ministerium. Dessen Rede. Darauf sprengt das Ministerium die Kammer mit Bajonetten, und garnirt den Despotismus mit einer elenden constitutionellen Verbrämung. Fi'chhof wird verhaftet, mehrere Deputirte werden verfolgt. Niederträchtigkeit gegen Goldmark. 259

XXXI. Sündenregister des Ministeriums und des Hofes. Oesterreich ist ohne Despotismus eine Unmöglichkeit. Es ist das Unglück Deutschlands und Italiens. Herausforderung der Demokratie. Sie nimmt den Kampf an. Rieger's Worte 276

Enthüllungen

aus

Oeſterreichs jüngſter Vergangenheit.

I.

Die Zustände Oesterreichs vor dem 13. März 1848. Allgemeine Unzufriedenheit. Vorbereitung der Stände, um am 13. März um Preßfreiheit ꝛc. bei Hofe zu petitioniren.

Das morsche österreichische Staatsgebäude wurde unter Metternich nur durch den Kitt des schmutzigen Egoismus privilegirter Kasten zusammengehalten. Es war eine eckle Polizeianstalt, ein düsteres Zuchthaus, eine chinesische Mauer. Jedes der Gewalt unliebsame Wort wurde mit Verbannung, Kerker oder Tod bestraft. Die Polizei drängte sich bis in das innerste Familienleben, hemmte absichtlich die Bildung und Erkenntniß, suchte den Menschen zur Maschine zu machen, oder doch zum Papagey zu metamorphosiren. Die Rechte der Menschen unterdrückte man auf wahrhaft canibalische Weise. Schriftsteller wurden verhaftet des Landes verwiesen, wenn sie die Wahrheit auszu-

ſprechen, oder Andere zu belehren wagten; ja es ergab ſich ſogar aus einer Erklärung des Miniſteriums Dobblhof, daß in jener Zeit alljährig mehrere hundert Italiener nach der ungariſchen Feſtung Szegedin unter engen Gewahrſam aus keinem anderen Grunde gebracht wurden, als weil ſie dem jedes Recht mißachtenden Despotismus bedenklich erſchienen. Die Polizei und die Criminal-Regiſtraturen bewahren ſchauderhafte Geſchichten über die Willkühr der damaligen Zeit. Eine will ich hier nur kurz erzählen, um zu zeigen, weſſen die öſterreichiſche Regierung fähig war. Bedera ein Dalmatiner, in England lebend, ſollte nämlich mehrere Druckſchriften nach Italien geſendet haben, welche das Land zum Abfalle von Oeſterreich aufforderten. Da ihn England auf Verlangen nicht auslieferte, ſo ließ ihn die öſterreichiſche Regierung ſtehlen, auf das Feſtland ſchmuggeln, und nach Wien transportiren. Daſelbſt wurde er ohne Verhör durch 8 Jahre in polizeilicher Haft gehalten, und erſt dann, als es ihm gelungen war, einen ſeine Klagen enthaltenden Brief durch ein Fenſter des Sternhofes vor die Füße des auf der Baſtei promenirenden Kaiſers Franz zu ſchleudern, brachte man ihn wegen Hochverrathes vor das Criminalgericht. Ungeachtet daſſelbe nach gepflogener Unterſuchung das Urtheil auf Aufhebung derſelben wegen Mangels eines Beweiſes ſprach, erhielt der Unglückliche dennoch nicht ſeine Freiheit, ſondern er mußte ſein Leben unter

steter polizeilicher Aufsicht innerhalb einer Festung beschließen.

Oesterreich, das arme geknechtete so schöne Land, entbehrend der Sonne der Freiheit, schmachtete dahin. Kerkerluft und Leichenmoder umhüllte als dichter Nebel seine Höhen und Thäler, kein Ohr vernahm ein freies Menschenwort, nur die Unken und Kröten der Bureaukratie und der privilegirten Stände durchquackten im Vereine die Grabesstille umher.

Ja die Bureaukraten! das waren die mächtigsten Stützen der Despotie, voll kriechenden Servilismus nach Oben, voll unverschämter Aufgeblasenheit und Herrschsucht nach Unten. Sie suchten nur ihre eigene Macht zu vermehren, ihre Kinder und Verwandten unterzubringen, ihren Egoismus auf jede Weise zu befriedigen und um sich den Nimbus des Allein- und Alles-Besserwissens zu verbreiten, und es gelang ihrer Bemühung ganz nach Wunsch. Sogar den stolzen Adel, die Stände, welche die Provinzialrechte gegen die Regierung vertreten sollten, brachten sie unter sich, und die Hofkanzlei entwand letzteren die wichtigsten Rechte, und ließ ihnen fast nichts mehr als prunkende Titel und gestickte Uniformen. Sie befahlen in Kirchen- in Schul- in Glaubenssachen, sie gängelten Alles und Jedes.

Die Wirthschaft in Oesterreich kostete aber außerordentlich viel. Man brauchte eine unglaubliche Menge Beamte, Spione, Soldaten, man verschleuderte bei

einer wahnsinnigen äußeren Politik so viel Geld, daß während eines mehr als dreißigjährigen Friedens, die Staatsschulden sich um mehr als die Hälfte verdoppelten, wo doch im Ganzen nicht eine einzige Steuerverminderung eingetreten war.

Die Unterdrückung jeder freien Bewegung, die Willkührlichkeiten und Rechtsverletzungen der Regierung in Oesterreich erfüllten mich seit Jahren mit Erbitterung, doch ich und die mir gesinnungsverwandten Freunde hofften mit Sehnsucht auf eine Erhebung des Volkes, und wir sahen sie mit Zuversicht herankommen. Zwar erwarteten wir sie nicht im Jahre 1848, aber wir hielten uns für überzeugt, daß sie bei dem Staats-Banquerote, welchem Oesterreich schon lange entgegen wankt, eintreten müsse. Daher jubelten wir voll Freude, als die Lombarden und Venetianer überdrüssig der auch über sie gebrachten Knechtschaft im Herbste des Jahres 1847 Alles aufwandten, ja sogar durch Enthaltung vom Genusse des Tabackes sich bemühten, diesen Finanz-Banquerot herbeizuführen, da, wie gesagt, von uns mit diesem die allgemeine Erhebung und durch sie die Beendigung des Absolutismus erwartet wurde, um so zuversichtlicher, als wir erkannten, daß nicht blos wir allein mit den damaligen Zuständen unzufrieden waren, sondern daß fast Jeder sich nach einer Aenderung der Staatseinrichtungen sehnte, wenn auch aus ganz andere Gründen als jenen, welche unsere Brust bewegten. Der Bauernstand

fühlte ſich gedrückt durch das Gutsunterthänigkeits-verhältniß, durch Roboth, Zehent, durch die ſchlechte Behandlung der Beamten; der Bürger- Handels- und Gewerbsmann war beengt durch die hohen Zölle, läſtigen Controllen und hohen Steuern, durch die Hinderung jeder freien Bewegung und ſein Stolz war verletzt durch das anmaßende Benehmen des Adels; die Geiſtlichen und Lehrer klagten über geringe Dotirung, und die vernunft- und rechtswidrige Unterordnung des Glaubens und der Wiſſenſchaft unter die Machtſprüche des Staates; der Adel war unzufrieden, weil er verarmte und ſein Einfluß von der Bureaukratie verringert wurde; und die niederen Militärs und Beamten waren erbittert über die Einſchübe der ſogenannten Protectionskinder, ihren geringen Gehalt und die Ausſichtsloſigkeit auf eine beſſere Zukunft. Ja ſelbſt bei Hofe gewahrte man eine Unzufriedenheit, zwar nicht mit dem Syſteme der Despotie, aber doch mit den damaligen Repräſentanten desſelben, mit Metternich und Erzherzog Ludwig. Gleich nach der franzöſiſchen Revolution vom 24. Febr. 1848, als der Geiſt der Freiheit durch Europa nach Oſten zog, da fürchteten mehrere Glieder des kaiſerlichen Hauſes, als wie der Erzherzog Johann und die Erzherzogin Sophie, daß in der bedrängten finanziellen Lage Oeſterreichs ein furchtbarer Ausbruch des Volksunwillens ja Volkszornes eintreten könnte, welcher ſelbſt der Dynaſtie Gefahr

brächte. Um dieſe Gefahr abzuwenden, wollten ſie kleine Zugeſtändniſſe machen, durch einiges Spielzeug die Zuneigung der Völker erwerben, wie es bei Kindern gewöhnlich geht, aber da Metternich und Ludwig, dieſe verknöcherten alten herzloſen Menſchen, dieſe Zuchtmeiſter nicht nachgeben wollten, und der Kaiſer keinen eigenen Willen hatte, ſo entſtand eine gereizte Stimmung gegen dieſelben, und es wurde vom Hofe aus, mit feinen Intriguen an ihrer Entfernung gearbeitet. An dieſer ſoll, — wie man ſagt, — beſonders der Erzherzogin Sophie gelegen geweſen ſein, weil ſie daran dachte, ihren Gemahl Franz Carl oder ihren älteſten Sohn Franz Joſeph ſo bald als möglich auf den Thron zu bringen, ſei es aus Herrſchergelüſte, um bei der Nachgiebigkeit ihres Mannes oder bei dem jugendlichem Alter ihres Sohnes den Scepter ſelbſt führen zu können, ſei es, weil ſie fürchtete, daß unter Ferdinands Regierung, welcher ſchwach am Geiſte geſchildert wird, die Krone dem Hauſe Habsburg-Lothringen durch eine Revolution entriſſen werden dürfte, — genug ſie ſuchte, wie man allgemein behauptet, — den Kaiſer Ferdinand zur Abdicirung zu bewegen, und weil ſich Metternich und Ludwig, um ihren Einfluß auf Ferdinand und die Regierung nicht zu verlieren, dieſem Beſtreben entgegenſtellten, ſo wurde auch aus dieſem Grunde von Gliedern des kaiſerlichen Hauſes am Sturze der genannten beiden Männer gearbeitet.

Während dieser fast allgemeinen Unzufriedenheit erschien der 13. März 1848. Niemanden kann er überraschen, der die vorangegangenen und die ihn begleitenden Umstände erwägt.

Schon seit einigen Jahren hatten sich, natürlich mit polizeilicher Bewilligung, Vereine zur Unterstützung von Armen, zum besseren Betriebe der Oekonomie, zur Verbreitung mehrerer Sittlichkeit gebildet. Besonders wichtig war die Bildung des juridisch-politischen Lesevereines, in welchem manch gutes Buch gelesen, und das Verlangen sich auszubilden bei dem Einen oder Anderen hervortrat. In diesen Vereinen wurden Ansichten, Kenntnisse ausgetauscht, es entstand ein regeres geistiges Leben, man kam in vielerlei traurige Conflicte mit den, sich dem freien Wirken dieser Vereine entgegenstemmenden Behörden, man ersah, daß deren Bevormundung nur hinderlich sei und im Grunde nichts nütze, — und siehe, — nach und nach schwand immer mehr und mehr vor der sich schnell ausbreitenden Erkenntniß der Nimbus der Büreaukratie, und man fing an, seiner eigenen Einsicht, seiner eigenen Kraft zu trauen.

Auch die Stände der einzelnen Provinzen traten in den Kampf mit der Beamtenherrschaft, von welcher immer deutlicher wurde, daß sie Oesterreich mit der graßesten Ignoranz, oder doch einer mit ihrer Pflicht unvereinbaren Gleichgültigkeit an den Rand eines furchtbaren Finanz-Banquerotes führe.

In faſt allen Ländern Europas war ſo eben den Völkern die Erfüllung ihrer Forderungen zugeſichert worden, Ungarn donnerte gegen die Willkühr der öſterreichiſchen Despotie, und in Italien wurde nur mit Gewalt der Kampf um die Freiheit niedergehalten, — was war unter dieſen Umſtänden natürlicher, als daß in dieſem Momente auch bei den Ständen, als den geſetzlichen Vertretern der Provinzen der Gedanke, eine Abhülfe gegen die unerträgliche Willkühr Metternichs, und ſeines Syſtems, der Cenſur, der Hofkanzlei ja aller Behörden zu fordern, rege wurde, um ſo mehr, da ſie erwarten konnten, in dieſer Forderung von allen Vereinen, Corporationen und einzelnen Individuen unterſtützt zu werden. Die Stände Niederöſterreichs, welche am 13. März ihren Landtag eröffneten, rafften auch all ihren Muth zuſammen, und ſie trugen ſich mit dem Gedanken um, von dem Kaiſer zu fordern, — doch nein, ſo weit ſtieg ihr Muth nicht, bei dem Kaiſer ganz ergebenſte Vorſtellungen zu machen und ganz gehorſamſt zu petitioniren.

Da aber mehrere der Entſchloſſeneren unter den Ständemitgliedern ſahen, daß mit dem bloßen Petitioniren nichts erreicht werden würde, ſo bewogen ſie den nö. Gewerbsverein und den juridiſch-politiſchen Leſeverein, Petitionen an die Stände zu überreichen mit dem Verlangen, daß dieſe ſich um Preßfreiheit und anderes dergleichen bei Hofe verwenden möchten. Vielleicht mochte ihnen vorſchweben, daß durch der-

artige überall aufliegende Petitionen eine Aufregung unter der Bevölkerung Wiens hervorgerufen werden würde, welche zu einer günstigen Erledigung ihres beabsichtigten Einschreitens bei Hofe beitragen dürfte.

Die Petitionen des Gewerbs und Lesevereins wurden zu Unterschriften herumgegeben, und Alles drängte sich zur Unterfertigung. Am 13. März sollten sie den Ständen überreicht werden, welche dann gleichsam vom Volke getrieben, und auf dessen Wunsch hinweisend, die unterthänigsten Vorstellungen bei Hofe machen wollten.

Dieses ganze Maneuver war allgemein bekannt, doch Metternich und sein treuer Genosse Sedlnitzky schienen davon nicht sonderlich erschreckt, sie vertrauten wahrscheinlich auf die bisher gezeigte Geduld der Wiener, sie brüteten einstweilen nur auf Rache, und die Polizei mußte sich blos um die kecken Petitionsverbreiter erkundigen, um sie dann zu gelegener Zeit, zum warnenden Exempel einsperren zu können.

Indessen gab es, was man bei Hofe gar nicht vermuthete, was die Polizei nicht für möglich hielt, ganz entschiedene Leute, die da nicht viel petitioniren, sondern gleich dareinschlagen wollten, wenn man ihnen das nicht gewähre, was sie zu fordern das Recht hätten.

Der Muth Aller wurde auch noch dadurch erhöht, daß der Erzherzog Franz Carl einige Tage vor dem

13. März die Bitte des Kaufmanns Arthaber im Gewerbsvereine um freiere Institutionen nicht ungnädig entgegennahm, woraus sie schlossen, daß auch mehre Glieder des kaiserlichen Hauses, wie schon lange gesprochen wurde, mit der Metternich'schen Wirthschaft nicht zufrieden seien, und daß demnach auch von diesen ihre Verlangen unterstützt werden würden.

II.

Der 12., 13., 14. und 15. März 1848. Die Stellung der Partheien.

Die Spannung, die Erwartung auf die Ständesitzung am 13. März war eine außerordentliche. Jeder ahnte, daß sich mit ihm eine neue Epoche für Oesterreich datiren werde. Viele Leute vom Lande wurden von ihren Bekannten eingeladen, um sich die allenfalls eintretende Revolution anzusehen.

Unter all den aufgeregten Gemüthern waren es aber nur die hochherzigen Studenten Wiens, welche klar wußten, was sie wollten, welche den edlen Muth besaßen, ohne jeden Egoismus dieser hundertjährigen Knechtschaft, diesem empörenden Despotismus, der Oesterreich in einen dumpfen Kerker verwandelt hatte, zu brechen; welche am 12. März in einer sogenannten ungesetzlichen Zusammenkunft zu berathen wagten, ob sie nicht ohne jede Verwendung an die Stände, gleich selbst zum Kaiser sich begeben, und die Preß-

freiheit, die Volksbewaffnung, wahre Volksvertretung verlangen, nicht erst um selbe bitten sollten. Sie beriethen, und beschlossen auch, sich sogleich in dieser Absicht zum Kaiser zu begeben. Doch da kamen einige der damals sogenannten liberalen Professoren, und suchten die Heldenjünglinge von ihrem Entschluße abzubringen. Diese furchtsamen Hasenherzen ohne Entschlossenheit und Thatkraft wollten nur winseln und betteln um das Recht der Menschheit auf volle Freiheit, und sie hatten nicht den Muth, ihren erbärmlichen Servilismus gegenüber den Tyrannen abzuschütteln. Doch es gelang ihnen nur halb, denn die Studenten unterließen nur unter der Bedingung die sogleiche Forderung an den Kaiser, daß die Professoren der Universität selbe noch an diesem Tage zur Kenntniß des Hofes brächten.

Die Professoren gingen auch wirklich nach Hof, aber umsonst.

Als am 13. Morgens die Studenten erfuhren, daß der Erzherzog Ludwig im Namen des Kaisers ihre Forderung schnöde abgewiesen hatte, da zogen sie Alle entrüstet, mit entschlossenem Herzen in den Hof des Ständegebäudes, und schworen sich in ihrem Inneren zu, wenn es nicht anders ginge, mit Gewalt die Stände zu zwingen, ihre Pflicht als Volksvertreter zu erfüllen, und von dem Kaiser des Volkes gutes Recht zu verlangen. Die servilen angsterfüllten Stände mußten wirklich erst durch Schrecken,

durch Zertrümmerung der Tiſche und Stühle, durch die donnernde Anſprache des edlen und doch ſo beſonnenen Sekundararztes des allg. Krankenhauſes, des jugendlichen Dr. Fiſchhof, der an dieſem Tage für Freiheit und Recht zuerſt das Wort ergriff, zu dem Kaiſer getrieben werden. Da zeigte ſich wiederum die alte Wahrheit, daß nur das Volk im Vereine mit der Jugend ſeine eigenen Rechte vertreten kann, und daß dieſe alten Stände mit ihrem Serviliſmus und ihrem Egoismus zu nichts zu brauchen ſind. Mit den erbärmlichſten Ausflüchten von Ungeſetzlichkeit ſuchten ſie ſich zurückzuziehen; aber zum Glücke waren die Studenten da, und das wogende Volk in den Straßen tief erbittert über all die Schändlichkeiten der Regierung.

Als man nun bei Hofe zögerte, und Erzherzog Albrecht voll prinzlichen Uebermuthes auf das daſtehende Volk feuern ließ, da erfaßte der Grimm ein jedes Herz, und die verwahrloſten Arbeiter in den entfernten Vorſtädten legten Brand, um die Verwirrung zu vermehren, und ein Gott legte ihnen dieſe Wuth ins Herz, denn hätten Metternich und Ludwig und ihre ſervile Umgebung nicht die allgemeine Erhebung ſo deutlich wie hier geſehen, hätte der Volkszorn nicht mit Flammenzügen vor ihnen geleuchtet und gedroht, Alles zu vernichten, man hätte gewagt, die Stadt zu bombardiren, und die Freiheit in Oeſterreich auf lange Zeit abermals niederzutreten. Man

hätte es gethan, ja es wurde schon ein Plakat von Windischgrätz gedruckt, nach welchem er Wien in Belagerungszustand erklären und die Stadt beschießen wollte. Doch die Furcht, der allein die Höfe gehorchen, hieß sie nachgeben, und am 13., 14. und 15. März wurde dem Volke die verlangte Preßfreiheit, die Volksbewaffnung und eine mit den Provinzialständen zu berathende Constitution zugesichert, und die alten Tyrannen Erzherzog Ludwig, Metternich und der Lüstling Sedlnitzky zogen leise von dannen, wie die Nachteulen, wenn es tagt.

Schon früher habe ich angedeutet, welcher Unterschied vor dem 13. März in den Ansichten und Wünschen unter den Bewohnern Wiens obwaltete, obgleich sie alle übereinstimmten in der Erbitterung gegen den Druck der früheren Verhältnisse. Bei Einigen war es blos das liebe Ich, welches sie in den Vordergrund stellen wollten, bei den Anderen aber die volle Begeisterung für das Recht zur Freiheit, welches sie ermuthigte, für dieselbe Alles einzusetzen. Noch mehr aber zeigte sich dieser Unterschied dem genauen Beobachter am 13., 14. und 15. März, man konnte da schon sehen, welche Kluft sich plötzlich zwischen beiden Partheien bilden müsse.

Die Glieder des juridisch-politischen Lesevereins, die Stände, die jungen Beamten, die reichen Leute baten und bettelten um die Waffen, um das Eigenthum zu schützen, welches sie von den Arbeitern be-

droht glaubten, sie gingen hinaus, sie zogen wie Häscher die armen Leute ein, und überlieferten sie den Gerichten. Die Studenten aber, die gesammte Jugend, jene, denen das Herz wahrhaft für die Freiheit schlug, die forderten die Volksbewaffnung als ihr gutes Recht, und drohten mit Angriff und Sturm; sie sahen in den Excessen der Arbeiter und deren Wuth nur eine Hülfe, welche ihnen der Himmel zugesandt; sie blieben in der Stadt, um die Preßfreiheit und Constitution, falls sie verweigert werden sollte, mit Gewalt, — selbst gegen die Dynastie zu erkämpfen oder zu sterben. Die Ersten erschracken vor dem frisch gegen jede Despotie anschwellenden Sturme der Freiheit, sie wollten ihn aufhalten, besänftigen, sie fürchteten, daß er auch ihre Privilegien hinwegreiße, sie fürchteten, daß sie, wenn es schlecht ginge, um recht prosaisch zu reden, eingesperrt werden würden; die Letzten aber wollten Alles zum Verzweiflungskampfe treiben, und siegen oder fallen.

Nach dem 15. März trennten sich beide Parteihen immer mehr und mehr. Welche Erbitterung entstand nicht durch den Streit, ob Deutschland einen Bundesstaat oder Staatenbund bilden solle, wie deklamirten und schrieen die servilen spießbürgerlichen Seelen von dem alten historischen österreichischen Bewußtsein, wo aber das Kaiserthum Oesterreich meines Wissens erst seit dem Jahre 1804 besteht, — und suchten die räumliche Größe und phisische Macht als wichtiger

und höher, als die Freiheit darzustellen; wie grämten sie sich, als man sie wegen ihrer vorzüglich dynastischen Tendenzen die Schwarzgelben nannte. Uebrigens mußten diese Herrn recht wohl die Niedrigkeit der Gesinnung fühlen, welche darin lag, sich aus Egoismus dem Streben, die volle Freiheit zur Geltung zu bringen, entgegen zu stemmen, — weil sie die Bezeichnung eines Schwarzgelben als Schimpf betrachteten, während die Radikalen sich mit Vergnügen den Namen eines Schwarzrothgoldenen beilegen hörten. Wie zog sich das servile Gesinde so bald vor dem frischen Hauche der Freiheit zurück, und suchte nur zurückzuhalten die in der Vernunft und dem Rechte gegründeten Forderungen der Menschheit.

Die Hofpartei hatte das Ausbrechen der Erhebung des 13. März zum Theile begünstiget, um ihre Separatzwecke zu erreichen, aber sie ersah bald mit Schrecken, wie sich das Volk auch seiner Herrschaft entwand und die Zügel der Regierung selbst in die Hand zu nehmen suchte. Das Volk sprach überall auf Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten laut seine Ueberzeugung aus, nur ihm gebühre das Recht, über sich selbst zu verfügen, sich selbst die Regierungsform zu bestimmen, und habe es einen Monarchen geduldet oder auch gewählt, so stehe es jederzeit in seinem Rechte, demselben die stillschweigend oder ausdrücklich gegebene Vollmacht zur Regieruug wieder abzunehmen. Es erkannte, daß der Regent nichts Anderes, als

entweder ein rechtsloſer Uſurpator, oder Falls er mit Recht regiere, nur der Bevollmächtigte des Volkes ſein könne. Die Wahrheit deſſen iſt ſo ſonnenklar, daß es der einfachſte geſunde Menſchenverſtand auffaßte. Das von den Ariſtokraten bis jetzt ſogenannte gemeine Volk verſtand ſie auch recht wohl, nur die Beamten, die reichen Leute, die Adeligen waren über dieſe Aeußerungen erſchreckt und wollten ſie nicht verſtehen, weil es nicht in ihrer Abſicht lag, den allgemeinen Volkswillen anzuerkennen, und ihren despotiſchen Einfluß auf die von Glücksgütern nicht Geſegneten aufzugeben.

III.

Das Ministerium Pillersdorf. Das unter ihm von Schriftstellern verfertigte treffliche Preßgesetz, und die grundlosen Angriffe gegen dasselbe. Die oktroirte Karte vom 25. April. Die am 15. Mai bewilligte constituirende Reichsversammlung. Die constitutionelle Monarchie als Provisorium.

Die Regierung wurde nach der Märzrevolution von dem Ministerium Pillersdorf geleitet. Pillersdorf wollte zwar dem Volke von seinem Rechte nichts rauben, aber da er die plötzlich wie durch einen Zauberschlag hervorgerufene Volkseinsicht nicht kannte, so war er der Ansicht, daß sich das Volk mit einem Theile der Freiheit begnüge, und daß die Gewährung eines mehr vom gesammten Volke nicht gewünschter Freiheiten zur Unzufriedenheit, ja zu bitterer Befehdung der sich bildenden Parteien führen würde. Er suchte immer zu vermitteln, zu vergleichen, er hatte nicht den Muth, dem Egoismus der früher bevorrech-

teten Stände mit niederdonnernder Energie entgegen zu treten, und so sank er zum Zwitterding herab, liebäugelte mit der Reaktion, und ging auch oft, um sie zufrieden zu stellen, und den Ausbruch eines Kampfes zu vermeiden, auf ihre finsteren Pläne ein; aber das Verdienst hat dieser Mann, daß jedesmal, sobald er einmal den mit Macht auftretenden Volkswillen erkannte, er sich demselben pflichtgemäß benahm, und es gereicht ihm zur Ehre, daß unter ihm während der drohendsten Momente niemals Blut geflossen ist. Das Ministerium Pillersdorf war auch, ungeachtet seines Schwankens, seiner vielen Mängel und Fehler noch das ehrlichste und freisinnigste, das in Oesterreich bis jetzt gewesen. Wie Pillersdorf stets zwischen Volk und Reaktion schwankte und doch von der Ueberzeugung durchdrungen war, gegen des Volkes Willen nichts mit Gewalt anordnen und durchsetzen zu dürfen, geht aus seinem ganzen Wirken hervor.

So erließ er ein Preßgesetz, welches die Volkswünsche nicht befriedigte. Als er erkannte, daß der Unwille des Volkes, der sich in Verbrennung des größtentheils von Bureaukraten und Professoren zusammengeflickten Machwerkes Luft machte, gerecht sei, da nahm er es sogleich zurück, und Statt durch Bureaukraten und Professoren ließ er ein neues treffliches Preßgesetz durch Schriftsteller ausarbeiten, und publicirte es. — Es war vortrefflich, obgleich

über dasselbe von vielen Seiten aus dem angeblichen Grunde geklagt wurde, weil fast kein Schriftsteller, selbst bei den ärgerlichsten Angriffen und Ehrenverletzungen, zur Verantwortung gezogen werden könne. Man klagte über die Sudelpresse und behauptete, derselben nicht steuern zu können. — Aber dem war nicht so. Die Bureaukraten, der ungeschickte damalige Wiener Staatsanwalt, welche sich in die neuen Verhältnisse nicht fügen wollten, welche schon damals als Reaktioneurs auftraten, da sie sahen, wie ihr Nimbus geschwunden sei, wie das Volk auf Verringerung des immensen Beamtenheeres dringe, und wie es sie dadurch in ihren Aussichten gefährde, diese Leute waren es, welche schwer dazu zu bringen waren, gegen wirkliche Verletzungen durch die Presse einzuschreiten, und welche sodann über die Klagen Vieler, auf das angeblich schlechte Gesetz hindeuteten, und dadurch das Volk gegen die Freiheit der Rede in Wort und Schrift zu erbittern suchten. Aber auch abgesehen hievon, so gab es Viele, denen es fürchterlich war, daß ihre Lächerlichkeiten, ihre spießbürgerlichen Bestrebungen, ihre Vergehen sowohl im häuslichen als öffentlichen Leben klar beleuchtet, und entweder dem Gelächter oder der Verachtung Preis gegeben wurden, und daß man den Bureaukraten, Aristokraten, Hierarchen den Nimbus ihrer höheren Stellung, ihrer vermeinten höheren Berechtigung, ihrer beanspruchten Weisheit herabrieß. Das Alles

wurde Frechheit, Unverschämtheit, das Bestreben jede Ordnung jede Autorität zu untergraben, geheißen, und solche Leute jammerten und schmähten, daß das Preßgesetz nicht verbiete, sie mit Wahrheit zu beleuchten. Auch die späteren Ministerien stimmten in dieses Geschrei, und behaupteten, daß keine Regierung unter einer solchen Presse bestehen könne; ja freilich keine Regierung wie unter Bach, Stadion, welche sich mit Reaktionsplänen umtrugen, welche dem Volke blauen Dunst vormachen, welche das Netz ihrer empörenden Verräthereien verdecken wollten; ja freilich diese Sachen brauchten Finsterniß, Lüge, Schmeichelei, Betrug, aber nicht das Alles beleuchtende wahre Wort der freien Presse. — Der Glaube an Autoritäten sollte nicht erschüttert werden! Köstlich! Das Unglück fast aller europäischen Staaten ist es eben, daß der blinde Glaube, die Autorität etwas gilt, daß man nicht Alles auf ein Princip zurückführt, und von Personen abstrahirt. Wie wäre es sonst möglich, daß man einigen Wenigen, oder gar nur Einem das Recht einräumte, ein absolutes nein, ein plumpes, rohes, bloßes: Ich will nicht, — wenn auch nur für einige Zeit dem Willen des gesammten Volkes, dem Willen von Millionen entgegenzusetzen. — Gerade, daß dieses Preßgesetz die volle Wahrheit zu sagen, jeden blos blinden Glauben an Autoritäten zu untergraben gestattete, schon das ist ein Beweis seiner Vortrefflichkeit.

Weiters wurde unter Pillersdorf die oktroirte Verfassung vom 25. April 1848 publicirt. Durch diese oktroirte Verfassung hatte der Hof sein gegebenes Versprechen, selbe mit den Provinzialvertretern zu berathen und mit ihnen zu vereinbaren, gebrochen, da diese Vertreter nicht alle zusammen berufen und gehört worden waren. Als aber Pillersdorf ersah, daß das Volk über diese Unredlichkeit erbittert sei, die alten Stände nicht das Volksvertrauen besitzen, das Volk zu einer höheren Einsicht in seine Rechte gelangt und Willens sei, den vollsten Freiheitsgebrauch von seinen Rechten selbst zu machen, weil die oktroirte Charte die Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger nicht enthalte, und dem Geiste der Zeit nicht entspreche, — und als die Garden mit der tapferen akademischen Legion an der Spitze ihr Recht forderten, da gab er nach, und bewog den Kaiser Ferdinand, nicht gleich anderen Fürsten auf seine Macht zu pochen, sondern dem Rechte Gehör schenkend, es dem Volke seinem souveränen Willen gemäß zu überlassen, sich selbst seine Regierungsform und alle seine Gesetze zu bestimmen. Es wurde also am 15. Mai 1848 eine constituirende, nicht eine vereinbarende, Reichsversammlung aus frei gewählten Vertretern der Völker bewilliget.

Durch die Erklärung des Monarchen im März, daß er sich von nun an, nur als constitutioneller Kaiser betrachte, und durch die Bewilligung der

Ausschreibung einer constituirenden Versammlung im Mai war eine wesentliche Veränderung in der rechtlichen Grundlage des Staates eingetreten.

Hieraus folgte die Anerkennung des Kaisers, daß er nur Bevollmächtigter des Volkes sei, daß das Volk das Recht habe, sich selbst seine Verfassung, demnach auch seine Regierungsform zu bestimmen, und daß diese Bestimmung nur durch die constituirende Versammlung erfolgen solle. Von diesem Momente an, war also die bereits seit März bestehende constitutionelle Monarchie nur mehr ein Provisorium, welches bis zur definitiven Feststellung der Regierungsform durch die Constituante bestehen sollte. Es folgte aber auch, daß die Aufgabe des constituirenden Reichstages eine zweifache war, nämlich, 1) die Verfassung zu geben, was die Bestimmung der Regierungsform einbegreift, in welcher Beziehung der Reichstag auch die Republik hätte einführen können, wenn er sie für das Wohl des Volkes für nöthig erachtet haben würde; 2) die legislative Gewalt auszuüben, denn das Provisorium war die constitutionelle, nicht die absolute Monarchie. Daher durfte auch dem Rechte nach, kein Mann zum Militär, kein Kreutzer als Steuer genommen werden, ohne Genehmigung des Reichstages. Eine fernere Consequenz aus dem Begriffe einer constituirenden Versammlung war, daß die von ihr verfaßte Constitution durch kein Veto des Monarchen beschränkt werden könne. In

dem Falle der Bestimmung der constitutionellen Monarchie hätte sie ihm wohl vorgelegt werden müssen zur Erklärung, ob er die Vollmacht zur Regierung unter den ihm durch die Verfassung auferlegten Pflichten annehmen wolle, und hätte er sie unter denselben nicht annehmen wollen, dann hätte der constituirende Reichstag erst beschließen müssen, ob er nicht doch zum Besten des Volkes die Verfassung nach den Bedingungen, welche der bedachte Monarch zur Annahme der Vollmacht stelle, modificiren, oder ob er die Vollmacht nicht Jemanden Anderen antragen, oder ob er nicht die republikanische Regierungsform bestimmen solle. Alles dieses folgte klar aus dem Rechte des Volkes, aus dem Begriffe einer Constituante. Es folgte aber auch daraus mit unumstößlicher Gewißheit die Unauflösbarkeit des Reichstages.

Durch die Zugestehung einer constituirenden Versammlung war demnach das Volk auf seinen ursprünglichen Rechtsboden gestellt.

IV.

Entſetzen der Reaktion über den 15. Mai. Entführung des Kaiſers nach Innsbruck. Die Revolution am 26. Mai. Capitulation des Miniſteriums. Die Republik in Wien und der Sicherheitsausſchuß.

Die Hof-, die Adels-, die ganze Reaktionspartei war hierüber gewaltig erſchreckt. Sie wollte das Verſprechen des 15. Mai zurückgenommen ſehen, aber wie war es möglich, dies zu bewirken? — Kaiſer Ferdinand, das ſahen die Familienglieder des Hofes und der Adel wohl ein, war in der Mitte ſeiner Wiener, die ihn ſo oft mit Fackel- und anderen Aufzügen erfreuten, nicht zu bewegen, ſein Wort zu brechen, er hatte wenn auch kein beſonderes Talent, doch ein warmes Gefühl für Recht und Wahrheit, er war ein einfacher durchaus gerader ehrlicher Mann mit einem harten Kopf, der wenn er einmal etwas zugeſagt hatte, es trotz ſeiner ſonſtigen behaupteten Schwäche nicht mehr widerrufen wollte. Man brachte

ihn daher während einer anscheinenden Spazierfahrt dahin, sich heimlich nach Innsbruck zu begeben, das heißt, er wurde entführt. Die Erzherzogin Sophie spielte hiebei die Hauptrolle, darüber war nur eine Stimme, und es lag auch ihres Sohnes wegen in ihrem vollsten Interesse, dieselbe zu übernehmen. Durch diese Entführung beabsichtigte man, wenn auch nicht gerade den Kaiser Ferdinand zur Abdicirung zu bewegen, so doch Wien in Anarchie zu stürzen, die verschiedenen Partheien gegen einander zu hetzen, um sodann nach Durchführung des alten Grundsatzes der Fürsten des divide et impera leichtes Spiel zu haben, und den Kaiser zu bewegen, das am 15. Mai Zugestandene zu widerrufen.

Das gesunde kräftige Volk Wiens wich jedoch, gleichsam aus Instinkt, der schlau gelegten Schlinge aus, und schloß sich nun mehr als je dem Ministerium an. Es ließ ihm durch einige Zeit freie Hand, da es die schwierige Lage des Ministeriums wohl erkannte, ja es löste sogar das durch Bewilligung des Kaisers vom 15. Mai fortbestandene Central-Comité aus eigenem Antriebe auf, blos weil Pillersdorf erklärte, bei dem Bestande desselben unmöglich die Ruhe und Sicherheit Wiens erhalten zu können.

Dies brachte jedoch die Hofpartei auf den Gedanken, daß jetzt die Radikalen eingeschüchtert und rathlos seien, und sie beabsichtigte früher, — bevor noch ein weiterer Rückschritt geschehe, — die muthige,

wie ein Mann daſtehende akademiſche Legion aufzulöſen. Die Idee war wohl ausgedacht, denn ſo lange die Garde der Freiheit, die Aula ſelbſtſtändig daſtand, ſo lange war es ein gefährliches Unternehmen, die Freiheit ſelber mit frecher Hand anzutaſten, und ein ihr früher gemachtes Verſprechen nicht zu halten. Pillersdorf wurde daher bewogen, ungeachtet der auf eine Anfrage gemachten Erklärung die akademiſche Legion nicht aufzulöſen, dennoch ſein Wort zu brechen, und die Weiſung zu ertheilen, daß ſie auseinander zu gehen habe; und man wollte den Leuten weis machen, daß dieß zur Verſöhnung des Kaiſers nothwendig ſei, da wegen der Sturmpetition der Studenten am 15. Mai 1848, er über dieſelben ſehr entrüſtet ſich ſeiner Sicherheit halber bewogen gefunden habe, Wien zu verlaſſen.

Dieſer Auflöſungsbefehl war blos von dem Regierungspräſidenten Grafen Montecuccoli, den erſten ſichtbaren Vorkämpfer und Bannerträger der Reaktion unterfertigt, und er wurde auf die beleidigendſte Weiſe kundgemacht; denn am 26. Mai laſen zuerſt einzelne Studenten, als ſie um 6 Uhr früh ſich in den Stadtgraben zum Exercitium begaben, ein Plakat, laut welchem die Legion aufgelöſt wurde. Eine beſondere Verſtändigung der Studentenſchaft erfolgte gar nicht. Dieſe wenigen Studenten eilten auf die Univerſität. Nach und nach fanden ſich mehrere ein, man war über das Benehmen des Miniſters erbittert,

ja man zweifelte, daß das Plakat durch ihn veranlaßt worden sei, da sein Name nicht darunter stand, und er zugesichert hatte, die Legion nicht aufzulösen. Da kamen der Regierungspräsident Montecuccoli, der Legions-Commandant Graf Colloredo, der Professor Hye, und forderten so ziemlich barsch zum Auseinandergehen und zum Schließen der Aula auf, und zu gleicher Zeit erschien am Universitätsplatz das Militär in drohender Haltung. Diese schimpfliche Behandlung der heldenmüthigen um die Freiheit so hochverdienten akademischen Legion, das augenscheinlich so kecke Auftreten der Reaktion, der Mangel irgend eines haltbaren Grundes, aus dem die Legion aufzulösen nöthig gewesen wäre, das Alles empörte die Studenten, wie fast jeden Bewohner Wiens auf das heftigste. Da rief Dr. Frank: Jetzt bleibt uns nur zweierlei zu wählen, wenn wir unsere Ehre nicht aufopfern wollen, entweder wir marschiren in Massa, damit man nicht glaube, wir fürchten uns, auf den Hof vor das Zeughaus, werfen dem undankbaren Vaterlande die Waffen hin, und ziehen in das Ausland, oder, wozu ich rathe, wir lassen uns nicht auflösen, sondern fechten für die Freiheit, und wer von uns denkt so schimpflich, daß er nicht einen ruhmvollen Tod einem schmachvollen Ende vorzöge? — Nachdem der letzte Vorschlag mit Jubel aufgenommen worden war, wurde das Pflaster aufgerissen, die Gewehre den vielleicht 50 Schritte entfernten

Soldaten gegenüber geladen, und der Kampf angeboten. An diesem Tage sah Wien seine ersten Barricaden, und über hundert waren in einigen Stunden aus der Erde wie durch Zauberei hervorgewachsen, da auch das gesammte Volk seinen Befreier vom Drucke der Knechtschaft zur Unterstützung herbeieilte, und um so massenhafter, als man erfuhr, daß bereits vor dem 26. Mai im Auftrage der Regierung Plakate mit Androhung des Standrechtes, und mit Bekanntmachung der Aufruhrgesetze gedruckt worden seien. Man vermuthete und sprach mit Bestimmtheit davon, daß von der Reaktion ein Staatsstreich beabsichtiget worden sei. Nun sah die Reaktion, daß sie einen voreiligen Schritt gewagt und sich verrathen habe. Sie zog sich zurück in ihre Höhlen voll Wuth und Ingrimm.

Das Volk erkannte jetzt deutlich, daß es die Leitung seiner Angelegenheiten der österreichischen so in Grund und Boden verdorbenen Bureaukratie, und diesem schwankenden Verrath spinnenden Ministerium nicht weiter mehr anvertrauen könne, und sonach stellte es als Bedingung der Einstellung der Gegenseits hervorgerufenen Feindseligkeiten folgende Forderungen:

1) Daß man keine Einwendungen dagegen mache, daß die Angelegenheiten Wiens und dessen Umgebung von einem aus Studenten und Bürgern zu bildendem Ausschusse selbstständig

geleitet, und daß von diesem Ausschusse die Volksrechte der gesammten österreichischen Völker gewahrt,

2) daß die Truppen von den Posten der inneren Stadt mit Ausnahme einiger Ehrenposten entfernt, die Wachen an den Thoren von den Garden und dem Militär gemeinschaftlich bezogen.

3) daß den Garden Wiens 36 Kanonen ausgefolgt und

4) daß dem Volke als Bürgschaft für die getreue Erfüllung dieser Bedingungen Geißel gestellt würden.

Das Ministerium genehmigte alle diese Bedingungen, und der Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und der akademischen Legion zur Wahrung der Volksrechte und zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit in Wien und dessen Umgebung trat in seine Wirksamkeit.

Nun stand das Ministerium unter der Controlle der Bevölkerung Wiens, damit es nicht wagen solle, die Rechte der österreichischen Völker anzugreifen, und die provisorische Regierungsform ging für Wien und dessen Umgebung von der constitutionell-monarchischen in die republikanische über, ohne daß dieß den Wienern recht klar wurde.

Alle Macht in Wien war nun in die Hände jugendlicher, strebsamer, mit ganzer Seele demokratisch

gesinnter Männer gelegt; sie überwachten die Behörden, sie verschaffen allen Armen Arbeit und Lohn, sie verkürzten die Arbeitszeit, sie regenerirten die Polizei und ihr Wirken war bedeutender, eingreifender, nützlicher, als das einer früheren Hofstelle in hundert Jahren.

Dieser Sicherheitsausschuß war keine Abnormität, denn was war natürlicher, klüger und gerechter, als daß, da der Kaiser seine provisorische Regierungsgewalt nicht durch seine Minister gehörig ausüben ließ, und dieses sich Rückschrittsversuche erlaubte, das souveräne Volk Wiens dieses Provisorium für Wien, ihm und seinen Ministern auf noch schonende Weise abnahm, und es seinen eigentlichen Führern zur Freiheit anvertraute. Wien griff dadurch nicht in die Rechte der übrigen Provinzen, denn diesen drang es seine Anordnungen nicht auf, und daß es darüber wachte, daß auch ihnen ihre Rechte nicht verkümmert werden, dafür mußten, oder eigentlich sollten sie nur dankbar sein, denn leider die Czechen zogen ja aus kindischem Hasse gegen alles Deutsche, mit Schmähungen gegen diesen Sicherheitsausschuß der deutschen Wiener los, obwohl er energisch gegen die Gewaltmaßregeln des Fürsten Windischgrätz in Prag — bei dem Ministerium das Wort führte.

Dieser Ausschuß erfüllte seine Pflicht wie fast, — nein — wie gewiß keine andere Behörde. Tag und Nacht war er in Thätigkeit, seine Glieder bezogen

kein Honorar, keine Diäten, und obwohl meines Wissens keiner derselben Vermögen besaß, so unterzog sich doch Jeder mit Freude und Liebe den ernstesten Geschäften, bei welchen er nichts erwerben konnte und wollte, als höchstens die Anerkennung seines redlichen Wirkens für die Freiheit, die Humanität und das Recht. Ach! derzeit schmachten Viele von ihnen im Kerker oder im Exil, aber mancher Arme und Gedrückte für den sie gesorgt, dem sie geholfen, der segnet sie und dankt ihnen, wenn gleich mit trauerndem Herzen.

Wien war am freiesten und glücklichsten unter diesem Sicherheitsausschusse. Leider aber hatte dieser Ausschuß keine richtige Erkenntniß seiner Bestimmung, seiner Rechte, und seiner großen für die Demokratie und für die Geschicke von ganz Europa gegebenen Aufgabe. Er war zu nachgiebig, zu vertrauend auf die Ehrlichkeit der sich überall andrängenden Heuler, der Bourgeoisie und der untröstlichen Bureaukraten, welche jetzt jungen Männern, darunter Studenten, gehorchen und sich unterordnen mußten. Er wollte mit seiner Herzensgüte Alles befriedigen, Niemanden Wehe thun, und er beging seinen ersten Fehler mit der Entlassung der ihm vom Ministerium übergebenen Geißel, seinen zweiten dadurch, daß er die Männer der Reaktion, der unverbesserlichen alten Bureaukratie nicht entfernte, und somit diese Leute unschädlich machte, den dritten in seinen Folgen unberechenbaren

größten Fehler aber beging er durch ſeine ſelbſt beſchloſſene Auflöſung, nachdem der Reichstag zuſammengetreten war. Durch dieſe Auflöſung zeigte er ſeine Schwäche, den Mangel an Einſicht, die Nichterkenntniß ſeiner Bedeutung. Ich werde auf ſie noch ſpäter zurückkommen.

V.

Plan der Hofpartei. Ungarns Verhältniſſe. Der Kaiſer bewilligt und beſchwört die Selbſtſtändigkeit des Ungariſchen Reiches. Jellachich will ein ſüdſlaviſches Großreich errichten und Croatien von Ungarn trennen, weßhalb er wegen Hochverraths in Anklagezuſtand verſetzt wird. Der Hof bringt ihn auf den Gedanken eines ſlaviſchen Oeſterreichs, und verbindet ſich mit ihm. Die Anklage gegen ihn wird zurückgenommen. Er rüſtet ſich gegen die Magyaren, und dieſe werden von ihrem Könige verlaſſen.

Durch das Reſultat des 26. Mai war die Hofparthei zu Innsbruck ſehr erſchreckt; ſie fühlte ſich zu ſchwach, um zu wagen, ſogleich mit Gewalt loszuſchlagen, daher intriguirte ſie blos und legte Schlingen und Fallen der offen und gerade einherſchreitenden Demokratie. Der Kaiſer erklärte zwar noch in Innsbruck, daß er ſeine Zuſagen vom 15. Mai 1848 nicht brechen werde, aber was von der Hofparthei,

worunter das Volk die Erzherzogin Sophie mit ihrem Anhange verstand. Alles geschah, um eine Contre-Revolution hervorzurufen, das Versprechen des Kaisers dennoch zu annulliren, die Rechte des Volkes mit Gewalt zu unterdrücken, das will ich jetzt auseinander setzen, obgleich mir während des Erzählens aller der Gräuelthaten, welche mich an die finsteren Zeiten einer Lucretia Borgia und Maria von Medicis erinnern, das Herz vor Schmerz und Entrüstung zittert.

Ungarn, Croatien und Slavonien, diese Länder waren seit den ältesten Zeiten mit einander vereinigt, und sie übertrugen die Krone freiwillig an einen Herrscher aus dem Hause Habsburg. Sie waren in jenen alten Zeiten von den übrigen Provinzen ganz getrennt, und hatten mit denselben nur ein und dasselbe Oberhaupt. Ihr Verhältniß zu den damals sogenannten österreichischen Erblanden war ungefähr wie das ehemalige zwischen dem Königreiche Hannover zu England. Das Herrschergelüste der Habsburger beraubte eine Provinz nach der andern ihrer Selbstständigkeit, ihrer Theilnahme an der Regierung, des Rechtes der Einwilligung zur Steuerausschreibung und Rekrutenaushebung. Nur in dem vereinigten Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien wollte dieses nicht recht gelingen. Kaiser Joseph II. trat als Despot auf, wollte dieses Königreich seiner Constitution berauben, und benahm sich nicht nach

den ungarischen Gesetzen. Sein Vorhaben scheiterte jedoch, und da er sich in diesem Lande nicht krönen ließ, so wurde er bei dem siegreichen auf die Verfassung fußenden Widerstande der Ungarn gar nicht als ungarischer König angesehen, und er wird daher auch noch heut zu Tage nicht in der Reihe der ungarischen Regenten aufgeführt. Josephs Nachfolger sahen wohl ein, daß mit Gewalt in Ungarn nichts auszurichten sei, sie gebrauchten daher List und diplomatische Künste, um die Despotie auch in Ungarn, diesem seit jeher freiheitsliebenden Lande einzuschmuggeln, und das System der Centralisation durchzuführen. Man brachte es dahin, daß der Hofkriegsrath in Wien über das ungarische Militär befahl, man errichtete die Militärgränze, dieses Sclavenland, und da die Bewohner derselben gleichfalls von dem Hofkriegsrathe zu Wien kommandirt wurden, so betrachtete man sie bald als gar nicht mehr zu Ungarn gehörig. Um auch nach und nach die Finanzen Ungarns dem ungarischen Reichstage zu entwinden, fing man an, das dortige Post- und Lottowesen wenigstens zum Theile unter die kaiserl. Oberbehörden zu stellen, und so strebte man nach und nach die Selbstständigkeit Ungarns zu untergraben. Um aber bei günstiger Gelegenheit einen entscheidenden Schlag führen zu können, suchte man eine Abneigung, einen Haß unter den in Ungarn wohnenden Völkerstämmen hervorzurufen, und dadurch des Landes Kraft in Vorhinein

zu untergraben. Das war eine prachtvolle Idee des Herrn von Metternich, er entwarf den Plan und er gelang. Früher wurde von den Vertretern der deutschen, magyariſchen und ſlaviſchen Bevölkerung auf dem ungariſchen Reichstage, und von dem Könige in allen Erläßen ſo wie bei Gerichten blos die lateiniſche Sprache gebraucht. Nun wurde bewilliget, daß auf dem ungariſchen Reichstage die ungariſche Sprache gebraucht werde, und der Hof begünſtigte vorzüglich die Magyaren. Dieſe wurden dadurch den Deutſchen und den Slaven gerade entgegengeſtellt, und die Magyaren erſchienen als deren Bedrücker. Es zeigte ſich in Folge deſſen bald eine große Erbitterung zwiſchen den Magyaren und Croaten, namentlich weil auch bei den letzteren in Schule und Amt die magyariſche Sprache gebraucht werden mußte, und dieſe Erbitterung ſtieg immer mehr und mehr.

Dieß wurde von der magyariſchen liberalen Partei mit Beſorgniß wahrgenommen, ſie erkannte die Abſicht des öſterreichiſchen mitternichiſchen Cabinets, und um ihr entgegen zu wirken, beſchloß der ungariſche Landtag des Jahres $18^{47/48}$ unter dem Einfluſſe des großen unſterblichen Koſſuth eine wahre demokratiſche Verfaſſung für Ungarn, Croatien und Slavonien zu geben. Sie wurde gemacht, und darin der Grundſatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten durchgeführt, nur wurde beſtimmt, daß um ſich doch verſtändlich zu machen, auf dem

Reichstage die magyarische Sprache gebraucht werden solle, für Schule und Amt in Croatien wurde die slavische Sprache bestimmt. — Ich weiß, man wird dieß von vielen Seiten in Abrede stellen, aber es ist doch wahr. Von einer Unterdrückung der Slaven durch die Ungarn in neuerer Zeit, wurde so viel von der österreichischen Regierung lügenhaft gesprochen, wurde soviel darüber geschrieben, daß fast allgemein die irrige Meinung verbreitet ist, als hätten sich die Magyaren in der letzten Zeit als Despoten gegen die Slaven benommen. Doch man lese die ungarischen Reichtagsbeschlüsse genau, und man wird sich von der Wahrheit meiner Behauptung überzeugen.

Um die volle Freiheit in Ungarn bewahren zu können, war es aber nothwendig, daß Ungarn wieder in sein volles altes Recht und Verhältniß gegen die damals noch despotisch regierten übrigen Provinzen Oesterreichs trete, daß es frei werde von jedem Einflusse Metternichs, daß die ungarische Militärmacht nur unter einem ungarischen Kriegsministerium, die ungarischen Finanzen nur unter einem ungarischen Finanzministerium stehen, denn nichts ist gefährlicher für die Freiheit, als ein Gesammtministerium über mehrere autonome Reichs- oder Landtage. Welche traurigen Folgen eine solche Einrichtung mit sich bringt, zeigt uns nicht blos die Geschichte Ungarns, sondern auch die anderer Länder. Auch im Mittel-

alter gab es Dynaſtien, die mehr als ein Land beſaßen, und wo jedes Land autonome Stände hatte. Betrachten wir die damalige Politik, und wir ſehen die kaiſerlich-öſterreichiſche vor dem März. Man benutzte die Stände getrennt wie ſie waren, man benutzte einen Reichstag oder Landtag nach dem andern, um jenes Geld, jene Truppen, die ein Landtag bewilligte, gegen einen andern renitenten Landtag zu gebrauchen, und in Ungarn ſah man ſo deutlich, wie die Verantwortlichkeit des Finanz- und Kriegsminiſters bisher nur eine chimäriſche war, beide waren wohl für das, was ſie bezüglich Ungarns beſchloſſen und vollführten, den Ungarn verantwortlich, aber ſie entgingen der Controlle, weil ſie ſich nicht in Ungarn aufhielten. Sollte das noch länger beſtehen? Ein darauf bezüglicher Antrag wurde durchgebracht, und zwar unmittelbar vor dem 13. März, und eine Deputation verfügte ſich ſogleich nach Wien, um die königliche Sanktion zu erhalten. Der Kaiſer als König von Ungarn, Croatien und Slavonien ſagte ſie zu, und beſchwor die neue Verfaſſung dieſer Länder am 16. April 1848 zu Preßburg. Von dieſem Augenblicke an war alſo das vereinigte Königreich Ungarn, Croatien und Slavonien nebſt der Militärgränze ein von den übrigen öſterreichiſchen Provinzen getrenntes ſelbſtſtändiges Reich, es hatte mit dieſen nur ein und denſelben Regenten.

Jellachich, k. k. General, Ban von Croatien, Liebling des Hofes, wie die Volksſtimme ſagt, Günſtling der Erzherzogin Sophie, und kühner Abendtheurer wollte zum Unglücke eine bedeutende politiſche Rolle ſpielen, und es gelang ihm, ſich durch ſeine Stellung und ſein gewandtes Weſen einen Anhang zu verſchaffen. Gleich nach ſeiner Ernennung zum Ban von Croatien hatte er gegen die Magyaren gewirkt, und ſo wie früher dieſe die Slaven bedrückten, ſo wollte er nun die Slaven zu Herrſchern über die Magyaren erheben, oder wenn nicht dieß, die Croaten von Ungarn ganz trennen, und mit dieſen allenfalls mit Hinzufügung der Wallachei, Serbiens und anderer ſüdſlaviſchen, wenn auch türkiſchen Länder, ein eigenes Reich, ein großſlaviſches gründen. Dieſe Idee eines ſlaviſchen Großreiches fand unter den Südſlaven mächtigen Anklang, und es wurde von herrſchſüchtigen Führern dieſer ſeparatiſtiſche Tendenzen verfolgenden Parthei unter ihren Landsleuten die irrige Anſicht verbreitet, als übten die Magyaren noch immer denſelben Druck gegen die Slaven wie vor dem März. Die Agitation gegen die Ungarn war eine lebhafte, und man war Willens, ſelbſt mit Gewalt gegen dieſelben zu ziehen. Das Miniſterium der vereinten Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien ſah die nahende Gefahr, und da Jellachich dahin wirkte, die Verfaſſung mit Gewalt zu ändern, da ſetzte es im Vereine mit dem Kaiſer als König

von Ungarn und Croatien den Ban Jellachich wegen Hochverraths in Anklagezuſtand.

Die Hofparthei war, wie erwähnt nach dem 15. und noch mehr nach dem 26. May in großer Angſt, denn Ungarn war von den übrigen Provinzen getrennt, in dieſen war die conſtitutionelle Monarchie, demnach auch der Kaiſer einſtweilen nur proviſoriſch, in Wien war nach dem 26. Mai gar eine republikaniſche Regierungsform, Deutſchland ſuchte ſich zu einigen, man verfolgte eifrig die Idee einer deutſchen Republik, die Lombardei und Venedig kämpften mit Glück für ihre Selbſtſtändigkeit, und Croatien verfolgte die Idee eines ſelbſtſtändigen ſlaviſchen Großreiches. Was Wunder, daß die Mutter des künftig ſein ſollenden Kaiſers über den drohenden Sturm gegen die Macht der Dynaſtie faſt außer ſich war. Sie mochte beſorgen, daß das Haus Habsburg vielleicht bald nur mehr, und auch das nur für kurze Zeit im Beſitze der ungariſchen Krone ſein werde, denn wäre Deutſchland eine Republik geworden, ſo hätten die ohnedieß in Frankfurt vertretenen deutſch-öſterreichiſchen Provinzen ſich mit ihr vereint, und Italien und Gallizien hätten ihre Selbſtſtändigkeit erhalten. In dieſer Beſorgniß ſann die Hofparthei über einen Plan, wie die Krone dem Hauſe Habsburg-Lothringen mit all dem früheren Glanze erhalten werden könne. Endlich kam einer zu Stande, ein Plan, wie die Geſchichte keinen ähn-

lichen aufzuweisen hat. Nie wurden wegen des Interesses eines einzelnen Menschen, oder wenn man will einer einzigen Familie ganze Nationalitäten so gegen einander zur Vertilgung gehetzt, Tausende und Tausende hingemordet, verstümmelt, ihrer Habe beraubt. Doch was kümmert ein fürstlich Gemüth das Glück und das Recht der Völker.

Jellachich mochte selbst darauf gekommen, oder überredet und überzeugt worden sein, daß sich seine erste Idee eines slavischen Großreiches derzeit nicht ausführen lasse, aber man machte ihm von Seite des Hofes bald weis, daß wenn Ungarn seine Selbstständigkeit verlöre, und alle österreichischen Provinzen mit Einschluß von Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien und der Militärgränze, eine gemeinschaftliche Verfassung und einen Reichstag hätten, die Vertreter der Slaven über die der Magyaren, der Deutschen und der Italiener die Majorität bilden würden, und sonach Oesterreich selbst ein slavisches Reich sei. Mit dieser Vorstellung war Jellachich gewonnen, er konnte, wenn er in diesem Sinne wirkte, auf die Unterstützung des Hofes zählen, der Verurtheilung wegen Hochverraths entgehen, und der Zustimmung der herrschsüchtigen Slaven gewiß sein. Die Hofparthei war darüber hoch erfreut, denn sie konnte nun die Nationalitäten Oesterreichs in Hader und Kampf verwickeln; ihre Freiheitsbestrebungen unterdrücken, Ungarn wieder mit den übrigen Pro-

vinzen vereinen und den Lieblingswunſch der Habsburger, ein centraliſirtes Oeſterreich herſtellen.

Nachdem alſo der Pacht zwiſchen dem Hofe und Jellachich abgeſchloſſen war, erließ der Kaiſer an denſelben, obgleich er, als König von Ungarn und Croatien ihn erſt vor kurzer Zeit wegen Hochverraths in Anklageſtand verſetzt hatte, ohne Fertigung irgend eines Miniſters, demnach als Privatperſon ein Schreiben, worin er bedauerte, ihn verkannt zu haben, daß er jetzt erſt ſehe, wie er nur für die Erhaltung und Einigung der Monarchie bedacht ſei, und daß er demnach ſeine frühere in Anklageſtand-Verſetzung wegen Hochverraths aufhebe. In Folge deſſen agitirte Jellachich nur deſto frecher gegen die Ungarn und belog die wirklich freiheitsliebenden Croaten. Er hatte leider ihr Vertrauen und man glaubte ihm. Seine Agitation erſtreckte ſich auch auf die Nordſlaven, und die Czechen jubelten der Idee eines ſlaviſchen Reiches entgegen. So wie in Ungarn den Croaten der Haß gegen die Magyaren, ſo würde in Böhmen den Czechen der Haß gegen die Deutſchen gepredigt werden. Die Czechen erhoben ſich auch zu Prag, wurden jedoch von Windiſchgrätz im Zaume gehalten, und ihre Hauptſtadt in Belagerungszuſtand verſetzt. Ihr Losbrechen war dem Hofe unliebſam, der rechte Moment war ja noch nicht gekommen.

Die öſterreichiſche Regierung begann nun plötzlich von der Gleichberechtigung der Nationalitäten zu

ſprechen, und ſetzte ſie über die Freiheit, als ob ſie nicht in derſelben ſchon enthalten wäre. Ebenſo ſtellte ſie als das größte Glück die Erhaltung, die Einigung, die Macht, die Größe Oeſterreichs hin. Welche Verdrehung! Die demokratiſche Richtung der Mairevolution verlangte volle Freiheit der Menſchen, welche früher unter öſterreichiſchem Despotismus geſchmachtet hatten. Die volle demokratiſche Freiheit kümmert ſich aber nicht um die Exiſtenz eines alten zuſammengewürfelten Staates. Was liegt an dem alten Oeſterreich, wenn bei ſeinem Beſtande das Glück der in ihm wohnenden Völker nicht erreicht wird. Das alte Oeſterreich wollte aber gar nicht der Hof, er wollte einen ganz neuen Staat bilden, und die Ungarn ihres Rechtes, ihrer Selbſtſtändigkeit berauben; unter der Macht Oeſterreichs verſtand man nur die der Dynaſtie, nicht feſt und ſtark begründet durch den Willen der Völker, und ihr auf eigenem Entſchluſſe beruhendes Zuſammenwirken, ſondern blos die durch Soldaten und Kanonen. Durch den Satz der Gleichberechtigung der Nationalitäten wurden all die Erinnerungen an frühere Unterdrückungen der Regierung geweckt, der Haß aber nicht gegen die Regierung, ſondern gegen die von ihr weniger bedrückt geweſenen Nationalitäten geleitet, und die Regierung benutzte dieſen Grundſatz blos, um unter dem Vorwande des Volkswillens frühere, ſelbſt durch Verträge begründete Rechte einzelner Völker zu zertreten,

welche ſonſt ſelbſt der abſolute Monarch hätte achten müſſen. Durch den von der Regierung ausgeſprochenen Satz, daß die höchſte Potenz des Glückes aller Nationalitäten nur durch die Herſtellung eines einigen, großen, mächtigen Oeſterreichs erreicht werde, wurde aber das größte Unheil angeſtiftet, denn dieſer Ausſpruch war das für alle nicht durch und durch demokratiſch Geſinnten das gefundene Panier zur Einigung. Die Worte: Einheit, Größe, Macht, die ſchmeichelten und verwirrten.

Bei der von dem Hofe hingeſchleuderten Brandfakel des Nationalitätszwiſtes und gewährten Unterſtützung des Jellachich in ſeinen Tendenzen, hatte derſelbe wie natürlich die Kühnheit, den Kampf gegen die Ungarn vorzubereiten.

Mehrere von ihm verführte, nun erſt um ihre Freiheit betrogene Croaten ſchaarten ſich zuſammen, die croatiſchen Bauern wurden zum Landſturme gezwungen, und die Militärgränzer wurden von ihm commandirt, ſich dem Raubzuge gegen Ungarn anzuſchließen. Der letztere Umſtand iſt wichtig, denn betrachtet man die Gränzer als kaiſ. Truppen, ſo war zu deren Verwendung die Einwilligung des kaiſerl. öſterreichiſchen Miniſteriums nöthig, betrachtet man ſie aber als zum Königreiche Ungarn gehörig, ſo war zu ihrer Verwendung die Einwilligung des ungariſchen Miniſteriums erforderlich. Keine wurde aber jemals ertheilt, wenigſtens nicht zugeſtanden. Als

nun Jellachich eine ziemliche Anzahl Truppen beisammen hatte, zog er mit der angeblichen Absicht, die unterdrückten Menschen- und Volksrechte der Croaten zu schützen, gegen die Magyaren.

Für diese war Jellachich Hochverräther, und um das Land gegen seinen Anfall zu vertheidigen, beschlossen sie, die in den deutschen Provinzen befindlichen ungarischen Truppen nach Ungarn zu ziehen, noch neue Truppen auszuheben, und das hiezu nöthige Geld aufzunehmen. Doch der Kaiser wurde von seiner Umgebung bewogen, diesem Beschlusse die Sanktion zu verweigern; es war demnach klar, daß er die Ungarn den andringenden Croaten wehrlos Preis geben wollte, und daß er, da er den Ungarn Separationsgelüste vorwarf, dafür gewonnen war, die im März gemachten und im April beschworenen Concessionen der Ungarn zu annulliren.

VI.

Ausſchreibung der Wahlen zum öſterreichiſchen Reichstage. Theilweiſe Zurücknahme des am 15. Mai gegebenen kaiſerl. Wortes. Pobblhof bildet ein neues Miniſterium. Charakteriſtik der Rechten, des Centrums und der Linken des öſterreichiſchen Reichstages.

Inzwiſchen wurden in Oeſterreich die Wahlen zu dem conſtituirenden Reichstage ausgeſchrieben. Hiebei fand gleichfalls eine theilweiſe Zurücknahme des durch den 15. Mai dem Volke zugeſtandenen Rechtes Statt. Die Schlauheit, mit der dabei der Hof vorging, war zu bewundern.

Am 15. Mai wurde nämlich beſtimmt, daß eine conſtituirende Verſammlung zuſammenberufen werden ſolle, welche demnach das Recht gehabt hätte, auch die republikaniſche Regierungsform zu beſtimmen. Nach dem 26. Mai, nach der Einführung des Sicherheitsausſchuſſes und den in Deutſchland rege gewordenen Wünſchen, war aber der Dynaſtie bedeutend

bange vor einer Beseitigung. Daher wurde in den Vorladungen der Wähler die Andeutung aufgenommen, daß die Deputirten zu dem, eine constitutionelle Monarchie constituirendem Reichstage gewählt werden sollen. Da das Volk auf diese Vorladungen wählte, so hatten die Deputirten nur das Recht zur Constituirung einer Monarchie, aber nicht einer Republik.

Ich lege auf diesen Umstand kein besonderes Gewicht, weil es damals gar nicht im Wunsche der österreichischen Völker lag, die Monarchie zu beseitigen, und weil, wenn die Deputirten gesehen hätten, daß eine Monarchie mit dem Wohle der von ihnen vertretenen Völker nicht vereinbar sei, sie immer das Recht gehabt hätten, sich auf die Bewilligung des 15. Mai berufend, die Ausschreibung neuer Wahlen mit unbeschränkter Vollmacht anzuordnen, — aber ich weise auf diese Verdrehung und Finesse des Ministeriums, eigentlich des Hofes, um zu zeigen, wie dieser in jedem Momente schlau versuchte, die Rechte des Volkes zu schmälern.

Freilich sagte man, der Kaiser hat ja bei dem Versprechen, eine constituirende Versammlung zusammen zu berufen, auf sein Recht zur Regierung nicht Verzicht geleistet, der Reichstag hätte ihn daher nie ausschließen dürfen. Aber darauf erwiedere ich: Kein Regent ist etwas anderes, als der Bevollmächtigte des Volkes, und als solcher hat er die Pflicht, sein

Mandat zur Regierung nieder zu legen, wenn und wann es das Volk, das heißt die Majorität desselben will; oder er ist ein Despot, und als solcher hat das Volk sogar das Recht ihn fortzujagen, ja wenn er gefährlich ist, ihn in Folge des Präventionsrechtes in Gewahrsam zu nehmen, denn das Volk und der Regent stehen nach Aufhören des Vollmachtsverhältnisses, wenn nicht etwas Besonderes für diesen Fall festgesetzt wurde, ebenso gegeneinander wie zwei Personen im außerordentlichen Verhältnisse, und die Völker haben dasselbe Recht als die Fürsten hatten, wie sie Napoleon auf St. Helena festhielten. Die servilen Heuler und Speichellecker thun, als ob der Kaiser Ferdinand den Völkern Oesterreichs eine reine Gnade erwiesen hätte. Ich sehe nur das Schöne, daß Ferdinand das Recht des Volkes einsah, seiner Einsicht gemäß handelte, und sich dadurch von allen Fürsten alter und neuer Zeit unterschied. Wenn der Bevollmächtigte gegenüber seinen Vollmachtsgebern seine Schuldigkeit getreu erfüllt, und für ein angenehmes kindleichtes Geschäft, als wie für das Figuriren als Monarch seinen nahmhaften, ja über und über bezahlten Lohn erhält, so weiß ich nicht, was da besonders dankenswerthes zu finden ist, wenn er dabei nicht einen Spitzbuben macht.

Unmittelbar vor der Eröffnung des Reichstages bewirkte der Sicherheitsausschuß mittelst eines Ansuchens bei dem Bevollmächtigten des Kaisers, dem

Erzherzoge Johann, welcher eben, damit den Leuten das Bestehen der republikanischen Regierung in Wien nicht recht klar werde, in diese Hauptstadt gesendet worden war, die Entfernung des Ministeriums Pillersdorf, denn man war des beständigen Schwankens desselben endlich müde. Dobblhof wurde mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, und man erwartete von demselben ein warmes, treues, entschiedenes Festhängen an den Rechten des Volkes. Ach wie sah man sich so bald getäuscht!

Der erste österreichische Reichstag hatte ein merkwürdig demokratisches Aussehen, aber leider nur das Aussehen. Eine ähnliche Versammlung wurde wohl selten erblickt. In dem großartig amphitheatralisch gebauten Sitzungssaale saßen die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten zum Theile in ihren eigenthümlichen Landestrachten bunt durcheinander gewürfelt.

Rechts saßen die Czechen. Sie schwärmten bis ans Ende für die Idee eines slavischen Oesterreichs, eines slavischen Großreiches. Dieß stand ihnen höher, als die Freiheit. Um nicht wieder, wie früher von anderen Nationalitäten unterdrückt zu werden, was aber nie geschehen, da nur die Regierungen aber nicht die Nationalitäten einen Druck ausübten, so wollten sie jetzt andere Nationalitäten beherrschen. Sie sahen ein, daß sich die Idee eines slavischen Großreichs für sie, die fast ganz von Deutschen umschlossenen Czechen, nur verwirklichen lasse durch Eini-

gung aller Provinzen und gleiche Verfassung für alle, da sie dann mit den slavischen Mähren, den Südslaven, den Croaten, den Serben ꝛc. die Majorität der Bewohner bilden würden, während hingegen, bei der Trennung Croatiens und Ungarns, sie gegenüber den deutschen Oesterreichern und Italienern in der Minorität bleiben müssen. Das Streben, alle Stammesverwandten unter sich zu vereinen, ist zwar an sich löblich, aber wenn durch dasselbe in die Rechte Dritter, ich meine der Ungarn, mit gewaltsamer räuberischer Faust eingegriffen, und außerdem noch so offenbar wie hier die Freiheit selbst gefährdet wird, dann ist dieses Streben ein Verbrechen an den Rechten seiner eigenen und fremden Stammesgenossen, oder es ist bei allen seinen traurigen Folgen eine Lächerlichkeit oder Narrheit, denn welcher Verständige wird nicht lieber mit freien Menschen, allein, ohne Verwandte frei leben; — als sich mit Verwandten in einen Kerker einsperren lassen? Sie waren nicht im Stande zu begreifen, daß mit erlangter wahrer demokratischer Freiheit im Staate, die Unterdrückung einer Nationalität eine Unmöglichkeit sei, weil eben die Demokratie volle Gleichberechtigung fordert.

Die Herrschsucht und die Verblendung der Czechen mit ihrem slavischen Oesterreich war das Unglück des Reichstages, das willkommenste Mittel für die reaktionäre Hofpartei, um ihre frühere noch vermehrte absolute Gewalt, wenn auch mit dem moder-

nen Gewande einer Conſtitutions-Urkunde wieder zu erhalten.

Dann kamen die galliziſchen Bauern mit leinenen weiten Beinkleidern, einem weißen Hemde, einem über die Schultern geworfenen Pelze, einer hohen Mütze, und eiſenbeſchlagenen für einen Elephanten paſſenden Stiefeln. Sie verſtanden kein Wort deutſch, jede Bildung war ihnen fremd; ſie küßten Anfangs dem Portiere die Hand und ein Sacktuch war ihnen etwas Unbekanntes. Sie waren erklärte Feinde der gebildeten Polen und vertraten eigentlich die Dynaſtie. Sie wollten nur das, was der Kaiſer wollte, und hielten ihn für infallibel, wie der gemeine Ruſſe ſeinen Czar. Auf welcher niederen Stufe der Bildung die galliziſchen Bauern ſtehen; geht ſchon daraus hervor, daß dieſelben in vielen Bezirken den Kaiſer zum Deputirten wählen wollten, und daß ſie ſich über die Bemerkung, daß dieß nicht anginge, an der Wahl gar nicht betheiligten.

Das Centrum beſtand anfänglich aus Männern, welche dem Miniſterium, theils aus Freundſchaft und blindem Vertrauen zu einzelnen Gliedern desſelben, theils aus dem niedrigſten Egoismus und dem ekelhafteſten Serviliſmus, überall freie Hand ließen, und ſich blos mit Conſtitutionsfragen beſchäftigen wollten.

Links ſaßen die deutſchen Bauern, dann die der Buckowina; auf der äußerſten Linken nur wenige Deut-

ſche, ſonſt die gebildeten Polen voll franzöſcher Feinheit und Takt, Witz und beißender Ironie, auch am Anfange einige Südſlaven. Die Linke ſtellte ſich allein auf den Boden der Revolution. Sie wollte ein Gebäude der Freiheit neu aufbauen, aber nicht die alte Ruine des Abſolutismus ausbeſſern. Sie wollte ſich keine Jota von den Volksrechten hinwegſtreichen laſſen, daher überwachte ſie argwöhniſch jeden Schritt, jede noch ſo leiſe Bewegung des Miniſteriums. Sie leugnete jedes blos hiſtoriſche Recht, denn ſie dachte richtig, wozu ſtände das Wort: hiſtoriſch dabei, wenn es an und für ſich ſchon ein Recht wäre. Ihr war es nur ein mit hiſtoriſchen und juridiſchen Floskeln verbrämtes Fauſtrecht.

Dieſer Reichstag, hätte er nicht aus den Vertretern verſchiedener Nationalitäten beſtanden, zwiſchen welchen von den Czechen Alles auf das Kindiſchſte auf Nationalitäts-Eiferſüchteleien hingeführt wurde, ohne jede Noth, ohne jeden Grund, — er hätte gewiß die Freiheit und das Glück Oeſterreichs für längere Zeit begründet. So aber wurde er zum Spielzeuge des Hofes und des Miniſteriums Dobblhof, eigentlich Weſſenberg — Bach.

VII.

Charakteriſtik des neuen Miniſteriums. Der Sicherheitsausſchuß löſt ſich in Folge der Intriguen des Hofes ſelbſt auf.

Dieſes neue Miniſterium erregte die größten Erwartungen, aber es hat ſie nicht erfüllt. Es ging ganz mit der Hofparthei, und verrieth das Volk auf immer kühnere Weiſe. Es waren wohl einige rechtſchaffene Männer in dieſem Miniſterium, die aber den anderen gegenüber, nicht genug energiſch aufzutreten vermochten.

Der alte abgelebte Weſſenberg, aus der alten Diplomatenſchule hervorgegangen, der die Kammer wie ein Schulmeiſter behandeln wollte, ſich bei jeder unliebſamen Interpellation heiſer ſtellte und derart liſpelte, daß die ſich dann auf zwei Schritte um ihn drängenden Deputirten nicht einen Satz vernehmen konnten, der aber ſonſt recht vernehmlich ſprach; und Bach, dieſer frühere Advokat, bekannt durch ſeine

hohen Expensnoten, den die Demokratie auf die Schulter gehoben und auf die Ministerbank gesetzt, der aus Herrschsucht und um sein Portefeuille zu behalten, um die Hofgunst buhlte, der von einem neuen zu schaffenden freien Oesterreich auf demokratischer Grundlage in der Kammer sprach, der die Souveränität des Volkes anzuerkennen öffentlich erklärte, und dieß Alles wieder leugnete, und die Demokratie und Volkssouverenität als theoretische Hirngespinnste hinstellte, die jeden Staat untergraben, dieser Bach und jener Wessenberg, das waren die Verräther der Freiheit, die Menschen, welche das Recht und die Ehre mit Füßen traten. Ihr Helfershelfer war Graf Latour, ein rauher Kriegsmann, der im Rufe eines Biedermannes stand, aber welcher bald derart von der Hofparthei und seinen eben genannten Collegen verführt wurde, so daß er seinen Namen als öffentlicher Lügner für ewig in der Geschichte brandmarkte. Kraus, ein Pfifficus, schleichend, sehr klug, berechnend, wich überall der Macht, den Umständen und erhielt sich dadurch möglich. Dobblhof, Hornpostel und Schwarzer, das waren wirklich freisinnige und ehrliche Männer, aber sie hatten nicht die Kraft, alle die Schändlichkeiten der Reaktion aufzudecken und aus dem Ministerium unter Veröffentlichung der Pläne ihrer Collegen auszuscheiden. Sie fürchteten dadurch einen Volkssturm hervorzurufen, dessen Ausgang ihnen zweifelhaft schien, und daher

wollten sie nur durch begütigendes Zureden so viel als möglich das Wirken des Hofes besänftigen. Schwarzer trat wohl aus, weil er sich durch ein arges Versehen, — welchem aber sicherlich keine böse Absicht von seiner Seite zu Grunde lag, und zu welchen er nur von seinen Collegen beredet und vorgeschoben worden war, — die Volksungunst zugezogen hatte, aber er machte keinen Lärm, und verschwieg den Verrath, der von seinen Collegen gesponnen wurde, und das — ist sehr zu tadeln.

Was dieses Ministerium Wessenberg — Bach, oder Bach — Wessenberg, ich weiß nicht, wem ich den Vorzug geben soll, sich zu Schulden kommen ließ, wodurch es nach und nach das Volk zur rasenden Wuth brachte, das werde ich jetzt erzählen.

Das erste, über was sich das Ministerium hermachte, war der Sicherheitsausschuß; natürlich der war energisch, wachsam, und hatte das gesunde sogenannte Volk für sich, der hätte das Ministerium in seinen Reaktionsplänen hindern können, und zudem die Republik in Wien noch länger bestehen zu lassen, das mußte der Hof so viel als möglich zu hintertreiben suchen. Also das Ministerium suchte unter dem Publikum die Ansicht zu verbreiten, als sei das Fortbestehen des Ausschusses mit dem Tagen des Reichstages unvereinbar, und da sich der Ausschuß, nach dem Austritte mehrerer der wichtigsten

seiner in die Kammer gewählten Glieder, über seine Stellung selbst nicht bewußt war, die Büreaukratie, die Geld, so wie alle anderen Aristokraten, und der schwarzgelbe damalige Gemeinderath ihm wegen seiner lobenswerthen Rücksichtslosigkeit auf Rang, Geburt, Vermögen nicht besonders gewogen waren, so verbreitete sich durch beständiges Wirken der Reaktion, — die auch hin und wieder weidlich auf ihn schmähte, — diese Ansicht. Das Ministerium wagte aber nicht, diesen Ausschuß gerade aufzulösen, ihre Nichtberechtigung dazu lag offenbar am Tage. Aber es fand ein Mitglied des Sicherheitsausschusses, ein sehr zungengewandtes Männchen, das die Gefälligkeit hatte, im Sicherheitsausschusse den Antrag zu stellen, daß sich derselbe mit dem als reaktionär verschrieenen Gemeinderathe verschmelzen möge, um dessen schädliches Wirken zu brechen. Als die schlau gelegte Schlinge aufgedeckt worden war, nach welcher durch diese Verschmelzung der Ausschuß zu existiren aufgehört haben würde, da er dann nicht mehr auf gleicher Stufe mit dem Ministerium, sondern unter der Regierung, also auch unter dem Ministerium gestanden hätte, wurde bewirkt, daß der Beschluß durchging: der Ausschuß löse sich ohne Beschluß des Reichstages nicht auf. Einige Tage darnach brachte dessen ungeachtet der Bruder des Justizministers Bach, zu der Zeit Präsident des Ausschusses, die Auflösungs-

frage noch einmal zur Debatte, welcher eine dritte folgte, und es gelang den Intriguen, den Machinationen der Rückschrittsparthei, den damals über die Angriffe derselben gekränkten Ausschuß zur Auflösung zu bewegen. Man hatte die Ansicht durchzusetzen gewußt, als sei das Fortbestehen des Ausschusses mit dem Tagen des Reichstages unvereinbar, und habe jetzt nur der Reichstag, nicht aber der Ausschuß die Controlle über das Ministerium zu führen. Dem war aber nicht so. Das Provisorium führte in Wien der Sicherheitsausschuß, in den Provinzen der Kaiser mit den Ministern. In Wien war das Provisorium republikanisch, in den Provinzen monarchisch-constitutionell. Der Reichstag konnte ungeachtet dieser beiden Provisorien immerfort an der Constitution arbeiten, und zugleich darauf sehen, daß weder durch den Sicherheitsausschuß, noch durch das Ministerium die Rechte des Volkes verletzt würden. Dadurch aber, daß sich der Ausschuß auflöste, — alle Executivgewalt wieder blos dem Hofe und dem überall der Reaktion ergebenen Ministerium überlassen, dasselbe bei dem Zwiespalte der Kammer ohne Controlle blieb, — das Wiener Volk, welches doch allen Provinzen die Bedingungen der Freiheit gegeben, und darüber zu wachen hatte, daß das eigentlich nur ihm Zugesagte erfüllt werde, beseitiget wurde, — dadurch, das ist durch diese Auflösung,

wurde der früher von dem Volke errungene Sieg demſelben entriſſen.

Die früher blos züngelnde Reaction erhob von nun an ihr giftgeſchwollenes Haupt, und vernichtete eine Freiheitsblüthe nach der andern.

VIII.

Die Ansicht der Linken über den Kampf in Italien. Naiver Antrag des Abgeordneten Seelinger: der Armee für ihre Waffenthaten in Italien den Dank des Vaterlandes per Acclamationem auszusprechen. Die Linke besteht auf die Debatte. Deßhalb wird sie verdächtiget und das Militär wird Bundesgenosse der Reaktion.

Italien hatte sich gleich nach dem 13. März 1848 erhoben, um seine Unabhängigkeit zu erkämpfen. Die liberale Partei, die Linke des Reichstages fand das Bestreben des lombardisch-venetianischen Königreiches nur gerecht, und sie war damit einverstanden, daß diese Provinzen nach Abschließung vortheilhafter Handels- und Finanzverträge aus dem Gesammtverbande der östereichischen Monarchie freigegeben würden. Ich will den Ideengang der Radikalen darzustellen versuchen.

Schon zur Zeit des Wiener Congresses haben viele bedeutende, aber unabhängig denkende Staats-

männer die Ansicht in Wort und Schrift niedergelegt, daß die Erwerbung der lombardisch-venetianischen Provinzen für Oesterreich die Quelle immerwährender Unruhen, beständiger Emeuten, theurer Verwaltung eines großen Armee-Etats, diplomatischer Verwicklungen, und durch alle diese Umstände zusammengenommen, politischer Schwächung werden würde.

Die Voraussicht jener Staatsmänner ist früher und trauriger als sie selbst gedacht, in Erfüllung gegangen.

Oesterreich hätte nach ihrer Ansicht alle seine Kraft dahin verwenden müssen, sich seinem natürlichen und historischen Entwicklungsgange gemäß, an der Donau auszubreiten.

Der maßgebende aber kurzsichtige Diplomat jener Epoche hat dieß nicht gewollt, sondern zog es vor, Oesterreich, einem prahlhänsigen diplomatischen Einflusse zu Liebe, mit unzuverlässigen Provinzen auf der appeninischen Halbinsel zu bereichern, anstatt östereichischem Handel, östereichischer Cultur in den Donaufürstenthümern und dadurch im ganzen Orient die fruchtbarsten Erfolge zu sichern. Die Wirkungen jener kurzsichtigen Politik liegen nun klar am Tage. Ströme von Menschenblut und alle Silber-Baarvoräthe mußten verschwendet werden, um durch das Bombardement österreichischer Städte, durch Verwüstung österreichischer Ebenen und durch alle Gräuel eines grausamen Vernichtungskrieges den immerdar nur

prekären Besitz des lombardisch-venetianischen Königreiches zu fristen.

Die Linke des Reichtages war der Ansicht, daß dieser Kampf nur im dynastischen aber nicht im Volksinteresse geführt werde, und es war klar, daß der Besitz der italienischen Provinzen nur durch eine ungeheure Armee, durch permanentes Standrecht und permanente Kriegsgesetze gesichert werden kann. Zudem hat jedes Volk das Recht, sich selbst seine Regierungsform zu bestimmen. Der Deutsche, der Slave, dieses Recht in Anspruch nehmend, konnte es, ohne die verletzendste Ungerechtigkeit den Italienern nicht streitig machen. Erzherzog Johann, den Reichstag im Namen des Kaisers eröffnend, hatte geäußert, daß der Krieg in Italien nicht gegen die italienische Freiheit gerichtet sei, sondern daß er bloß geführt werde, um die Ehre der österreichischen Waffen, gegenüber den italienischen Mächten zu behaupten. (?) Also trat man der italienischen Freiheit nahe, wegen der Waffenehre? und was ist Waffenehre? bestände die Ehre der Waffen in Sieg und Krieg, so würde die Ehre der Waffen für die Ruhe der Menschheit ebenso gefährlich sein, als die Habsucht der Despoten. Die Waffenehre besteht, wie sich einst Borkowsky ausdrückte, darin, die Waffen nicht gegen die Freiheit, sondern für dieselbe zu gebrauchen, und die Waffen nicht als Werkzeug despotischer Gelüste oder Principien zu mißbrauchen. Wie ist die Unterjochung einer

Nation mit dem Begriffe von Freiheit vereinbar? Sollte nur das Volk der Czechen, der Deutſchen ſouverain ſein, aber nicht das der Italiener? Nun das ſouveraine italieniſche Volk will ſeine eigenen Pfade wandeln, die alten Bande, welche die Völker Oeſterreichs an einander hielten, waren Ketten und Feſſeln. War es der Mühe werth, ſie zu brechen, um alſogleich neue zu ſchmieden? Man gibt gewöhnlich vor, daß dieſer Krieg in Italien nöthig ſei, um einen ehrenvollen Frieden zu ſchließen, oder beſſer geſagt, um den Frieden zu erzwingen. Aber iſt ein Volk frei, wenn es die Freiheit hat, das zu thun, was ein erzwungener, von der Willkür diktirter Friede von ihm verlangt? Das iſt ja eben der Despotismus, und eine ſolche Freiheit heißt Sclaverei. Man ſagt auch, Oeſterreich würde ohne den Verluſt Italiens geſchwächt; ja aber darf man um ſeines Vortheils Willen an einem Andern Unrecht thun, ſein Recht mit Füßen treten? Uebrigens iſt dieſe Behauptung ganz unrichtig, denn die Unterdrückung der Freiheitsbeſtrebungen in Italien fordert weit mehr öſterreichiſche Truppen, als das lombardiſch-venetianiſche Königreich ſtellt Die Lombardei und Venedig droht beſtändig, ſeit Jahrhunderten mit Kampf, und ſein Einkommen kommt den übrigen Provinzen nie zu Gute. Aber Italien iſt ein Gegenſtand der Eitelkeit für das Haus Habsburg, und dieſe ſucht Rußland, England und Frankreich zu erhalten. Rußland ga-

rantirt den Oesterreichern mit Vergnügen den Besitz der unruhigen Lombardey, um sich dafür ganz ruhig die fruchtbaren Donaufürstenthümer zueignen zu können. Frankreich und England wünschen die Zerstückelung Italiens, da Italiens Einheit und Kraft bei seiner herrlichen rings vom Meere umgebenen Lage, dessen Handel vermehren würde, was die Eifersucht dieser beiden Länder reizt, oder doch jedenfalls ihr Interesse gefährdet.

Die freisinnigen Oesterreicher wollten Recht und Freiheit nicht blos für sich allein, auch für die Italiener, und sie sahen deutlich, daß wenn diese noch immer an Oesterreich mit Ketten gebunden bleiben sollten', die Regierung sehr bald die Völker so wie früher gegen einander hetzen und schwächen würde, damit sie an Kraft verlören gegen die Despotie von Oben.

Die Linke des österreichischen Reichstages konnte daher den Kampf in Italien nicht billigen, und als der Abgeordnete Seelinger, dieses kindlich naive Gemüth, den Antrag stellte, der österreichischen Armee in Italien für die Waffenthaten in diesem unglücklichen Lande den Dank des Vaterlandes per Acclamationem auszusprechen, da mußte die Linke auf die Debatte bestehen, um so mehr, da sie vermuthete, daß Seelinger nur vom Ministerium vorgeschoben worden sei, und eigentlich dieses durch ein überrumpelt ausgesprochenes Lob der Armee für seine Waffenthaten,

ein Vertrauungsvotum und die Genehmigung seiner Politik in Italien erhalten wolle.

Es wurde sonach beschlossen, über diesen Seelinger'schen Antrag eine Debatte einzuleiten. Obwohl bei dieser Gelegenheit von Niemandem weder gegen die Armee noch gegen eines ihrer Glieder gesprochen worden war, so benützte den Umstand der nicht sogleichen Annahme des Antrages die Reaktion mit ihrer gewöhnlichen Lügenhaftigkeit, und in fast allen Blättern der Rückschrittsparthei wurde über die demokratische Linke des Reichstages geschmäht, ja sogar dem Füster und Violand wurden donnernde nie gesprochene Worte gegen Radetzky und die Soldaten in den Mund gelegt.

Diese Blätter wurden mit Eifer unter das Militär verbreitet, und es wurde auf alle mögliche Weise bearbeitet, um dasselbe gegen den Reichstag, gegen die Constitution zu erbittern, und dadurch die Macht der Bajonnette gegen die Freiheit zu gewinnen. Diese Erbitterung wurde auch wirklich hervorgerufen, und so erhielt die Reaktion und der Hof einen bedeutenden Bundesgenossen.

Bei der erst lange Zeit darnach eröffneten Debatte trat Niemand der Tapferkeit der österreichischen Armee zu nahe, nur gegen die österreichische Politik in Italien und der Verwendung des Militärs zu blos dynastischen und nicht Volksinteressen wurde das Wort erhoben, sodann aber auf Intervention

des Ministeriums, oder doch des mit demselben Hand in Hand gehenden Präsidenten, die Debatte nicht mehr fortgesetzt.

Aber die Reaktion unterließ nicht, dem Militär die unglaublichsten Dinge vorzufaseln, welche am Reichstage vorgekommen sein sollten, und dasselbe wurde auch bei seiner bekannten überall bewiesenen Rohheit, namentlich der seiner Führer, derart fanatisirt, daß sich diese Leute nicht nehmen lassen, ihre Soldatenehre (?) sei durch die Linke des Reichstages beschimpft worden und daß sich viele verbanden, durch Gemeinheit ihrem Unwillen Luft zu machen.

Der Verlauf des Kampfes in Italien regte die radikale Partei bald noch mehr auf, als man erfuhr, daß der Herzog von Modena mit österreichischer Hülfe wieder in seinen (?) Staaten eingeführt worden sei, wodurch jene Stelle der Eröffnungsrede des Reichstages, laut welcher Oesterreich den Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker nicht entgegentreten zu wollen erklärte, zur Lüge ward.

IX.

Eigenmächtige Truppenaushebung des Miniſteriums. Das Militär, die Bureaukratie und die Hierarchie bilden die kräftigſten Stützen der Reaktion. Das Miniſterium läßt am 23. Auguſt gegen die Arbeiter feuern, und bringt dadurch die von ihm gewünſchte Spaltung unter der Wiener Bevölkerung hervor.

Zu dem italieniſchen Kriege, ſo wie ſpäter fort und fort hob das Miniſterium Truppen aus, ohne um die Bewilligung hiezu, bei dem Reichstage einzuſchreiten. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß in einem conſtitutionellen Staate kein Mann ohne Bewilligung der Kammer ausgehoben werden darf, ſogar die zurückgenommene oktroirte Karte vom 25. April enthielt dieſen Grundſatz. Die Kammer hat bei dem Anſuchen um Bewilligung zur Completirung des Militärs, den beabſichtigten oder geführten Krieg einer Kritik zu unterziehen, und jenachdem ſie ihn für gerecht und für das Volkswohl nützlich hält, wird die Truppen-

aushebung bewilligt oder verweigert. Es ist in die Augen springend, daß das Ministerium nicht wagte, diese Frage in der Kammer zu berühren, um sich nicht der Gefahr einer Verweigerung auszusetzen, und um die Kammer in Unwissenheit über die Anzahl und Verwendung des ausgehobenen Militärs zu lassen.

Dieser Gegenstand wurde einmal zur Sprache gebracht, aber wer sollte es glauben, die Majorität des Reichstages trat dagegen auf. Jetzt ist es mir erklärlich. Die Czechen sahen das Ministerium, wie ich später zeigen werde, — für Jellachich und ihre czechischen Tendenzen günstig gestimmt, daher wollten sie es mit demselben nicht verderben, und das Centrum, das war servil oder derart beschränkt, daß es diese Angelegenheit für eine Kleinigkeit ansah. Doch das Volk sah mit Argusaugen auf das Benehmen der Minister, es fürchtete das zu viele Ausheben zum Militär, es kannte seine Rechte, und daher war es über diese eigenmächtigen Rekrutirungen des Ministeriums erbittert, um so mehr als das Ministerium ungeachtet einer geschehenen Aufforderung die Ausweise über den Stand der Armee nicht vorlegte.

Das Ministerium benahm sich wirklich dem Reichstage, dem Volke gegenüber bewunderungswürdig. Abgesehen davon, daß die provisorische Regierung, — natürlich von der wollte Niemand etwas wissen —, in allen wichtigen Fällen um die Genehmigung des

Reichstages anzusuchen gehabt hätte, beabsichtigte sie sogar durch Intrigue und Waffengewalt in Italien und Ungarn, wovon ich noch sprechen werde, ein fait accompli hinzustellen. Ja es stützte sich sogar auf die Idee, als habe der Reichstag blos eine Constitution zu machen; habe gar keine legislative Gewalt; als sey bis zum Inslebentreten der Constitution Oesterreich noch immer eine absolute Macht; und es erkühnte sich, den constituirenden Reichstag blos zu einem Constitutionsmachenden herabwürdigen zu wollen. Aus der eigenmächtigen Truppenaushebung ging das klar hervor. Nur in einer Beziehung wurde die Kammer als legislativ respektirt, — wenn man Geld brauchte. Natürlich — da fürchtete das Ministerium, daß die Steuern schlecht eingehen, und keine Gläubiger aufzufinden sein dürften. Dieses Ministerium, hervorgegangen durch die Volkserhebung vom 15. Mai, verrieth ihn schon damals und wagte von einer Vereinbarung, von einer Sanktion des legitimen Monarchen zu sprechen, und als man es fragte, was es unter Vereinbarung und Sanktion verstände, gab es eine Antwort wie das Orakel zu Delphi, und sagte, mehr spräche es nicht darüber.

O schändlich dieser Verrath von Männern, die dem Volke Alles zu verdanken hatten.

Indessen wirkte die Hof- und Adelspartei unablässig fort, um das Volk gegen die Freiheit, die Demokratie aufzuregen. Besonders ließ man sich an-

gelegen sein, das Militär zu gewinnen, und dasselbe gegen das Civile zu erbittern. Während man dem Soldaten auf der einen Seite, alle seine ihm durch die Constitution gleichfalls zukommende Freiheit, als wie die der Presse, des Petitions- und Associationsrechtes einschränkte, ließ man ihm wieder auf der anderen Seite die Freiheit, ruhige Bürger zu mißhandeln. Ja weil in einer Versammlung von Unterofficieren eine brüderliche Annäherung zwischen Civil- und Militär als wünschenswerth erklärt wurde, sperrte man die Unterofficiere ins Stockhaus. Soldaten haben sich Einbrüche, Gewaltthättgkeiten in Menge erlaubt und sich freudig und öffentlich vernehmen lassen, „die Constitution sey durch die Siege des Helden Redetzky zum Teufel.“ Das Gedicht, „eine Warnungsstimme aus Italien,“ welches von einem sehr hochgestellten Officiere verfaßt sein soll, wurde bei einem Gastmahle, einem Verbrüderungsfeste der Garnison, an welchem Gemeine und Officiere Antheil nahmen, unter die Teller gelegt, und mit großem Beifalle aufgenommen. In diesem Gedichte wird zum Kampfe gegen die Errungenschaft des 15. Mai aufgefordert. Die böhmische Armee gab diesem italienischen Rufe ein Echo, schmähte den Reichstag, und sagte am Schlusse, in dem Falle, als derselbe etwas einführe, was den Soldaten nicht recht sei,

„Dann wollen wir im Heere selber tagen
Und unsern eignen Spruch uns vorbehalten“.

Das was ich hier anführte, wurde Alles unter einer Menge von Fakten dem Kriegsminister in der Kammer vorgehalten, und er zur strengen Untersuchung, und Bestrafung der Schuldigen und zur Beeidigung der Armee auf den Begriff der Constitution aufgefordert. Die Armee wurde aber nur auf den Ausdruck Kaiser und Verfassung beeidet, und weiter geschah nichts. Auf die Verfassung kann der russische Despot auch seine Soldaten, ohne Gefahr für die Willkührherrschaft schwören lassen, denn Rußland hat auch eine Verfassung. Auf eine von dem Kriegsminister verlangte Belehrung des Militärs über seine Rechte und Pflichten wurde von demselben, als beleidigend für die Soldaten, abgelehnt.

Dann versuchte man das Vertrauen des Volkes gegen die neue Ordnung der Dinge, welche eintreten sollte, zu erbittern und Zwiespalt hervorzubringen. Die prächtigsten Werkzeuge waren hiezu die katholische Geistlichkeit und die Bureaukratie. Die katholische Geistlichkeit war über die bereits beschlossene Aufhebung des Zehents ergrimmt, die ihr so häufig verehrten Katzenmusiken bewiesen ihr, welche Achtung sie genieße und was sie zu besorgen habe, sie war demnach bemüht, den alten Zustand so viel als möglich zurückzuführen, und schloß sich mit Eifer der Reaktion an, und die Hierarchie, erschreckt über drohende Kirchenreformen und Einziehung von Kirchen- und Klostergütern, sandte ihr Heer von vielen tausend Priestern,

die wie ein Netz über dem Lande sich verbreiten, in jedes Thal, auf jeden Berg, in jede Hütte, um die Menschen gegen die Freiheit zu fanatisiren, doch es gelang ihr zum Glücke nur im bigotten Nordtyrol. Die Bureaukratie, erschreckt vor einer Verminderung ihres Heeres, des Gehaltes der hochgestellten Faullenzer, der Controlle durch die Presse u. dgl. hielt getreulich mit ihr. Sie suchte dem Landvolke begreiflich zu machen, wenigstens dem in Galizien, daß der Kaiser die Roboth und den Zehent unentgeltlich auflassen wolle, daß aber der Reichstag eine Entschädigung erzwungen habe. Der Kreishauptmann von Chrudim sagte sogar zu einer Bürgerdeputation, um den Neid und Haß gegen den Bauernstand aufzustacheln: „Meine Herren! was haben Sie überhaupt von der Constitution Gutes zu erwarten? was hat sie ihnen gebracht? was anderes, als daß nun ein jedes Dorf einer Stadt gleichgestellt ist.“ Diese Bureaukratie wirkte auf empörende Weise, die vielfältigsten Klagen kamen in dieser Beziehung in der Kammer zur Sprache.

Das Ministerium ging aber noch weiter, es wurde nämlich eine Spaltung in der Bevölkerung Wiens hervorzurufen gesucht, und man benutzte dazu einen Arbeiter Cravall, welcher dadurch veranlaßt wurde, daß das Ministerium plötzlich, ohne Noth den Arbeitslohn herabsetzte. Dieser Arbeiter Crawall hatte nicht im mindesten ein gefährliches Aussehen, aber

man kommandirte die Garden gegen die armen Taglöhner, und ſie gaben Feuer, und die Sicherheitswache hieb ohne Aufforderung auf Kinder, auf fliehende Männer und ſchwangere Weiber ein. Von dieſem Tage an, den 23. Auguſt, war ſonach eine Spaltung unter den Garden und den Arbeitern eingetreten, und an dieſem Tage ſprach man in Wien das erſtemal von Bourgeoiſie und Ouvriers.

X.

Das Ministerium beabsichtiget am 13. September einen Kampf zu provociren, um den Muth und die Freiheit des Volkes niederzukartätschen. Es wird daran durch den Reichstag gehindert. Nachträglich bereuen die Czechen, den Plan des Ministeriums hintertrieben zu haben.

Endlich aber sollte durch Militärgewalt durch Kanonen ein Kampf provocirt, und das Freiheitsstreben unterdrückt werden, denn volle despotische Macht hatte das Ministerium in den ungarischen Angelegenheiten bei dem Bestande der radikalen Wiener Presse noch durchaus nicht.

Der 13. September wurde hiezu bestimmt. Es wurden früh Morgens die Garden consignirt, dann wurde das Gerücht von Unruhen durch Reaktionärs verbreitet. Nirgends war aber ein Zusammenlauf zu bemerken. Auf das Gerücht von Unruhen suchten zwei oder drei, wahrscheinlich dazu von der Rückschritts-

parthei beredete, als ſchwarz-gelb verſchrieene Bezirks-Chefs der Nationalgarde bei dem Oberkommandanten dem verrufenen Streffleur um das Ausrücken des Militärs an. Streffleur verſtändigte hievon den Kriegsminiſter. Das Militär marſchirte mit Kanonen in die Stadt. Das Volk ſammelte ſich nun erſt neugierig auf den Straßen, und fragte was es gäbe? Niemand wußte es, nirgends war der mindeſte Auflauf geweſen, nirgends war eine Gefahr zu erblicken. In der Reichstagsſitzung wies der Miniſter Latour auf eine große Gefahr hin, da er durch einen Bericht erfahren, daß in der Stadt ſehr große Umtriebe fortgeſetzt würden, und daß namentlich auf der Aula eine Verſammlung ſei, die nicht blos den Sturz des Miniſteriums, ſondern auch die Sprengung des Reichstages beabſichtige. Die Linke mußte dieß als eine Unwahrheit erkennen, denn ſie kannte die Stimmung der Aula, ſie wußte, daß an dieſem Tage faſt die ganze akademiſche Legion auf entfernte Wachpoſten kommandirt worden war, und daß ſich ſonach blos ein kleiner Theil derſelben auf der Univerſität befinden konnte. Der Deputirte Purtſcher ging auch gleich auf die Aula, um ſich von dem, was dort vorfiele, zu überzeugen, und kam mit der Mittheilung, daß alles was der Miniſter mitgetheilt habe, eine Lüge ſei. Ueber eine geſtellte Interpellation rückte auch Latour mit der Bemerkung heraus, der Bericht, den er erhalten, ſei eigentlich ohne Unterſchrift, und nicht an ihn, ſondern an einen

Obriſtlieutenant gerichtet geweſen. Dieſe Erklärung erregte mächtige Senſation, denn es ſchien unverantwortlich, auf ein anonymes Schreiben und das unbegründete Anſuchen von zwei oder drei Bezirks-Chefs hin, die Militärmacht ausrücken zu laſſen, und die Gefahr eines Straßenkampfes herbeizuführen.

Die Angaben des Kriegsminiſters wurden auf der Univerſität und im Publikum bekannt, man war über deſſen Benehmen im höchſten Grade erbittert. Man behauptete die Reaktion hätte es im Einverſtändniſſe mit einigen Miniſtern auf einen Staatsſtreich ſo wie am 26. Mai abgeſehen.

Da erkannten die Studenten und Viele des Volkes, daß, wenn noch der alte brave Sicherheitsausſchuß beſtände, ein ſolches Auftreten des Miniſteriums unmöglich ſei, ſie ſahen den großen Fehler, den der Ausſchuß durch ſeine Auflöſung begangen hatte. Deßhalb zogen mehrere Studenten und Garden zum Miniſterium, um die Wiedereinſetzung dieſes Ausſchuſſes zu petitioniren. Hiebei trugen ſie Zetteln auf den Hüten, auf welchen die Forderung nach dieſem Ausſchuſſe ſich mit den Worten gedruckt befand: „Bürger Wiens! Nur die Wiedereinſetzung des Sicher„heitsausſchuſſes kann uns aus unſerer bedrängten „Lage retten.“ Hiebei iſt bemerkenswerth, daß der Deputirte Löhner ſelbſt den Oberkommandanten Streffleur mit dieſem Zettel auf dem Hute ſah, und zwar nicht in einer Begleitung, wo man glauben könnte,

daß er nicht im Zuſtande der Freiheit wäre, ſondern er hätte den Zettel in Gegenwart mehrerer Hauptleute der Garde am Hute behalten. Es ſcheint demnach, daß Streffleur ſelbſt die Studenten zu obiger Petition aufgefordert habe. Das Miniſterium ſah dieſe Zettel als revolutionäre Zeichen an, und wies die dießfällige Deputation, unter welcher ſich der edle Deputirte Füſter befand, ſchnöde ab, und ertheilte dem Militär den Befehl, gegen die Revolutioneurs einzuſchreiten. Die Männer und Jünglinge, welche, obgleich wegen der Bewegung des Tages größtentheils bewaffnet, doch ruhig ihre Bitte vortragen wollten, und keinen Straßenkampf beabſichtigten, zogen ſich zurück. Es war dem Miniſterium wohl leid, daß es bei dieſer Gelegenheit nicht zum Kampfe kommen wollte, das Militär wurde daher, um die Erbitterung zu ſteigern und den Barrikadenbau zu veranlaſſen und dadurch den Kampf herbeizuführen, immer näher und näher gegen die Univerſität commandirt. Die Studenten erſahen aus dieſem, ſo wie aus dem Lärm, welchen das Miniſterium über das Anſuchen um die Einſetzung des Sicherheitsausſchuſſes ſchlug, — obgleich der Antrag auf deſſen Einſetzung auch in der Kammer von mehreren Seiten geſtellt worden war, — dann aus dem lügenhaften Berichte des Bach, daß er gehört, man wolle auf der Aula um 8 Uhr die Republik proklamiren, — daß es auf ſie abgeſehen ſei; auch das Volk erkannte dieß, und daher ſandten viele Garde-

Compagnien und Arbeiter zu den Studenten, und verſicherten dieſelben ihrer Hülfe, wenn man es wagen ſollte, ſie anzugreifen.

Inzwiſchen hatte ſich der Reichstag auf ſtürmiſchen Antrag der Linken, welche einen Verrath des Miniſteriums witterte, in Permanenz erklärt, und nach heftigen Debatten gegen das Miniſterium wurde beſchloſſen, dem Miniſterium zu bedeuten, das Militär ſogleich abmarſchiren zu laſſen. Nun fügte ſich das Miniſterium, aber auch erſt, nachdem ihm 5 Kammermitglieder an die Seite gegeben worden waren. Das Militär zog ab, die Beſorgniß war verſchwunden, und die Ruhe vorhanden. Eine Reichstagsdeputation hatte den Studenten die Nachricht von dem beſchloſſenen Abzuge des Militärs hinterbracht, was bei ihnen endloſen Jubel erregte, und um den Leſer mit dem Benehmen der ſpäter ſo verunglimpften Aula bekannt zu machen, widerhole ich den Bericht des Deputirten Boroſch, eines Mannes, über deſſen Lippen nie eine unwahre Aeußerung kam, wörtlich. Er lautet: Wir fanden die Studirenden durchdrungen vom Geiſte der Geſetzlichkeit, in welchem Sinne wir unſer Wirken, und die ganze gegenwärtige Sachlage auch darſtellten. Sie haben das unbedingteſte Vertrauen zu dem Reichstage, und verbürgen ihrerſeits unter eigener Haftung, die Sicherheit, Geſetzlichkeit und Ordnung im Weichbilde der inneren Stadt aufrecht zu erhalten, und jedenfalls, wenn es nöthig ſein ſollte, mit ihren Leibern

ein sicherer Schirmschild des Reichstages zu sein und seine Beschlüsse zu ehren, wie sie von der Majorität gefaßt wurden, sollten sie auch in dem einen oder dem andern Punkte ihren Wünschen gerade nicht entsprechen, überzeugt, daß die wahre Freiheit nur auf diesem Wege erringbar ist. Tief fühlten sie sich aber gekränkt, dem Reichstage gegenüber verdächtiget worden zu sein.

Am 14. September wurde Latour von Schuselka befragt, ob er bei der fälschlichen Beschuldigung der Aula des Verbrechens des Hochverrathes, nicht nachforschen wolle, von wem jener beschuldigende Zettel geschrieben und vorgelegt worden sei? Latour erklärte: „Dieser Zettel ist an einen Officier geschrieben, „dieser hat bei der bestehenden Unruhe (?) geglaubt, mir „diesen Zettel übergeben zu müssen, jedoch die Unterschrift weggeschnitten, um jenen nicht zu compromittiren, „der ihn geschrieben." Schuselka entgegnete: „Sind „der Hr. Kriegsminister geneigt, dießfalls eine Untersuchung einzuleiten?" Latour: „Wenn mir Jemand „einen Zettel schickt, ohne Unterschrift, so kann ich ihn „nicht nöthigen, diese mir bekannt zu geben." Schuselka: „Der Officier, der den Namen weggeschnitten „hat, ist doch bekannt?" Latour gab ganz verwirrt zur Antwort: „Er hat ihn wahrscheinlich weggeschnitten, „um nicht denselben zu compromittiren." Und mehr sprach er nicht. Wer stellt sich über diese Erklärung des Ministers die Entrüstung des Volkes und der

Linken der Kammer vor? Wäre das in einer anderen Kammer der Welt vorgekommen, ich glaube, Latour hätte in dem Augenblick ſein Portefeuille niederlegen müſſen. Alſo er wollte den Namen des Officiers nicht nennen? er wollte keine Unterſuchung über den einleiten, der das Verbrechen der Verläumdung begangen hatte, durch welches ohne Wirken der Kammer Blut gefloſſen wäre? Alſo der edle Herr Graf Latour ließ ſich für die hochverrätheriſchen Reaktionspläne gewiſſer nicht zu compromittirender Perſonen gebrauchen, und läßt auf ihre Weiſungen ſeine ganze Truppenmacht entfalten, beabſichtigt eine Contre-Revolution hervorzurufen? Anfangs war's ein Bericht an ihn, dann an einen Obriſtlieutenant, den er nicht nennen wollte! Oder war dieſe Geſchichte vielleicht erlogen, wie andre Sachen, auf die ich erſt kommen werde, handelte der Herr Graf vielleicht blos im Auftrage einer hohen Dame? — Wie dem auch ſei, dieſer 13. September und die darauf abgegebene Erklärung läßt einen Blick in das Innere des hochgebornen Grafen thun. Saß er doch immer mit wüthendem Geſichte in der Kammer wie ein knurriger Köter, den es verdroß da ſitzen zu müſſen, der aber folgte, weil es ihm ſein Herr befahl.

Dieſer 13. September iſt unvergeßlich in die Erinnerung eines jeden Wieners gegraben. Gränzenlos war die Erbitterung gegen das Miniſterium, welches eine Bewegung hervorrufen wollte, um ſie und mit

ihr die Freiheit zu unterdrücken. Dieſes Benehmen des Miniſteriums iſt um ſo verdammenswerther, als ſeine Verantwortlichkeit nur am Papiere ſtand, da noch kein Geſetz über Miniſtervergehen vorhanden war.

Noch wurde ſich am 14. September mit dem Miniſter Bach in der Kammer wegen der ſogenannten revolutionären Zeichen herumgezankt, und man erfuhr, daß Streffleur behauptet habe, zum Tragen eines ſolchen Zettels gezwungen worden zu ſein. Obgleich dieß nach der Erklärung Löhners nicht möglich war, Streffleur demnach ſelbſt zu einem, vom Miniſter behaupteten Verbrechen aufforderte; oder wenn Streffleurs Behauptung dennoch wahr wäre, er als Feigling zu einem Oberkommandanten nicht geeignet iſt, ſo wurde er doch nicht abgeſetzt.

Aber ſollte man es glauben, daß die czechiſchen Deputirten bereuten, zu dem Beſchluſſe der Permanenz-Erklärung des Reichstages beigetragen, und dadurch Blutvergießen verhindert zu haben? Sie erklärten privative, unter ſich und zu den Gliedern der Linken, daß der Reichstag die Exekutivgewalt an ſich geriſſen, und daß ſie ſich in der Zukunft einen derartigen Eingriff in die Rechte der Miniſter nicht mehr wollten zu Schulden kommen laſſen. Wie, ſie bereuten durch den Beſchluß des ſogleichen Abzuges des Militärs die Miniſter gehindert zu haben, ihren Höllenplan durchzuführen, wie ſie wollten Wien demüthigen, unterjochen laſſen von roher Militärgewalt? — Ja, ſie

wollten es, sie wollten das deutsche Streben niederdrucken. Die Deutschen zeigten ihnen zu viele Sympathie für die Ungarn, es schien ihnen für ihre eitlen unausführbaren Tendenzen zu gefährlich, daß es in Wien überall zur starken Ueberzeugung wuchs, das Ende der Freiheit in Ungarn, sei die Todesstunde der Freiheit der Deutschen. Diese Permanenzerklärung des Reichstages war kein rechtswidriger Eingriff in die Exekutiv-Gewalt, denn man vergesse nicht, das Ministerium sammt Monarchen war ein Provisorium, welches demnach als solches der constituirende Reichstag ganz aufheben, also auch beschränken oder suspendiren konnte. Freilich, die Majorität der Kammer sah sich zu der Zeit schon blos mehr als einen vereinbarenden Reichstag an.

Der Deputirte Borosch trug nach diesen Vorgängen, um die gehörige Controlle gegen das Ministerium zu haben, und damit nicht wieder ein 13. September erscheinen könne, darauf an, daß von dem Reichstage und aus demselben ein Ausschuß gebildet werde, der für die Ruhe und Ordnung der Stadt, so wie früher der Sicherheitsausschuß Sorge zu tragen habe. Aber natürlich das Centrum und die Rechte waren dagegen, und sie lachten nur über den Antrag, der, wäre er durchgegangen, den Kampf des 6. Oktobers und unsägliches Elend abgehalten hätte.

XI.

Das Miniſterium erklärt, ſich in die ungariſchen Wirren nicht zu miſchen. Das Volk und die Linke erkennt dieſe Erklärung als Lüge. Violand's Interpellation bezüglich Ungarns. Ausweichende Antwort des Miniſteriums, und Hinweiſung auf eine vorgelegt werdende Staatsſchrift.

Jetzt komme ich wieder auf die Geſchichte der Ungarn, auf den empörenden Verrath, den man ſich gegen dieſelben erlaubte.

Wie die Angelegenheiten derſelben, um die Zeit der Eröffnung des öſterreichiſchen conſtituirenden Reichstages ſtanden, habe ich bereits erzählt, und dargethan, daß der Kaiſer von ſeiner Parthei bewogen worden war, gegen den Beſchluß der Ungarn ſein Veto einzulegen, nach welchem ſie zum Schutze gegen den Hochverräther Jellachich Truppen auszuheben, und zum kräftigen Widerſtande gegen die Croaten Geld aufzunehmen, beabſichtigten; daß demnach der

Plan des Hofes der war, die Ungarn den Croaten wehrlos zu überliefern, die im März zugesicherten und im April beschwornen Rechte zu annulliren, sodann das als erobert zu betrachtende alte Land der Magyaren mit den Provinzen zu vereinen, und sonach der Dynastie mehr zu erringen, als sie je besaß.

Der Hof begann in Ungarn offenbar eine Contre-Revolution, einen himmelschreienden Verrath. Die freisinnigen Männer Oesterreichs waren über dieses Benehmen des Hofes entrüstet, ja auch mit der Besorgniß erfüllt, daß man nach der Besiegung der Ungarn die Zugeständnisse gegen die übrigen Provinzen gleichfalls zurücknehmen werde, und diese Besorgniß wurde dem zur Gewißheit, der beobachtete, welche Winkelzüge der Unredlichkeit, der Verschmitztheit sich das Ministerium überall erlaubte. Was konnte man auf das gegebene kaiserliche Versprechen vom 13. März und 15. Mai bauen, wenn man sah, daß der Kaiser sein auf dem Krönungsberge zu Preßburg mit dem Schwerte des heiligen Stephan umgürtet, erst im April 1848 mit einem Eide verbürgtes Wort, Ungarn nur nach den ungarischen Gesetzen, nach der neuen Verfassung, als selbstständiges Reich zu regieren, und die Integrität der vereinigten Königreiche Ungarn, Croatien und Slavonien zu erhalten, pflicht- und eidvergessen brach?

Der Hof suchte sich wohl dadurch zu rechtfertigen, daß er von einer Unterdrückung von Seite der Ungarn gegen die Croaten sprach. Ich habe schon früher

auf die Lügenhaftigkeit dieſer Angabe hingewieſen; aber geſetzt, ſie wäre wahr; geſetzt, der ungariſch-croatiſche Reichstag hätte Beſchlüſſe gefaßt, die nachtheilig geweſen wären für die Croaten, ſo hat doch zum Inslebentreten dieſer für die Croaten nachtheiligen Beſchlüſſe die königliche Sanktion ertheilt worden ſein müſſen; und geſetzt, ſie ſei ertheilt worden, was für ein Recht kann daraus gefolgert werden für die Croaten und den Hof? Kein anderes, als daß die Croaten berechtiget geweſen wären, die Waffen gegen ihre Unterdrücker und den König zu ergreifen, da, wie erwähnt, zur Unterdrückung der Croaten der Beſchluß des Reichstages auch vom Könige hätte genehmigt worden ſein müſſen, er demnach auch als ihr Unterdrücker erſchienen wäre. Dieſes Recht, wie einſt in der Kammer geſagt wurde, räume ich ihnen ein, dieſes Recht, mit dem ſich jede kleine Nation gegen die Uebergriffe, gegen den langſamen Druck ſträubt, der im pſichiſchen ſo wie im phiſiſchen Leben dieſelbe Wirkung hat' die Verkümmerung. Ich erkenne dieſes Recht, wenn die Croaten ſagen würden, wir waren bisher auf dem Landtage in der Minorität, wir wollen nicht in der Minorität ſein; denn ein Volk, welches in einem zweiten Volke eingeſchachtelt, in unwandelbarer Minorität iſt, empfindet alle Qualen des politiſchen Helotismus. Das Grundgeſetz des conſtitutionellen Lebens, die Majorität gilt nur für eine gleichartige ſouveräne Bevölkerung. Hätte aber der König

nach ertheilter Sanktion, und ohne der kann ja von einer Unterdrückung, — wie bereits bemerkt, — keine Rede sein, diese seine Genehmigung bereut, wäre er zur Ueberzeugung gelangt, sich einer Rechtsverletzung gegen die Croaten schuldig gemacht zu haben, so wäre ihm doch nichts anderes übrig geblieben, als sich seinem geleisteten Eide getreu nach den ungarischen Gesetzen zu benehmen, oder er hätte auf die ungarische Krone verzichten müssen. Keineswegs hätte er aber das Recht, als König, als Vollmachtsträger Ungarns, den von ihm selbst sanktionirten Beschluß des Landes zu mißachten, und die Ungarn an die Croaten zu verrathen.

Der österreichische Hof beging nach meiner tiefsten Ueberzeugung an den Ungarn ein Verbrechen, dem aber, wie ich nicht mehr zweifle, die Strafe auf dem Fuße folgt.

Das österreichische Ministerium ging gleich von Anfang mit der Hofpartei, und es betrachtete die Kammer nur als ein Spielzeug; die Antworten auf Interpellationen waren theils zurückhaltend, theils lügenhaft, ja theils gar nichts sagend, bloße Worte, und da man einst eine, doch auf die Frage passende Antwort wollte, da erklärte Bach: „er sei der Ansicht, „daß so wie die Freiheit der Interpellation in keiner „Weise beirrt würde, auch die Freiheit der Antwort „dem Ministerium überirrt zu lassen sein dürfte.“ Uebrigens sagte das Ministerium anfänglich, daß es

ſich in den ungariſch-croatiſchen Nationalitätskampf nicht miſche. Die Linke des Reichstages und das hellſehende Volk, die erkannten aber deutlich, daß nicht blos der Hof, ſondern auch das Miniſterium der beſte Freund des Jellachich ſei und ſein Unternehmen auf jede Weiſe fördere. Jellachich zog ſchon gegen Peſth, was wollte er dort holen, etwa die Freiheit der Croaten? man dachte in Oeſterreich, daß Peſth nur zwei oder drei Tagmärſche von Wien entfernt ſei, man konnte in dem Führer Jellachich den Charakter des Croaten und des k. k. Generals nicht von einander ſcheiden, man begriff nicht, woher Jellachich das Geld zum Kampfe nehme, u. d. m. Es war bekannt, daß Oeſterreich den Croaten Waffen geſendet habe, Latour ſtellte es in Abrede, wir werden ſehen, daß ſich dieſe ſeine Erklärung am 6. Oktober als Lüge herausſtellte. Weiters war bekannt, daß Jellachichs Horden größtentheils aus Truppen der Militärgränze beſtehen, und daß ſich bei denſelben faſt durchgehends k. k. öſterreichiſche Officiere befinden, dennoch ſtellte ſich Latour, als wiſſe er nichts davon, und miſche ſich das Miniſterium gar nicht in die ungariſchen Wirren. Weiters wurde das Miniſterium interpellirt, ob es den Croaten Geld geſendet habe. Der Herr Finanzminiſter ſagte nein, und ſiehe ſpäter, worauf ich noch einmal kommen werde, mußte es Latour dennoch zugeſtehen, natürlich Kraus ſagte nein, weil er das Geld nicht unmittelbar den Croaten zugeſtellt, und

nur das Kriegsminiſterium es dem Jellachich übemacht hatte. Welche gemeine Wortfängerei und Spitzfindigkeit.

Entrüſtet über die Winkelzüge des Miniſteriums und wiſſend, daß nur Weſſenberg und Latour, aber nicht die anderen Miniſter unmittelbar mit dem Kaiſer verkehren dürften, und daß ſich zwiſchen ihnen und dieſem ein geheimes unverantwortliches Kabinet, das des Ludwig und der Sophie befand, ſtellt die Linke am 16. September durch den Mund des Abgeordneten Violand an das Miniſterium folgende Interpellation:

„Unter den Sätzen, welche das Gebäude der „conſtitutionellen Rechtsfiction ausmachen, ſei wohl „der ein Grundſtein, daß das Miniſterium die Perſon „des Monarchen decken, und daß der Wille des Mo„narchen unter Verantwortlichkeit der Miniſter ſeinen „Ausdruck finden müſſe. — Ein drittes zwiſchen „beiden, einen Mittelzuſtand gebe es nicht in dem „Verhältniſſe zwiſchen Fürſt und Volk. Das Ver„trauen, das die Miniſter ihrer Pflicht gegenüber von „dem Monarchen zu fordern haben, ſei ein abſolut „unbedingtes; es berechtige ſie, jede Einmiſchung von „fremden Perſonen, ſelbſt durch Entfernung derſelben „aus der Nähe des Monarchen hintanzuhalten, und „laſſe für jeden Regierungsakt dem Monarchen nur „die Wahl, entweder zwiſchen Entlaſſung der Miniſter, „oder Genehmigung ihrer Anträge. Dieſes ſeien lang„bewährte, zur Thatſache jedes conſtitutionellen Bewußt„ſeins gewordene Sätze, ſie gelten zweifellos in jedem

„Falle, für jede zwiſchen Volk und Fürſt getheilte „Souveränität. Dieſe Sätze auf die ſpeciellen Ver„hältniſſe Oeſterreichs angewendet, ſei ſo viel gerücht„weiſe oder officiell bekannt geworden, welches große „Bedenklichkeiten errege, daher er (Interpellant) ſich „genöthigt ſehe, einige Fragen über Thatſachen und „Gerüchte an das Geſammtminiſterium zu ſtellen. Er „werde ſich erlauben, dieſe Fragen, damit das Mini„ſterium die Richtung derſelben erſehe, zuerſt mit„ſammen vorzutragen, und um deren ſogleiche unum„wundene Beantwortung zu erſuchen, da er glaube, „daß an der ſogleichen Beantwortung kein Anſtand „genommen werden dürfte, indem die Fragen nur „Thatſachen betreffen, die dem Miniſterium bekannt „ſein, oder Principien, auf welche die Miniſter bei „ihren Regierungshandlungen Rückſicht genommen „haben müſſen:

1) „Iſt Etwas davon wahr, daß das öſterreichi„ſche Miniſterium ſich in ſeinen einzelnen In„dividuen nicht jenes Grades der Zugänglich„keit zum Monarchen erfreue, die ein gänzlich „unbehinderter Verkehr mit dem Monarchen „vorausſetzt?

2) „Iſt namentlich Etwas davon wahr, daß die „von dem Miniſterium gefaßten Beſchlüſſe vor „der Entſchlieſſung des Monarchen dem Rathe „anderer, nicht verantwortlicher Miniſter un„terliegen, und daß ſomit einzelne Vorſchläge,

„wie z. B. einer, der sich auf Studienange-
„legenheiten bezieht, 12 bis 14 Tage bei einem
„über dem Ministerium stehenden Cabinete lie-
„gen blieben?

3) „Ist davon Etwas wahr, daß nur einzelne
„Minister, namentlich der des Hauses und noch
„Einer sich des Rechtes wirklich erfreuen, nach
„ihrem Ermessen und ohne Zeugen mit dem
„Monarchen zu verkehren, die andern Minister
„jedoch, nur als Gesammt-Ministerium oder
„durch den Minister des Hauses mit dem Mo-
„narchen verhandeln?

4) „Ist davon Etwas wahr, daß die auf Croa-
„tiens Angelegenheiten bezüglichen Beschlüsse,
„wie z. B. das Manifest an den Ban Jella-
„chich" (dasjenige nämlich, in welchem der Kaiser oder König die Hochverrathsanklage gegen ihn aufhebt) „ohne Beirath oder Mit-
„wirkung des kaiserlich österreichischen noch des
„königlich ungarischen Ministeriums, sondern
„unter Mitwirkung Dritter unverantwort-
„licher Rathgeber gefaßt worden, und von
„diesen für das von Niemand contra-
„signirte, also absolutistisch erlassene Ma-
„nifest die Unterschrift des Monarchen erzielt
„worden ist?

5) „Welche Ansicht hat das Ministerium über die
„staatsrechtliche Stellung Croatiens zu Ungarn,

„und somit über die Eigenschaft, in welcher „hier der Name Ferdinand unterschrieben „erscheint? Meint es, daß der König von „Croatien und Ungarn unterschrieben sei, der „als constitutioneller König von Ungarn „und Croatien mit Umgehung seiner Minister, „durch einen inconstitutionellen Akt, den Kampf „eines Theiles der Bevölkerung gegen einen „anderen, und gegen die Constitution billigt? „Oder meint das Ministerium, daß der König „von Croatien, als eine bereits rechtlich vom „Könige von Ungarn getrennte Person unter„schrieben sei, und daß der König von Croa„tien, da kein croatisches Ministerium besteht, „als absoluter Fürst berechtiget sei, seinen „Banus an der Spitze seiner Schaaren gegen „den constitutionellen König von Ungarn „marschiren zu lassen?

6) „Jenen letzteren Fall gesetzt, welche Stellung „meint das Ministerium gegenüber den beiden „Mächten zu nehmen. Meint es, daß der „Kaiser von Oesterreich neutral bleiben müsse, „oder meint es, solche Akte verantworten zu „können, durch welche, wie z. B. durch die „Sendungen von Geld, Waffen, Officieren, „Parthei für die eine oder andere Seite ge„nommen wird?

7) „Meint das Miniſterium, daß es irgend ein „Land in der Geſammt-Monarchie gebe, ſei „es Italien, Croatien oder ſonſt eines, wo „der Monarch ohne Contraſignation von den „Miniſtern, alſo als abſoluter Herrſcher „einen Statthalter, Banus oder Commandi„renden Aufträge, Weiſungen, Mittheilungen, „oder nachträgliche Genehmigungen mit Gül„tigkeit ertheilen könne?

8) „Meint das Miniſterium, daß k. k. beſtellte „Generäle und Officiere unter dem Befehle „eines ſolchen Anführers rechtmäßig bleiben „dürfen?“

Dieſe Interpellation erregte mächtige Senſation, alles war auf die Antwort des Miniſteriums geſpannt.

Auf die erſte wiederholte Frage höhnte Weſſenberg ohne aufzuſtehen, dem Volksvertreter ein Nein entgegen. Die zweite Frage erfreute ſich derſelben Antwort; als ſie aber der Interpellant nochmals widerholte, und die Frage trennte, da die Linke gewiß wußte, daß ein von dem Miniſterium gefaßter Beſchluß, der ſich auf Studienangelegenheiten bezog, einige Zeit bei dem Erzherzoge Ludwig zur Begutachtung liegen geblieben ſei, und daß ſomit Weſſenberg gelogen hatte und der Interpellant dieß durch gedehntere Leſung des zweiten Satzes zu erkennen gab, ſprang Bach auf und rief: „Ich erlaube mir den Herrn Interpellanten darauf aufmerkſam zu machen, daß

die Perſon des Monarchen kein Gegenſtand ſei, welcher hier im Wege der Debatte oder im Wege der Interpellation beſprochen werden darf.“ Nach der Entgegnung Violand's, daß er nur die Miniſter und nicht den Kaiſer interpellire und dieß in der Abſicht, um beurtheilen zu können, ob ſich die Miniſter ihrer Stellung eingedenk benehmen, und ſonach ihre Pflicht erfüllen, da erklärte Bach unter ausweichenden Antworten, daß das Miniſterium keinen Grund habe, ſich über ein Mißtrauen des Kaiſers zu beklagen. Als nun Interpellant mit der Vorhaltung der auf Ungarn bezüglichen Fragen fortfuhr, da verſprach Bach die Beantwortung in den nächſten Tagen durch die Ableſung einer auf Ungarn Bezug nehmenden Staatsſchrift.

XII.

Bach legt dieſe Staatsſchrift vor. Kritik derſelben. Plan der Linken über die Conſtruirung Oeſterreichs. Die dießfällige Abſicht des Miniſteriums.

Miniſter Bach las dieſe Staatsſchrift wirklich in der Sitzung vom 19. September ab, — an welchem Tage auch eine Geſandſchaft des ungariſchen Reichstages um Gehör vor den öſterreichiſchen Volksvertretern anſuchte, und von welcher ich im folgenden Abſchnitte ſprechen werde, — aber welche Schaamloſigkeiten kamen durch dieſelbe an das Tageslicht.

Dieſe Staatsſchrift, keinen einzigen Punckt der ſoeben früher erwähnten Interpellation beantwortend, ſagte nun zum erſtenmale ganz unumwunden, daß das öſterreichiſche Miniſterium darauf beſtehen müſſe, daß die Ungarn auf das verzichten, was ihnen der Kaiſer im März verſprochen und im April beſchworen hatte. Beſonders intereſſant iſt die Begründung. 1) Weil das Wohl und die Einheit Oeſterreichs dieß

erfordere, und das österreichische Ministerium separatistische Tendenzen nicht unterstützen könne. 2) Weil die Ungarn die österreichischen Staatsschulden nicht übernehmen wollen, 3) darum, weil der Kaiser nicht berechtiget gewesen sei, am 16. März, wo er schon als constitutioneller Kaiser zu jedem Regierungsakt die Einwilligung der österreichischen Abgeordneten hätte fordern müssen, ohne deren Genehmigung Ungarn aus dem Gesammtverbande der Monarchie frei zu geben, und endlich 4) weil durch diese Bewilligung die Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion unmöglich sei.

Jeden Menschen, der nur ein klein wenig Einsicht besaß, mußte nun klar sein, welche Tendenzen das österreichische Ministerium hatte, und wie es sich schon stark fühlen mußte, um mit denselben hervorzutreten.

Welch herrliche Motivirung!

Weil das Wohl und die Einheit Oesterreichs dieß erfordere! Was? wegen des Vortheils einiger Provinzen, sollen Rechte der Ungarn vernichtet werden? Wenn die Versprechungen, die beschwornen Versprechungen, die man den Ungarn gemacht hat, als ungültig betrachtet werden, weil sie nach den Ansichten eines Ministeriums dem Staatswohle widerstreiten, könnte es dann nicht auch gleichfalls um des Staatsvortheils um des allgemeinen Wohles Willen, den Versprechungen, die am 15. Mai

den übrigen österreichischen Völkern gemacht wurden, ein Ende machen? Dann, — ist die Einheit Zweck oder Mittel? Offenbar nur Mittel, um den Zweck, das Wohl der Völker zu erreichen; was liegt an dem Oesterreich, an dessen Einigkeit, wenn sie nur durch Ungerechtigkeit, durch Bajonnette erhalten werden kann, und wenn bei derselben die Völker zerfleischt werden. Ist das Interesse der Krone dem der Völker im Wege, so darf das Interesse der Krone nicht berücksichtiget werden. Welche Anmaßung, das Wohl eines Menschen oder einer Familie dem von Millionen entgegen zu stellen! Würde auch Oesterreich aus einer geographischen Karte verschwinden, was liegt daran? Die Völker sterben nicht, sie gehen nur neue Verbindungen nach ihrem Willen ein. Wie darf sich ein Einzelner, wie darf sich ein Ministerium herausnehmen, seinen Willen als Gebot den Völkern aufdrängen zu wollen? Zudem wo hat das Ministerium die Moral gelernt, daß man, um einen wünschenswerthen Zweck zu erreichen, die Rechte Dritter, hier der Ungarn, verletzen dürfe? Sallet sagt, und ich stimme ihm vom ganzen Herzen bei:

„Und wenn der Umsturz selbst dem Staate droht,
„So stürz' er, eh' ein Unrecht ihn erhalte."

Uebrigens ist aber gar nicht wahr, daß durch die Belassung der Ungarn in ihren Rechten, die Monarchie aufgelöst worden wäre. Gerade dann hätten die übrigen Provinzen zu einander in dasselbe Ver-

hältniß gebracht werden müssen, in welchem Ungarn nach dem März zu ihnen stand, gerade dann wäre das System der Föderation rein durchzuführen gewesen, und hätten die deutschen Oesterreicher sich mit ihren deutschen Brüdern außer Oesterreich innig verschmelzen können, und gerade durch diese Föderation wäre Oesterreich und Deutschland mächtig stark geworden, aber auch frei geblieben. Eine Trennung, ein Auseinanderfallen Oesterreichs wäre nicht zu besorgen gewesen, da alle Provinzen der verschiedensten Nationalitäten aus eigenem Interesse sich hätten aneinander schließen müssen. Gewiß wären dann auch die Donaufürstenthümer in diese Föderativstaaten eingetreten, und Deutschland, Oesterreich, die Donaufürstenthümer hätten einen großen mitteleuropäischen Staat gebildet, ähnlich dem von Nordamerika, welcher unabhängig von russischen, englischen und französischen Einfluß, ja denselben abwehrend, in eine neue Aera der geistigen und staatlichen Entwicklung getreten wäre. Dieser Gedanke leitete auch viele Glieder der Linken des österreichischen Reichstages. Aber freilich bei seiner Realisirung wäre es mit der Willkühr der habsburg-lothring'schen Dynastie und ihrer Minister und ihres Hofstaates vorbei gewesen, sie hätten nur im Interesse der Völker wirken können, und das, das wollten sie nicht, ihr eigenes Interesse lag ihnen mehr am Herzen.

Der zweite Grund: Weil Ungarn keine österreichischen Staatsschulden übernehmen wolle, ist wahrlich, entweder kindisch dumm, oder niederträchtig. Ungarn hat seit jeher bis in die neueste Zeit eine constitutionelle Verfassung, und ließ sich dieselbe nicht rauben. Oesterreichische Staatsschulden waren demnach für Ungarn nur dann verbindend, wenn sie der ungarische Reichstag genehmiget hatte. Die den übrigen österreichischen Provinzen von dem Despotismus hinaufgewälzten Schulden gingen daher Ungarn, welches sich gegen den Despotismus gewahrt hatte, gar nichts an. — Deshalb, weil Ungarn seine Rechte nicht verletzen ließ, sollte es nun Staatsschulden übernehmen, welche es schon früher als unnöthig erklärt, und zu denselben seine Einwilligung versagt hatte? Wie lächerlich! Strenge genommen, so hatte ja nicht einmal das neue constitutionelle Oesterreich die Pflicht, die früher von dem Despotismus gemachten Schulden anzuerkennen, sie zu bezahlen. Die Tyrannen Oesterreichs, der Hof, die hatten blos zu ihrem Vortheile, nie aber zu dem der Völker-Schulden contrahirt, was gingen die das Volk an, dessen vielfache Proteste unberücksichtiget in schauerliche Kerker ad acta gelegt wurden? Uebernahm es aber aus reinem Edelmuthe diese Schulden, wie kann es auf den Gedanken kommen, zu fordern, daß andere desgleichen thun? Aus demselben Grunde hätte das österreichische Ministerium, von Frankreich die Uebernahme der österreichischen

Staatsschulden verlangen können. Dieser Grund war übrigens von dem Ministerium blos vorgeschützt, um die Sympathien der Geldleute zu erwerben, die sich nicht im mindesten um Recht, sondern nur um ihre Tasche kümmern, und die den österreichischen Finanzen nicht mehr viel vertrauten.

Was nun die dritte Behauptung betrifft: Der Kaiser hätte ohne Bewilligung der österreichischen Kammer nicht das Recht gehabt, die den Ungarn im März gemachten Genehmigungen zu ertheilen, so ist das die merkwürdigste, welche je von Räthen der Krone ausgegangen war. Wäre sie richtig, dann hätten ja nur die Volksvertreter aber nicht die Minister das Benehmen des Kaisers rügen können. Uebrigens ist diese Behauptung grundfalsch, und sie zeigt nur das Bestreben der Krone, ihr Wort zu brechen, da sie es bereute. Ungarn stand nie rechtlich im innigen Verbande mit den übrigen Provinzen der Monarchie, der König von Ungarn war seit jeher eine vom Kaiser von Oesterreich als Fürst der übrigen Provinzen rechtlich getrennte Person, und Ungarn war nie berechtiget, auf die anderen Provinzen, und ebenso wenig diese auf Ungarn einen Einfluß zu üben, daher konnte auch ein solches Recht den österreichischen Provinzen durch den 15. März nicht eingeräumt werden. Zudem hatte ja der Kaiser am 15. März nur eine oktroirte Karte,

Der zweite Grund: Weil Ungarn keine österreichischen Staatsschulden übernehmen wolle, ist wahrlich, entweder kindisch dumm, oder niederträchtig. Ungarn hat seit jeher bis in die neueste Zeit eine constitutionelle Verfassung, und ließ sich dieselbe nicht rauben. Oesterreichische Staatsschulden waren demnach für Ungarn nur dann verbindend, wenn sie der ungarische Reichstag genehmiget hatte. Die den übrigen österreichischen Provinzen von dem Despotismus hinaufgewälzten Schulden gingen daher Ungarn, welches sich gegen den Despotismus gewahrt hatte, gar nichts an. — Deshalb, weil Ungarn seine Rechte nicht verletzen ließ, sollte es nun Staatsschulden übernehmen, welche es schon früher als unnöthig erklärt, und zu denselben seine Einwilligung versagt hatte? Wie lächerlich! Strenge genommen, so hatte ja nicht einmal das neue constitutionelle Oesterreich die Pflicht, die früher von dem Despotismus gemachten Schulden anzuerkennen, sie zu bezahlen. Die Tyrannen Oesterreichs, der Hof, die hatten blos zu ihrem Vortheile, nie aber zu dem der Völker-Schulden contrahirt, was gingen die das Volk an, dessen vielfache Proteste unberücksichtiget in schauerliche Kerker ad acta gelegt wurden? Uebernahm es aber aus reinem Edelmuthe diese Schulden, wie kann es auf den Gedanken kommen, zu fordern, daß andere desgleichen thun? Aus demselben Grunde hätte das österreichische Ministerium, von Frankreich die Uebernahme der österreichischen

Staatsſchulden verlangen können. Dieſer Grund war übrigens von dem Miniſterium blos vorgeſchützt, um die Sympathien der Geldleute zu erwerben, die ſich nicht im mindeſten um Recht, ſondern nur um ihre Taſche kümmern, und die den öſterreichiſchen Finanzen nicht mehr viel vertrauten.

Was nun die dritte Behauptung betrifft: Der Kaiſer hätte ohne Bewilligung der öſterreichiſchen Kammer nicht das Recht gehabt, die den Ungarn im März gemachten Genehmigungen zu ertheilen, ſo iſt das die merkwürdigſte, welche je von Räthen der Krone ausgegangen war. Wäre ſie richtig, dann hätten ja nur die Volksvertreter aber nicht die Miniſter das Benehmen des Kaiſers rügen können. Uebrigens iſt dieſe Behauptung grundfalſch, und ſie zeigt nur das Beſtreben der Krone, ihr Wort zu brechen, da ſie es bereute. Ungarn ſtand nie rechtlich im innigen Verbande mit den übrigen Provinzen der Monarchie, der König von Ungarn war ſeit jeher eine vom Kaiſer von Oeſterreich als Fürſt der übrigen Provinzen rechtlich getrennte Perſon, und Ungarn war nie berechtiget, auf die anderen Provinzen, und ebenſo wenig dieſe auf Ungarn einen Einfluß zu üben, daher konnte auch ein ſolches Recht den öſterreichiſchen Provinzen durch den 15. März nicht eingeräumt werden. Zudem hatte ja der Kaiſer am 15. März nur eine oktroirte Karte,

wenn gleich nach Einvernehmung der Stände versprochen, er war demnach gar nicht gebunden, ihm beliebige Concessionen zu machen.

Was endlich die Bemerkung des Ministeriums bezüglich der pragmatischen Sanktion anbelangt, so ist es unrichtig, daß die Ungarn dieselbe aufheben wollten, und gerade durch den 15. Mai war es ja dem constituirenden österreichischen Reichstage freigestellt, gleichfalls von den Bestimmungen der pragmatischen Sanktion abzugehen. Für das Volk hat ein Familienvertrag der früheren bloßen Gewalthaber, der Despoten, dieser vergilbte papierene Fetzen oder die verschimmelte Pergamenthaut einer pragmatischen Sanktion gar keine Verbindlichkeit.

Aber könnte man fragen, was für ein Vortheil wäre denn der Dynastie erwachsen, das den Ungarn im März Zugestandene zu wiederrufen?

Ich habe schon mehrere Gründe der Herrschsucht, der Dynastie angegeben, will aber noch einen hinzufügen. Durch die Trennung Ungarns von den übrigen österreichischen Provinzen erhielt Ungarn auch ein eigenes Kriegsministerium. Dadurch wurde die Einheit der Armee aufgehoben. Bei dieser Aufhebung der Einheit der Armee wäre es der Dynastie in der Zukunft nur sehr schwer möglich gewesen, die Freiheit in den anderen Provinzen zu unterdrücken. Es wäre unmöglich gewesen, ungarische Regimenter in deutsche

Provinzen und deutsche Regimenter nach Ungarn zu verlegen. Die Armee hätte nicht mehr im blos dynastischen Interesse commandirt, das divide et impera nicht mehr so leicht ausgeführt werden können. Daher das Lob der Einheit der österreichischen Armee. Gerade diese Einheit, dieses Maschinenwerk, welches sich von den Fürsten als willenloses Werkzeug gebrauchen läßt, welches schroff dem Volke entgegengestellt wird, ist eben das Unglück Europas, das Hinderniß der Geltendmachung des freien Volkswillens. Die wahre Freiheit, die Demokratie wird erst dann vollkommen gesichert sein, wenn es kein Heer mehr gibt. Betrachtet Nordamerika, betrachtet die Schweiz, brauchen sie Heere? Nein. Das gesammte Volk, nicht blos ein Theil desselben greift zur Vertheidigung seiner Rechte, zur Wahrung seiner Ehre zu den Waffen, und führt sie ebensogut, ja weit besser und ehrenhafter, als diese Knechte des Despotismus, diese bezahlten Mörder und Henkersknechte, die gegen ihre Ueberzeugung, ohne Begeisterung für das Recht und die Freiheit, zur Ausführung der schändlichsten Verbrechen der Despotie gedungen und gezwungen werden. Es schaudert mich, wenn ich der Gräuel gedenke, welche von der österreichischen Soldateska in Italien und in Ungarn verübt wurden. Es fühlt dieß auch das Volk, daher die Erbitterung gegen das Soldatenregiment, daher dieses gereizt sein zum Kampfe, wenn

ihm die Bajonette der Soldaten entgegen gehalten werden, und die augenblickliche Ruhe, so wie sich das Militär entfernt.

Es war demnach diese Staatsschrift nichts anderes als eine Herausforderung, welche die Dynastie der Freiheit, keck und unverschämt entgegenschleuderte.

Man betrachte nur das Benehmen des Ministeriums! Anfangs log es, es mische sich nicht in die ungarisch-croatischen Wirren, es handle sich blos um das Recht der croatischen Nation, jetzt aber handelte es sich um ganz etwas anderes, nämlich um die Zurücknahme des kaiserlichen Wortes, um einen kaiserlichen Eidbruch.

Und donnerte nicht die ganze Kammer dem Ministerium entgegen? O nein! Die Linke wohl; aber für das Centrum war es keine Constitutionsfrage, und die czechischen Deputirten gedachten aus leidenschaftlicher Vorliebe für die Croaten und ihr slavisches Großreich, einstweilen mit der Hofpartei, der Camarilla zu gehen, und glaubten, wenn sie nur ihre Idee, die Einigung aller Provinzen erreicht hätten, stark genug zu sein, um dann die Reaktion besiegen zu können; sie sahen nicht, daß nach Besiegung der Ungarn, die Reaktion sie gleichfalls packen, und mit den andern in das gemeinsame Grab der Freiheit stoßen würde, sie dachten nicht, daß sich der Fall widerholen könnte, wo abermals ein General wie Jellachich

mit 160000 Mann commandirt würde, der keinem Miniſterium unterſteht. So tragen die Czechen die Blutſchuld der blos im dynaſtiſchen Intereſſe hervorgerufenen Menſchenhetze, und ſie wurden, wenn auch wider Willen, betrogene Helfeshelfer der Reaktion.

XIII.

Der ungarische Reichstag sendet eine Gesandtschaft an die österreichische Reichsversammlung, um Abhülfe gegen die Intriguen des Hofes zu ersuchen. Sie wird abgewiesen. Das Volk ist hierüber erbittert, und erscheint mit einem Fackelzug unter den Fenstern der ungarischen Abgesandten. Jellachich zieht gegen Pesth. Die Ungarn ergreifen die Zügel der Regierung.

An demselben Tage als die erwähnte Staatsschrift bekannt gemacht wurde, also am 19. September, da sandte der ungarische Reichstag, nachdem alle Vorstellungen bei Hofe fruchtlos geblieben waren, einige Glieder aus seiner Mitte an die constituirende Reichsversammlung zu Wien, und klopfte an die Pforten des Hauses und bat um Einlaß. Es wollte ein Volk dem andern Volke seine Beschwerden vortragen, seine bedrängte Lage schildern, um Vermittlung ansuchen; es sollten zum erstenmale Völker mitsammen verhandeln. Schon die Artigkeit gebot, sie zu hören,

noch mehr aber die Pflicht, dieſe in Ungarn herrſchenden Wirren mit rettender Bruderhand zu löſen. Doch dem Miniſterium lag Alles daran, die Vorlaſſung dieſer Geſandſchaft der Ungarn zu hintertreiben, damit nicht die volle Abſcheulichkeit des Wirkens der öſterreichiſchen Regierung und des öſterreichiſchen Hofes erhelle, und deshalb ſtimmte das miniſterielle Centrum für die Abweiſung, und die Czechen, dieſe Uebermüthigen hielten mit demſelben, und ſpotteten noch mit der unverſchämteſten Gemeinheit der edlen vom Unglücke bedrohten Ungarn, die mehr auf das Freiheits-, Rechts- und Billigkeitsgefühl eines Volkes, als auf die Ehrlichkeit eines Cabinets vertrauend gekommen waren, um Abhülfe gegen Willkühr zu erſuchen; und ſie ſchleuderten ihnen allen Hohn ins Geſicht, da ſie wußten, daß die Geſandten des magyariſchen Volkes auf der Gallerie dem Beſchluſſe angſtvoll entgegenharrten. Jeder der ein menſchliches Herz im Buſen hatte, war tief ergriffen, als Löhner mit bewegter Stimme in edler Begeiſterung zu den Czechen die Worte ſprach: „Laſſen Sie uns brüderlich „und vermittelnd des Friedens walten. Was haben „die Croaten, die Slaven von dieſem Reichstage zu „fürchten, wenn wir die Abgeordneten des ungariſchen „Volkes empfangen? Blicken Sie um ſich, Sie ſehen, „die Mehrzahl der Vertreter in dieſem Hauſe ſind „Slaven. Die Magyaren bitten Sie, wir bitten Sie,

„wir vertrauen auf ihre Unpartheilichkeit; von der „Majorität von Slaven erwarten wir mehr Gerech„tigkeit, als von den dunklen Schlangengängen einer „Politik, von der ich an einem andern Orte anders „sprechen würde. Fragen Sie sich selbst meine Her„ren, liegt da ein Vergeben ihrer Würde darin, wenn „Sie in der Mehrzahl Slaven vermittelnd eintreten „sollen, für eine slavische Nation, und wenn, wie „früher der Abgeordnete von Eisenbrod (Rieger) sagt, „die Monarchie nur so lange zusammenhält als die „Slaven wollen, wohlan Slaven zeigt es heute, daß „es Ernst ist, haltet sie!"

Umsonst! Die edlen kräftigen Magyaren, die noch gerne Alles in Frieden vergleichen wollten, bevor sie auf ihr heiliges Recht vertrauend, den Kampf auf Leben und Tod mit der reaktionären selbst vor einem Eidbruche nicht zurückschaudernden Gewalt aufnahmen, die edlen kräftigen Magyaren wurden wegen eines vorgeschützten läppischen Geschäftsordnungs-Paragraphes der autonomen Reichsversammlung, in welchem die Vorlassung einer Deputation unzulässig erklärt war, nach 12stündiger Debatte abgewiesen. Die Reaktion, der Uebermuth, die Dummheit hatte gesiegt.

Jetzt dürfte bald die Zeit kommen, wo die Czechen an die Pforten des magyarischen Reichstages klopfen; ich wünsche, daß es recht bald geschähe, und ich weiß, die Ungarn, diese ritterlichen Helden, groß im Glücke

wie im Unglücke werden vergeſſend der früheren Unbill ſie freundlich empfangen, und ſie unterſtützen im heiligen Kampfe für Freiheit und Recht; ſie werden vergeſſen, daß die Czechen Schuld trugen an dem Schmerze von tauſend und tauſend Familien, daß auf ihnen die Blutſchuld laſte von tauſend und tauſend der edelſten für die Freiheit erſchlagenen Brüder.

Tief erſchüttert und verletzt begaben ſich die Magyaren aus der Sitzung in ihre Wohnung, und es erſchien ihnen als kleiner Troſt, als die liberalen Vereine unter Theilnahme der übrigen, wegen des Beſchluſſes des Reichstages traurig bewegten freiſinnigen Bevölkerung Wiens, unter ihren Fenſtern erſchienen, und ihnen mittelſt eines Fackelzuges ihre Sympathien und den Gedanken ausdrückten, daß, möge auch die Kammer jedes Recht, jede Billigkeit, jede Schicklichkeit verläugnet haben, doch dieſes nicht in ihrer Bruſt erloſchen wäre. Tauſenau, ein kühner Mann des Volkes, deſſen Worte wie der Blitz zündeten, gab dem allgemeinen Unwillen über die den Ungarn angethanene Schmach begeiſterten Ausdruck. „Glaubt nicht“ ſo rief er ihnen dann zu, „daß der „Ausſpruch des Reichstages, der des freien Volkes „in Wien und überhaupt der, der Deutſchen ſei. „Verkennet uns nicht! Wir, die wir die frühere Re„volution gekämpft, wir, die wir die Freiheit errun-

„gen, wir, die wir den Reichstag hervorgerufen, wir „seine Väter trauern mit Euch.“ Ich selbst sprach noch an jenem Abende mit einem der ungarischen Abgesandten; er bedauerte schmerzlich bewegt das Resultat ihrer Sendung, und daß ihnen jetzt wahrscheinlich nichts erübrige, als der Kampf, der wenn auch, wie er hoffe, siegreich für sie, da das Recht auf ihrer Seite, dennoch unabsehbares Unglück hervorrufen werde. — Er erklärte, daß sie gerne die Hand zur Vermittlung geboten, und daß sie sogar gerne österreichische Staatsschulden übernommen hätten.

Die Magyaren gingen, die Würfel waren gefallen.

Ungarn, verlassen von seinem Könige, bedroht von dem gegen Pesth anrückenden Jellachich, dem kaiserlich österreichischen General mit kaiserlichen Truppen, Officieren, und den durch Terrorismus zusammengebrachten croatischen Landsturm, war nun gezwungen, sich selbst Hülfe zu schaffen. Diese croatischen Horden wälzten sich mordend, sengend und plündernd dahin. Mich schaudert, wenn ich der in Weißkirchen gebratenen Körper der deutschen Familie Leukamm gedenke.

Der ungarische Reichstag übernahm nun provisorisch die Regierung, ordnete die Rekrutirung an, und verschaffte sich Geld durch Anleihen und Verfertigung von Papiergeld. Hiezu war derselbe voll-

kommen berechtiget, denn wer wollte läugnen, daß der Vollmachtsgeber das Volk, wenn ſein Bevollmächtigter der König treulos handelt, ihn beſeitigen, und die Führung ſeiner eigenen Geſchäfte in die Hand nehmen darf, ja muß.

XIV.

Die Ungarn kämpfen mit Glück gegen Jellachich. Aus der von ihnen aufgefangenen Correspondenz desselben geht hervor, daß die österreichische Regierung die Croaten unterstütze. Dießfällige Interpellation in der österreichischen Kammer. Die Minister Latour und Kraus manifestiren sich als Lügner. Erbitterung des Volkes. Kudlich's Fackelzug. Schwanzwedelei der Majorität der Kammer. Löhner's Prophezeiung.

Der Kampf des Jellachich gegen die Ungarn gestaltete sich gleich Anfangs zu Gunsten der letzteren. Sie fingen auch eine Correspondenz zwischen dem croatischen Freibeuter und k. k. Generalen, und der österreichischen Regierung auf, und veröffentlichten dieselbe durch den Druck. Bis jetzt hatte die Regierung beharrlich in Abrede gestellt, sich an dem ungarisch-croatischen Kampfe zu betheiligen, und da hieß es in einem Briefe des Banus an den Franz Baron Kulmer: „Man stellte mir in bestimmte

„Aussicht, daß meine Truppen sobald sie in Ungarn „einrücken, in regelmäßige ärarische Verpflegung „treten werden, — man machte mir Hoffnung mich „moralisch kräftig zu unterstützen, Brückenequipage, „zwölfpfünder Batterien, Cavalleriegeschütz, hoffte ich „auch bei Zeiten an mich bringen zu können. Jetzt „ist es beiläufig gesagt schon zu spät.“ Eine zweite Stelle in einem Briefe des Banus an den österreichischen Kriegsminister lautete folgender Maßen: „Nach „meiner Berechnung dürfte jedoch der reine Verpflegs„bedarf an Gelde für den Monat Oktober d. J. sich „wenigstens auf 200,000 fl. und jene für das Natu„ralverflegungs-Geschäft auf 400,000 fl. somit in Al„lem auf 600,000 belaufen, und ich erlaube mir „Eure Exzellenz ergebenst zu bitten, diese Summe mir „längstens bis 1. künftigen Monats zuverlässig zu „übersenden, indem ich bei den nunmehr begonnenen „Operationen für die gute Sache Oesterreichs von „dem k. k. Kriegsministerium auf jede Hülfe rechnen „kann, und zu rechnen berechtiget bin, dann von „Hochdemselben umsoweniger verlassen werden darf, „als dieß mitten im ungarischen Lande von den „schrecklichsten Folgen für dieses Land, die Armee und die Gesammtmonarchie Oesterreichs sein „würde.“ Latour der Kriegsminister, der bis jetzt gar nichts an die Croaten gesendet haben wollte, erklärte über eine Interpellation auf diese Briefe und zwar am 30. September: „Ich nehme keinen Anstand

„zu erklären, was schon aus den Schreiben hervor„geht, daß ich dem Baron Jellachich, der sich zu „verschiedenen Malen an mich gewendet hat, um „Hülfe an Truppen, Artillerie und Geld zu bekom„men, geantwortet habe und zwar in einem Privat„schreiben. (??) So lange die ungarische Regierung „auf legalen Boden stehe, könne ich keine Truppen „und keine Artillerie schicken; was das Geld betrifft, „so werde ich die Ehre haben zu sagen, daß, nach„dem das ungarische Ministerium dem croatischen Ge„neral-Commando, nicht der Person des Banus, auf „jedesmaliges Verlangen die nöthige Gelddotation „verweigert hat und auf Ansuchen des hiesigen Mini„steriums an das ungarische auch immer eine abschlä„gige Antwort zugekommen ist, das Ministerium die „kaiserlichen Truppen in Croatien nicht ganz ohne „Sold lassen kann, und daher dem General-Commando „zwar nur nothdürftig, Vorschüsse zur Bezahlung „der Gagen und Löhnungen im Totalbetrage per „280,000 fl. zukommen ließ. Das Generalcommando „hat demnach in drei verschiedenen Sendungen „280,000 fl. bekommen.„ Die Linke des Reichstages war wie versteinert über diese Mittheilung, und sie, so wie die Gallerie gab ihre Entrüstung durch heftiges Zischen zu erkennen, die Rechte aber klatschte Beifall. Also das Ministerium erkannte, daß wenigstens bis zur Einsetzung der provisorischen Regierung die Ungarn auf legalen Boden sich befanden, bewirkte

durch Liſt, daß ſie ihn verlaſſen mußten, um dann losſchlagen zu können, es ermunterte den Jellachich, verſprach ihm alle mögliche Hülfe, und ſandte ihm Geld? Abſcheulich! Daß die Ungarn dem croatiſchen General-Commando kein Geld ſandten, iſt natürlich; Latour las ſelbſt das Schreiben des ungariſchen Miniſteriums, was wohl hinlänglich dieſe Nichtſendung rechtfertigt. Es heißt darin: „Der ungariſche Mi„niſterrath hat ſich ausgeſprochen, daß nachdem das „Militär, welches dem um eine Geldunterſtützung „eingekommenen Warasdiner Carlſtädter General„Commando untergeordnet iſt, noch gegenwärtig unter „den Befehlen des Baron Jellachich ſtehend, ſich wei„gert, den ungariſchen Landesgeſetzen oder den Ver„ordnungen Seiner Majeſtät und des ungariſchen „Miniſteriums zu gehorchen, das ungariſche Miniſte„rium zur Erhaltung dieſes Militärs um ſo weniger „Geld ſchicken kann, weil Baron Jellachich, die das „ungariſche Aerar betreffenden, zur Erhaltung des „Militärs beſtimmten Revenüen, der in Croatien „befindlichen Salz-, Dreißigſt- und Poſtäm„ter ungeſetzlich in Beſchlag genommen, ja ſogar „laut ämtlicher Anzeige hat Baron Jellachich eben „jetzt 6000 Gränzer zur Beſetzung des den ungari„ſchen Geſetzen huldigenden Veröczer-Comitats ent„ſendet. Das ungariſche Miniſterium kann daher das „erwähnte General-Commando ſo lange, bis es zum „Gehorſam gegen die Geſetze zurückkehrt, nicht

„hen, ſo wie aber dies geſchehen wird, wird das „Miniſterium mit aller Bereitwilligkeit verfügen, daß „das Militär mit Geld ſuſtentirt werde.“ Latour knüpfte daran: „Daraus erſehen Sie meine Herren, „daß die Truppen in Croatien ohne Löhnung und „die Officiere ohne Gage waren, dadurch wurde das „öſterreichiſche Miniſterium veranlaßt, die nothwen„dige Unterſtützung an Löhnung und Gage, die ſie „hätten von Ungarn beziehen ſollen, den Truppen zu„kommen laſſen.“ Das war eine prächtige Ausflucht des genialen Grafen; weil die Ungarn für die gegen ſie kämpfenden croatiſchen oder öſterreichiſchen Soldadaten keine Verpflegung beſtreiten! Ja die Ungarn werden noch die gegen ſie ziehenden Räuber, mit ihrem eigenen Gelde, zu dem Raubzuge bezahlen? Bei dieſer Gelegenheit kam auch eine weitere Lüge des Miniſteriums an das Tageslicht. Woitech interpellirte am 6. September den Finanzminiſter Kraus, legte zwei Urkunden vor, dd. 22. Juli 1848, aus welchen ſich ergab, daß bereits am 6. Juni den k. k. Gefällenämtern durch die k. k. öſterreichiſche Cameralgefällenverwaltung der Auftrag zukam, dem Jellachich auf Verlangen und gegen Quittung die Dreißigſtgelder zu verabfolgen, und darauf erklärte Kraus, das öſterreichiſche Miniſterium wiſſe nichts von dieſer Angelegenheit, Dreißigſt-Gefälle gingen das ungariſche Miniſterium an. Alſo wer gab denn den kaiſerlich-öſterreichiſchen Behörden eine ſolche Weiſung? Das

ungariſche Miniſterium gewiß nicht, und konnte auch kaiſerlichen Behörden nichts befehlen; alſo muß dieſe Weiſung durch Kraus ergangen ſein, und er gelogen haben, oder die Behörden gehorchten gar nicht dem Miniſter.

Der 13. September, die famoſe von der Schamloſigkeit ſelbſt geſchwängerte Staatsſchrift, welche ſo offen die Moralität der öſterreichiſchen buhleriſchen Regierung aufdeckte, die Abweiſung der ungariſchen Geſandſchaft, die aufgefangene Correſpondenz des Jellachich, die frechen Lügen des Miniſteriums, dieß Alles zuſammen, begründete nicht nur bei der Linken des Reichstages ſondern auch bei dem Volke die tiefſte Ueberzeugung, daß das Miniſterium Verrath an der Freiheit übe, und daß ein Losbrechen der Contre-Revolution zu beſorgen ſei, um ſo mehr, als das von Wien entfernte Militär ſyſtematiſch gegen die Freiheitsbeſtrebungen war bearbeitet worden, als die geſammte Geiſtlichkeit und Bureaukratie eifrigſt im reaktionären Intereſſe wirkte, und als bereits durch die verabſcheuungswürdigſten Machinationen eine Spaltung unter der Bevölkerung Wiens Statt gefunden hatte. Das Volk war faſt außer ſich über dieſes Miniſterium der Lüge, es hatte erwartet, daß es für immer aus ſei, mit jener früheren Politik der Ränke, es wollte ehrliche Offenheit, Geradheit und Gerechtigkeit. Der 13. September lag ſo nahe. Jederman erſah, daß wenn die Ungarn beſiegt ſein würden, das

Miniſterium aus demſelben Grunde, wie bei den Ungarn, im Intereſſe des vorgeblichen Wohles, der Einheit des Staates, daß es mit dieſer Phraſe bedacht ſein werde, die Zugeſtändniſſe des Mai, vielleicht auch die des März aufzuheben. Und welche Hoffnung hatte es auf ſeine Kammer? Das Centrum und die Rechte unterſtützten und ermunterten noch das Miniſterium auf dem einmal betretenen Wege des Volksverrathes fortzuſchreiten. Das Volk ſah klar und hell, die Majorität ſeiner Vertreter aber nicht. Nur die Linke des Reichstages theilte die allgemeine Beſorgniß ſchon ſeit lange, und ſie forderte auch pflichtgemäß bei der Gelegenheit, als dem jugendlichen Deputirten Kudlich ein Fackelzug gebracht wurde, das Volk zur Aufmerkſamkeit, zur Wachſamkeit auf, ſie forderte es auf, ruhig zu ſein, ſich keine Gewaltthat zu erlauben, aber dann, wenn die Reaktion es dennoch wagen ſollte, loszuſchlagen um die Freiheit zu unterdrücken, daß es dann als treueſter Wächter dieſes ſeines heiligſten Gutes mit aller Kraft für dieſelbe einſtehen, und bis auf dem letzten Mann kämpfen ſolle. Und bei all den ſich von Seite der Reaktion immer mehr und mehr gegen die Freiheit aufthürmenden Gefahren, war ein Volksvertreter unter dem Beifalle der Majorität des Hauſes naiv genug, die Linke zu fragen? „Von Winnen und von „Wannen ſoll denn die Reaktion kommen, ich ſehe „ſie nicht!“ Die Kammer war wie berauſcht im

Hasse und Uebermuthe gegen die Ungarn und in der Schwanzwedelei gegen das Ministerium. Von Tag zu Tag war der Ausbruch des Volksunwillens zu besorgen, welchen eben die Reaktion herbeiführen wollte, um, da sie sich schon stark genug dachte, mit dem Scheine des Rechtes losschlagen zu können. Die Stimmung war sehr gereizt, und wer die Wünsche des freisinnigen nach Recht und Gerechtigkeit verlangenden Theiles der Bevölkerung Wiens betrachtete, wer damit die Verweigerung der Erfüllung derselben von Seite des Ministeriums verglich, wer die schroffe Spaltung der Partheien, wer die Hetzblätter der reaktionären Presse, und die kühne herausfordernde Sprache der liberalen Zeitungen in Erwägung zog, der mußte schon Anfangs October sehen, es werde, es müsse zum Ausbruche kommen.

Die Linke fühlte es wohl. Eine Gewitterschwüle lag über Wien. Noch am 30. September äußerte Löhner in prophetischer Begeisterung: „Es wäre „wünschenswerth, wenn die Kammer noch so groß „und stolz auftreten wollte, wie in den Tagen, die „hinter uns sind, in den Tagen, wo die hohe Ver„sammlung wirklich im vollen Kronenglanze der „Volkssouveränität sich leuchtend erhoben, und „wo ihr Wort geklungen hat, weit über die Gebirge „überall hin, wo es nöthig war, die Eulen und „Vipern der Reaktion zu verscheuchen, doch sie ist „nicht mehr diese Zeit. Wäre sie noch, so würde ich

„auch mein Geringes beitragen, daß die Wahrheit „wie ein Cherub umgeben von Donnern des Gerich„tes herunterſteige in dieſe Verſammlung, um die „Ränke und Künſte der gegenwärtigen Politik zu „zerſchmettern. — — Die Zukunft iſt trübe. Jellachich „iſt ſtark und die Koſacken ſind ſchnell. Ob und wann „wieder eine Kammer in dieſer Reitſchule *) beiſam„men ſein wird, — iſt ungewiß. Die Saturalien „der Völker haben nie lange gedauert. Vielleicht „kommt bald der Moment, wo in dieſer Reit„ſchule ſich wieder wirkliche Pferde tummeln, ſtatt des „Pegaſus der Freiheit, der mir ſchon etwas lahm ge„worden ſcheint. Dann werden die Stimmen der „kaum laut gewordenen Völker erſterbend verhallen, „wie jetzt die Meinige.“ Daß es bald, wenn die Kammer noch länger das Miniſterium, wie bisher fortwirken laſſe, zu einer Revolution kommen werde, ſagte ich ſelbſt vielen Gliedern der Rechten und des Centrums voraus, doch ſie glaubten es nicht, und waren ganz guter Dinge.

*) Aus der k. k. Hofreitſchule war der Sitzungsſaal des Reichstages gemacht worden.

XV.

Jellachich wird geſchlagen. Latour will ihm Truppen aus Wien ſenden. Der 6. Oktober. Das Volk hindert den Abmarſch. Das Miniſterium benutzt dieſen Umſtand, um den Muth des Volkes niederzukartätſchen. Es wird von Strohbach unterſtützt. Das Volk ſiegt und ermordet den Latour. Sitzung im Reichstag. Flucht des Strohbach. Deputation an den Kaiſer mit der Bitte um ein neues Miniſterium und um Amneſtie. Nothwendigkeit der letzten Bitte.

Jellachich kam in große Gefahr, er hatte eine Niederlage erlitten, und die Hofparthei mußte nun fürchten, ihre fein geſponnenen Pläne ſcheitern zu ſehen. Daher gab Latour einer Abtheilung des in Wien ſtationirten deutſchen Militärs den Befehl, nach Ungarn zu Jellachich zu marſchiren.

Am 5. Oktober Abends wurde dieſer Befehl faſt allgemein bekannt. Die Entrüſtung war fürchterlich, ſowohl im Civile als unter dem deutſch geſinnten

Militär; denn obwohl Latour durch vorangegangenes beständiges Consigniren der Truppen in die Casernen wegen angeblich ausbrechen sollender Unruhen, dieselben gegen das Civile zu erbittern suchte, regte er doch nur deren Groll gegen sich selbst auf, da sich die Wiener alle Mühe gaben, das Militär von ihren guten freiheitlichen Bestrebungen zu überzeugen. Das Volk drängte sich um die zum Abmarsche bestimmten Soldaten, redete ihnen zu, nicht abzumarschiren, nicht gegen die Ungarn zu kämpfen, sich nicht zum Kampfe gegen das Recht, gegen die Freiheit gebrauchen zu lassen. Man erzählt, daß das Volk dieselben mit Geld und Trinken zur Widersetzlichkeit verführt, und daß demnach die demokratische Parthei die Revolution des 6. Oktobers absichtlich mit Geld herbeigeführt habe. Nun, es ist wohl möglich, daß das Volk dem Militär seine Simpathien zu bezeugen suchte, und daß es deßhalb demselben Geld und zu Trinken gab, ebensomöglich ist es aber auch, daß die Reaktionenrs den Soldaten Geld spendeten, um einen Conflict herbeizuführen. Uebrigens mit Geld war die Revolution des 6. Oktobers gewiß nicht herbeigeführt, so wenig wie irgend eine siegreiche Volkserhebung der Welt. Die Männer der Rückschrittsparthei, welche selbst nur aus schmutzigem Egoismus sich zu was immer für einer Handlung bewegen lassen, können gar nicht begreifen, wie die Radikalen irgend eine kühne That ohne Bestechung unternehmen können, und bedenken gar nicht,

daß sich der Muth der Massen nicht erkaufen läßt. Der 6. Oktober entstand aus einer inneren Nothwendigkeit, aus dem Ueberschäumen des durch das verbrecherische Treiben des Hofes, durch den offenbaren Verrath des Ministeriums, bis auf das äußerste aufgestachelten Volkszornes.

An diesem 6. Oktober früh Morgens widersetzten sich die Soldaten dem Marsche, wurden aber endlich doch von ihren Vorgesetzten durch Androhungen zu demselben bewogen. Nun begleitete sie das unbewaffnete Volk und mehrere Garden, und als sie in die Taborau gelangten, wurden sie umrungen, und am Weitermarschiren gehindert. Das Volk riß auch einige Joche der Donaubrücke ab, über welche das Militär hätte gehen müssen, um fortzukommen. Die schon früher renitirenden Soldaten sahen wohlgefällig zu.

Hätte der Sicherheits- oder der von Borosch an seiner Stelle beantragte Reichstagsausschuß bestanden, an diesem Tage wäre kein Blut geflossen. Der Ausschuß hätte gewiß kein Militär ausrücken lassen, da er die Unmöglichkeit eingesehen hätte, den Abmarsch ohne das fürchterlichste Blutvergießen erzwingen zu können, sondern er hätte blos das zum Abmarsche bestimmte Militär die Kasernen bis zur Nachtszeit beziehen lassen.

Das Ministerium war aber erfreut, nun eine so herrliche Gelegenheit gefunden zu haben, einen Kampf

provociren zu können, und Latour ſandte ſogleich Truppen in die Taborau, um den Abmarſch zu erzwingen. Es war für denjenigen, der an den 13. September dachte, kein Zweifel, daß es bei dem Ausrücken des Militärs, bei dem Wogen des Volkes, bei dem Aufführen der Kanonen, bei der Widerſetzlichkeit eines Theiles der Soldaten und bei der Abſicht des Miniſteriums, das Volk und deſſen Muth einmal niederzukartätſchen, an dieſem Tage zu einem heftigen Kampfe, ja zu einer Revolution kommen werde. Wer aber die Wiener Verhältniſſe etwas kannte, mußte über die Tollkühnheit und Verblendung des Miniſteriums ſtaunen, denn es war klar, daß an dieſem Tage nicht die Reaktion, ſondern das Volk ſiegen werde, und daß der Sieg zum Sturze des Miniſteriums, gegen welches das Volk auf ſchaudererregende Weiſe erbittert war, führen müſſe. Das Volk mußte ſiegen, denn das Militär war geſpalten, und wäre auch das Volk am Tabor erlegen, ſo ſtrömten ja ſtets neue aufgeregte Maſſen aus allen Theilen der Vorſtädte in die Stadt, und im Straßenkampfe an einem Tage, wo Alles auf den Beinen, kann in Wien der Sieg des Volkes nicht zweifelhaft ſein.

Es kam auch in der Taborau bald zum Kampfe, das Volk ſiegte und ſchlug das Militär nach Hinwegnahme von 4 Kanonen in die Flucht. Nun erkannte Jedermann, daß die ſiegreiche Volksmaſſe, in die Stadt zurückkehrend, ſich gegen das Miniſterium wenden,

und daß ſich hiebei in der Stadt ein ſchrecklicher Straßenkampf entſpinnen werde. Mehrere Deputirte beſchworen daher den Präſidenten Strohbach einen Czechen, wegen der herannahenden Gefahr ſogleich eine Sitzung zu halten. Aber er weigerte ſich, er weigerte ſich in einem Momente, wo die heftigſten Leidenſchaften aufgeſtachelt waren, wo die Revolution ſich heran-drängte, wo Tod und Vernichtung von allen Seiten drohte. Er fand es nicht nothwendig, rettend einzu-ſchreiten; er fürchtete, daß das Miniſterium, ſo wie am 13. September durch den Reichstag gehindert werden könnte, das arme verrathene Volk niederzu-metzeln, und mit Kartätſchen niederzuſchießen. Es handelte ſich ja um die Zufriedenheit des Jellachich, um die Idee des ſlaviſchen Großreiches. Er zweifelte nicht an dem Siege des Miniſteriums. Er weigerte ſich, und er hat den Mord an dem Miniſter Latour, und die Folgen des 6. Oktober, und die Mordthaten an Blum, Meſſenhauſer und vieler anderer unglücklicher Schlachtopfer der Despotie auf ſeinem Gewiſſen. Ihre Manen werden ihn ſchaudererregend umgeben.

Inzwiſchen war das Volk ſchon in die Stadt gedrungen. Reaktionäre, oder dumme, kopfloſe Stadt-garden feuerten auf dasſelbe, unter dem ſich auch Vorſtadtgarden und Studenten befanden. Die Er-bitterung wuchs, ſie wurden ſogleich überwältigt. Gleich darauf begann der Kampf mit dem von der entgegengeſetzten Seite in die Stadt eingerückten zahl-

reichen Militär, eigentlich die Flucht desselben. Ich bin überzeugt, daß es an diesem Tage fast durchgehends mit dem Volke sympathisirte, denn sonst wäre mir dessen blitzschnelles Davonlaufen, und ebenso das Abfeuern vieler in dritte und vierte Stockwerke gedrungener Schüsse unerklärlich. Der Platz am Hofe war in kürzester Zeit vom Militär geräumt, und das Hofkriegsgebäude, worin die Minister ihre finsteren Pläne schmiedeten, und blutige Befehle zum Einschreiten gegen das Volk ertheilten, war von eben diesem, durch den Kampf bis aufs Höchste aufgeregten Volke umrungen.

Während dem waren mehrere Deputirte, vielleicht sechzig an der Zahl, in den Reichstagslokalitäten. Nach den zu ihnen gelangten Nachrichten über diese Vorfälle, kamen sie überein, eine Sitzung zu halten, jedoch nicht in ihrer Eigenschaft als Deputirte, sondern als Privatmänner, welche sich über das Wohl und Wehe ihrer Mitbürger besprechen, und als solche zur Abwendung dringender Gefahren das ihnen geeignet Erscheinende vorkehren wollen. Ueber die gleich darauf geschehene Mittheilung, daß die Minister im Hofkriegsgebäude in großer Gefahr schweben, und daß am Stephansplatze das Volk und die Garden, ungeachtet des bereits ausgekämpften Kampfes in außerordentlich bedrohlicher Aufregung seien, wurden vier Deputirte bestimmt, das Volk auf dem Hofe und dem Stephansplatze mit besänftigendem Zureden von Ge-

waltthätigkeiten abzuhalten. Sie gingen mit noch mehreren Deputirten, welche sich anschlossen, gerade auf den Hof. Unter ihnen befanden sich, soviel ich mich noch erinnere, Borosch, Fischhof, Goldmark, Sierakovsky, Violand, Baccano, Smolka, Pienczikowsky und noch einige andere. Am Hofe war ein fürchterliches Gedränge. Alles schmähte auf die Minister, namentlich auf Latour, Bach und Wessenberg, und schrie: „aufhängen, aufhängen.“ Als das Volk aus den mitgenommenen weißen Fahnen der Abgeordneten, auf welche sie mit Tinte: Reichstags-Deputirte geschrieben hatten, sah, wer sie seien, da wich es etwas zur Seite, und nur mit Mühe konnten die Deputirten in den Hofraum des Hofkriegsgebäudes gelangen. Mehrere von ihnen wollten sprechen, doch vor dem ungeheueren Geschrei der aufgeregten Massen konnten sie ihr eigenes Wort nicht verstehen. Nun zwängten sie sich in den ersten Stock hinauf, und Goldmark so wie einige andere wollten vom Fenster Anreden an das Volk richten, aber ungehört wurde jedes Wort von dem Gebrause übertäubt. Sie drängten sich wieder in den Hofraum, da sie besorgten, es folge ihnen das Volk und werde Alles zertrümmern. Im Hofraume schwang sich Borosch auf die Schulter eines Menschen, und schrie mit seiner hellen durchdringenden Stimme eine besänftigende Rede. Nur die Nächststehenden konnten sie vernehmen, doch folgte endloser Jubel. Er wurde auf ein Pferd gehoben, und mehrere

Deputirte zogen mit ihm auf den Stephansplatz, da sie, wie hin und wieder behauptet wurde, der Meinung waren, es sei kein Minister mehr im Hofkriegsgebäude. Als sie auf einem Umwege durch die Herrengasse gingen, eilte auch wirklich Wessenberg an ihnen vorüber. Auf dem Stephansplatze, wo der Kampf zwischen den Garden schon längst beendet war, sprach Borosch abermals, und er kehrte dann mit seinen Begleitern unter dem Jubel des Volkes in den Reichstagssaal zurück. Niemand kann sich aber den Schreck derselben vorstellen, als eben Fischhof bei ihrem Eintritte erzählte, daß Latour nicht gerettet gewesen wäre, sondern daß ihn drei Individuen, wahrscheinlich Eisenarbeiter, ermordet hätten, und daß dann der Leichnahm aufgehangen worden sei. Lautlose Stille des Entsetzens über die Folgen dieser Volksjustiz währte durch einige Zeit im Saale.

Nun erschien Strohbach, nun erst, da er sah, daß das Volk nicht niedergemetzelt worden war, sondern daß es gesiegt hatte. In dem Augenblicke wurden die Gallerien geöffnet, und mehrere Garden mit Waffen drängten sich auf selbe von der linken Seite, natürlich da zur Gallerie rechts, der Zutritt nur mit Karten gestattet war. Diese Garden waren, wie leicht erklärlich, sehr neugierig auf die Verhandlungen, und vergaßen in ihrem Eifer auf Ablegung der Waffen. Die Czechen, auf welchen eine ungeheuere moralische Verantwortlichkeit lastete, mochten über die, freilich

nur gegen die Decke des Saales gerichteten Gewehre erſchrocken ſein, daher wieſen ſie auf dieſelben und waren ſehr aufgeregt. Löhner erſuchte die Leute auf der Gallerie um Ablegung der Waffen. Darauf zogen ſie ſich ſogleich zurück, legten die Waffen ab, und deuteten mit den Händen, daß ſie gar keine böſe Abſicht hätten. Aber Strohbach und einige czechiſche Deputirte ſchlichen zur Thüre hinaus, und ließen ſich nicht mehr ſehen. Der edle Pohle Smolka, den der frühere Abſolotismus wegen ſogenannten Hochverrathes ſchon zum Galgen verurtheilt hatte, der aber begnadiget worden war, übernahm nun als erſter Vicepräſident den Vorſitz, und eröffnete, da die Majorität der Deputirten zuſammengekommen war, die Sitzung. Löhner ſtellte den Antrag, den Präſidenten Strohbach in Anklagezuſtand zu verſetzen, er nahm ihn jedoch zurück, da ihn Goldmark beſchwor, in dieſem Momente keine Feindſeligkeiten unter den Gliedern der Kammer hervorzurufen. Ein weiterer Antrag ging dahin, eine Deputation zu dem ſeit Juli auf Verlangen des Reichstages von Innsbruck zurückgekehrten und in Schönbrunn befindlichen Kaiſer zu ſenden, und ihn zu erſuchen:

1) um Abſetzung aller Miniſter mit Ausnahme des Dobblhof und Hornpoſtel, und Bildung eines neuen volksthümlichen Miniſteriums,
2) um Zurücknahme des an Jellachich erlaſſenen Manifeſtes.

Dieſer Antrag wurde ſogleich ohne Debatte zum Beſchluſſe erhoben, denn das Centrum war jetzt ohne Halt, da ein Miniſter erſchlagen, die andern, mit Ausnahme Hornpoſtl's, eines freiſinnigen edlen Mannes, unſichtbar waren, und die Czechen nicht gleich wußten, was ſie thun ſollten.

Noch wurde beſchloſſen, Seine Majeſtät um Amneſtie für Alles an dieſem Tage Vorgefallene zu erſuchen. Dieſer Beſchluß wurde in der Folge leidenſchaftlich getadelt, und doch war er nothwendig. Die aufgeregten, von dem Miniſterium ſelbſt herausgeforderten Maſſen, hätten ohne Amneſtie ihre Gewalt gewiß nicht freiwillig aus den Händen gegeben, das Wirken des Reichstages wäre ohne Erfolg geblieben. Zudem was hatte denn das Volk gethan? Es hatte ſich gegen die ſchändliche, ungerechte, teufliſche Politik in Ungarn geſtemmt, es hatte ſich dem im Auftrage der Reaktion anrückenden Militär, welches die Freiheitsbeſtrebungen Wiens niederdrücken ſollte, in Vertheidigung derſelben entgegengeſtellt, und geſiegt. Dieſes Vertheidigen, dieſes Stemmen gegen die freiheitsfeindliche Gewalt war eine gerechte. Zwar läßt ſich der Mord des ſpäter von der Reaktion ſogenannten edlen Grafen Latour nicht rechtfertigen, aber war dieſe eine That dem faſt zum Wahnſinne aufgeſtachelten Volke ſo hoch anzurechnen? war der edle Graf nicht ein Lügner, ein Volks- ein Freiheitsverräther, war er nicht ein Mithelfer zur Menſchenhetze zwiſchen Ungarn und

Croatien, durch welche Tausende hingeschlachtet wurden und noch werden? und hätte ihn, falls ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit bestanden hätte, nicht die härteste Strafe treffen müssen? und wäre es nicht besser gewesen, wo man die Zukunft nicht voraussehen konnte, auch über diese Volksjustiz den Schleier des Vergessens zu ziehen, da auch der Hof und die übrigen Minister zufrieden sein sollten, wenn er nicht von ihrer Handlungsweise gelüftet werde? Der eine Mord des Verräthers und in den Augen jedes Gerechten, des Verbrechers Latour, oder eigentlich dessen Hinrichtung ohne die gewöhnlichen Formen der Justiz, vollzogen durch drei einzelne Individuen, wird noch dazu dem gesammten Volke gar so hoch angerechnet, aber von den wirklichen grauenhaften Mordthaten, welche später von den Croaten, ja von Windischgrätz selbst und zwar von diesem mit Ueberlegung und Kälte, begangen wurden, spricht die Reaktion nicht. Natürlich Latour war General, Graf, Vorstand der Camarilla, da ist es ganz etwas anderes.

Der Reichstag konnte, durfte nicht anders handeln, sollte die Woge des Volkszornes nicht Alles verheeren, und dann, ich dachte, als ich für das Verlangen um Amnestie stimmte, nicht an das Volk, sondern an die verbrecherischen Glieder des Ministeriums, der Camarilla und der ganzen Reaktionsbrut, und wer wird wohl zweifeln, daß, wäre Wien nicht gefallen, das Ministerium und viele Männer der Hofparthei, ohne

der ausgesprochenen Amnestie, von der gesammten Linken wegen Hochverrathes oder wegen des Mißbrauches der Amtsgewalt wären in Anklagezustand versetzt worden, und daß die meisten von jeder Jury hätten verurtheilt werden müssen.

XVI.

Wirken des Reichstages und der Permanenz in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober. Die Permanenz ist Ursache an der Kanonade bei dem Zeughause. Sturm auf dasselbe. Violand auf der Bastei. Kudlich in der Rennga sse. Uebergabe des Zeughauses. Das Volk bewaffnet sich.

Gleich nach diesem so schnell und auch leicht errungenen Siege, war sich Niemand klar bewußt, was nun werden und geschehen sollte. Das Ereigniß, wenn auch geahnt, trat doch so überraschend plötzlich auf; man wußte nicht einmal, wie denn das Alles gekommen, was denn eigentlich die Ursache dieser in einem Nu für diesen Tag entschieden siegreichen Revolution sei. Erst nach und nach konnte man sich das Ganze, aus dem da und dort Erzählten, enträthseln. — Alles wogte auf den Straßen, kein Minister mit Ausnahme des Hornpostel war sichtbar, der Oberkom-

mandant der Garde Streffleur hatte abgedankt, und alle Anfragen drängten sich an den Reichstag.

Da erkannte dieser, daß er die Leitung der Angelegenheiten Wiens einstweilen selbst übernehmen müsse, er erklärte sich in Permanenz, und bestellte zur Erledigung der dringensten Fragen einen Ausschuß aus seiner Mitte, welcher ermächtiget wurde, im Einvernehmen mit einem Minister oder mit dem Reichstage die Exekutive bezüglich der Angelegenheiten Wiens zu führen, und Alles, was ihm im Interesse Wiens nöthig schien, zu verfügen, denn man fühlte wohl, daß die Freiheit und die Zukunft der Provinzen mit Wien in der innigsten Verbindung stehe.

Dieser Ausschuß trat sogleich in Thätigkeit, und es wurde ihm ein Packet mit der Addresse an den Kriegsminister Latour zugestellt. Der Ausschuß beschloß, da dieser nicht mehr am Leben sei, und dringende Angelegenheiten für das Kriegsministerium in dem Packete enthalten sein könnten, dasselbe zu öffnen. Noch wurde auf den Minister Hornpostel gewartet. Da dieser gegen die Oeffnung des Packetes nichts einzuwenden hatte, so wurde von diesem Minister das Siegel selbst aufgeschnitten. In diesem Packete lagen 6 oder 7 Briefe, auch diese öffnete der Minister. Einer dieser Briefe war von Jellachich, worin er um noch mehrere Kanonen und um Zusendung von bereits versprochenen Truppen bat. Also auch wegen den Waffen hatte Latour gelogen. Die übri-

gen Briefe enthielten wie mir ſcheint, Rechnungen mit der Addreſſe an General-Commanden, zu deren genauen Durchſicht die Zeit mangelte und die auch nicht wichtig ſchienen. Auf Erſuchen des Miniſters ſiegelte der Deputirte Violand dieſe letzteren Briefe mit dem Reichstagsſiegel zu, und ſchrieb auf jeden derſelben: Von dem Reichstagsausſchuſſe geöffnet, und ſetzte ſeinen Namen darunter. Sonach wurden dieſe Briefe wenn ich nicht irre, auf die Poſt zur Weitererpedition geſendet. Ich erwähne dieſes Factums, weil man den Deputirten Violand wegen dieſer Brieferöffnung, mit welcher ſein Name in Verbindung ſtand, ſpäter verdächtigen wollte.

Die zum Kaiſer nach Schönbrunn abgeſandte Deputation brachte deſſen ſchriftliche Erledigung auf das Reichstagsanſuchen mit, laut welcher er verſprach, „ein neues volksthümliches Miniſterium mit Beiziehung der gegenwärtigen Miniſter Dobblhof und „Hornpoſtel zu ernennen, und mit demſelben die zum „Wohl des Staates nöthigen Maßregeln, alſo auch „die bezüglich Ungarns und Croatiens, zu berathen.“ Auf die Bitte um Amneſtie war keine ſchriftliche Erledigung erfolgt, jedoch theilte der unter der Deputation geweſene Abgeordnete Boroſch mehreren ſeiner Collegen insgeheim mit, daß der Kaiſer mündlich erklärt habe, dieſelbe ſpäter auszuſprechen. Wir werden ſehen, wie keines dieſer kaiſerlichen Verſprechen gehalten wurde.

Inzwiſchen waren, nachdem das Militär aus der inneren Stadt geflohen war, große Volksmaſſen vor das kaiſerliche Zeughaus, welches Eingänge von drei Seiten hat, nämlich von der Renngaſſe, vom Salzgries und von der Baſtei, in der Abſicht gezogen, um ihre Erbitterung gegen mehrere in dieſes Zeughaus zur Militärbeſatzung geflüchtete Garden auszulaſſen, da dieſe am Stephansplatz auf das Volk gefeuert haben ſollten. Sie begehrten in der Renngaſſe den Einlaß, die Militärbeſatzung verweigerte denſelben, und nun kam es zum gegenſeitigen Feuern mit Gewehren. Die Maſſe vergrößerte ſich, das Geſchrei und die Erbitterung wurde immer heftiger, und man beabſichtigte, in das Zeughaus mit Gewalt einzudringen.

Dieſer Vorfall wurde dem Ausſchuſſe angezeigt, und in der Abſicht, das Volk von der Beſtürmung des Zeughauſes abzuhalten, und weiterem Blutvergießen Einhalt zu thun, trug er dem, eben im Einverſtändniſſe mit dem Reichstage und dem Miniſter neu ernannten proviſoriſchen Oberkommandanten Scherzer, einem Wiener Bürger und Deputirten, — auf, mit der Garde und der akademiſchen Legion die Straßen zum Zeughauſe zu beſetzen, und nach der Verſtändigung mit der Beſatzung, die Thore desſelben zu beziehen. Man erwartete, daß ſich dann das Volk beruhigen, und auseinander gehen würde. Hätte dieſer Befehl ausgeführt werden können, ſo wäre die

Ruhe in der Nacht gewiß nicht gestört und in derselben kein weiteres Blut vergossen worden. Ein unglückliches Mißverständniß, das noch nicht allgemein bekannt wurde, und die Unmöglichkeit, die Garden zur Besetzung der Straßen zusammenzubringen, vereitelte aber die Ausführung. Es kam ein vom Studenten-Comitee abgesandter Legionär, ein hochgewachsener Jüngling von 18 bis 20 Jahren, er erzählte von dem stets wachsenden Andrange auf das Zeughaus, und dem heftigen Feuern mit Gewehren und bat um Verhaltungsbefehle für die Aula. Man theilte ihm das bereits Verfügte mit, und damit die auf der Universität befindlichen Studenten sich schnell zum Zeughause verfügen, und die Thore desselben gegen die andringenden Massen schützen, wurde dem Legionär von dem Ausschusse ein Schreiben an das Studenten-Comitee übergeben, mit der darin enthaltenen Weisung, daß sie sogleich das Zeughaus zu besetzen hätten. Die Verwirrung war nun fertig. Die Legion rückte in Folge dieses Befehles vor das Zeughaus, und verlangte Einlaß. Die von dem Verfügten durch den Oberkommandanten noch nicht verständigte Besatzung gab, ohne sich in eine Unterhandlung einzulassen, auf die Studenten Feuer. Diese glaubten irrthümlich, sie hätten den Auftrag, die Thore um jeden Preis zu besetzen, und erwiderten das Feuer. Auch holten sie von der Aula die bereits an diesem Tage eroberten Kanonen, um sobald als möglich dem

vermeintlichen Befehle des Reichstages nachzukommen. Die Kanonen wurden aufgeführt, und mit ihnen gegen das Thor des Zeughauſes geſchoſſen. Dieſe Schüſſe wurden vom Zeughauſe ebenfalls mit einer Kanone beantwortet, und die Kartätſchen flogen in die dicht gedrängten bei 80 Schritte entfernten Maſſen. Doch dieſe wichen nicht, die Kampfwuth ſtieg von Minute zu Minute. Indeſſen war der Legionär wieder in den Ausſchuß gekommen und berichtete, daß die Studenten dem erhaltenen Befehle gemäß vor das Zeughaus gezogen, und das Militär aufgefordert hätten, ſie zu den Thoren gelangen und ſelbe beſetzen zu laſſen, daß man aber auf ſie gefeuert habe. Uebrigens, da ſie einmal den Befehl erhalten, das Zeughaus zu beſetzen, und da ſie feſt entſchloſſen ſeien, dem Reichstage unbedingt zu gehorchen, ſo hätten ſie gleich Kanonen geholt, um, ſo ſchwer es auch ſei, und ſo viel es auch zuverſichtlich Blut koſten werde, die Befehle des Reichstages auszuführen. Jetzt ſtürme man, und er gebe ſein Wort, der Reichstag werde in Kurzem, wenn auch die halbe Legion zuſammengeſchoſſen würde, erfahren, daß das Zeughaus genommen, und von den Studenten beſetzt ſei. Die anweſenden Ausſchußmitglieder waren über dieſe Mittheilung von Entſetzen erfaßt. Sogleich wurde dem heldenmüthigen Legionär bedeutet, ſo ſchnell als möglich zu eilen, und das Feuern den Augenblick einſtellen zu laſſen, und den Studenten zu ſagen, daß ſie ſich außer den Be-

reich des Feuers von Seite des Militärs zu ziehen, und die Zugänge der Straßen zum Zeughause abzusperren, übrigens sich unter die Befehle des Oberkommandos zu stellen hätten. Gleich darauf erschien der Oberkommandant, und theilte mit, daß die Garden nicht zusammen zu bringen seien, und daß er daher mit den Wenigen die er hätte und dann der Legion, die auch an verschiedenen Orten zerstreut wäre, nicht im Stande sei, die Gassen abzusperren, ferner, daß man gegenwärtig auch schon mit Kanonen gegen das Zeughaus feuere, und eine Verständigung mit der Besatzung unmöglich sei. Er war in der schrecklichsten Lage. Die Stadtgarden, größtentheils Reaktionärs und Feiglinge, waren erschreckt nach Hause geeilt, die Vorstadtgarden hatten sich, da es schon spät war, zum Schutze der Vorstädte und um der Ruhe zu pflegen zurückgezogen, und die von den früheren Commandanten Streffleur dem Oberkommando beigegeben Garde-Officiere waren ganz unwissende Menschen, die man zu nichts, als höchstens zum Schreiben brauchen konnte. Niemand unterstützte ihn, in der Nähe des Zeughauses konnte sein Wort wegen des ungeheuren Lärmens und Geschreies nicht vernommen werden, auch war durch die Menschenknäuel kaum durchzudringen, obgleich sich damals um vielleicht zehn Uhr Nachts kaum 4000 Leute um das Zeughaus herum befanden. Man trug dem Oberkommandanten abermals auf, so viel als möglich Garden und Studenten

zu ſammeln, und mit dieſen einſtweilen nur die Straßen zu ſperren. Er verſuchte es mit allem nur denkbaren Eifer, aber es gelang ihm nicht.

Inzwiſchen war von dem Ausſchuſſe auch eine Deputation zu dem commandirenden Generalen Grafen Auersperg, der ſich mit ſeinen Truppen auf dem Glacis befand, mit dem Erſuchen geſendet worden, der Beſatzung des Zeughauſes den Befehl zu ertheilen, dasſelbe von den Garden und Studenten beſetzen zu laſſen, damit nicht geſtürmt, Blutvergießen vermieden, und nicht die Gefahr einer Plünderung herbeigeführt werde. Sie brachte deſſen einwilligende Erklärung jedoch mit dem Beifügen, daß, wenn ſtets auf ſeine Soldaten im Zeughauſe gefeuert werde, er jedenfalls denſelben zu Hülfe eilen müſſe, möchten die Folgen welche immer ſein.

Es kam bald darauf ein Student, und berichtete, daß die Legion dem zuletzt ertheilten Befehle gemäß nicht gefeuert hätte, daß jedoch das Militär aus dem Zeughaus auf ſie und das Volk, das nicht zum Zurückweichen zu bewegen ſei, fort und fort ſchieße, und er bat um eine Vollmacht des Ausſchuſſes, damit er als Parlamentär desſelben, ſich mit dem Militär verſtändige, und dasſelbe auffordere, die Feindſeligkeiten einzuſtellen, und die Thore ſowohl zu ſeinem eigenen Schutze als dem des Zeughauſes von den Studenten und den geſammelten wenn auch wenigen Garden beziehen zu laſſen. Es wurde ihm die Voll-

macht gegeben, er nahm eine weiße Parlamentärs-Fahne, wurde aber, als er sich dem Thore des Zeughauses näherte, durch einen von einem Soldaten abgefeuerten Schuß zu Boden gestreckt. Nun kannte die Wuth des Volkes keine Gränzen, da man so perfider Weise sogar einen Parlamentär zusammengeschossen hatte. Das Volk bemächtigte sich der Kanonen, feuerte mit denselben und Gewehren, kletterte auf die Fenstergitter des Zeughauses um sie auszuheben, wo doch aus denselben geschossen wurde, versuchte Löcher in die dicken Mauern zu brechen; es fuhr auch mit einer Kanone auf die Bastei, und schoß von dort, gleichfalls in das Zeughaus. Es donnerte von allen Seiten in der finsteren Nacht. Da bestimmte der Ausschuß einige der Deputirten, um sich unter das Volk zu begeben, und es zu bewegen, das Feuern einzustellen. Ich ging mit dem entschlossenen Violand, der eine weiße Fahne trug, auf die Bastei. Auf dem Wege dahin, begegneten wir sehr wenig Leuten, nur in der Renngasse bei dem Zeughause erblickten wir 500 bis 800 fast schäumende Menschen, und ungefähr ebenso viele trafen wir auf der Bastei. Als wir dort anlangten, brannte man so eben, drei Schritte von uns entfernt, eine Kanone ab, und aus dem Zeughause fielen beständig Schüsse, die jedoch fast alle zu hoch gingen. Als die Leute, größtentheils Arbeiter erfuhren, daß wir Deputirte seien, erhob sich ungeheuerer Jubel. Violand setzte sich auf die Schulter

eines Menschen. Er beschwor die Umstehenden sich zurückzuziehen. Er stellte ihnen vor, daß jeder Schuß nur die Gefahr vermehre, indem die Stadtthore schlecht besetzt seien, auf den Straßen Niemand zu erblicken wäre, und daß sich nur mehr in der Renngasse so wie auf der Bastei 500 bis 800 Menschen befänden, und daß, wenn Auersperg auf das beständige Feuern, wie er gedroht, in die Stadt zum Entsatze des Zeughauses rücke, ihnen der Sieg des Tages entrissen werden würde, er stellte ihnen vor, daß Auersperg ohnedieß mit der Besetzung des Zeughauses durch Garden und Studenten einverstanden sei, daß nur die Besetzung noch nicht habe vorgenommen werden können, weil man in der Nacht die Garden und die akademische Legion nicht zusammengebracht hätte, daß aber die Besetzung zuversichtlich Morgens Statt finden würde, er bat, er beschwor sie durch vielleicht zehn Minuten. Endlich, endlich versprachen die Leute sich zurückzuziehen. Als wir zurückwollten, kamen wir durch einen neuen wüthenden unter sich schreienden Menschenknäuel. Die Leute waren von Erbitterung wie berauscht. Einer faßte den im Volke wohlbekannten Violand bei der Brust und einem Arm, und konnte fast nicht enden, ihm und auch mir seine Wuth gegen das Militär, die in das Zeughaus geflüchteten Stadt-Garden, die Minister Latour, Wessenberg und Bach, dann die Erzherzogin Sophie und die Erzherzoge Franz Carl und Ludwig in die Ohren zu

schreien. Er rief, er lasse uns nicht fort, wenn wir nicht versprechen, in der Kammer den Antrag auf die Verbannung der letzten drei Personen auf zwei oder drei Jahre zu stellen. Die ihn umgebenden stimmten und tobten beifällig zu. In dem Gedränge konnten wir uns kaum rühren. Violand suchte, so wie ich, diese aufgeregten Menschen zu besänftigen, und er erklärte, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, diesen Antrag zu stellen, daß übrigens Jeder aus dem Volke das Recht habe, seine Wünsche mittelst einer Petition vor die Kammer zu bringen. Alles schrie, ja wir werden eine überreichen; gleich morgen. Es soll auch, wie später Deputirte unter sich erzählten, eine derartige Petition eingebracht worden sein. Noch mußte ihnen Violand versprechen, ihr Verlangen wenigstens in der Kammer zu erzählen, und zu sagen, gegen wen sie erbittert seien, und wen sie als die Ursache alles Unheils in Oesterreich betrachten. In der Kammer berichtete Violand über das Resultat unserer Sendung, und auch von den gehörten Aeußerungen des Volkes. Ein gewisser Herr Dunder bemerkt in seiner, von Lügen und reaktionären Verdrehungen und Denuntiationen strotzenden Schrift über die Oktober-Revolution, daß Violand diese Erzählung von der Verbannung mehrerer Glieder des kaiserlichen Hauses wohl erfunden haben dürfte, um das Volk gegen dieselben aufzuregen, und daß er nicht gehört habe, daß das Volk irgendwo derlei freche Begehren ge-

stellt hätte. Nun ich bestätige die Wahrheit dessen, was Violand berichtete, und wer den Deputirten Violand näher kennt, der weiß, daß er nicht lügt, und daß er so viel Muth besitzt und sich nicht im Mindesten gescheut haben würde, sogar einen Antrag auf die Verbannung der Erzherzogin Sophie und des Erzherzogs Ludwig zu stellen, wenn er es für nöthig erachtet hätte, und ein solcher Antrag hätte wohl mehr Wirkung gehabt, als die Erzählung dessen, was sich wirklich ereignete, und übrigens, wer nur ein Bischen herumgekommen, und nicht so servil ist, dem Hofe weiß machen zu wollen, daß die Erzherzogin Sophie und Erzherzog Ludwig geachtet und geliebt werden, der muß wohl zugeben, daß in ganz Oesterreich, von dem Volke fast Niemand so gehaßt wird, als diese zwei Personen, und daß gerade die Erzherzogin Sophie von allen Ständen als die Leiterin, als die Erfinderin aller Schändlichkeiten des österreichischen Cabinets angesehen wird; ob mit Recht oder nicht, das kann ich übrigens nicht entscheiden. Zudem wer damals in der Sitzung war, wird auch wissen, welchen fast nie gehörten Beifallssturm unter dem, nicht zum sogenannten Pöbel gehörigen Publikum jene Erzählung hervorrief *).

*) In dem stenographischen Protokolle vom 6. und 7. Oktober ist des Beifallssturmes nicht erwähnt, auch sind Violands Bericht und die Reden aller übrigen Deputirten sehr

Kaum hatte Violand ſeinen Bericht geendet, und kaum waren wir in den Ausſchuß zurückgekehrt, ſo fing die Kanonade von Neuem an. Nun begaben ſich der jugendliche Kudlich und der befahrte Pole Stobnicki als Parlamentäre unter das Volk. Dieſes hatte ſich von der Renngaſſe auf die Freiung zurückgezogen, um von den aus dem Zeughauſe fallenden Schüſſen nicht ſo leicht getroffen zu werden. Die beiden Deputirten beruhigten es für den Augenblick und ſie beabſichtigten, auch mit der Beſatzung zu ſprechen; ſie gingen daher mit Fackelträgern und der weißen Fahne allein in die Renngaſſe, blieben ſe beiläufig zwanzig Schritte ſtehen, ließen ſich und die Fahne beleuchten und riefen, wir ſind Reichstags-Deputirte, Parlamentärs. So gelangten Sie bis zum Thore des Zeughauſes, welches in der Mitte der Straße iſt. Da krachten aus den Fenſtern desſelben mehrere Schüſſe, ein Fackelträger ſank todt zur Erde, und dem Stobnicki ging gehacktes Blei in den Schenkel, ohne ihn jedoch ſtark zu beſchädigen. Sie ermahnten noch das Volk, vom Feuern abzulaſſen, da ohnedieß am Morgen auf Befehl des Grafen Auersperg, bis ſich nur genug Garden und Studenten eingefunden hätten, das Zeughaus übergeben

abgekürzt, woran die Unaufmerkſamkeit und Erregtheit an dieſem Tage der ſonſt ſehr guten Stenographen, oder vielleicht eine Cenſur Schuld ſein mag.

werden würde. Einige Zeit wurde das Schießen eingestellt, aber bald fing es wieder an, und auf der Bastei steckten die Stürmenden das Zeughaus in Brand, um sich den Eingang zu erzwingen. Dieser Brand machte jedoch keinen bedeutenden Schaden und wurde nach einigen Stunden gelöscht.

Das beständige Feuern brachte uns fast zur Verzweiflung. Wir hatten nicht eine Minute Ruhe. Eine Deputation, eine Anfrage drängte die andere, man verlangte vom Ausschusse Pulver, Kugeln, Patronen, Kapseln, Zünder, Visitationen, man brachte Klagen, und Alles, Alles wollte befriedigende Erledigung. Diese Nacht wird mir nie aus der Erinnerung kommen.

Es erschien gegen 3 Uhr Morgens ein junger Mann, der sich anbot, einen Palamentär durch den vom Volke am Salzgries nicht beachteten Eingang in das Zeughaus zu bringen. Kudlich ging mit ihm, und blieb vier bis fünf Stunden aus, so daß wir um ihn in großer Besorgniß waren. Indessen hatte er dort den Soldaten zugeredet, nicht zu feuern, ihnen die Erklärung Auersperg's mitgetheilt, und sie ermuthiget, denn sie waren in furchtbarer Angst; einige weinten sogar, da sie nicht wußten, was in der Stadt vorging, von einer Hülfe der Garnison nichts sahen und hörten, und vor der Wuth des von allen Seiten anstürmenden Volkes erschreckt waren, und nicht hoffen konnten, sich bei Tage zu halten.

Die wirklich in das Zeughaus geflüchteten Stadtgarden waren schon vor Kudlichs Kommen aus demselben entwischt.

Am Morgen des 7. Oktobers drängte sich wieder Alles in den Straßen, und nachdem es dem Oberkommandanten gelungen war, einige Garden und die akademische Legion zusammen zu bringen, wurde das Zeughaus dem mit Auersperg getroffenen Uebereinkommen gemäß, denselben unter Anführung von Reichstags-Deputirten und durch Vermittlung des muthigen Kudlich, der sich bei dieser Gelegenheit, so wie die ganze verflossene Nacht der größten Gefahr aussetzte, übergeben. Das besorgte Militär zog unter dem Jubel und unter Theilnahmsbezeugungen des Volkes auf einem Umwege ruhig zu Auersperg. Es war höchste Zeit, denn sonst wäre das Zeughaus ohne Zweifel von der ganzen Masse unter noch mehrerem Blutvergießen gestürmt und genommen worden.

Das der Garde nicht eingereihte Volk hatte Mißtrauen zu der Garde, und da sich Auersperg's Truppen nicht in die Casernen zogen, sondern im Schwarzenbergischen Garten eine drohende Stellung einnahmen, so drängte es sich in das Zeughaus, und bemächtigte sich zu seinem Schutze der darin befindlichen Waffen. Die Garden und Legionäre konnten nicht widerstehen.

XVII.

Die Entführung des Kaiſers nach Ollmütz und deſſen Drohung. Geheime Beſprechung der Deputirten. Die Mittheilung des Miniſters Kraus. Violands Antrag, eine proviſoriſche Regierung einzuſetzen. Eine Deputation wird dem Kaiſer nachgeſendet. Komiſcher Empfang dieſer und jeder nachfolgenden Deputation. Stadion redet dem Vorſatz zu, ein Miniſterium anzunehmen.

Während deſſen hatte ſich in der Kammer die Nachricht verbreitet, der Kaiſer ſei auf der Flucht, und der nun erſchienene Miniſter Kraus habe eine Mittheilung zu machen. Die Deputirten kamen überein, ſich früher, bevor dieſe Angelegenheit öffentlich zur Sprache käme, insgeheim zu beſprechen, was nun zu thun ſei. Dieß wurde für nothwendig befunden, um das Volk durch allfällige, hitzige, langdauernde Debatten nicht noch mehr aufzuregen. Man unterließ auch, in der Kammer auf eine geheime Sitzung anzutragen, um die Spannung und dadurch die Unruhe

nicht zu vermehren. Der Präsident setzte die Sitzung auf einige Zeit aus, und die Abgeordneten begaben sich in den zum Lesezimmer hergerichteten kleinen Redoutensaal.

Ueber das, was hier gesprochen wurde, existirt kein Protokoll, und meines Wissens ist diese wichtige Besprechung nicht allgemein bekannt. Ich will sie daher jetzt mittheilen, da der Grund aufgehört hat, sie ein Geheimniß sein zu lassen.

Der Minister Kraus stieg auf einen Tisch und las uns das ihm zugestellte Schreiben des Kaisers vor, in welchem er ihn ersuchte, die angeschlossene Proclamation als Minister zu contrasigniren. In der Proklamation erklärte der Kaiser, er habe sich wegen der in Wien eingetretenen Gräuel von Schönbrunn entfernt, um der unterjochten Wiener Bevölkerung Hülfe gegen die Rebellen zu bringen. Kraus, welcher einsehen mochte, wie gefährlich für ihn die Contrasignirung dieser Proklamation, dem jetzt die Gewalt in Händen habenden Volke gegenüber, werden könnte, bemerkte sogleich, daß er als Minister dem Kaiser zu diesem Schritte nicht würde gerathen haben, daß er demnach die Proclamation nicht contragsigniren werde. Allseitiger Beifall wurde ihm zu Theil. Nun fragte es sich, was zu thun. Die heimliche Flucht des Kaisers war offenbar Resultat der Umtriebe der Hofparthei, welche entweder, durch den 6. October und das an diesem Tage gegebene kaiserliche Versprechen

gezwungen, alle ihre Pläne ſcheitern laſſen, oder mit Gewalt ſo wie gegen die Ungarn auch gegen Wien auftreten mußte. Dieſe durch die Hofpartei bewirkte Flucht des Kaiſers ließ das größte Unheil vorausſehen. Das Volk in der höchſten Erbitterung, das Militär ungewiß, wem es gehorchen ſollte, die Officiere wüthend über die Ermordung des Kriegsminiſters, der Reichstag und der Miniſter entfernt vom Kaiſer, zu dem die Beſorgniß vor der angedrohten Gewalt gegen Wien, dieſe Umſtände erfüllten mit trüber Ahnung die Bruſt eines Jeden. Ein Deputirter, ich weiß nicht mehr, wer es geweſen, trug an, wir möchten übereinkommen, den Miniſter zu erſuchen, derſelbe möge in der öffentlichen Sitzung ſeine Erklärung wiederholen, und die Kammer möge dann beſchließen, den Auersperg aufzufordern, ſich ruhig in die Kaſernen zu begeben; ferner eine Deputation an den Kaiſer zu ſenden, und ihn um ſeine ſogleiche Rückkehr, und Beſtellung des verſprochenen volksthümthümlichen Miniſteriums anzuſuchen, da nur durch ſeine Entfernung eine Gefahr und zwar die größte für die Monarchie ſelbſt herbeigeführt werde. Noch einige Deputirte ſprachen in dieſem Sinne. Nachdem ſich durch geraume Zeit kein weiterer Redner gemeldet hatte, ergriff der energiſche Violand das Wort, und forderte nach kurzer Begründung im Intereſſe der conſtitutionellen Monarchie auf, in der Kammer nach vorläufiger Mittheilung der Flucht des Kaiſers,

ſogleich eine proviſoriſche Regierung bis zu deſſen pflichtſchuldiger Rückkehr zu beſtellen, jeden vor ſeiner Rückkehr von ihm unternommen werdenden Regierungsakt im Voraus für ungeſetzlich zu erklären, hievon den Kaiſer und den Commandirenden Wiens, den Grafen Auersperg, zu verſtändigen, und letzterem zu befehlen, ungeſäumt die Kaſernen zu beziehen. Nichts wäre natürlicher und nothwendiger geweſen, als dieſen Antrag anzunehmen, denn es war vorauszuſehen, daß der von der Hofparthei in ihrem Intereſſe mißbrauchte, entführte, demnach bei ſeiner Schwäche der Freiheit beraubte Kaiſer von ihr nicht zurückgelaſſen werden würde, ja daß ſeine ſogleiche Rückkehr für jeden Fall unmöglich ſei, und daß, wenn man die Freiheit nicht der höchſten Gefahr ausſetzen wolle, ein energiſcher Schritt geſchehen müſſe. Was ſollte der Reichstag ohne dem Kaiſer mit dem Reſte des zerſtiebten Miniſteriums machen, wenn er ſich nicht entſchloß, ein Proviſorium zu treffen? Der Kaiſer hatte gedroht, Wien, ja vielleicht ganz Oeſterreich mit Waffengewalt zu überziehen, der Miniſter, die Volksvertreter billigten nicht ſeine Abſicht, war da, in dieſem Conflicte, wo der Kaiſer, der proviſoriſche Kaiſer gegen das ſouveräne Volk als Gegner auftrat, nachdem er den Sitz des Reichstages verlaſſen hatte, wo ferner, wie wenigſtens zu vermuthen war, er entführt worden, und keinen freien Willen hatte, — war da, ſo frage ich, die Einſetzung

eines weiteren Provisoriums nicht die gebotene heilige Pflicht des Reichstages? Die Entschlossenen zeigten ihre Zustimmung mittelst Beifalles, aber es waren leider viele, viele Unentschiedene; man sah den Armen die Angst und Verlegenheit an. Niemand sprach meines Erinnerns gegen Violand's Antrag, er blieb jedoch in der Minorität, und um nicht gegen diese die Erbitterung des Volkes hervorzurufen, wurde er in der Kammer nicht mehr vorgebracht.

In der öffentlichen Sitzung wiederholte der Minister Kraus seine Mittheilung und Erklärung unter donnerdem Beifall des ganzen Hauses, und hiedurch wurde er vom Volke als Minister rehabilitirt. Dann wurde der oberwähnte in der geheimen Zusammenkunft der Deputirten erst erwähnte Antrag gestellt, und angenommen, und eine Deputation begab sich zum Kaiser, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Doch es begaben sich noch gar viele Deputationen zu dem nach Ollmütz geflüchteten Kaiser, und was die Linke vorausgesehen, ging in Erfüllung. Keine Deputation konnte allein mit ihm sprechen, keiner gab er in seiner beständigen Umgebung, welche meistentheils aus der Erzherzoginn Sophie, einigen Erzherzogen und Militärs bestand, eine genügende ja nur passende Antwort, sondern er behändigte jeder, nur einen, weiß Gott von welchen Leuten angeschriebenen, aus der Tasche gezogenen Zettel als Erwiderung. Er kam nicht zurück, und bestellte vor dem

November gar kein, und nach dem November kein volksthümliches neues Miniſterium, wie er doch am 6. October zugeſagt hatte.

Der Deputirte Stadion ſprach zwar noch an dem 7. October mit Boroſch, und ſuchte ihn zu bewegen, im Falle des Wunſches von Seite des Hofes, das Miniſterium des Innern zu übernehmen.

XVIII.

Der General Auersperg verweigert dem Reichstag den Gehorsam. Antrag ihn anzugreifen. Jellachich fällt in Niederösterreich ein. Das vom Reichstage anerkannte Ministerium. Minister Kraus als Chamäleon. Das Wirken der Czechen. Die terrorisirte Linke. Die Halbheit und Zaghaftigkeit der Kammer.

Das Augenmerk des Reichstages war nunmehr vorzüglich darauf gerichtet, die Gemüther der Wiener zu besänftigen, und die Ruhe herzustellen. Man erkannte, daß es zur Erreichung dieses Zweckes unumgänglich nöthig sei, daß sich Auersperg mit seinen Truppen in die Kasernen ziehe. Der Minister Kraus und der Reichstagsausschuß oder wie er gewöhnlich kurzhin genannt wurde, die Permanenz, forderten ihn auch hiezu auf. Auersperg gehorchte aber den Weisungen des Ministeriums und des Ausschusses nicht, sondern gab nur ausweichende Antworten. Ich war damals empört über das Benehmen dieses Generalen,

und ich ſtimmte mit Freude in den Antrag eines Ausſchußmitgliedes, welcher am 7. oder 8. September Abends geſtellt wurde, und dahin ging, den Auersperg wegen ſeines Ungehorſams ſogleich ſeiner Stelle zu entſetzen, und dem Nationalgarde-Obercommando aufzutragen, daß es in dem Falle, als die Truppen nicht gutwillig die Kaſernen bezögen, das im Schwarzenberg'ſchen Garten aufgeſchlagene Feldlager mit Kanonen beſchieße und ſtürme, denn man konnte die Soldaten um ſo weniger in dieſer drohenden Stellung belaſſen, als der Kaiſer erklärt hatte, er wolle gewaltthätig gegen Wien verfahren, und als er ſich, ungeachtet der Erklärungen und Beſchlüſſe des Reichstages von ſeinem unverantwortlichen Vorhaben nicht abbringen ließ. Man mußte energiſch handeln oder lieber gar nichts unternehmen. Den eben erwähnten Antragſteller nenne ich einſtweilen nicht, aus Beſorgniß, daß man ihn wegen desſelben in eine Unterſuchung verwickeln wollte. Leider blieb dieſer Antrag in der Minorität, aber blos deßhalb, weil die Majorität ein Nachgeben des Kaiſers erwartete, und nicht nutzlos, wie ſie vermeinte, Blut vergießen wollte.

Das Volk war auch der Anſicht der Minorität, es brannte vor Kampfbegierde, denn die Stellung der Auersperg'ſchen Truppen beängſtigte es ſehr, um ſo mehr, als es erfuhr, daß Jellachich, der Bandenführer und Rebell, nach einer erlittenen Niederlage

in Niederösterreich eingefallen sei, und sich gegen Wien ziehe. Wäre damals der Angriff angeordnet worden, Auersperg hätte sich nicht eine Viertelstunde halten können. Er hatte nur wenige Kanonen, während die Wiener damals schon wenigstens 50 hergerichtete Stücke besaßen, und seine ganze zusammengezwängte Macht sich nur auf 8000 höchstens 10,000 Mann belaufen mochte, da 5000 Mann, um die Entführung des Kaisers zu sichern, ihn begleitet hatten. Doch leider, der Befehl zum Angriffe wurde dem, darnach sogar ungestüm verlangenden Volke, nicht ertheilt.

Der Reichstag, um den allfälligen Zuzug der Truppen zu verhindern, und um die Stadt nicht noch größerer Aufregung und der größten Gefahr auszusetzen, befahl den Eisenbahndirektionen, keine Truppen nach Wien zu befördern. Auch forderte er den Ban Jellachich, der als croatischer Bandenführer den österreichischen Boden betreten hatte, auf, das österreichische Gebiet sogleich zu verlassen. Da er sich aber nicht entfernte, er sogar erklärte, daß er nur dem Befehle des Kaisers, eigentlich nur dem des Hofes gehorchen werde, demnach ein Angriff gegen Wien zu besorgen war, so wurde der Gemeinderath und das Ober-Commando der Nationalgarde, sowohl von dem Reichstage als dem Minister Kraus beauftragt, Wien gegen einen etwaigen Angriff zu vertheidigen, und es wurden die hiezu nöthigen Gelder von dem

Miniſterium angewieſen. Weiters beſchloß der Reichstag, daß bis zur Beſtellung eines neuen Miniſteriums nur die Miniſter Hornpoſtel, Dobblhof und Kraus als ſolche anzuſehen ſeien. Da aber Hornpoſtel, in Folge Anſuchens des Kaiſers, ihm wegen der verlangten Contraſignation einiger Verfügungen nachgereiſt war, und dann, da er die beabſichtigten Schritte nicht verantworten zu können glaubte, ſein Portefeuille niederlegte, und da Dobblhof, wie es allgemein hieß, erkrankt war, ſo hatte der Reichstag blos den Miniſter Kraus an ſeiner Seite. Dieſer Kraus iſt ein merkwürdiges Chamäleon, früher ging er ganz mit Weſſenberg, Bach und Latour, nun war er mit Allem und Allem einverſtanden, was die Kammer, was der Ausſchuß beſchloß, und nach dem October ging er wieder mit Bach und Stadion und er iſt noch heute Miniſter. Er klagte, daß das Militär ihm nicht gehorche, er war mit dem Hofe nicht zufrieden, er gab dem Reichstage Recht, er bedauerte ſpäter, daß Wien unterliege, aber ſein Verhalten war doch immer paſſiv. Man konnte aus ihm nicht recht klug werden. Dabei hatte er eine anſtaunenswerthe unverwüſtliche Heiterkeit, er arbeitete von früh bis in die Nacht um 1 auch 2 Uhr mit einer bewundernswerthen Leichtigkeit. Er tröſtete den Ausſchuß immer mit der Hoffnung, daß der Kaiſer ſchon nachgeben, und ſein Verſprechen erfüllen werde, und der Ausſchuß und der Reichstag waren ſo naiv, dieſe

Hoffnung wirklich zu haben, sie verschoben alle Maßregeln, die sie später gerne unternommen hätten, die aber dann nicht mehr ausführbar waren.

Die Czechen arbeiteten indessen daran, den Reichstag selbst zur Auflösung zu bringen, und obgleich sie noch am 6. oder gar am 7. October ihr Wort gegeben hatten, in Wien zu bleiben, gingen doch alle, bis auf den ehrlichen Sidon und Sabil in ihre Heimath. Sie glaubten, das Centrum würde aus Feigheit ihrem Beispiele folgen, wornach der Reichstag nicht beschlußfähig wäre, und sie dachten, sei einmal die Kammer aufgelöst, dann könnte Wien leicht bezwungen, und ihre Absicht doch erreicht werden. Also sie gingen, und verbreiteten in ihrem Lande noch eine ganz unwahre lügenhafte Darstellung der Wiener Ereignisse, und gaben sich den Anschein, als wäre ihr Leben bedroht worden. Mir und dem ganzen Ausschusse, und dem wurde doch jede Kleinigkeit gemeldet, ist von einer solchen Bedrohung kein Wörtchen bekannt. Auch diesmal waren sie Schuld an den nachgefolgten Gräueln, denn wären sie, wäre die ganze Kammer geblieben, ich bin überzeugt, der Hof hätte gegenüber allen Vertretern des Volkes, und bei deren Einigkeit, nie sich unterfangen, das zu unternehmen, was er vollführte. Die Auflösung des Reichstages gelang aber nicht; das Centrum blieb wieder Vermuthen. Doch gerade, daß der Plan der

n nicht gelungen, das war das Unglück. Besser

wäre es geweſen, ja nach meiner gegenwärtigen Ueberzeugung, — damals hatte ich leider auch eine andere, — hätte das Volk und mit ihm die Freiheit unzweifelhaft geſiegt, wäre, — da ſchon einmal faſt die Hälfte der Deputirten fortgegangen war, die Auflöſung der Kammer erfolgt. Was war von dieſer Kammer zu erwarten, wo die Linke nicht einen einzigen energiſchen, zweckdienlichen Antrag ohne der Gefahr ſtellen konnte, daß das Centrum davon laufe, und dadurch die Kammer unbeſchlußfähig mache, was damals die Linke, da ſie die Zukunft nicht kannte, vermeiden wollte; was war in dieſem Augenblicke von der Kammer zu erwarten, wo die Linke von dem feigen unwiſſenden Centrum terroriſirt wurde? Wäre die Kammer nicht geweſen, dann wäre aus innerer Nothwendigkeit eine Diktatur von ſelbſt entſtanden, und von der war Energie mit Beſtimmtheit vorauszuſetzen. Die Kammer faßte nur ſchwankende und Verwirrung hervorrufende Beſchlüſſe. Sie ſetzte das ganze Volk in Oppoſition gegen den Hof, ſie verordnete allgemeine Bewaffnung, ſie ſtachelte die Kampfluſt auf, und dann zog ſie ſich feige zurück, um, falls es ſchlecht ginge, die Verantwortung von ſich abzulehnen. Nachdem einmal der Kaiſer den Wienern, und mit ihnen, trotz aller gleißenden Worte, der Freiheit ſelbſt den Krieg erklärt hatte, was der Reichstag wohl erkannte, und nachdem das Miniſterium dieſe Kriegserklärung des Kaiſers als unver-

antwortlich bezeichnete, indem es die Contragsignatur unter dieselbe verweigerte, so blieb nichts anderes übrig, als offen zu erklären, daß sich der Kaiser außer dem Gesetze befinde, und ihm als Rechtverletzer entschlossen entgegen zu treten. Das wäre die Pflicht einer Volksvertretung gewesen. Zugleich hätte sie eine provisorische Regierung, bestehend aus wenigen Gliedern, für so lange einsetzen müssen, bis der Kaiser als Bevollmächtigter des Volkes seine Schuldigkeit erfüllt, oder bis eine, in Folge des jedem Volke zustehenden Rechtes und in Folge der kaiserlichen Erklärung vom 15. Mai, neu ausgeschriebene Versammlung mit unbeschränkter Vollmacht, dem Kaiser als Bevollmächtigten die Vollmacht zur Regierung abgenommen hätte. Wäre aber auch eine solche provisorische Regierung nicht eingesetzt worden, so hätte der Reichstag, der eigentlich das Provisorium selbst schon übernahm, den widerspenstigen Auersperg sogleich angreifen, und die Ungarn auffordern müssen, den Jellachich auf österreichischem Boden zu verfolgen, auch wären einige tausend Mann dem Windischgrätz entgegen zu senden gewesen, mit der Aufforderung an jedes ohnehin nur nach und nach anrückende Bataillon, die Waffen zu strecken, und im Falle des Widerstandes hätte es niedergehauen, und ihr Führer als Hochverräther behandelt werden müssen. Endlich hätte der Reichstag den allgemeinen Landsturm aufzubieten gehabt. Bei solchem energischen pflichtge-

mäßen Vorgang, wäre Wien unmöglich gefallen, und die Freiheit hätte gesiegt. Der Reichstag that aber Alles nur halb, und führte dadurch namenloses Unglück herbei. Damals hätte mit wenigen Blutstropfen die Freiheit befestiget werden können, jetzt aber wird das Blut noch früher in Strömen fließen, bevor die Demokratie die Menschen beglückt. Sein Schwanken, seine Unentschlossenheit ist aus jeder seiner Verfügungen zu ersehen. So setzte er keine provisorische Regierung ein, er der vielköpfige Körper, führte sie aber selbst; er befahl dem General Ausersperg, aber er exekutirte nicht den von diesem unbeachtet gelassenen Befehl; er erklärte den Jellachich als Feind, er befahl dem Volke Wiens, sich gegen ihn mit Waffen zu vertheidigen, aber er verbot den Angriff; er forderte die, um die Erlaubniß ansuchenden Ungarn, den Jellachich auf österreichischem Boden verfolgen zu dürfen, hiezu nicht auf, erklärte aber, daß er ihnen die Verfolgung nicht verboten habe; er verbot der Eisenbahn, Truppen gegen Wien zu transportiren, aber er stellte dem anrückenden Windischgrätz keinen Widerstand entgegen. Er selbst wagte nicht, den Landsturm aufzubieten, aber er forderte doch durch das Obercommando die in der Umgebung Wiens befindlichen Garden zur Unterstützung der Hauptstadt auf, und über die mehrfältigen Anfragen des Gemeinderathes, ob er berechtiget sei, den Landsturm zu organisiren, wurde ihm vom Ausschusse

stets versichert, daß er allerdings dazu berechtiget wäre, indem der Reichstag das Benehmen des Jellachich und des Windischgrätz, was später geschah, für ungesetzlich erklärt, sonach der Stadt Wien und Jedermann das Recht zur Vertheidigung gegen deren ungesetzliche Angriffe ertheilt habe.

Ich habe gesagt, daß die Ungarn bei dem constituirenden Reichstage um die Aufforderung ansuchten, den Jellachich auf österreichischem Boden zu verfolgen. Ich komme darauf zurück. Warum sie ansuchten ist mir klar, — weil von ihnen besorgt wurde, daß in dem Falle, als sie den österreichischen Boden ohne Bewilligung des Reichstages betreten, eine fremde Intervention Statt fände, und weil sie diese Besorgniß in ihrem Benehmen unsicher machte. Aber daß der Reichstag diese Aufforderung unterließ, das freundschaftliche Anerbieten Ungarns nicht mit beiden Händen erfaßte, um den Czingischan Jellachich, wie er einmal in der Kammer genannt wurde, für seine Frechheit zu züchtigen, das ist für ihn wahrlich unverantwortlich, denn der Kaiser hatte jetzt den Krieg nicht blos der Freiheit in Ungarn, sondern auch der in Wien und dadurch der in allen Provinzen erklärt, und den Jellachich, der unter keinem Ministerium stand, vor die Mauern Wiens beordert. Nachdem einmal der Reichstag diesen Wegelagerer als Feind Oesterreichs hingestellt und ihm aufgetragen hatte, den österreichischen Boden zu verlassen, und

er dieſen Befehl nicht nur gar nicht reſpektirte, ſondern ſogar bald darauf die Landleute eigenmächtig entwaffnete, Requiſitionen ausſchrieb, Wien umzingelte, und nach Wien Granaten abfeuern ließ, alſo da der Kampf begann, ohne daß man mußte, was Jellachich oder der Hof fordere, da war der Reichstag berechtigt und verpflichtet, alle Mittel zu ergreifen, um ihn zu vernichten. Ein Angriff vor der vorausgeſehenen Vereinigung des Jellachich mit Windiſchgrätz war von der Klugheit geboten, denn man durfte den Feind nicht verſtärken laſſen, und Wien, — das konnte ſich offenbar nur eine Zeit lang vertheidigen, es mußte aber, um nicht endlich doch zu unterliegen, durch die Ungarn und den Landſturm entſetzt werden. Alles dieſes war ganz klar, doch meine heftigen Vorſtellungen und die, der mir an Geſinnung und Entſchloſſenheit gleichen Freunde fanden im Ausſchuſſe keinen Anklang, wir blieben in der Minorität, und der ſchwankende Reichstag führte gränzenloſes Elend herbei. Der Reichstag oder eigentlich der Ausſchuß war noch dazu in allen ſeinen Gliedern der Anſicht, daß ihm das Recht zuſtehe, die Ungarn zu Hülfe zu rufen, aber die Majorität gab vor, daß ſie glaube, die Ungarn würden, ſelbſt über eine Aufforderung zur Verfolgung des Jellachich, denſelben doch nicht angreifen, denn wäre das ihre Abſicht, ſo würden ſie den Reichstag nicht erſt befragen; — man käme durch eine ſolche direkte Aufforderung in Colliſion mit dem Hofe; — man

vermehre nur die Gefahr für das Volk und kurz die Majorität wand ſich in erbärmlicher, wirklich ekelerregenden Angſt und Zaghaftigkeit herum. Man unterließ den Ruf an die Ungarn, aber man ſagte ihren Abgeſandten, der Reichstag verbiete ihnen durchaus nicht, den Jellachich auf öſterreichiſchem Boden zu verfolgen; wenn ſie zum Entſatze Wiens herankämen, wäre man darüber ſehr erfreut, und dergleichen mehr. Ja, damit die Ungarn wirklich ſehen, daß der Reichstag mit ihnen ſympathiſire und die Verfolgung gegen Jellachich wünſche, ſo erließ der Ausſchuß eine Verſtändigung, worin er erklärte: „Es hat ſich in der Stadt das Gerücht verbreitet, „daß der Reichstag den ungariſchen Truppen verbo„ten habe, die öſterreichiſche Gränze zu überſchreiten. „Ein ſolches Verbot iſt vom Reichstage nicht ausge„gangen," — und dieſes Plakat wurde den ungariſchen Bothen zum Beweiſe mitgegeben, daß der Reichstag gegen ihren Einmarſch in Oeſterreich gewiß nichts einwenden werde.

XIX.

Die proviſoriſchen Nationalgarde-Oberkommandanten Scherzer, Braun, Spitzhüttel, Meſſenhauſer. Der Generalſtab. Die Mobilgarde. Die Vertheidigung Wiens wird von Meſſenhauſer und Bem im Einverſtändniſſe mit dem Reichstage geleitet. Das Oberkommando und der Gemeinderath ertheilen eine ſchriftliche Vollmacht zur Organiſirung des Landſturms. Die Czechen in Prag und Ollmütz. Welker und Mosle. Blum und Fröbel.

Der erſte proviſoriſche Oberkommandant Scherzer that ſehr wenig Entſcheidendes, er war kein Militär. Der zweite, Braun, beſchäftigte ſich mit Kleinigkeiten, mit Aufſtellung jeder einzelnen Wache, aber nicht mit der Leitung im Großen, von der er, nach meiner Anſicht nichts verſtand, wie zur Genüge dieſe ſeine Aeußerung beweiſen dürfte, daß nur die innere Stadt vertheidiget werden könne. Alles war zu der Zeit voll Muth, voll Kampfbegierde, aber bei der

Taktlosigkeit des Obercommandanten, und bei dem gänzlichen Mangel eines Organisirungstalentes unter den ihn umgebenden Officieren entstand unter den Garden Wiens, und unter der Bevölkerung nur heillose Verwirrung und Entmuthigung. Als sich endlich Braun aus dem Chaos, in das er hineingerathen war, nicht mehr herauszuhelfen wußte, dankte er in der Nacht vom 11. auf den 12. October ab. Auf Empfehlung einiger Deputirten, wurde von der Permanenz der ehemalige k. k. Officier Wenzel Messenhauser, der im März 1848 quittirt hatte und zurückgezogen, kümmerlich lebte, sogleich vorgeladen, und aufgefordert, das Obercommando zu übernehmen. Er erklärte sich unter der Bedingung hiezu bereit, wenn ihm freigestellt werde, sich einen Generalstab zu bilden. Dieß als ganz natürlich und nothwendig wurde gebilligt, und er übernahm noch in der Nacht, in demselben Augenblicke das Obercommando. In der Frühe sollte ihm sein Anstellungsdekret zugestellt werden. Doch noch vor der Ausstellung desselben kamen mehrere Garde-Officiere, und da sie den Messenhauser nicht kannten, forderten sie mit Heftigkeit den Spitzhüttel als Oberkommandanten. Messenhauser zog sich bescheiden zurück und Spitzhüttel erhielt den Oberbefehl. Nachmittags den 12. October kamen aber andere Garden und eine Deputation der akademischen Legion; sie erklärten den Spitzhüttel für Reaktionär, Verräther u. dgl. und verlangten

den Meſſenhauſer. Während des hierüber entſtandenen Streites unter den Garden, legte Spitzhüttel gleichfalls ſeine Stelle nieder. Nun wurde Meſſenhauſer nochmals, an dieſem Tage alſo zum zweitenmale berufen, und er wurde mit einem von dem Reichstage und von dem Miniſterium gefertigten Dekrete zum Obercommandanten ernannt, und ihm darin aufgetragen, Wien zu vertheidigen, und ſich einen Generalſtab zu bilden; und der Gemeinderath wurde gleichfalls angewieſen, ihm die zur Vertheidigung nöthigen Gelder auszufolgen, da dieſelben dem Gemeinderathe von dem Miniſterium bereits übermacht worden waren.

Meſſenhauſer bildete ſich ſogleich ſeinen Generalſtab aus dem ehemals in franzöſiſchen Dienſten als Obriſt vor Algier geſtandenen Polen Jelovicky, den ehemaligen k. k. Officieren Haug, und Fenneberg u. m. a., und er betraute den berühmten Polengeneral Bem mit der Leitung der ſtrategiſchen Angelegenheiten. Sodann brachte Meſſenhauſer in kurzer Zeit durch Befehle und Plakate wieder einige Ordnung in die Garde, und da er bemerkte, wie dieſe zum Theile ermüdet, und ſich auch nach der gelegten erſten Kampfluſt die Vertheidigung Wiens nicht beſonders angelegen ſein laſſe, ferner da er das Herumziehen der bewaffneten, in der allgemeinen Verwirrung arbeitsloſen Arbeiter bedenklich fand und da er auch darauf zu ſehen hatte, die Vertheidigungskraft

Wiens zu vergrößern, so organisirte er mit Genehmigung des Reichstages und des Ministeriums die Mobilgarde, gab ihnen mit Genehmigung des Reichstages und des Ministeriums Waffen und Löhnung, auch wo es nöthig, und so lange es möglich war, Bekleidung, und beeidete dieselbe auf ein eigenes, gleichfalls von dem Reichstage und dem Ministerium erlassenes Kriegsgesetz. Der Ausschuß war mit ihm und Bem im beständigen Einverständnisse, und beide überschritten nie die Befehle und Genehmigungen des Ausschusses. Ja sie unternahmen keinen wichtigen Schritt ohne vorläufige Verständigung der Permanenz. So beabsichtigten sie einmal, einen nächtlichen Ausfall gegen die Windischgrätz'schen Truppen bei Nußdorf zu unternehmen, und sie fragten sich früher bei dem Ausschusse an, ob dieser Ausfall genehmiget werde. Natürlich der Ausschuß hatte nichts dagegen, da in dem Auftrage zur Vertheidigung Wiens auch die Ermächtigung lag, die zur Vertheidigung nöthige Offensive zu ergreifen. Doch der Ausfall unterblieb in Folge Mißverständnisses oder Verrathes. Die Permanenz ließ sich auch von ihnen den Plan der Vertheidigung mittheilen, und wendete nichts dagegen ein; der Deputirte Violand ritt häufig im Namen des Ausschusses zu Messenhauser und Bem, um sie von gefaßten Beschlüssen schnell zu verständigen oder Aufklärungen von ihnen zu erhalten, er ritt auch zu verschiedenen Linien und Posten, um den Muth unter

den Leuten zu erhöhen, damit sie nicht zu Excessen aus Verzweiflung schreiten, und er berichtete im Ausschusse über die Stimmung und die Wünsche der Garde. Ich erzähle diese Einzelheiten, um zu zeigen, wie Messenhauser und Bem und die ganze Garde nur das unternahm und ausführte, was in der Absicht des Reichstages lag.

Messenhauser, oder es mag einer seiner Vorgänger gewesen sein, wollte auch den Landsturm organisiren, denn er sah wohl, daß Wien sich nur vertheidigen könne, aber entweder von dem Landsturme, oder von den Ungarn, oder von beiden zugleich entsetzt werden müsse, denn man machte sich auf eine Belagerung gefaßt, da Auersperg sich aus dem Schwarzenberg'schen Garten weg, außerhalb der Stadt gezogen, und mit Jellachich vereiniget hatte, und da man von Truppenzuzügen aus Mähren und Böhmen Kunde erhielt. Das Obercommando und der Gemeinderath, oder doch dessen Permanenz, — dieses Factum ist noch nicht zur Oeffentlichkeit gelangt, — ertheilte daher einem jungen, entschossenen, für die Freiheit hochbegeisterten Manne und seinem Begleiter, deren Namen ich einst zu gelegenerer Zeit nennen werde, die schriftliche Vollmacht, den Landsturm zu organisiren. Zur Ausstellung dieser Vollmacht war das Obercommando und der Gemeinderath, wie ich bereits erwähnte, vollkommen berechtiget, denn über die öfteren diesfälligen Anfragen bedeutete ihnen jedesmal

der Ausschuß, er könne sich blos mit den Angelegenheiten der Monarchie beschäftigen, und den Wienern die Vertheidigung nicht befehlen; aber da er Wien ermächtiget habe, sich zu vertheidigen, so hänge es von dem Willen Wiens allein ab, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, und sich die nöthige Hülfe herbeizuziehen. Doch der Landsturm bildete sich nicht; die Idee desselben erregte wohl Begeisterung, aber die Leute waren zu furchtsam, um ohne direkte Aufforderung des Reichstages den Wienern in Massen zu Hülfe zu eilen, um so mehr, als die Gouverneure, die ganze Bureaukratie, und die gesammte Geistlichkeit sich alle möglichen Umtriebe und Vorspiegelungen eifrigst erlaubten, um den Landsturm zu hintertreiben. Einige dieser Individuen stellten sogar den Bauern vor, die Bewegung in Wien sei blos von den Arbeitern in der Absicht ausgegangen, um das Eigenthum aufzuheben und zu zerstören, und nach ihrem Siege würden die Arbeiter auf das Land kommen, und sengen und plündern, und dergleichen andere Lügen. Wie gesagt, von allen Seiten wurde das Aufbrechen zum Landsturme zugesichert, wenn der Reichstag denselben öffentlich anordne. Der wollte ihn wohl, aber er hatte nicht den Muth, ihn auszuschreiben, und der Antrag des Abgeordneten Violand auf Herbeirufung desselben mußte von ihm leider zurückgezogen werden, sollte die hasenherzige, unentschlossene, wirklich feige Kammer nicht auseinander gehen.

Inzwiſchen hatten ſich die czechiſchen Deputirten theils in ihre Heimath, theils nach Ollmütz, wo ſich der Kaiſer in ſeiner Gefangenſchaft befand, mit der Abſicht begeben, dahin zu wirken, daß Wien und die Ungarn mit ihren Freiheitsbeſtrebungen unterdrückt werden, damit ſie mit Jellachich ihre ſlaviſchen Intereſſen dennoch erreichen könnten. In der Heimath bearbeiteten ſie daher das Volk gegen Wien, erzählten ihm ſo abentheuerliche Lügen, daß ſogar die Prager, eine Deputation nach Wien an den Ausſchuß ſandten, ob denn das auch Alles wahr ſei, was man ihnen erzählt hätte. Auch bezwangen ſie ihren ſonſt enormen Stolz und gingen, wie man vielfach erzählte, zu dem ihnen verhaßteſten Manne, zu Windiſchgrätz, — der ihre zu früh zum Ausbruche gekommenen czechiſchen Tendenzen niederbombardirt hatte, — verſicherten ihn, daß ſich Prag gewiß ruhig verhalten werde, um ihn zu bewegen, mit ſo viel als möglich Truppen nach Wien zu ziehen. Nun, der war dazu ſchon vom Hofe auserdacht. In Ollmütz verbanden ſie ſich mit der Reaktion, und ſuchten auch von dort den Reichstag zur Auflöſung zu bringen, indem ſie alle Deputirten zu Wien einluden, mit ihnen am 20. October in Brünn zu einer Beſprechung zuſammenzukommen. Doch die Kammer ſprach ſich dagegen aus, denn ſo viel Pflichtgefühl hatte ſie noch immer, Wien in ſeiner bedrohlichen Lage nicht zu verlaſſen.

Nach und nach rückten immer mehrere Truppen aus Böhmen und Mähren und endlich trat Windischgrätz an ihre Spitze, vereinigte sich mit Jellachich und Auersperg und umzingelte Wien, und nichts war von dem Reichstage geschehen, um ihn daran zu hindern. Der arme Reichstag hoffte noch immer, wirklich wie ein Kind, der Kaiser werde seinen Petitionen Folge geben, und er glaubte Welcker und Mosle, die beiden von Frankfurt abgesandten Reichstags-Commissäre werden auch das ihrige dazu beitragen, und vor diesen beiden großen Abgesandten des gesammten deutschen Volkes werde der Hof einen ganz besonderen Respekt haben, und andere Saiten aufziehen. Ja diese, die waren gar nicht nach Wien gekommen, blos durch die Lügen flüchtiger Reaktionärs und Dummköpfe, wie man sagte, in einem Wirthshause instruirt, hatten sie sich nach Ollmütz begeben, und verließen und verriethen das edle Wien, die deutscheste Stadt. Doch Deutschland, du warst auch nicht anders, als dein Welcker und Mosle. Blum und Fröbel machten fast allein eine Ausnahme. Diese waren muthig, begeistert für Freiheit und Recht, sie eilten aus der Ferne ihren Brüdern zu Hülfe, sie stellten sich unter das Commando von Messenhauser, sie kämpften tapfer mit wahrem Löwenmuthe. Sie waren fast die einzigen Deutschen außer Oesterreich, welche sich mit den Wienern verbanden, die anderen sahen neugierig zu, lasen eifrig die Zeitungen und

wollten sich die Hände nicht verbrennen. Es ist unglaublich, wie ganz Deutschland nicht sah, daß alle Fürsten sich verbanden, um Wien in den alten Despotismus zu stürzen, und daß sie den Sieg der Wiener als ihr Todesurtheil fürchteten, und daß nach dem Falle Wiens die alte Cabinetspolitik wieder eifrigst bedacht sein werde, die deutschen Männer zu gängeln.

XX.

Windiſchgrätz verhängt über Wien den Belagerungszuſtand, und beruft ſich auf eine Vollmacht des Kaiſers. Kritik dieſer Bevollmächtigung. Der Reichstag erklärt das Benehmen des Windiſchgrätz für ungeſetzlich. Merkwürdige Frechheit und Lüge dieſes Menſchen. Der Reichstag beſchwört den Meſſenhauſer, für die Vertheidigung Wiens zu ſorgen.

Windiſchgrätz ſtand ſchon einige Tage vor Wien, und cernirte es, aber der Reichstag wußte noch immer nicht, was er und der Hof denn eigentlich wolle; endlich erklärte er am 20. und 23. Oktober, aber ohne den Reichstag hievon zu verſtändigen, Wien in Belagerungszuſtand, ordnete die Auflöſung der Garde, die Aufhebung der freien Preſſe und des Aſſociationsrechtes an, forderte die Stadt unter den ſchimpflichſten Bedingungen zur Uebergabe auf, und verhängte das Standrecht und Kriegsgeſetz über die ihm nicht Gehorchenden.

Diese Verfügungen basirte er auf eine von Wessenberg contrasignirte Proklamation des Kaisers, laut welcher Windischgrätz von ihm die unbedingte Vollmacht zu jeder ihm beliebigen Maßregel zu dem Ende erhielt, den angeblichen Aufruhr zu unterdrücken, und der vorgeblich eingebrochenen Anarchie zu steuern.

Der Reichstag konnte eine solche Generalvollmacht des Kaisers nicht anerkennen, denn:

1) Seit der Mairevolution führte der Kaiser mit dem Ministerium die Regierung blos provisorisch, er hatte demnach nicht das Recht, seine Gewalt ohne Einwilligung des Reichstages einem Dritten, wenn auch nur als Bevollmächtigten zu übertragen.

2) War Wessenberg für den Reichstag nicht mehr Minister, denn der Reichstag hatte um seine Dimission angesucht, und sie war zugesagt worden; ferner hatte er ausdrücklich beschlossen, nur den Dobblhof, Hornpostel und Kraus als Minister anzuerkennen, und Kraus, der vom Kaiser nicht entlassen worden war, hielt es mit Wien.

3) Hatte der Reichstag das Benehmen des Kaisers dem Volke gegenüber selbst für ungesetzlich, wenn auch stillschweigend, so doch deutlich genug durch das Vertrauensvotum, welches es dem Minister Kraus wegen der Nichtcontrasignatur der kaiserlichen Proklamation vom

7. Oktober ertheilte, und durch seine übrigen Anordnungen erklärt.

4) Hat aber auch kein verantwortlicher Minister das Recht, dem Regenten die Ermächtigung zu geben, durch eine längere Zeit, allein nach seinem Ermessen Anordnungen zu treffen, denn jeder einzelne Regierungsbefehl des Monarchen muß von einem verantwortlichen Minister contrasignirt sein. Um so weniger hat demnach eine solche Ermächtigung an einen Dritten Gültigkeit.

5) In einem constitutionellen Staate darf kein Gesetz ohne Beschluß der Kammer gegeben, umgeändert oder aufgehoben werden, daher durfte auch für Wien die freie Presse, das Associationsrecht, die Garde ohne Beschluß des Reichstages von Niemanden, wenn auch nur zeitweilig aufgehoben werden.

6) Ist die Belagerungszustands-Erklärung etwas in Oesterreich, selbst in dem früheren absolutistischen Oesterreich durch und durch Ungesetzliches. Sie ist reine Willkührserfindung des Hofes und des Windischgrätz.

7) Nach den österreichischen Strafgesetzen dürfen Civilpersonen nur in drei Fällen, nämlich wegen Spionerie, Verleitung österreichischer Unterthanen zum Eintritt in fremden Militärdienst und in einigen Pest-Cordons-Ueber-

schreitungsfällen vor Militärgerichte gestellt werden, das Militär hat niemals das Recht, das Standrecht und das Kriegsgesetz zu verhängen.

8) War es aber auch eine schändliche Lüge, daß in Wien Aufruhr und Anarchie herrsche.

Wien hatte sich am 6. Oktober nur gegen die freiheitsfeindliche Politik des verrätherischen Ministeriums erhoben. Der Reichstag hatte dem Volke Recht gegeben, der Kaiser hatte die Erfüllung der Volkswünsche versprochen, hatte aber dann die Flucht ergriffen, und seine Zusage nicht erfüllt, befolgte nicht das, was der constituirende Reichstag beschloß, sondern was die Reaktion wollte; zwar er, er war zu schwach, ein eigenes Urtheil zu fällen, was auch der Reichstag recht gut wüßte, so daß im Ausschusse der Antrag im vollsten Ernste gestellt wurde, seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Die Reaktion sprach und handelte durch ihn. Das Volk gehorchte dem Reichstage und dem Minister Kraus unbedingt, der Reichstag gab dem Volke Waffen, und Geld zum Kampfe, wer darf und kann da von einem Aufruhre des Volkes zu sprechen wagen?

Der Reichstag sagte zu widerholten Malen: In Wien ist Ordnung, ist Ruhe, wer darf sich da vermessen, zu sagen: Nein? Das Volk war nach dem 6. Oktober nur voll Schreck über die Aufstellung der Truppen des Auersperg, und über die Umzünglung

der Stadt. Die Ordnung wurde nicht gestört. Am 14. und 15. Oktober waren sogar die Läden der Kaufleute geöffnet. Das Volk gehorchte blindlings, und der Reichstag sprach in einer Proclamation: „Wer für das Vaterland, wer für den constitutio„nellen Thron, wer für die Volksfreiheit ist, „der muß für Wien sein. Der Reichstag erkennt „es daher als seine heiligste Pflicht, sowohl der Re„aktion, als der Anarchie entgegen zu wirken. Dieß „will der Reichstag, dieß will er für alle Völker, und „für alle Stände des Volkes, für den freien Bür„ger, wie für den tapferen Krieger des Vaterlandes. „Aber um dieß vollbringen zu können, muß Wien „gerettet, muß es in seiner Kraft, Fülle und Frei„heit erhalten werden." So sprach der gesammte Reichstag. Also wer darf bei solchem Ausspruche erklären: In Wien ist Aufruhr und Anarchie, in Wien, wo sich die Gesandten fremder Mächte nicht entfernt hatten, wo der Reichstag tagte?

Die ganze Kammer faßte daher wie ein Mann den Beschluß:

„In Betracht, daß die Herstellung der Ruhe „und Ordnung, wo sie wirklich gefährdet sein sollten, nur „den ordentlichen constitutionellen Behörden zukommt, „und nur auf ihre Requisition das Militär einschrei„ten darf;

„in Betracht, daß nach widerholtem Ausſpruche „des Reichstages und des Gemeinderathes die beſte„hende Aufregung in Wien nur durch die drohenden „Truppenmaſſen erhalten wird;

„in Betracht endlich, daß das kaiſerliche Wort „vom 19. Oktober die ungeſchmälerte Aufrechthaltung „aller errungenen Freiheiten, ſo wie ganz beſonders „die freie Berathung des Reichstages neuer„dings gewährleiſtete *), erklärt der Reichstag die „vom Feldmarſchall Fürſten Windiſchgrätz angedrohten „Maßregeln des Belagerungszuſtandes und Stand„rechtes für ungeſetzlich.

Auf dieſen Beſchluß hatte Windiſchgrätz die Frechheit folgende Erklärung abzugeben: „Mit dem Reichs„tage zu unterhandeln, überſteigt meine Vollmacht, „da ich denſelben blos als eine conſtituirende „Verſammlung kenne. Miniſter Kraus iſt nicht „frei, ſondern als Gefangener zu betrachten. Die „einzige legale Behörde, die ich in Wien kenne, iſt „der Gemeinderath, welcher mir untergeordnet iſt. „Im Uebrigen gebe ich der Stadt 48 Stunden Be„denkzeit.“

*) Dieſe Gewährleiſtung enthält die kaiſerliche Proclamation d. d. 19. Oktober mit der Aufſchrift: „An meine Völker.“

Also der rohe Soldat erkühnte sich, dem Reichstage die legislative Gewalt abzusprechen, also war Oesterreich nach seiner Idee einstweilen noch eine absolute Monarchie? — Besonders interessant aber ist, wie er sich die Lüge auszusprechen erdreistete, Kraus sei nicht frei, er sei als Gefangener zu betrachten. Kraus hatte die vollste Freiheit, er fuhr sogar unbehindert, ohne jeden Anstand gerade zu dem Lügner zu Windischgrätz, und zu dem Kaiser nach Ollmütz, und kam von jedem wieder aus freiem Antriebe zurück.

Dem Oberkommandanten Messenhauser wurde nun mit allem Nachdrucke in der Permanenz aufgetragen, und derselbe beschworen, für die Vertheidigung Wiens zu sorgen, und ich weiß keinen einzigen Deputirten, der nicht eine Hülfe und Rettung von den Ungarn herbeisehnte. Jeder war entrüstet, aufs heftigste empört gegen das Benehmen des Hofes und seines erbärmlichen altjunkerlichen Raubgesellen. Ja aber wie helfen? Jetzt konnte der Oberkommandant keine Wunder wirken! — Der Reichstag war selbst Schuld an dem Unglücke Wiens.

In dem Conflikte der von dem Reichstage ausgesprochenen Rechte des Volkes mit den Uebergriffen des Monarchen, hatte übrigens bei der Ungesetzlichkeitserklärung des Benehmens des Windischgrätz, jeder Staatsbürger das Recht, sich gegen ihn mit

Gewalt und Liſt zu vertheidigen, und der Hof befand ſich nach dem Ausſpruche des ſouveränen Reichstages, auf dem Boden der bloßen Gewalt, der Contrerevolution, den er bis heute nicht verlaſſen hat.

XXI.

Die radikale Parthei. Die Beamten, Geiſtlichen, Spießbürger, und Feiglinge mit gelben Glacee-Handſchuhen. Der Ausſchuß iſt über die Memmenhaftigkeit einiger Garde-Officiere erzürnt. General Bem's Erklärung in der Permanenz. Antrag, daß die ganze Kammer in den Kampf ziehen ſolle. Das Volk treibt die unbewaffneten Spaziergänger zum Barikadenmachen. Der Kaiſer will den Reichstag prorogiren. Der Reichstag ſendet dießfalls eine Deputation an ihn.

Wien war in einer traurigen Lage, obgleich die tapfere akademiſche Legion, die braven herzhaften Arbeiter und die Bürger einiger Vorſtädte auf ihren Muth und die Gerechtigkeit ihrer Sache vertrauend, eine Niederlage für unmöglich hielten.

Die Hofparthei hatte ſchon ſeit lange eifrig gewirkt, ſie hatte auf ihrer Seite das wohlbearbeitete Militär, die Büreaukratie, die Geiſtlichkeit und die Geldleute. Alle dieſe verſchworen ſich gegen die Volks-

freiheit, die Demokratie. In Wien war ſchon vor dem 6. Oktober eine Spaltung zwiſchen der Bourgeoiſie und den Arbeitern, den Stadt- und Vorſtadtgarden, am 6. Oktober hatten ſchon Garden auf Garden gefeuert. Der Adel und die reichen Leute waren geflohen. Die ſpießbürgerlichen Kaufleute hatten ſchon viele Tage gar nichts verkauft, ja es war der Handel ſchon ſeit März immer ſchlechter geworden, ſie bekamen ein ordentliches Heimweh nach den alten Zuſtänden, nach den Fleiſchtöpfen Aegyptens. Sie meinten, die liberale Parthei ſei an ihren ſchlechten Geſchäften Schuld, und ſie begriffen nicht, daß dieſelbe nur der reaktionären zur Laſt falle, denn dieſe hatte die Finanzverhältniſſe Oeſterreichs zu einem gordiſchen Knoten verwirrt, dieſes Land an den Rand des Finanz-Banquerotes gebracht; und die Hofparthei hatte durch den blos im dynaſtiſchen Intereſſe hervorgerufenen Kampf in Ungarn und Italien, jeden Handel nach dieſen Ländern und nach der Türkei geſtört, in welche Oeſterreich faſt allein ſeinen Abſatz hatte. Die Leute klagten in ihrer Beſchränktheit ſchon ſeit lange, zuerſt gegen die Ausländer, dann gegen die Juden, darauf gegen die Demokratie und ſie wurden immer erbitterter gegen das Streben der freiheitsbegeiſterten Männer. Sie ſannen und ſpannen Verrath. Die Stadt wimmelte von Spionen. Leute kauften den leichten Muthes dahin lebenden Arbeitern Patronen, das Stück zu mehreren Groſchen

ab, und als es zum Kampfe kam, mußten ihnen welche vertheilt werden, welche hin und wieder Statt mit Pulver mit Sand gefüllt waren. Die Arbeiter und überhaupt diejenigen, welche, gerade um die Ordnung zu erhalten, den Befehlen des Oberkommandos unbedingt gehorchten, und einen ähnlichen Gehorsam auch von den andern wollten, waren über solche Verräthereien im höchsten Grade wie natürlich wüthend, doch das beabsichtigte eben die Hofparthei, sie wollte Wien selbst in Spaltung bringen, die betrogenen, blos für die Freiheit und nicht für ihr materielles Interesse kämpfenden Arbeiter gegen die Reichen hetzen, damit dann Windischgrätz hätte sagen können: Seht ich hatte Recht, da ist Anarchie, ich bin demnach vor Europa gerechtfertiget. Ja es gab Leute, welche die Arbeiter gegen die Studenten ihre besten Freunde mißtrauisch zu machen suchten, und diese Schändlichen bemühten sich überall, Mißgunst und Hader hervorzurufen. Hin und wieder gelang es. Es war schrecklich, wenn man in der letzten Zeit, den ganzen Tag hindurch, über Verrath schreien hörte, und wenn man sah, wie Keiner dem Andern mehr vertraute. Auch gab es eine Menge Feiglinge, die sich keiner Gefahr unterziehen und nicht dem Befehle des Oberkommandos gehorchen und die Waffen ergreifen wollten. Ja es überreichten sogar einige hasenherzige Officiere der Nationalgarde eine Anfrage an den Ausschuß, ob sie, ungeachtet der Reichstag das Benehmen

des Windiſchgrätz für ungeſetzlich erklärt habe, nicht ſelbſt ungeſetzlich handeln würden, wenn ſie gegen die kaiſerlichen Truppen fechten, und ſie baten, um ſich auf jeden Fall ſicher zu ſtellen, um die ausdrückliche Beantwortung dieſer Anfrage. Da wurde aber jedes Mitglied der Permanenz faſt wüthend, denn nichts als Furcht konnte dieſe Leute zu dieſer merkwürdigen Anfrage bewegen, da der Reichstag ſelbſt und der Miniſter dem Oberkommando den Auftrag zur Vertheidigung gegeben, und allen Bewohnern Wiens befohlen hatte, demſelben unbedingt zu gehorchen. Diejenigen, welche dieſe Eingabe überreichten, wurden auch derart mit gerechten Vorwürfen der Feigheit überſchüttet, daß ſie beſchämt zur Thüre hinausſchleichen mußten, und die Eingabe wurde dem Oberkommandanten mit dem Bemerken zugeſtellt, daß er auf dieſe feigen Officiere der Garde ein gehöriges Augenmerk richten möge. Der erfahrene Kriegsmann, der General Bem ſah dieſe Muthloſigkeit, welche ſich immer mehr und mehr verbreitete, mit bedenklichem Kopfſchütteln an, und als er einmal von der Permanenz gefragt wurde, ob er Wien zu halten gedenke, zuckte er die Achſeln und entgegnete: „Ja wenn die Leute mehr Muth hätten!“ und dann fügte er mit einem Blicke nach Oben hinzu: „Hätten die Polen die Waffen, welche in Wien ſind, wir würden ganz Rußland beſiegen.“ In der Permanenz wurde auch von einem Abgeordneten, um den Muth der Bevölkerung

zu erhöhen beantragt, die Kammer aufzufordern, öffentlich zu erklären, daß alle Deputirten im Falle eines vom Oberkommandanten beabsichtigten Angriffes auf Windischgrätz, mit den im Oktober verfertigten Deputirten-Medaillen an der Brust, an der Spitze des Volkes in den Kampf für Recht und Freiheit ziehen wollen. Der Antrag gefiel, aber der Ausschuß sah damals schon ein, wie jeder Widerstand vergebens sei. Uebrigens waren doch mehrere Deputirte, welche dem Oberkommandanten erklärten, in dem Falle eines entscheidenden offenen Kampfes, in denselben zur Belebung des Muthes voranzugehen. — Die Massen der Arbeiter, die ihren letzten Blutstropfen einsetzen wollten für den Sieg der Freiheit, die waren erzürnt über den sie umgebenden Verrath, über die immer mehr und mehr eintretende Muthlosigkeit. Sie trieben daher jene, die sich zu Hause versteckten, und ohne Waffen neugierig spatzieren gingen, zu den Barrikaden. Das war diesen Memmen und Feiglingen mit gelben Glacee-Handschuhen und Lorgnetten das Schrecklichste, ihr Leben für die Freiheit zu gefährden, die ihnen noch dazu ihre Privilegien bedrohte, daher schrieen sie so über diesen ihnen angethanen Zwang und klagten über Anarchie. Daß das Volk jene feigen Verräther wenigstens zum Barrikadenmachen zwang, war ganz in der Ordnung; denn ein Schurke ist der, der seinen Brüdern bei solcher Gefahr im Kampfe gegen den Despotismus

nicht helfend zur Seite trat. Jellachich hatte die Croaten zum Kampf gezwängt, die Monarchen rekrutiren mit Gewalt und erschießen die Leute, welche aufregende Wahrheiten erzählen, und die Kämpfer der Freiheit sollen ruhig zusehen, wenn sie von Verrath umfangen werden?

Das gute, edle, sogenannte gemeine Volk, es sah auf den Reichstag wie auf seinen Rettungsengel, es that, was er nur wollte, und dieser, hochgehoben von der Volksgunst, er rief die Ungarn nicht, er befahl den Landsturm nicht, er ging nicht energisch vor gegen die Verräther. O es war eine fürchterliche Zeit! Ich war oft wie rasend, wenn ich sah, wie das vertrauende, gute Volk durch Unentschiedenheit, Feigheit muthwillig hingeopfert werde. Entweder hätte der Reichstag, die Oktober-Revolution verdammen, oder das Volk mit allen nur erdenklichen Mitteln in seinem Rechte schützen müssen; ein Drittes gab es nicht.

Da in Wien die Anarchie noch immer nicht ausgebrochen und der Hof der Meinung war, daß ihr blos der Reichstag steuere, und sie auch Wien nicht bombardiren wollte, so lange sich daselbst der Reichstag befinde, so richtete der Kaiser ein von Wessenberg contrasignirtes Schreiben an den Präsidenten des Reichstages, worin er denselben aufforderte, den Reichstag alsbald auf den 15. November zu prorogiren, und worin er die Deputirten anwies, an diesem Tage in Kremsier zu erscheinen. Natürlich der

Reichstag genirte den Hof außerordentlich, und aufzulösen wagte er ihn doch nicht, da er die Provinzen fürchtete; — und gegen ihn selbst loszuziehen war auch nicht mehr möglich, da der Kaiser, wahrscheinlich in der Eile, noch in der letzten Zeit ihm für sein lobenswerthes Wirken gedankt hatte. Der constituirende Reichstag konnte aber dem Kaiser auch nicht das Recht der Prorogation, so wenig wie das der Auflösung einräumen, denn die Prorogation ist eigentlich gar nichts anderes, als eine Auflösung auf einige Zeit. Der Reichtag beschloß daher und zwar am 25. Oktober, der Prorogation keine Folge zu leisten, und einstweilen noch eine Deputation mit Vorstellungen an den Kaiser zu senden. Die Deputation ging zu demselben, einer Antwort erfreuten sich aber diese Vorstellungen nicht.

XXII.

Windiſchgrätz greift an und ſteckt die Vorſtädte in Brand. Meſſenhauſer am Stephansthurme. Die Ungarn greifen an, und werden geſchlagen. Verzweiflung in Wien. Einige wollen capituliren, die andern retten die Ehre Wiens und laſſen die deutſche Fahne nicht vom Stephansthurme reißen. Bombardement. Eine Rackete zündet am Dache des Naturalien-Cabinets. Einzug der Truppen in Wien. Die Proletarier ſchützen den Reichstag und die Burg.

Windiſchgrätz erſuchte endlich nach langem Zögern die fremden in Wien befindlichen Geſandten, ſich auf einige Tage aus der Stadt zu entfernen. Sie gingen nun alle auf das Land mit Ausnahme des türkiſchen Botſchafters, der auch bei Windiſchgrätz gegen das von ihm beabſichtigte Gewaltverfahren Vorſtellungen gemacht haben ſoll. Gott ſegne dieſen tapferen braven Mann. Dann begann der Angriff auf verſchiedene Punkte der Stadt, Windiſch-

grätz zündete die Vorstädte an, nnd suchte vorzudringen.

Bei der Unentschiedenheit des Reichstages, bei dem Nichtangriffe der Ungarn sah der Oberkommandant Messenhauser wohl ein, daß Wien, denkbarer Weise nur in einem verzweifelten Straßenkampfe siegen könne, wie er auch zu mir äußerte. Diese Hoffnung stieg, als Alles über die von der Soldateska in den Vorstädten gelegten Feuer erbittert war, als das Volk die Brandröthe auf dem nächtlichen Himmel den Untergang der Habsburger und die Morgenröthe der Freiheit nannte, und als die Verwünschungen wider den Hof die Luft erfüllten. Doch diese Hoffnung schwand, als am 28. Oktober die Landstraße durch Verrath genommen war, die Leopoldstadt und die Jägerzeile sohin verlassen werden mußte, und als Messenhauser erkannte, daß fast die ganze Bevölkerung mit Ausnahme einiger Vorstadtgarden, der Studenten und eines Theiles der Mobilgarde muthlos sei. Da nun Windischgrätz annehmbarere Bedingungen stellte, so rief er die Officiere der Garden zusammen, brachte ihnen die Lage der Dinge vor Augen, und es wurde mit sehr geringer Majorität beschlossen, die Vertheidigung aufzugeben.

Auf einmal hieß es am 29. Oktober, die Ungarn seien im Kampfe mit Windischgrätz. Man glaubte es Anfangs nicht. Messenhauser, der den Stephansthurm bestiegen hatte, und den Kampf der Ungarn

mit den kaiſerlichen Truppen deutlich gewahrte, verſtändigte hievon das Volk mittelſt herabgeworfener Zettel. Meine Ueberzeugung iſt, daß er dieſe Mittheilung deßhalb machte, weil er bei der Verſchweigung dieſes Umſtandes als höchſt bedenklich erſchienen wäre, dann, weil er nun für möglich hielt, daß Wien entſetzt werde, und weil er für dieſen Fall die Abgabe der Waffen verzögern wollte. Der Jubel der freiſinnigen Männer Wiens war gränzenlos, Alles lief wie wahnſinnig mit funkelnden Augen auf den Straßen herum, und griff wieder zu den bereits vielfach abgelegten Waffen. Man ſchrie, wo die Noth am größten, da iſt Gottes Hülfe am nächſten, man hielt es für ganz unmöglich, daß die Ungarn beſiegt würden. Viele wollten ſie unterſtützen, und waren über Meſſenhauſer erbittert, daß er keinen Ausfall anordnete. Sie wollten ihn deßhalb auch am Abende verhaften, und den kühnen Fennenberg zum Oberkommandanten ernennen. Sie gaben bei der Nacht Signale, und jubelten fort und fort; doch andere waren um dieſe Zeit ſchon wieder niedergebeugt, denn ſie wußten von Meſſenhauſer, daß die Ungarn geſchlagen, und nun kein Entſatz, keine Hülfe mehr denkbar ſei.

Des andern Tages wurde die Niederlage der Ungarn allgemein bekannt, und faſt Alle erkannten die Nothwendigkeit, ſich in die Capitulation fügen zu müſſen.

das Dach des kaiserlichen Naturaliencabinets, und zündete.

In kurzer Zeit hatte das Feuer um sich gegriffen, und auch die Augustinerkirche in Brand gesteckt und während des Brandes zogen die Truppen in die Stadt und besetzten alle Straßen.

Das Militär behauptete, dieser Brand sei von den Proletariern gelegt worden, und Windischgrätz sagte es sogar in einer Proklamation. Das aber ist eine Lüge, und sie zeigt nur die schmähliche Verdächtigungssucht der Reaktion. Es ist wahr, einige von den Proletariern und auch andere Leute trugen sich mit dem Gedanken um, die Stadt anzuzünden, und unter ihren Trümmern zu sterben, ja sie hatten schon Pechkränze verfertiget, und es ist kein Zweifel, daß, — wenn das Militär nach dem Bombardement nicht sogleich in die Stadt gerückt wäre, dieselbe in der Nacht zerstört worden sein würde, aber dessen ungeachtet wurde dieser Brand nicht gelegt. Mehrere Deputirte sahen, wie die Rackete in das Dach einschlug, und sogleich zündete. Es war am 16. Februar 1849, da saßen folgende Abgeordnete, als Hornpostel, Herndl, Hönig, Goldmark, Vakano, Fischhof, Carl Krause, Pfretschner und noch einige andere Abgeordnete, dann der Journalist Gerbel beisammen. Hornpostel erzählte, daß er beweisen könne, daß der Brand in der Burg nicht gelegt worden sei, und zwar durch Rettenbacher, einen Beamten des

Naturalien-Cabinets, oder der Hofbibliothek, und durch einen Kanonier, der die zündende Rackete abschoß. Krauſe und Herndl behaupteten, ſie hätten die Rackete zünden ſehen. Vakano erklärte ſogar, einen Reichstags-Deputirten zu wiſſen, welcher eine Beſtätigung von 16 Officieren beſitze, nach welcher der Brand durch eine Rackete veranlaßt wurde. Auch wies man auf die Ausſage des Hofbaurathes Sprenger. Ich habe demnach die vollſte Ueberzeugung, daß das Militär und Windiſchgrätz gelogen und ſich bemüht hat, die Proletarier Wiens als Wütheriche, als Mörder und Brandleger, als Anarchiſten hinzuſtellen. Zu ihrer Ehrenrettung will ich einen Zug von dieſen fürchterlichen Proletariern erzählen.

Einige Tage vor dem Falle Wiens wurden die in der Permanenz befindlichen Deputirten von einigen ihrer Collegen aufgefordert, ſich fortzubegeben, denn es verbreite ſich das Gerücht, das Volk wolle den Ausſchuß und den Reichstag ſprengen, und die Burg in Brand ſtecken. Die Permanenzglieder, eingedenk ihrer Pflicht gingen aber nicht hinweg. Vor Mitternacht erhob ſich bedeutender Lärm auf den Gängen, und als die Ausſchußmitglieder aus dem Zimmer traten, um zu ſehen was es gäbe, da erblickten ſie die Gänge, die ganze Stiege und den Joſephsplatz mit einer Maſſe der ärmſten Proletarier beſetzt, die Anführer nahten ſich treuherzig und erklärten: ſie hätten gehört, daß ſchlechte Menſchen die Burg

anzünden und den Reichstag ſprengen wollten; damit dieß aber nicht geſchehe, und man ihnen nichts Schlechtes nachſage, und der Reichstag, dem ſie vollkommen vertrauen und dem ſie in Allem gehorchen wollten, nicht gefährdet werde, ſo ſeien ſie hieher gekommen um in der Nacht zu wachen, und den Reichstag und die Burg zu ſchützen. Die Arbeiter, die Proletarier, welche die ganze Zeit nicht einen Augenblick Ruhe hatten, die beſchützten die Burg des Kaiſers, deſſen Soldaten ihre ärmlichen Wohnungen, ihr ganzes Hab und Gut barbariſch mit Feuer vertilgten. Hätten alle andern Menſchen das Herz, den Muth, die Begeiſterung für Recht und Gerechtigkeit, hätten ſie die Uneigennützigkeit, wie die Proletarier Wiens, ich bin überzeugt, die Erde wäre ein Paradies.

XXIII.

Der 1. November. Gewaltthat gegen den Reichstag. Die rothe Monarchie. Der ſchwarzgelbe Lappen. Die Militärherrſchaft. Tauſende werden eingeſperrt. Das Blutgericht. Das Schreckenstribunal des Robespierre, wie es ſich von demſelben unterſcheidet. Jellovicki, Becher, Jellineck, Blum, Meſſenhauſer werden erſchoſſen. Windiſchgrätz hintertreibt den Pardon des Meſſenhauſer. Ein Wunder. Die Deputirten läßt er nicht ermorden.

Am 1. November, wie Tags vorher vom Präſidenten beſtimmt worden war, ſollte früh Morgens eine Reichstagsſitzung ſein. Es kamen aber nur 136 Mitglieder und nicht die erforderliche Anzahl von 192 zuſammen. *) Die Beſprechung der 136 Mitglieder iſt eine geheime geblieben, weil ein k. k. General der

*) Dies berichtete Schuſelka in der Kammer zu Kremſier.

Fürst Schwarzenberg, später Minister des Aeußeren, dem Portiere den Befehl gab, das Thor zu schließen, und Niemanden hineinzulassen. Dieser Befehl wurde dem Portiere gegeben, ohne daß dem Reichstage selbst eine Kenntniß davon durch das Militär zukam. Dieser Umstand hielt nicht nur das Publikum, sondern selbst mehrere Glieder der Kammer ab, sich bei der Sitzung einzufinden, überdieß wurden auch mehrere Abgeordnete, welche aus den Vorstädten in die Stadt kommen wollten, an den Stadtthoren zurückgehalten, und ungeachtet sie sich alle als Reichstagsabgeordnete ausgewiesen, nicht in die Stadt eingelassen. Es blieb also die letzte Versammlung, als eine rechtskräftige nicht beschlußfähig, aber diese 136 Mitglieder haben sich damals in dieser, durch Gewalt herbeigeführten geheimen Sitzung auf den 15. November Nachmittags 5 Uhr für Wien vertagt.

Inzwischen ahnte nicht die Bevölkerung Wiens, was alles geschehen, was für Schreckensscenen aufgeführt werden würden. Ich war fast wie verzweifelt, denn ich erwartete wohl den Despotismus, aber mit Milde eingeführt, und da hätte er sich vielleicht durch Jahrzehente gehalten. Aber die waltende Vorsehung legte Rache und tolle Wuth in das Herz der Sieger. Sie führten die rothe Monarchie ein, und Blut hinterließ jeder ihrer Schritte. Jetzt juble ich, denn nun ist der Haß gegen ihre Willkühr in jedes Herz gegraben, und bald wird über sie, diese Räuber

und Mörder das Volk mit dem heiligen Schwerte der Gerechtigkeit ſich zu Gerichte ſetzen. Bald wird das ſchöne Oeſterreich von ihnen, den Tyrannen geſäubert ſein, und das Volk wird vom Morgenrothe der Freiheit umgeben, ſie wie das finſtere Gevögel der Nacht von dannen treiben. Wie kindiſch war ich doch, wie zürnte ich gegen dich du höchſtes Weſen, als die Ungarn beſiegt wurden, als Wien fiel, und die rohe Soldatenfauſt Alles Edle zu erwürgen ſuchte. Es mußte ſo kommen, um die Demokratie, recht bald für immer zu befeſtigen. Der Kampf iſt einmal da, und mag er auch noch ſo viel Blut koſten, der Sieg iſt gewiß. Je mehr ſie wüthen und morden, deſto früher ereilt ſie die gerechte Strafe.

Doch zurück zum 1. November und zu den Gräueln und Niederträchtigkeiten, die unglaublich ſcheinen, und die wie grauenhafte Mährchen aus einer alten finſteren Zeit herüberklingen.

Am 1. November gleich nach der erzählten Gewaltthat gegen den Reichstag wurde die ſchwarzrothgoldene Fahne von Soldaten Fäuſten vom Stephansdome herabgeriſſen und eine Militärfahne, als Zeichen der Militärherrſchaft aufgepflanzt; und bald folgte ihr ein großer ſchwarzgelber Lappen, dieſes Peſt- und Todeszeichen, und er hing ſchwer über der armen Stadt. Gelb iſt die Farbe der Krankheit, ſchwarz die Farbe des Todes. Daher tragen die Aerzte im Felde und zur Zeit einer Seuche, eine gelbe Arm-

Fürst Schwarzenberg, später Minister des Aeußeren, dem Portiere den Befehl gab, das Thor zu schließen, und Niemanden hineinzulassen. Dieser Befehl wurde dem Portiere gegeben, ohne daß dem Reichstage selbst eine Kenntniß davon durch das Militär zukam. Dieser Umstand hielt nicht nur das Publikum, sondern selbst mehrere Glieder der Kammer ab, sich bei der Sitzung einzufinden, überdieß wurden auch mehrere Abgeordnete, welche aus den Vorstädten in die Stadt kommen wollten, an den Stadtthoren zurückgehalten, und ungeachtet sie sich alle als Reichstagsabgeordnete ausgewiesen, nicht in die Stadt eingelassen. Es blieb also die letzte Versammlung, als eine rechtskräftige nicht beschlußfähig, aber diese 136 Mitglieder haben sich damals in dieser, durch Gewalt herbeigeführten geheimen Sitzung auf den 15. November Nachmittags 5 Uhr für Wien vertagt.

Inzwischen ahnte nicht die Bevölkerung Wiens, was alles geschehen, was für Schreckensscenen aufgeführt werden würden. Ich war fast wie verzweifelt, denn ich erwartete wohl den Despotismus, aber mit Milde eingeführt, und da hätte er sich vielleicht durch Jahrzehente gehalten. Aber die waltende Vorsehung legte Rache und tolle Wuth in das Herz der Sieger. Sie führten die rothe Monarchie ein, und Blut hinterließ jeder ihrer Schritte. Jetzt juble ich, denn nun ist der Haß gegen ihre Willkühr in jedes Herz gegraben, und bald wird über sie, diese Räuber

und Mörder das Volk mit dem heiligen Schwerte der Gerechtigkeit sich zu Gerichte setzen. Bald wird das schöne Oesterreich von ihnen, den Tyrannen gesäubert sein, und das Volk wird vom Morgenrothe der Freiheit umgeben, sie wie das finstere Gevögel der Nacht von dannen treiben. Wie kindisch war ich doch, wie zürnte ich gegen dich du höchstes Wesen, als die Ungarn besiegt wurden, als Wien fiel, und die rohe Soldatenfaust Alles Edle zu erwürgen suchte. Es mußte so kommen, um die Demokratie, recht bald für immer zu befestigen. Der Kampf ist einmal da, und mag er auch noch so viel Blut kosten, der Sieg ist gewiß. Je mehr sie wüthen und morden, desto früher ereilt sie die gerechte Strafe.

Doch zurück zum 1. November und zu den Gräueln und Niederträchtigkeiten, die unglaublich scheinen, und die wie grauenhafte Mährchen aus einer alten finsteren Zeit herüberklingen.

Am 1. November gleich nach der erzählten Gewaltthat gegen den Reichstag wurde die schwarzrothgoldene Fahne von Soldaten Fäusten vom Stephansdome herabgerissen und eine Militärfahne, als Zeichen der Militärherrschaft aufgepflanzt; und bald folgte ihr ein großer schwarzgelber Lappen, dieses Pest- und Todeszeichen, und er hing schwer über der armen Stadt. Gelb ist die Farbe der Krankheit, schwarz die Farbe des Todes. Daher tragen die Aerzte im Felde und zur Zeit einer Seuche, eine gelbe Arm-

binde, und die Verwandten eines Verſtorbenen hüllen ſich in ſchwarze Gewänder. Dieſer Lappen von ſchwarz-gelber Farbe drückte ſchmerzlich eine jede deutſche Bruſt, ſo wie einſt die der Juden, da auch ſie in früheren Zeiten ein ſolch gefärbtes Tuch zum Zeichen der Knechtung und des verhöhnten Menſchenrechtes tragen mußten. Jedes deutſche Herz glaubte brechen zu müſſen, wenn es ihm da oben ſo ſchwarzgelb vor den Augen ward.

Die Militärherrſchaft, die brutale Soldaten-Willkühr, begann. Der Deutſche ſollte aufhören Deutſcher zu ſein, und mehr als ruſſiſche Willkühr, neroniſche Grauſamkeit trat an die Stelle jedes Rechtes, ja ſelbſt der früheren abſolutiſtiſchen Geſetze. Die Hofparthei, welche über die Freiheitsbeſtrebungen Wiens erbittert war, und den fürchterlichſten Despotismus nach und nach wieder einzuführen beabſichtigte, wollte aus Haß und Rache und plumpen dummen Egoismus die entſchloſſenſten Wortführer, die tapferſten Herzen der Demokratie umbringen oder einſperren, die noch Unſchlüſſigen durch dieſes Wüthen einſchüchtern.

Windiſchgrätz, deſſen Name mit ewigem Fluche belaſtet iſt, ließ ſogleich Verhaftungen zu Tauſenden vornehmen. Es klingt unglaublich, und doch iſt es ſo. Jeder Student, jeder Arbeiter, jeder, dem der Muth aus den Augen leuchtete, wurde von dem Diebs- und Bettelgeſindel der Sereszaner, ſo wie ſie

ihn erblickten, ergriffen und in ein elendes Loch gesteckt. Es waren bald nicht mehr genug Gefängnisse und daher zwängte man sie Anfangs zu Dutzenden in ein und denselben Raum. Sollte man es aber glauben, daß reiche wohlhabende Leute sich so sehr erniedrigten, auf offener Straße mit dem Finger jene zu denunziren, welche sie erkannten als Kämpfer der Freiheit? Glaubt es nur zu, es ist geschehen. Alle Verhafteten wurden vor ein sogenanntes Militärgericht gestellt, wenn man anders ein durch Willkühr zusammengesetztes Schreckenstribunal ein Gericht nennen kann. Natürlich diejenigen, welche dem Despotismus unbedenklich erschienen, ließ man wieder aus; viele Studenten und Arbeiter, gegen die man nicht beweisen konnte, daß sie an dem Kampfe Antheil nahmen, die steckte man gegen jedes Rekrutirungsgesetz unter das Militär; und nur die übrigen, die aber noch immer eine sehr beträchtliche Anzahl ausmachten, verurtheilte man nach ihrem größeren oder geringeren politischen Werthe zum Tode oder zu mehrjährigem Kerker.

Dieses Blutgericht hat seinen Entstehungsgrund blos in dem Willen des Windischgrätz, der aus jener Vollmacht des Kaisers, deren Ungültigkeit ich bereits sonnenklar auseinander gesetzt habe, eine absolute Macht ableitete; es erkannte nach Commando und seiner eigenen Laune, und verurtheilte jeden wegen Aufruhres, der für überwiesen gehalten wurde, dem

Befehle des Reichstages und des Ministeriums gehorcht, in deren Geiste gekämpft, oder gesprochen zu haben. Wie das diese Blutrichter und ihr Chef einst werden verantworten können, wenn man sie vor ein ordentliches Gericht, nicht etwa vor so einen Rath von Mördern stellen wird, das ist mir unerklärlich. Diese Verurtheilungen sind schauderhafte Mordthaten und öffentliche Gewaltthätigkeiten, denn die höchste Behörde, der constituirende Reichstag, hatte schon früher die Vollmacht an Windischgrätz nicht anerkannt, sein Benehmen für ungesetzlich, das heißt für verbrecherisch, daher ihn dem strafenden Arme der Gerechtigkeit verfallen erklärt, und nun hatte dieser Mensch die Kühnheit, diejenigen, welche dem Reichstage gehorchten, hinzuschlachten. Es ist empörend. Dieser Rath aus Officieren, oder weiß Gott aus was für Leuten zusammengesetzt, ist nie und nimmermehr ein Gericht. Einen solchen Rath kennt kein Gesetz und ich habe früher schon gesagt, daß der österreichische Strafcodex von dem Belagerungszustande nichts weiß, ferner daß keine Civilperson wegen Hochverraths, oder Aufruhrs vor ein Militärgericht gestellt werden darf. Ein absolutes Gesetz kann der Kaiser seit März nicht erlassen, und auch vor dem März durfte er von den Bestimmungen des Civilgesetzes nicht abgehen, und Windischgrätz wagt, jedes Recht derart mit Füßen zu treten? Wenn Windischgrätz sagt, ja die Mörder v. Latour, diejenigen, welche die Capitulation ge-

brochen haben, müſſen doch vor ein Gericht geſtellt werden, ſo ſpreche ich ja, aber vor ihre competente Behörde, und die andern, wie Meſſenhauſer, Blum, und das lange, lange Regiſter der übrigen Opfer Windiſchgrätziſcher Verruchtheit hätten von Niemanden berührt werden dürfen. Iſt das die Geſetzlichkeit und Ordnung, von welcher die Reaktion ſpricht, wo man brave Bürger, heldenmüthige edle Männer, einen wie den andern ermordet? Vor dem Einzuge der Truppen in Wien, fügte ſich jeder dem Geſetze, nach ihrem Einzuge wurde und wird es bis heute auf das empörendſte verletzt. Als das Miniſterium am 26. Mai beſiegt wurde und capituliren, Geißeln ſtellen mußte, da hat das Volk Niemanden ein Haar gekrümmt, und am 6. October geſchah wohl ein Mord, aber der von Leidenſchaft hingeriſſene Thäter iſt nicht das ganze Volk; wie kann man dieſes Wüthen, dieſes Morden, Rauben, Stehlen des Militärs und der ganzen Reaktion in voller Seelenruhe, mit dem Benehmen des Volkes im mindeſten nur vergleichen? Jemand wollte das Windiſchgrätziſche Blutgericht mit dem Schreckenstribunal von Robespierre vergleichen, ich finde aber dieſen Vergleich ſehr unpaſſend. Robespiere hatte ein Tribunal, welches diejenigen verurtheilte, von denen es ſich für überzeugt hielt, daß ſie Feinde der Freiheit, der Volksrechte, alſo des Rechtes ſelbſt ſeien. Dieſes Tribunal hatte eine innere Nothwendigkeit, es war eine Art Nothwehr,

welche das Recht zu ſeinem Schutze, bei den ſich auf allen Seiten aufthürmenden Gefahren der Reaktion bedurfte. Das Windiſchgrätziſche Blutgericht aber erkannte blos nach dem Befehle eines Rechtsverletzers, und ein ſolcher kann ſich auf das Recht der Nothwehr nicht berufen. Noch einmal, die Verurtheilungen dieſes Blutgerichtes ſind reine abſichtliche Morde, da das Unrecht dem Windiſchgrätz und jedem Beiſitzer und ſogenannten Richter in die Augen ſpringen mußte. Sie wurden vollführt, wie ich erwähnte theils aus Rache, theils in Folge Auftrages des unverantwortlichen geheimen Rathes der Krone, welcher vor der Volksſouveränität zitterte. Man erſah, daß wenn Wien geſiegt hätte, auch ganz Deutſchland aufgeſtanden wäre. Ja die Throne der Monarchen wären dann vielleicht auch zuſammengeſtürzt, wenigſtens das ſchändliche Legitimitäts-Princip, dieſe Ausgeburt der Dummheit und des Frevels, hätte zu Grabe wandern müſſen, wahre Völkerfreiheit hätte Europa beglückt und Adel und Privilegien wären verſchwunden. Windiſchgrätz, ein Menſch, voll mittelalterlicher Ideen und Dünkel der Unfehlbarkeit, der von der Zeit nichts gelernt hat, nichts verſteht, der dabei von Herrſchſucht aufgeblaſen iſt, dem ſchien ein ſolcher Umſchwung für den Glanz ſeines Hauſes fürchterlich, er zog gegen Wien, kümmerte ſich weder um Recht noch Unrecht, und da ſein Intereſſe mit dem der Dynaſtie Hand in Hand ging, ſo führte er als Fürſtenknecht das aus,

was ihm befohlen war, um wie er meinte, eine neue Erhebung in Wien durch Terrorismus unmöglich zu machen. Des Beifalls der Fürsten war er gewiß; die Männer welche ihm widerstanden hatten, mordete er aus Rache dahin, oder sperrte sie ein, und um sich doch einen gewissen Schein des Rechtes zu geben, ließ er dieß durch ein commandirtes Tribunal anordnen, und gab sich den Anschein, als liege der ganz natürlichen, gerechten, durch den Reichstag und den Minister Kraus und Hornpostel sanktionirten Wiener Revolution, eine gefährliche Verschwörung zu Grunde, welche sich über ganz Europa erstrecke, und alles staatliche Zusammenleben zu gefährden drohe. Also mußten Leute aus verschiedenen Ländern, ermordet, oder wie Windischgrätz sagt, hingerichtet werden. Auch radikale Schriftsteller, die das mit einigen Ausschmückungen wieder gaben, was der Reichstag beschlossen hatte, traf dieses Loos, weil man die Presse terrorisiren wollte. Ferner solche Männer packte die Gewalt, welche die Volksgunst gehoben, und die wegen ihres lebhaften Rechtsgefühles, ihrer Thatkraft und Energie gefürchtet wurden.

Ich will von den vielen Opfern, die in der Brigittenau und im Stadtgraben erschossen wurden nur einige anführen, und an ihnen die beispiellose Barbarei des Windischgrätz und seine Verworfenheit nachweisen.

Jellovicky ein Pole, sprach nicht deutsch, blos polnisch und französisch. Da er einstens Obrist bei der Artillerie vor Algier war, so ersuchten ihn einige Deputirte des Ausschusses die Leitung der Artillerie zu übernehmen. Er ließ sich dazu herbei und trat in den Generalstab des Messenhauser. Daselbst machte er fast gar nichts, er ließ nur Kanonen lafetiren und sorgte für ihre Bedienung. Da er sich mit den ihn umgebenden Leuten nicht verständlich machen konnte, er auch überhaupt mit der ganzen Leitung des Vertheidigungswesens nicht einverstanden war, so trat er am 20. October, also gerade an dem Tage, wo das erste Windischgrätzische Plakat erschien, aus dem Generalstabe, und lebte ganz ruhig und zurückgezogen fort. Dieser Jellovicky wurde kriegsrechtlich erschossen. Wie ich es erfuhr, war ich wie versteinert, seine Schuld konnte blos darin bestehen, ein Pole gewesen zu sein.

Becher, ein Engländer, wurde erschossen, weil er die Zeitschrift der Radikale redigirte, und weil donnernde Artikel gegen die Reaktion in sein Blatt aufgenommen waren.

Ebenso wurde Jellineck erschossen, weil er den Windischgrätz in einem Artikel geschmäht, und weil er sonst freisinnig geschrieben hatte.

Robert Blum, Abgeordneter bei der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, war auf die Nachricht von der am 6. October ausgebrochenen Revolution nach Wien gekommen, hatte sich unter das

Commando des Meſſenhauſer geſtellt, und muthig bis zum 29. October gekämpft. An dieſem Tage erkannte er, daß jede weitere Vertheidigung fruchtlos ſei, und ſuchte die Studenten und Arbeiter zur Capitulation zu bereden. Er wurde verhaftet, und ungeachtet ſeiner Berufung darauf, daß er Abgeordneter bei der Nationalverſammlung ſei, und zu ſeiner Unterſuchung erſt die Einwilligung derſelben nöthig wäre, dennoch zum Galgen verurtheilt, und in Ermangelung eines Henkers erſchoſſen. Aber warum wurde er erſchoſſen? Damit hat es eine eigene Bewandtniß. Robert Blum war der erſte Vorſteher der deutſchkatholiſchen Gemeinde zu Leipzig, ein Dorn im Auge dem bigotten ſächſiſchen Hofe und der ganzen katholiſchen Geiſtlichkeit, die in den vorderſten Reihen der Reaktion ſtand. Dann hatte er ſich den bekannten Könneritz, den ſächſiſchen Geſandten am Ollmützer Hofe, durch ſein offenes Auftreten gegen deſſen Perfidie, zum erbittertſten Feinde gemacht. Weiters war bekannt, daß er der Führer der demokratiſchen Parthei in Deutſchland ſei. Mit einem Schlage wollte man demnach den ſächſiſchen Hof, die katholiſche Geiſtlichkeit, den ſächſiſchen Geſandten Könneritz durch dieſes Opfer ſich Dank verpflichten, und zugleich mit ihm das Panier der Freiheitsmänner vernichten, das verhaßte Princip der Demokratie ertödten. Es war aber auch noch ein weiterer Grund. Das Miniſterium hatte ſchon von einem einigen, alſo centraliſirten Oeſterreich

gesprochen. Die damals sehr gewünschte Personal-Union des deutschen Oesterreichs wollte man mit Deutschland unmöglich machen, man wollte den Bruch zwischen Deutschland und Oesterreich mit Gewalt herbeiführen, man wollte das deutsche Volk demüthigen, und fürchtete es nicht, da die deutschen Fürsten es schon im Zaume zu halten versprachen, deßhalb riß man die deutsche Fahne vom Stephansthurme, und auch deßhalb ermordete man mit Gepränge den edlen Blum, einen Vertreter des deutschen Volkes, und Könneritz sein Todtfeind, machte dagegen keine Schritte.

Jetzt komme ich noch zu Messenhauser, an dem Windischgrätz nach meiner Ansicht das allerschändlichste unter allen seinen Verbrechen beging. Daß Messenhauser ganz im Einverständnisse mit dem Reichstage und dem Minister wirkte, habe ich erzählt. Messenhauser, dieser echt ritterliche Charakter, nachdem er erfahren, daß Windischgrätz denjenigen, der ihn verberge, mit dem Tode bedrohe, wollte Niemanden einer Gefahr aussetzen, auch hielt er seine Verurtheilung im Grunde für eine Unmöglichkeit. Also er stellte sich selbst, obgleich er auch hätte fliehen können, da ihm schon zur Flucht Wäsche, Reisesack und Kleidung zugestellt worden war, und sich Jemand erboten hatte, ihn bei der Stadt hinauszubringen. Er wurde zum Tode verurtheilt, und nach der Ankündigung des Urtheils hätte am dritten Tage das Urtheil vollzogen

werden sollen. Der Reichstags-Präsident und der Minister Kraus verwendeten sich für seine Begnadigung bei dem Militär-Commando. Umsonst. Da wurde der Deputirte Prato, mittelst eines vom Minister Kraus angewiesenen Eiltrains, auf der Eisenbahn nach Ollmütz, zum Kaiser gesendet. Er kam dort, am zweiten Tage nach der Urtheils-Ankündigung gegen Messenhauser, früh Morgens an, und ging zu Wessenberg, um sich durch denselben eine Audienz bei dem Kaiser zu erwirken. Wessenberg verfügte sich gleich zu demselben, und bestellte den Prato um 11 Uhr zu Seiner Majestät, und fügte hinzu, daß er wegen des Messenhauser bereits gesprochen habe, und daß er an einer Begnadigung nicht zweifle. Prato wandte sich auch an den Beichtvater des Kaisers, und auch dieser sprach mit demselben, und der Abgeordnete erwartete mit Zuversicht einen Pardon. Indessen hatte aber der Wütherich Windischgrätz von der Absendung des Prato an den Kaiser gehört, und damit ihm sein Opfer nicht entrissen werde, begnadigte er, es ist fürchterlich, den Messenhauser dahin, daß er nicht am dritten, sondern am zweiten Tage schon erschossen werden solle. Als man den Messenhauser am zweiten Tage, wo Prato gerade in Ollmütz war, zur Ermordung fortführen wollte, protestirte er gegen die frühere Urtheilsvollstreckung, und äußerte, das sei keine Begnadigung, wenn man ihn einen Tag weniger leben lasse. Doch der Protest

wurde nicht berücksichtiget, und Messenhauser erschossen. Als nun Prato um 10 Uhr zu Wessenberg kam, erfuhr er, es sei so eben mittelst des Telegraphen die Erschießung des Messenhauser gemeldet worden. Wessenberg bedauerte von Herzen u. s. w. und die Audienz unterblieb, wie natürlich. Ich theile dieses Faktum mit, und enthalte mich jedes Urtheils. Worte können nicht das andeuten, was in mir, wenn ich an diese Geschichte denke, in meinem Inneren vorgeht.

Aus ganz ähnlichen Gründen wurden noch zu Dutzenden erschossen, nnd in Massen zu vieljährigem Kerker verurtheilt.

Wer, wie gesagt, das gethan, oder in dem Sinne gewirkt hatte, was der Reichstag angeordnet, wurde, wenn er gestand, oder überwiesen worden war, stumm gemacht. Es dürfte auffallen, daß Windischgrätz die Glieder des Reichstages nicht selbst packte? Ja darüber schwebt wirklich einiges Dunkel. Windischgrätz hätte sie gerne in seine Krallen bekommen, daran ist kein Zweifel. Er schlug ihnen die Thüre zum Reichstage vor den Augen zu, er that, als existire die Kammer gar nicht, erst am 4. November konnten die Abgeordneten Bewilligungen zur Abreise erhalten, ja selbst nach ihrer Abreise verhaftete man noch den Deputirten Marcher in seinem Wahlbezirke, und der Deputirte Füster wurde, weil es einem Officiere in Mödling beliebte, ihn zu arretiren, nach Wien transportirt, und daselbst ungeachtet der vorgezeigten

Militär-Reisebewilligung durch 6 Tage in Gewahrsam gehalten, aber, man entließ sie wieder, — und ich kann mir diese Berücksichtigung der Deputirten, wo man doch sonst jedes Recht mit Füßen trat, nicht anders erklären, als durch die Furcht des Hofes vor den Provinzen, und weil er ganz richtig denken mochte, daß der nun eingeschüchterte Reichstag nach Hinzutritt der Czechen eine Genehmigung seiner Gewaltthaten aussprechen werde, und er sich dadurch wenigstens zum Scheine vor Europa rechtfertigen könne. O es ist fürchterlich, es ist gräßlich, an den Reichstag und die Minister, die den Widerstand, den Kampf gegen die kaiserlichen Truppen ins Leben riefen, wagte man sich nicht, aber jene, welche unbedingt dem Reichstage und dem Minister Kraus gehorcht hatten, die tödtete, die beraubte man ihrer Freiheit.

XXIV.

Anhängsel des Belagerungszustandes. Stimmung in den Provinzen. Das neue volksthümliche Ministerium des Kaisers. Charakteristik desselben. Beabsichtigte Anklage gegen Wessenberg und Windischgrätz. Ein den Deutschen gemachter Vorwurf. Die Wirksamkeit der Kammer in Kremsier. Verrath der Kammer am Volke. Wirksamkeit des neuen Ministeriums. Maulkorb für die Interpellanten.

Mit dem 1. November wurden auch alle Zeitschriften aufgehoben, nur den reaktionären Blättern gestattete man bald wieder ihr Erscheinen; ferner mußten alle Waffen abgeliefert werden und von dem Associationsrechte blieb natürlich auch nichts über. Wer sich nicht fügen wollte, wer sich nur ein tadelndes Achselzucken erlaubte, war ein Bösgesinnter, und wurde kriegs- oder standrechtlich behandelt.

Ich befand mich blos bis 4. November in Wien, denn länger konnte ich das Zusammenfangen der edlen

Glieder der akademiſchen Legion, dieſer Spartaner-jünglinge, das niedrige Aufblähen und Denunziren der Reaktion, das geckenhafte Benehmen der vielen hochnaſigen Bürſchchen in Officiersuniform, mit 16 und 18 Jahren, — und die Brutalitäten und das Betteln der ſogenannten braven kaiſerlichen, um das Vaterland hochverdienten Armee nicht anſehen. Mit einem Militärpaſſirſcheine verſehen, ging ich auf das Land, und da ſah ich mit tiefer Trauer, wie der Fall von Wien in den Provinzen alle Demokraten eingeſchüchtert und die Reaktion zur ſchamloſeſten Verfolgung, zur empörendſten Frechheit, zur verabſcheuungswürdigſten Gemeinheit ermuthiget hatte. Am 15. November kam ich verabredeter Maſſen wieder nach Wien.

Hier erfuhr ich, daß ſich viele Deputirte entſchloſſen hätten, nach Kremſier zu gehen. Anfangs wollte ich nicht dahin, da ich dem Kaiſer nicht das Recht zugeſtehen konnte, eine Prorogation und Verlegung des Reichstages einſeitig auszuſprechen. Doch da das Tagen in Wien unter der Militärherrſchaft eine Unmöglichkeit war, und es möglich ſchien, doch noch etwas für das Recht und die Freiheit in Kremſier wirken zu können, ſo begab ich mich dahin. Jetzt war es doppelte Pflicht, auszuharren im parlamentariſchen Kampfe.

In Kremſier ſah ich wieder, wie der Kaiſer ſein Wort, auch wegen des Verſprechens der Zuſammen-

ſetzung eines volksthümlichen Miniſteriums gehalten hatte.

Der Kaiſer hatte verſprochen, alle Miniſter mit Ausnahme des Dobblhof und Hornpoſtel zu entlaſſen. Indeſſen gerade dieſe beiden waren ausgetreten, ſie konnten unmöglich mehr, mit dem durch Bajonette willkührlich handelnden Hofe gehen, und der Hof hätte ſie auch nicht belaſſen, — und von den anderen blieb außer Kraus, der übrigens nach dem ihm am 7. Oktober zugekommenen Vertrauensvotum als Miniſter beibehalten werden konnte, der unvolksthümlichſte Mann, der Duodez Guizot, Alexander Bach. Dann waren zu Miniſtern ernannt: Fürſt Felix Schwarzenberg, ein unwiſſender Ariſtokrat im ſchlechteſten Sinne des Wortes, General, Schüler des Metternich; — dann Graf Stadion, zugleich Deputirter, Hocharistokrat, der jedesmal, ſo oft er früher in der Kammer ein dummes unlogiſches Zeug geſtottert hatte, von faſt allen Deputirten regelmäßig laut ausgelacht, und der von dem Deputirten Hubitzky, in der Kammer einer Lüge gegen die galiziſchen Bauern, um ihr Votum zu erſchleichen, geziehen worden war, über welche Beſchuldigung die zur Unterſuchung niedergeſetzte Commiſſion noch heute nichts berichtete; — ferner Ritter von Thinfeld, wie ich hörte Jagdgenoſſe des Erzherzogs Johann, ein zwar guter Mann, ſehr guter Mann, dem ich aber gar nichts zutraue, und für den der Beiname Herr von Pikwick überall als

der frappant bezeichnenſte gefunden wurde. Von Baron Cordon und Ritter von Bruck wußte Niemand Etwas, alſo auch nichts von ihrer Volksthümlichkeit. Uebrigens will ich zugeben, daß dieſe letzten ordentliche, geſcheute Männer ſind; es iſt möglich, da ich nie etwas von ihnen vernahm, nur erſcheint es mir dann ein wenig ſonderbar, wie ſie in einem Miniſterium Schwarzenberg, Stadion bleiben können.

Ich hatte die Abſicht, gleich bei der Eröffnung der Sitzungen in Kremſier den früheren Miniſter Weſſenberg und den Windiſchgrätz in den Anklageſtand zu verſetzen und auf Erfüllung der kaiſerlichen Verſprechen zu bringen. Ich theilte dieſe Abſicht einigen meiner politiſchen Freunde mit. Dieſe riethen mir von meinem Vorhaben ab. Man ſtellte mir vor, daß ich dadurch nichts erreichen könne, da die Majorität gegen mich ſein würde, ja daß Windiſchgrätz aus Hohn nur noch kannibaliſcher verfahren werde, daß durch das Fallen der Anklage gerade das Benehmen dieſes Wütherichs den Schein der Billigung erhalten, daß ich dadurch nur die Gefahr der Auflöſung des Reichstages und der Oktroirung einer Karte herbeiführen würde, und daß ohnedem in der kürzeſten Zeit zuverſichtlich eine Amneſtie erfolgen müſſe. Mit ſchwerem Herzen gab ich nach, ich wurde überzeugt von der Richtigkeit der mir gemachten Vorſtellungen. Jetzt, da doch eine Karte und zwar eine der fürchterlichſten, die je auf die Welt gekommen, oktroirt

wurde, und demnach die Linke für die Freiheit nichts wirken konnte, ist mir dießfalls Leid, es wäre besser gewesen, das gesammte Volk hätte gleich den vollen Verrath dieses Ministeriums gesehen, und es wäre dem deutschen Volke nebst dem Morde Blums auch noch die Lossagung mittelst der späteren oktroirten Karte als Hohn und Antwort auf die Frankfurter Beschlüsse in das Gesicht geschleudert worden. Ja nach der Ermordung Blums, eines Deputirten der größten Städte Deutschlands, da erwartete jeder liberale freidenkende Mann mit Zuversicht, daß Deutschland alle seine Kriegsgewalt versammeln, mit aller Macht gegen Windischgrätz, diesen Rebellen gegen die Majestät des souveränen österreichischen und deutschen Volkes zu Felde ziehen, ihn aus Wien verjagen, oder auch als Mörder hinrichten und die unterjochte Stadt befreien werde. Aber Deutschland rührte sich nicht, es deklamirte, that böse, grollte und das war Alles, und Wien eine deutsche Stadt wurde Preis gegeben der Barbarei. Nun vielleicht wäre etwas geschehen, wenn man zu jener Zeit gleich die Karte oktroirt hätte; zwei Pillen auf einmal wirken doch mehr, als jede allein. — O Deutschland, Deutschland! was wird die Geschichte sagen, daß Du Dir solche Schmach, ohne auch nur einen Finger zu regen, anthun ließest.

Die Kammer gab in Kremsier ein klägliches Bild, sie verrieth, sie vergab ein Recht des Volkes nach dem anderen, und das Ministerium wurde stets

frecher und frecher. Die Czechen waren aus den ſchon angegebenen Gründen Gegner der Ungarn und der Wiener Revolution, ſie vertheidigten daher das Benehmen des Hofes, und obgleich die Majorität der Vertreter im Oktober in Wien geblieben war, ſo hielten es doch einige Mitglieder des Centrums ſogar in der Frage der Wiener Revolution mit dem Miniſterium, da es eben Leute waren, die um jeden Preis mit jedem Miniſterium gingen. Man wende mir nicht ein, ja die Kammer faßte bei der Debatte über die Grundrechte ſehr liberale, echt demokratiſche Beſchlüſſe. Das iſt wahr, aber doch war das nur Nebenſache. Jede Conſtitution wird, ſo wie das Volk nicht die Macht zu einer ſiegreichen Revolution hat, von der Regierung vernichtet und mißachtet. In einer conſtitutionellen Monarchie iſt immer der Kampf zwiſchen dem Monarchen und dem Volke, und die Hauptſache iſt da, die Kraft dem Volke zu erhalten, damit es ſeine Rechte ſelbſt vertheidigen kann, und der Regent nicht wagen darf, ſich Uebergriffe zu erlauben. Die Kammer hätte, um dem Volke ſeine Rechte zu ſichern, mit aller Energie donnernd auf der Bildung eines liberalen Miniſteriums, auf der Aenderung der Politik in Ungarn, wie es am 6. Oktober verſprochen worden war, beſtehen ſollen, und es hätte die Aufhebung des Belagerungszuſtandes in Wien und Ertheilung der ſogleichen Amneſtie verlangen müſſen. Die Linke ſah gleich am erſten Tage, wie ſie da wenig wirken

könne, ſie hielt ſich daher paſſiv, um nicht unnöthige Streitigkeiten herbeizuführen, und um die Gelegenheit abzuwarten, bis wieder ein friſcherer Muth die Bevölkerung ergreife, ja es waren Viele, welche die Taktloſigkeiten der Regierung gerne unbeanſtändet ließen, damit dieſelbe forttappe in ihrer Blindheit, und endlich rettungslos verſinke in den Wogen des dann deſto früher ſich erhebenden allgemeinen Volkszornes; und dieſe letzten ſcheinen richtig gerechnet zu haben.

Gleich in der erſten Sitzung ſollten die Wiener Protokolle vom 28., 29., 30. und 31. Oktober vorgeleſen werden. Die Czechen proteſtirten dagegen, indem ſie dieſe Protokolle nicht als die des Reichstages anerkennen wollten, und warum? weil ſie die Beſchlüſſe nach dem 6. Oktober, wo ſie nicht mehr in Wien waren, überhaupt gerne annullirt hätten, und ſie führten als Begründung an, weil der Kaiſer laut des am 25. Oktober proklamirten Erlaſſes den Reichstag nach Kremſier verlegt, und auf den 15. November prorogirt hätte. Dieſe Anſicht ging durch, denn von der Linken waren noch nicht alle Glieder in Kremſier eingetroffen. Die Kammer verrieth alſo gleich Anfangs ihre Stellung und das Recht des Volkes, indem es dem Kaiſer das Recht zuſprach, nach ſeinem eigenen abſoluten Willen den Reichstag dahin oder dorthin zu ſchicken, dadurch den Reichstag zu terroriſiren, und ihn dadurch an der Möglichkeit der

Entwicklung seiner Aufgabe zu hindern. Uebrigens selbst wenn der Kaiser das Recht gehabt hätte, den Reichstag zu prorogiren, so sind die Sitzungen bis 31. Oktober noch immer gültig, denn der Kaiser hat in dem an den Präsidenten des Reichstages gerichteten Erlasse vom 22/25 Oktober erklärt: „der Präsident des Reichstages möge alsbald den Reichstag prorogiren.“ Die Sache der Prorogirung war daher dem Ermessen des Reichtagspräsidenten überlassen, und es hing von ihm ab, nach seinem Ermessen in Betreff der vorliegenden Geschäfte, die Sitzungen in Wien zu beenden. Zudem hat der Reichstag noch nach Zustellung dieses Erlasses eine Adresse an den Kaiser beschlossen, und mit derselben eine Deputation nach Ollmütz gesendet, und der Kaiser selbst hat sie als eine Reichstags-Deputation empfangen.

Was das nunmehrige Wirken des Ministeriums anbelangt, so bemerke ich, daß es sich von selbst versteht, daß nach dem Oktober der Krieg gegen Ungarn ganz offen von Oesterreich fortgeführt wurde; die Czechen jubelten, und die Linke mußte schweigen. Die Minister sagten auch ganz einfach, wie Windischgrätz, der Reichstag hätte blos die Constitution zu machen, in andere Angelegenheiten hätte er sich nicht zu mischen, und er möge eilen, damit der Kaiser die Verfassung bald prüfen könne. Der 15. Mai war also umsonst dageweſen, und auch ein Theil des 15. März, denn nun sollte Oesterreich bis zur Sanktion der Constitutionsurkunde eine abso-

lute Monarchie noch fort und fort bleiben. Natürlich, in Conſequenz deſſen hob man Truppen aus, ſteckte junge entſchiedene Leute aus ſogenannter Strafe, aber ohne Erkenntniß, gegen jedes Rekrutirungsgeſetz unter das Militär, führte nach Belieben den Belagerungszuſtand bald da, bald dort ein, entwaffnete das ganze Landvolk in Niederöſterreich, ſperrte gegen jedes Geſetz mißliebige Perſonen ein, erſchoß Leute die die Wahrheit ſagten, ſuſpendirte Zeitungen aus unerklärlichen Gründen, und kurz und gut, das Miniſterium oder eigentlich Windiſchgrätz that was er wollte, und die Kammer ſah dem allen zu, und ziſchte noch denjenigen gewöhnlich aus, der nur leiſe dieſe Ungerechtigkeiten zu rügen wagte. Uebrigens damit ſie, die Miniſter, unter ſolchen Umſtänden nicht gar zu leicht in Verlegenheiten gerathen könnten, führten ſie die Uebung ein, daß auf jede Interpellation erſt nach vorläufiger Berathung im Miniſterrathe eine Antwort ertheilt wurde, und dieſe war oft derart auf Schrauben geſtellt, daß kein Menſch daraus klug werden konnte. Ich werde auf mehreres, was ich hier andeutete, noch ausführlicher zu ſprechen kommen.

XXV.

Der Kaiſer Ferdinand wird zur Abdicirung bewogen. Er überträgt die Krone an Franz Joſeph. Dieſer ſpricht ſich als Gegner der Volksſouveränität und des 15. Mai aus. Smolka rettet die Kammer aus der Verlegenheit. Keine Amneſtie, aber 80 Millionen Gulden. Die Kammer bewilligt ſie, die Rechte als Belohnung, das Centrum aus Dankbarkeit.

In Ollmütz wurde von allen Seiten in den Kaiſer Ferdinand gedrungen, die Krone niederzulegen, und dieſelbe auf ſeinen, früher großjährig zu erklärenden Neffen, den 18jährigen Franz Joſeph, den Sohn der Erzherzogin Sophie zu übertragen, da auch deſſen Vater Franz Carl auf dieſelbe verzichten zu wollen erklärte. Er ließ ſich endlich dazu bewegen, wahrſcheinlich konnte er mit ſeinem wirklich guten Herzen nicht mehr länger all die Schändlichkeiten anſehen und ſie unterſchreiben, welche ſich Windiſchgrätz und ſein Miniſterium, dieſe Werkzeuge der Camerilla erlaubten,

und er war zu schwach, ihnen entgegen zu treten. Also er dankte ab am 2. Dezember 1848, und übertrug die Krone an Franz Joseph I.

Hiezu wäre wohl die Einwilligung des constituirenden Reichstages erforderlich gewesen, denn die constitutionelle Monarchie war nach dem 15. Mai blos ein Provisorium. Uebrigens was wollte und konnte auch dieser dagegen sagen, da eine Protestation nicht im Willen des Volkes oder doch nicht in dessen Macht lag.

Wichtiger ist aber die Antritts-Erklärung des Monarchen zur Regierung. Er nannte sich wieder von Gottes Gnaden. Der frühere Kaiser führte seit 15. März nur mehr den Titel constitutioneller Kaiser. Alles war darüber empört, natürlich die Reaktionärs und die Servilen nicht. Durch diesen neu angenommenen Titel erklärte sich Franz Joseph, bei dessen ersten Namen die Wiener ungeachtet des Belagerungszustandes das n auf der Proclomation herauskratzten, als Gegner der Volkssouveränität, als Gegner der Rechte des Volkes, also auch als Gegner des 15. Mai. Ferner erklärte er, daß er den Thron in Kraft der pragmatischen Sanktion besteige. Also stützte er sich ausdrücklich auf das Erbrecht, das Legitimitäts-Princip. Weiter sagte er, daß er bereit sei, seine Rechte mit dem Volke zu theilen, daß er den Glanz der Krone, — das glaube ich gerne, — und die Gesammtmonarchie erhalten wolle, daß er die Bahn zeitgemä-

ßer Institutionen nur deßhalb betrete, weil er, der Kaiser von 18 Jahren, das Bedürfniß und den hohen Werth freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Ueberzeugung erkenne, und so in dem Tone fort. Armer Reichstag, constituirender Reichstag, mit Dir war es weit gekommen. Du mußtest ruhig anhören, wie man Dich herabwürdigte. Als der Ministerpräsident den Thronwechsel bekannt machte, rettete der Präsident Smolka die Kammer nur dadurch aus der erbarmungswürdigsten Verlegenheit, daß er geistesgewandt die Worte sprach: „Nehmen wir diese „hochwichtige Mittheilung entgegen: mit dem Rufe: „Es lebe der constitutionelle Kaiser und König „Franz Joseph."

Gleich nach dem Regierungsantritte des jungen Kaisers erwartete man eine Amnestie, aber davon ist noch heute keine Rede. Statt derselben forderte der Finanzminister nur ein kleines Darlehen von 80 Millionen Gulden in Conventions-Münze zur Führung des Krieges in Italien und Ungarn. Dieselbe Kammer, welche sich in Wien für das Recht der Ungarn erklärt hatte, welche schon in Wien bei dem dort bewilligten Anlehen von 20 Millionen Gulden, Anstände und Bedenken in Menge erhob, dieselbe Kammer bewilligte die achtzig Millionen Gulden, obgleich der Finanzausschuß blos auf 50 Millionen angetragen hatte. Umsonst machte man die Deputirten aufmerksam, daß dann, wenn das Ministerium auf lange

Zeit Geld habe, es der Kammer wegen deren Entbehrlichkeit immer kühner entgegen treten, ja sie vielleicht sogar auflösen werde. Es nützte Alles nichts, die 80 Millionen wurden bewilliget; die Czechen wollten das Ministerium wegen seines Benehmens gegen Ungarn belohnen, und das Centrum wollte dankbar sein, wegen der Anstellung vieler seiner Glieder und der häufigen auszeichnenden Einladungen zu hohen Ministerial-Conferenzen, bei welchen es noch umsonst gehörig dressirt wurde.

XXVI.

Die Rechte nähert ſich der Linken. Da will das Miniſterium die Kammer auflöſen, und trifft Vorbereitungen. Die Preſſe wird gegen die Kammer, und Wildner gegen die Grundrechte commandirt. Helfert macht ſich unſterblich. Miniſterielle Erklärung. Die Kammer weicht der Schlinge aus und überſchüttet die Miniſter mit Vorwürfen. Bach will durchaus nicht nach ſeinen Worten beurtheilt ſein. Die Czechen gehen bei den Grundrechten mit der Linken. Aeußerung eines czechiſchen Demokraten.

Nachdem das Miniſterium die Bewilligung zur Aufnahme von 80 Millionen Gulden hatte, da änderte es, wie die Linke vorausſah, gleich ſeinen Ton; nun brauchte es gar nicht mehr die Kammer, ſie war ihr ſogar unangenehm.

Denn die Czechen wollten zwar vorerſt ein ſlaviſches Oeſterreich, dann aber auch secundo loco die Freiheit. Nun die letztere wollte die Regierung nicht

gewähren, und weil auf einmal das Miniſterium wieder mit Deutſchland zu koquettiren begann, ſo traten die Czechen plötzlich in Oppoſition und näherten ſich der Linken. Das war dem Miniſterium ſehr unlieb, es dachte daher auf die Auflöſung der Kammer. Damit aber die Provinzen durch dieſelbe nicht allzuſehr aufgeregt werden möchten, ſo traf ſie Vorbereitungen, und deßhalb begannen die miniſteriellen und dann die übrigen Schandblätter, welche früher blos gegen einzelne Glieder der Linken commandirt worden waren, gegen den ganzen Reichstag zu Felde zu ziehen, und ſie überhäuften ihn mit den gemeinſten empörendſten Schmähungen, um ihn in der Volksmeinung zu untergraben, und kein Herr Staatsanwalt fand es für nöthig, eine dießfällige Klage anzubringen; und Welden, der Commandant Wiens, der auf die Beleidigung eines gemeinen Soldaten kriegsrechtliche Behandlung nachfolgen ließ, mochte ſich wahrſcheinlich über die roheſten Ausfälle auf die Volksvertretung höchlich freuen, da gerade in Wien, wo er doch mit mehr als Sedlnitzky'ſcher Strenge die Preſſe überwachte, derartige, wirklich verbrecheriſche Angriffe am zahlreichſten emporwucherten. Auch die mit dem neuen Miniſterium ſehr befreundete Geiſtlichkeit donnerte von der Kanzel gegen den irreligiöſen Reichstag und die Beamten, namentlich Kreiskommiſſäre, ließen es ſich außerordentlich angelegen ſein, die einzelnen Deputirten in ihren betreffenden Wahlbezirken zu verdächtigen.

Daß hiebei auch die Aristokratie das ihre beitrug, versteht sich eigentlich von selbst. Dann wurde der Abgeordnete Wildner ein ganzer Mann des Centrums, Advokat, ehemaliger Professor u. d. g. dazu bestimmt, die Grundrechte des Ausschusses in der allgemeinen Debatte als Unsinn darzustellen. Er ließ sich aber dabei derlei wirklich originell alberne Behauptungen zu Schulden kommen, daß er dem allgemeinen schallenden Gelächter Preis gegeben wurde. Nichtsdestoweniger wiesen aber die ministeriellen Blätter wie im Triumphe auf den Ausspruch eines Deputirten und eines ehemaligen Professors hin, nach dem die Kammer nichts verstehe.

Nach diesen löblichen Vorbereitungen gab das Ministerium vor der Berathung des § 1 der Grundrechte, welcher mit den Worten begann: „Alle Gewalten im Staate gehen vom Volke aus," eine Erklärung ab, wie sie noch in keinem Parlamente der Welt vorgekommen sein wird. In derselben ließ es sich in eine Auslegung der kaiserlichen Proklamationen vom März, Mai und Juni des Jahres 1848 ein, welche geradezu unrichtig war, stellte das Princip der Volkssouveränität als eine Lächerlichkeit hin, und bemerkte, daß wenn wir Deputirte dieses Princip, unter dessen Banner der edle (?) Graf Latour ermordet worden wäre, und unter dem keine Regierung (?) möglich sei, ausdrücklich oder auch nur stillschweigend, — was heißt das, — anerkennen, so werde,

— nicht etwa das Miniſterium austreten, nein! — ſondern es werde die Kammer ſo betrachten, als habe es ſich einen Eingriff in die unwandelbaren (?) Grundlagen des monarchiſchen Principes (?) erlaubt; — das heißt: es werde die Kammer auflöſen, und vielleicht die Vertheidiger der Volksſouveränität als Wühler und Hochverräther einſperren.

Nun erhob ſich aber ein bedeutender Sturm. Die Linke und die Rechte, und ein Theil des Centrums, der bis jetzt blind aber ehrlich war, und es von nun an, da ihm der Staar geſtochen worden, mit der Linken ging, traten gegen dieſe miniſterielle Anmaßung mit aller Heftigkeit auf, denn ſolchen Hohn, ſolchen Unſinn konnte ſich die Kammer im Angeſichte Europas unmöglich entgegen ſchleudern laſſen. Man vertheidigte den § 1, ſagte dem Miniſterium die fürchterlichſten Dinge, und warf unter anderem dem Miniſter Bach ſeine Inconſequenz vor, indem er vor dem Oktober von einem auf demokratiſchen Grundlagen zu erbauenden Oeſterreich ſprach; wogegen er freilich erwiederte, „daß man den Charakter eines Miniſters „nicht nach einzelnen Aeußerungen, ſondern nach der „Geſammtheit ſeiner Handlungen und Grundſätze beurtheilen müſſe;“ — nun ich thue es auch, — aber bei der Abſtimmung ließ man den § 1 als überflüſſig, als ſich von ſelbſt verſtehend, in der Conſtitutions-Urkunde aus. Das war ſehr klug. Dadurch war dem Miniſterium die Möglichkeit entwunden, den

Reichstag aufzulösen, denn der Paragraph war gefallen, also der Wunsch des Ministeriums erfüllt, und die wenn gleich von fast allen Seiten ausgesprochenen Ansichten der Partheien konnten noch nicht als die der Kammer angesehen werden.

Die Linke und auch die czechischen Demokraten, worunter 3 bis 4 wollten zwar den § 1 annehmen, und es auf die Auflösung ankommen lassen, aber doch freute mich nachträglich das kluge Maneuver der Kammer, da sie dem Ministerium eine tüchtige Lection gab, und dieses seine Absicht nicht erreichen konnte, denn das Ministerium dachte, entweder wird der § 1 angenommen, dann lösen wir die Kammer auf, oder die Kammer nimmt ihn aus Servilismus nicht an, dann ist sie eingeschüchtert, und es ist uns gleichgültig, ob sie fortbesteht oder nicht, ja ihr Fortbestand ist sogar für uns vortheilhaft, da wir sie als Sündenbock gebrauchen können. Nun nahm die Kammer den Paragraph wohl nicht an, aber sie war nicht nur nicht eingeschüchtert, sondern sie hatte das Ministerium sogar noch mit Grobheiten überhäuft und es lächerlich gemacht und von „Fetzen ministerieller Erklärungen“ unter dem donnernden Beifalle des ganzen Hauses gesprochen. Ja die Kammer war dießmal sehr aufgebracht, und der Umstand, daß das Ministerium seine Absicht verrieth, welche Constitution es wolle, indem es den Entwurf einer fürchterlich reaktionären Verfassung, welchen der Unterstaatssekretär

Helfert im hohen Auftrage, vielleicht auch aus eigenem Antriebe verfertigt hatte, und mit dem er sich unsterblich machte, den Deputirten zustellen ließ, der Umstand bewirkte gerade, daß die Linke und Rechte bei der Berathung der Grundrechte ganz liberale Beschlüsse faßten. So wurden der Adel, leere Titel, die Todesstrafe u. dergl. aufgehoben. Uebrigens, daß die Czechen sich bei den Grundrechten mehr als je an die Linke schlossen, hat auch noch einen anderen Grund. Es lag in ihrem Interesse; denn die Croaten waren an constitutionelles Leben gewöhnt, wollten von ihrer Freiheit nichts verlieren, und sie waren über die ministerielle Erklärung bei dem § 1 höchlich erzürnt, — und der böhmische Clubb, die Slowanska Lipa, war czechisch-demokratisch gesinnt, und äußerte schon hie und da seine Unzufriedenheit mit den czechischen Deputirten. Ich sage czechisch-demokratisch, denn für sich wollten die Czechen die Demokratie, aber nicht für andere. Zu der Erkenntniß der Wahrheit, daß mit der wahren Demokratie ein Nationalitätsstreit in Widerspruch stehe, konnten sie sich nie hinaufschwingen, zuerst wollten sie Czechen, dann frei sein, und dabei andere beherrschen. In dieser Beziehung ist eine Aeußerung des Abgeordneten Claudi merkwürdig. Ihrer Merkwürdigkeit wegen, und zur Beurtheilung der czechischen Deputirten muß ich sie erzählen. Brestl suchte im Constitutions-Ausschusse dahin zu wirken, Böhmen in czechische und deutsche Kreise zu theilen,

und die Kreisregierungen unmittelbar unter das Ministerium zu ſtellen, damit die Czechen mit ihrer Majorität die Deutſchen nicht terroriſiren und beherrſchen könnten. Am 26. Februar 1849 äußerte Claudi in einem Geſpräche mit zwei Deputirten folgende Worte, welche ich mir gleich darnach aufgeſchrieben habe: — „Ich ſage Euch, uns Czechen ſteht das Vaterland „höher, als die Freiheit, lieber den Abſolutismus, als „den Verluſt des Vaterlandes. Unter Metternich beſtand „immer noch Böhmen, aber Breſtl hetzt die Deutſchen „gegen uns, und will, daß die Kreiſe unmittelbar mit „dem Reichsminiſterium correſpondiren, wodurch der „böhmiſche Landtag und der böhmiſche Gouverneur „zum Schatten würden;“ — und Claudi gehörte zu den ſogenannten Ultra-Demokraten unter den Czechen.

XXVII.

Für das Miniſterium exiſtirt nicht mehr die Kammer. Thinfeld, die Papierſcheere und das Lineal. Das Miniſterium unterdrückt die Oſtdeutſche Poſt, das Giornale di Crieſte, läßt Schriftſteller unter das Militär ſtecken, verbietet die Verbreitung der deutſchen Grundrechte. Komiſche Ausflüchte. Die demokratiſchen Vereine werden aufgehoben. Belagerungszuſtand in Galizien, wo gar kein Aufſtand iſt. Originelle Rechtfertigung deſſelben.

Ungeachtet die Kammer in die gelegte Falle nicht getreten war, ſo benahm ſich doch das Miniſterium derart, als exiſtire ſie gar nicht mehr, und während der fürchterlichſten Uebergriffe, die ſich das Miniſterium erlaubte, ließ es ſich von den ſervilen Blättern mit Lob, die Kammer aber ſo wie früher mit den niedrigſten Läſterungen überhäufen. In der Sitzung war faſt nie ein Miniſter zu erblicken, außer Thinfeld, der beſtändig die Papierſcheere auf einem Lineal reiten ließ, und letzteres, mit aller Aufmerkſamkeit auf dieſe

läppiſche Spielerei, viertelſtundenlang unter den poſſierlichſten Geſten herumdrehte und beguckte.

Das Miniſterium erlaubte ſich die himmelſchreiendſten Verletzungen aller Rechte. Natürlich! Es war das Miniſterium der Reaktion, welche aus toller Rache nicht wußte, was ſie nur Alles verlangen und vernichten ſolle.

Um ſicher zu gehen, wurde der ohnedies ſchon hinlänglich verdorbenen Bureaukratie, welche, man kann ſagen, nur unter den ſubalternen Beamten freiſinnige Männer zählt, mit allem Nachdrucke angedroht, daß jene Beamte, deren Geſinnungen mit dem miniſteriellen Wirken nicht übereinſtimmen, wenn ſie nicht ſelbſt austreten, entlaſſen werden ſollen. Der Beamte wurde alſo wieder zum Knechte, zum Sclaven, zur Maſchine herabgewürdiget.

Dann wagte das Miniſterium, die ihr ungelegene Preſſe anzutaſten, und Welden, der Commandant von Wien, hob die Oſtdeutſche Poſt, wie er erklärte auf Befehl des Miniſter-Präſidenten Schwarzenberg, wegen eines Artikels unter den gemeinſten Ausdrücken auf, wo den Verfaſſer desſelben kein Gericht der Welt, mit Ausnahme des Wiener Blutgerichts, hätte verurtheilen können. Hier ſprach alſo, wie ſich der Deputirte Szabel ausdrückte, nicht der Stadt-Commandant, hier hörte der locale Standpunkt auf; und nicht wegen des Belagerungszuſtandes ward dieſe Zeitung unterdrückt, ſondern der Miniſter ſelbſt, als verantwortlicher

Repräſentant der Krone trat der freien Preſſe, dem Eigenthume der Geſammtheit auf den Nacken, und ſich nicht begnügend mit den Garantieen, welche aus höheren Staatsrückſichten gegen den Mißbrauch der Preſſe durch Repreſſiv-Maßregeln geboten ſind, über deren Anordnung die Jury zu entſcheiden hätte, griff er in eigener Sache als eigener Richter zum letzten Mittel, und erdrückte die Preſſe. Dießfalls wurde in der Kammer eine Interpellation geſtellt, und Schwarzenberg, der Miniſter-Präſident, erklärte: „die Regierung werde ſtets die Preßfreiheit aufrecht erhalten, „ſie erkenne jedoch in der von Welden verfügten „Maßregel keine Beeinträchtigung, und noch „weniger eine Vernichtung derſelben. (?) Er, „Schwarzenberg, für ſeine Perſon, habe ſich keine „Eingriffe in die Befugniſſe des Welden erlaubt, ſondern er habe ihm nur in nicht officieller „Weiſe ſeine Anſicht über die Oſtdeutſche Poſt eröffnet, Welden haben ſie getheilt, und daher dieſes „Blatt unterdrückt.“ Das iſt ein merkwürdiger Galimathias, der Miniſter entſchuldiget ſich, daß er ſich, ja beileibe nicht, einen Eingriff in die unantaſtbaren Rechte des Welden erlaubt habe. Schön, ſehr ſchön und erklärlich, das Miniſterium ſtand unter dem Befehle des Windiſchgrätz, Oeſterreich hatte eine Militärherrſchaft, was man aber gerne verblümen möchte. Die Unterſcheidung zwiſchen officieller und nicht officieller Anſicht eines Miniſters iſt ebenſo ori-

ginell, und die Behauptung, die Unterdrückung eines Blattes sei keine Beeinträchtigung der freien Presse, das ist Unsinn.

Weiteres wurde in Triest, wo kein Belagerungszustand war, das Giornale di Trieste suspendirt, und ohne der strengen und unfreisinnigen Maßnahmen zu gedenken, denen die Redakteure der periodischen Blätter unterstellt wurden, untersagte man den italienischen Blättern aus Triest das Ueberschreiten des Isonzo mit einigen Ausnahmen, wodurch man an eine privilegirte Preßfreiheit erinnert wird. Das weise dießfalls befragte Ministerium erklärte, „das Giornale „di Trieste sei nicht berechnet gewesen für den Lese„kreis in Triest und in den Provinzen, sondern es habe „darauf hingezielt, Unruhen in Italien zu erregen und „zu erhalten; man habe es nicht unterdrückt, aber da „Niemand mehr darauf habe pränumeriren können," — das heißt dürfen, — „so sei es an Mangel an „Abonnenten eingegangen."

Ferner wurden viele stenographische Sitzungsprotokolle aus den Monaten August und Oktober gar nicht gedruckt, und die übrigen, obgleich die Stenographen mit einem jeden Protokoll schon in längstens 3/4 Stunden nach der Sitzung fertig waren, kamen erst in 14 Tagen, auch noch viel später, aus der Druckerei. Ich erkundigte mich, was die Schuld wäre, daß man manche Protokolle gar nicht, und die andern erst so spät erhalte, und da sagte man mir,

dahinter ſtecke das Miniſterium, der Druck mancher Protokolle werde von ihm gar nicht gewünſcht, und den der anderen verzögere es deßhalb, damit ſie von dem, nach ſo langer Zeit auf das, was vor 14 Tagen 3 Wochen geſchehen, nicht mehr neugierigen Volke, auch nicht mehr geleſen werden.

Aber mit dem allem war es noch nicht genug, in Lemberg wurden die Doctoren juris Dobrzanski und Kaminski, weil ſie als Journaliſten in freiſinniger Weiſe ſich für den Reichstag ausſprachen, auf eine willkührliche Weiſe unter das Militär geſteckt. Abgeſehen, daß ein ſolches Gewaltverfahren in civiliſirten Staaten beiſpiellos iſt, und an ruſſiſchen Despotismus erinnert, daß es die von zwei Kaiſern garantirte Preßfreiheit vernichtet, hieß es auch die Ehre der ſo ſehr gelobten Armee herabſetzen, da man ſie als Strafanſtalt benützte. Das Miniſterium ſuchte ſich zwar zu entſchuldigen, aber mit dem lächerlichſten Zeugs.

Beſonders intereſſant iſt, daß Stadion den Kreisämtern befahl, die Verbreitung der durch den Erzherzog Johann, dem Reichsverweſer zu Frankfurt, publicirten deutſchen Grundrechte, in den deutſch-öſterreichiſchen Provinzen zu unterdrücken, und die Verbindungen der öſterreichiſchen Provinzen in Frankfurt mit ihren Wählern zu überwachen. Wahrlich, das iſt ärger, als unter Sedlnitzky.

Dem Aſſociationsrechte ging es auch nicht beſſer, die demokratiſchen Vereine wurden aufgehoben, nicht

blos in Wien, wo sogar derjenige, welcher ein schwarz-roth-goldenes Abzeichen, oder eine Feder oder eine weiße Metallschnalle am Hute trug, eingesperrt wurde, — sondern in der ganzen Monarchie; und damit das Vereinsrecht fast nirgends ausgeübt werden könne und Niemand wage, offen seine Meinung über die österreichischen Zustände auszusprechen, so war man bedacht, so viel als möglich den Belagerungszustand überall einzuführen, und Windischgrätz hatte ja auch die Vollmacht, dieß in ganz Oesterreich zu thun. Ich bin neugierig, auf was für ein Gesetz sich das Ministerium berufen wird, wenn es einmal, was gar nicht so unmöglich, wegen dieser Belagerungszustände und anderer Dinge vor einem Gerichte stehen sollte?

Außerordentlich merkwürdig ist in dieser Beziehung die Belagerungszustands-Erklärung in Gallizien. Am 2. November 1848 wurde die Stadt Lemberg von der Garnison ohne weiterer Ursache als wegen einer Aufregung gegen Militärübergriffe bombardirt, und in Belagerungszustand erklärt. Die Einwohner des gesammten Königreiches Gallizien hatten kaum Zeit, sich von dem Schlage, der die Hauptstadt ihres Landes getroffen hatte, zu erhohlen, so erschien am 10. November eine Proklamation des Commandirenden von Gallizien, in welcher derselbe im Einverständnisse mit dem Landesgoubernium verkündigte, daß er sich veranlaßt sehe, den Belagerungs- und Kriegszustand auf ganz Gallizien, mit Einschluß der Buko-

wina und des Gebietes von Krakau, auszudehnen. Durch dieſe Proklamation wurde die Freiheit der Preſſe unterdrückt, die Cenſur in die Hände der Kreisämter und der Militärbehörden übergeben, das Aſſociationsrecht aufgehoben, das Martialgeſetz mit dem Gerichte auf Leben und Tod verkündet, das kriegsrechtliche Verfahren nach Militärgeſetzen ſogar gegen ſolche Perſonen angedroht, welche durch Ausſtreuung nachtheiliger Gerüchte eine Beunruhigung der Gemüther hervorzurufen trachten, dann gegen ſolche, welche Farben oder Abzeichen tragen, die eine Hinneigung zu einer aufrühreriſchen Parthei an den Tag legen ſollen. Die Abgeordneten Galliziens interpellirten hierauf das Miniſterium, was denn eigentlich den Commandirenden und Gouverneur bewogen habe, über die drei Gebiete des Landes Gallizien, in einer Ausdehnung von 1500 Quadratmeilen und über eine Bevölkerung von 5 Millionen Einwohner die Suſpenſion aller conſtitutionellen Freiheiten, den Kriegszuſtand und alle Schrecken des Stand- und Kriegsrechtes zu verhängen, da nicht einmal, was einen Scheinvorwand bilden könnte, die Ungarn ſich zu der Zeit in der Nähe Galliziens befanden, und weder von einem Aufſtande noch Aufruhre oder ſonſt einer Schilderhebung das Mindeſte bekannt ſei, ferner ob denn die Gefahren für den Staat in Gallizien dieſe Höhe erreicht haben, daß ſie die gänzliche ausnahmsloſe Unterdrückung der Preßfreiheit, ſo wie die weiteren Verordnungen des

Commandirenden rechtfertigen, welche durch ihre unbestimmte, der vielseitigsten Deutung fähige Fassung, gleichlautende Dekrete des französischen Convents vom Jahre 1793 und 1794 in das Gedächtniß rufen, so daß, gemäß der Proklamation, auch die unbefangenste Aeußerung der Wahrheit, so wie das Tragen der im Lande gewöhnlichsten Farben und Trachten schon hinreicht, die Bewohner des Landes der ganzen Härte des Kriegsrechtes zu überliefern? — Auf diese Interpellation erklärte das Ministerium, diese Anordnungen seien nöthig gewesen, weil Gallizien einen Einfall der Ungarn zu besorgen gehabt hätte, weil der Commandirende Galliziens in diesem Lande den Landsturm aufgeboten habe, und die Entwaffnung sei deßhalb nöthig gewesen, weil, wie es bekannt sei, eine gewisse Eifersucht gegen den Edelmann bestehe, und sehr zu befürchten gewesen sei, daß Exzesse entstehen. — Sehr schön! Nun wurden aber den Edelleuten die Waffen abgenommen, und dieselben den Bauern gegeben, welche im Jahre 1846 zu Tarnow für den Kampf eines Edelmannes 5 fl. Conv.-Münze erhalten hatten. Weiterer Bemerkungen enthalte ich mich; sie sind überflüssig.

XXVIII.

Stadion erfindet zwei neue Nationalitäten, die ruthenische und die tyrolische. Hiebei kommt auch die christkatholische zur Sprache. Freude der Czechen über das Ministerium. Minister Bach erklärt, worin die Freiheit bestehe.

Bereits waren durch Künste der österreichischen Politik die Croaten gegen die Ungarn aufgestachelt worden, ebenso die Czechen und Italiener gegen die Deutschen. Jetzt war der Regierung noch ein Zwiespalt in Gallizien, welches sein Streben nach nationaler Selbstständigkeit, wenn gleich nicht für den gegenwärtigen Augenblick unverholen aussprach, im höchsten Grade wünschenswerth. Um nun Gallizien zu spalten, wurde der lächerliche, überall vorgebrachte Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten, in Folge dessen man die Freiheit in jeder Provinz gleichmäßig unterdrückte, vorangestellt, und dann wurde auf einmal behauptet, die Bewohner Ostgalliziens

bilden eine eigene Nationalität, die ruthenische, welche bis jetzt von der westgalliziſchen als der polniſchen unterdrückt worden wäre.

Die Sache iſt in Kürze Folgende: *) Die Bewohner Galliziens beſtehen größtentheils aus Maſuren und Ruthenen, ſie ſind unbeſtreitbar ſlaviſchen Urſprunges, ſie leben ſeit jeher unter einander vermiſcht und nennen ſich unter dem Collectivnamen Polen, ebenſo wie ſich die Preußen und die Baiern Deutſche nennen, und ſo wenig als dieſe, zwei verſchiedene Nationalitäten bilden, ebenſowenig gehören die Ruthenen einer eigenen von den Maſuren verſchiedenen Nationalität an. Die Ruthenen ſind alſo Polen, ſo wie die Maſuren, wären ſie eine eigene Nation, dann wären es auch dieſe, und es gebe in öſterreichiſch Gallizien gar keine Polen. Auf den Lehranſtalten Galliziens und ſonſt im Leben war die Geſchäfts- oder die Schriftſprache die ſogenannte polniſche, die Landleute in Oſtgallizien, der griechiſchen Religion zugethan, ſprachen aber unter ſich nicht die Schriftſprache ſondern wie überall am Lande, einen ſchlechten wortarmen Dialekt, ohne daß deßhalb alle diejenigen, welche dieſen Dialekt ſprachen, Ruthenen waren.

*) Dieſe ganze Angelegenheit und die hiebei gezeigte Niederträchtigkeit der Regierung wurde mir durch die gebildeten Polen, worunter viele Ruthenen, klar auseinander geſetzt, und ſchlagend bewieſen.

Dieſen Dialekt gab nun die Regierung als die eigenthümliche Sprache der ruthenischen Nation aus, und ſich auf den Grundſatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten fuſſend, wollte ſie in Oſtgallizien auf allen Lehranſtalten die ſogenannte ruthenische Sprache, das iſt den Dialekt als die Sprache der Majorität der Bevölkerung einführen. Nun wurde aber gerade in den Städten die Schrift- oder polniſche Sprache geſprochen, und die Lehranſtalten wurden vorzüglich von den Kindern der Städter beſucht, und was das intereſſante dabei iſt, der Dialekt oder die ruthenische Sprache iſt ſo roh, daß ſich in Gallizien faſt kein Buch in demſelben gedruckt vorfindet, und daß ihn faſt Niemand ſchreiben kann. Das Miniſterium wurde in ſeinem Vorhaben, die Bewohner Galliziens in einen Nationalitätshader hineinzuſtürzen, und neue Wirren zu bereiten, bei welchen es mit aller Despotie der Vergangenheit ruhig fortregieren zu können vermeinte, von der orthodoxen griechiſchen Geiſtlichkeit redlich unterſtützt. Dieſe hetzte den Bauer, der den Dialekt ſprach, gegen den Edelmann, der ſich in der Schriftſprache ausdrückte, und es kam ſo weit, daß die Biſchöfe in der neueſten Zeit den Geiſtlichen am Lande verbieten mußten, Mord und Plünderung zu predigen. Endlich nachdem dieſe Erbitterung ſchon ziemlich Wurzel gefaßt hatte, erſchien folgende Verordnung des Miniſteriums: „An den Gymnaſien des „flachen Landes in den ruthenischen Kreiſen Galliziens

„iſt der Unterricht vor der Hand und inſolange, bis „derſelbe in ruthenischer Sprache durch taugliche Pro„feſſoren, und für Schüler, die mit der erforderlichen „ſprachlichen Vorbildung ausgerüſtet ſind, ertheilt „werden kann, in deutſcher Sprache zu ertheilen. „Wo jetzt ſchon der Unterricht in ruthenischer Sprache „ertheilt werden kann, hat dieß ſogleich zu geſchehen, „und es iſt vor Allem bei dem Religionsunterrichte „dahin zu wirken. Doch darf dieß einſtweilen noch „nicht ausſchließend geſchehen, ſondern es muß in „ſolchen Fällen der in der ruthenischen Sprache „ertheilte Unterricht, da noch ein großer „Theil der Schüler ihn aufzufaſſen nicht „im Stande ſein wird, neben dem Vortrage „in der deutſchen und zugleich mit dieſer ge„ſchehen“ u. ſ. f. Dann heißt es in dieſer Verordnung: „Hinſichtlich der Univerſitätsſtudien gilt „derſelbe Grundſatz, daß inſolange nicht taugliche „Lehrer und gehörig vorbereitete Schüler für den Un„terricht in der Landesſprache vorhanden, und bei „beſtehenden derſelben nicht mächtigen Profeſſoren an „ihrem Platze ſind, der Vortrag in der deutſchen „Sprache zu geſchehen habe.“ In dieſer Verordnung geſtand alſo das Miniſterium ſelbſt, daß ſich die ruthenische Sprache, das iſt der Volksdialekt dermal, noch nicht in jenem Zuſtande der Ausbildung befinde, der ſie zum Vortrage in allen wiſſenſchaftlichen Fächern eignet, daß es in dieſer Sprache an den

fähigen Lehrkräften, an der entsprechenden Vorbildung der Schüler, und an den erforderlichen Lehrbüchern, fehle, und daß gegenwärtig ein großer Theil der Schüler den ruthenischen Unterricht aufzufassen nicht im Stande sei. — Diese ohne Genehmigung des Reichstages erlassene Ministerialverfügung ist ein merkwürdiges Dokument. Die Regierung behauptet stets, Oesterreichs große welthistorische Bedeutung, — ich werde auf dieselbe zurückkommen, sei, die Bildung nach Osten zu tragen. Nun hier werden die Leute gezwungen, Statt der ausgebildeten an Litteratur so reichen polnischen Sprache einen miserablen Dialekt zu sprechen, welcher, wenn er sich natürlich entwickelt, erst in vielen, vielen Jahren abermals zur polnischen Sprache wird; freilich damit das nicht geschehe, nimmt die griechische dortige Geistlichkeit bei Kunst oder wissenschaftlichen Ausdrücken, welche der Dialekt nicht hat, nicht zu polnischen sondern zu russischen Worten ihre Zuflucht. Ferner verordnete das Ministerium, daß in dem Falle, als man derzeit noch keine Wissenschaft in dem Dialekte oder in der ruthenischen Sprache vortragen könnte, der Vortrag in deutscher Sprache gehalten werden solle; in der deutschen, welche in Gallizien fast Niemand versteht, während die polnische Schriftsprache jeder Bauer auffaßt. Die gebildeten Deputirten Galliziens waren über dieses Benehmen des Ministeriums bis auf das Aeußerste erbittert, und unter diesen waren viele

Ruthenen wie Popiel, Ziemialkovsky; ſie waren es umſomehr, als ſie erfuhren, daß ſich das Miniſterium mit dem Gedanken umtrage, das öſterreichiſche Galizien abermals zu zerſtückeln. Von dieſem Gedanken ging das Miniſterium jedoch ſpäter ab. Die galliziſchen Bauern unter dem Einfluſſe ihrer ruthenischen Geiſtlichen, die waren freilich gegen die gebildeten galliziſchen Deputirten, und mit dem Miniſterium einverſtanden, da der Haß derſelben gegen die Edelleute ſchon ſeit lange dauert, der auch im Jahre 1846 von der Regierung ſo bewundernswerth ausgebeutet worden iſt. Was dieſen Leuten von ihrer neuen Nationalität muß vorgefaſelt worden ſein, geht aus der bezüglichen Aeußerung eines ſolchen Bauers hervor, welche er in der Kammer vorbrachte, und wo er meinte: „ſie wollten ſich nicht mehr von der chriſt-katholiſchen Nationalität unterdrücken laſſen.“ Dieſe Aeußerung läßt einen traurigen Blick auf das Wirken der Geiſtlichkeit und der Regierung in dem unglücklichen Lande Gallizien thun. Uebrigens wurde in dieſer Beziehung die Regierung auch von den Czechen unterſtützt, denn die gebildeten Deputirten Galliziens waren durch und durch demokratiſch geſinnt, ſie fanden es mit ihrer Ehre und ihrem Gewiſſen unverträglich, den Tendenzen der Czechen zu folgen, ſie waren, obgleich auch Slaven, dennoch erklärte Gegner der, wie ſo Viele ſagten, unredlichen Rechten, und deßhalb freute es dieſe, ihren Gegnern einen

empfindlichen Streich zu verſetzen; zudem konnten ſie durch Unterſtützung der galliziſchen Bauern deren Sympathieen erwerben, und daher unterſtützten ſie dieſelben. Uebrigens mochten ſie gedenken, unter ihnen in der Zukunft Propaganda machen zu können.

Der Erfinder dieſer ruthenischen Nationalität iſt Graf Stadion. Er war überhaupt ſehr glücklich im Erfinden, z. B. erfand er auch die tiroliſche Nationalität, und zwar zu demſelben Zwecke. So wie es nämlich der Regierung wünſchenswerth erſchien, Gallizien zu ſpalten, und durch die neu erfundene Nationalität Erbitterung herbeizuführen, eben ſo ſuchte er die Erbitterung der deutſchen bigotten Nordtyroler, und der freiſinnigen italieniſchen Südtyroler noch zu ſteigern, und zu dem Ende erfand er für dieſe auch eine Nationalität, die tyroliſche. Mit dieſer verhielt es ſich folgender Maßen:

Zu dem früheren tyroliſchen Landtage ſchickten die armen deutſchen Nordtyroler viel mehr Abgeordnete als die wohlhabenden wälſchen Südtyroler. Wenn der deutſche Norden eine Straße, eine Brücke brauchte, ſo wurde ihre Erbauung von der deutſchen Majorität beſchloſſen, und die Italiener mußten dazu Geld hergeben. Wenn aber der italieniſche Süden eine Straße, oder Brücke brauchte, ſo wurde ihre Erbauung von der deutſchen Majorität verweigert, damit ſie dazu nicht etwas beitragen müſſe, und ſo blieben die Italiener in beſtändiger Abhängigkeit. Als nun die italie-

nischen Südtyroler das Ministerium immer und immer von der Gleichberechtigung der Nationalitäten sprechen hörten, da hatten sie große Freude, und legten Petitionen aus, und baten darin um die Trennung Südtyrols von Nordtyrol, wie sie auch in früheren Zeiten bestanden hatte. Diese Idee der Südtyroler gefiel aber dem Ministerium nicht im mindesten, weil dann das gesammte Südtyrol sich hätte leichter an die Lombardei schließen können; also handelte es im deutschen Interesse der Nordtyroler, die über den Gedanken der Trennung, bei der sie von den reichen Südtyrolern kein Geld mehr hätten bekommen können, außer sich waren, und es erließ das Ministerium für Tyrol eine Verordnung, laut welcher es, — bei der Freiheit der Rede und Schrift, — den Behörden auftrug, jene, welche es wagen für eine Trennung Tyrols zu sprechen und für dieselbe Sympathieen zu erregen, und die tyrolische Nationalität zu spalten, einzusperren und gegen sie nach aller Strenge der Strafgesetze zu verfahren.

Aus dem mag man ersehen, was das Ministerium in Oesterreich unter Gleichberechtigung der Nationalitäten versteht, mit welcher sie nichts als den Despotismus zu befestigen und die Freiheit auszumärzen sucht. Zwar Bach suchte die Freiheit nicht auszumärzen, denn er sagte noch vor dem October in der Kammer: „Die wahre Freiheit besteht in „Gesetzlichkeit und Ordnung", und nach dem October

ſahen wir das Ideal der Geſetzlichkeit und Ordnung in Wien. Miniſter Bach findet wahrſcheinlich, daß Rußland ein freier, wahrhaft freier Staat ſei; dort iſt Geſetzlichkeit und Ordnung, es wagt ſich Niemand zu rühren, und deßhalb ſchließt er ſich mit ſeinen Collegen ſo innig an das ruſſiſche Syſtem an, und ſucht mit deſſen freiheitsbeglückenden Einrichtungen ſein Vaterland reichlich zu überſchütten.

XXIX.

Die Kammer greift das Miniſterium an. Dieſes verdächtiget dafür die Kammer. Die Deputirten ſollen mit ihren Wählern nicht ſprechen. Die Unterredung des Deputirten Geyer mit Stadion. Lüge des letzteren. Was Miniſterium bereitet Tendenzprozeſſe gegen Kammerglieder vor. Ein Bauer wird angeklagt. Die Linke ſiegt. Wuth der Czechen. Rieger benimmt ſich ehrenhaft. Uebereinkommen mehrerer Glieder der Linken, für den Fall einer gegen ſie vorgebrachten Anklage.

Nun mit dieſen Anſichten des Miniſteriums, mit deſſen Wirken, mit deſſen immer entſchiedeneren Rückwärtsſchreiten, mit deſſen Wüthen gegen jede Freiheitsbeſtrebung, mit deſſen klar erſichtlicher Tendenz, die Demokratie zu vernichten, oder doch nach Amerika auszutreiben, konnte die Kammer nicht recht übereinſtimmen. Faſt in jeder Rede eines Deputirten, wenigſtens der Linken, und namentlich in den faſt täg-

lichen des Schuſelka waren Anfangs Vorſtellungen, dann Rügen, dann heftige Angriffe; aber das Miniſterium blieb taub, und trotzdem nach und nach eine große Majorität gegen daſſelbe mit Nachdruck auftrat, ließ es ſich von ſeiner reaktionären blutigen Richtung, die es eingeſchlagen hatte, nicht ablenken. Es ſah die Menſchenhetze und Schlächterei in Ungarn und Italien ruhig an, es ließ das Blut zu Wien mit wahrer Seelenluſt fließen, und es ſoll ſogar ein Miniſter, aber ich kann es kaum glauben, obwohl ich es aus glaubwürdiger Quelle erfuhr, geäußert haben: „Windiſchgrätz und Welden ſeien ihm zu milde, dieſe „Kerls von Radikalen müſſe man mit Blut vernichten, „ſonſt hätte man keine Ruhe.“ Trotz des ausgeſprochenen Wunſches der ganzen Kammer nach Amneſtie, oder doch nach Aufhebung der Todesſtrafe für politiſche Verbrecher, erfolgte weder das eine noch das andere, ja das Miniſterium, wie einſt Schuſelka demſelben entgegendonnerte, ließ die verwerfliche von ihm oder doch von Welden commandirte Preſſe jedem Todesurtheile Beifall zujauchzen, und mit wahrhaft verabſcheuungswürdiger Blutgier immerfort nach neuen Opfern ſchreien, und mit den Fingern auf jene hinzeigen, die ſie noch geopfert wiſſen wollte. Das Miniſterium hinderte es nicht, daß viele von denen, die berufen ſind, das Wort der Liebe und Verſöhnung zu predigen, in Gotteshäuſern von der Kanzel herab, den Haß der Leidenſchaften, den Haß der Partheien

aufstachelten, daß der Reichstag vorzüglich das Ziel maßloser Schmähungen, Verdächtigungen und wahrhaft hochverrätherischer Angriffe wurde. Ja das Ministerium selbst scheute sich nicht, grundlose, ja niederträchtige Verdächtigungen gegen Deputirte auszusprechen. Ich will zum Beweise dessen, und um die Ansicht des Ministeriums über die Stellung der Deputirten zu ihren Wählern zu zeigen, nur folgende Thatsache erzählen.

Der Deputirte Geyer aus Krain reiste im Januar 1849 in seine Heimath und seinen Wahlbezirk, und er fand sich auf ausdrückliches Verlangen der Wähler und Wahlmänner zu einer Berathung mit ihnen veranlaßt, um sie über die wichtigsten Verhandlungen am Reichstage aufzuklären, und sich über ihre Wünsche zu belehren, zu welchem Behufe er den Ort und die Zeit der beabsichtigten Zusammenkunft bestimmte. Nun vernahm er von den Wahlmännern, daß sie der Bezirksrichter Pinter in Gurkfeld aufforderte, zu einer Besprechung mit ihm als etwas Gesetzwidrigem nicht zu gehen, und ihnen zugleich bedeutete, daß er denjenigen am strengsten bestrafen werde, der ihn, den Deputirten, nur unter sein Dach aufnehme. Ueber den Grund dieser an das Landvolk erlassenen Weisungen von Geyer befragt, berief sich der Bezirksrichter auf die, an ihn vom Kreisamte und Gubernium erlassenen Befehle mit der Bemerkung, daß er ihn, den Deputirten, wenn er an dem bestimm-

ten Orte erſcheine, arretiren laſſen werde. Geyer forderte darauf das Miniſterium um Beſtrafung derjenigen, die ſolche Befehle erlaſſen hätten oder des Bezirksrichters mit Nachdruck auf. In einigen Sitzungen darnach erklärte Stadion, der Bezirksrichter habe Recht gehabt, denn er, der Miniſter, habe gehört, daß er, der Deputirte, die Abſicht gehabt hätte, die Bauern zum Landſturme aufzuregen. Ueber dieſe lügenhafte Erklärung, worauf Geyer nach der Geſchäftsordnung nicht gleich etwas erwiedern konnte, begab er ſich nach der Sitzung zu Stadion, und dieſer hatte nun, wie mir Geyer ſelbſt erzählte, die Frechheit zu ſagen: Ja ich konnte nichts anderes erklären, warum haben Sie nicht früher mit mir allein über dieſe Sache geſprochen, ich kann mich nicht compromitiren, übrigens habe ich das, was ich in der Kammer vorbrachte, wirklich von Jemanden gehört. Geyer forderte den Namen dieſer Perſon. Stadion weigerte ſich ihn zu nennen. Nun interpellirte Geyer neuerdings den Stadion, nannte die Erklärung des Miniſters eine Lüge und Verläumdung, die an und für ſich in die Augen ſpringend ſei, da es Wahnſinn geweſen wäre, im Januar 1849 in Krain einen Landſturm aufbieten zu wollen, und er forderte ihn öffentlich auf, die Sache genau zu unterſuchen, und ſeinen Gewährsmann zu nennen. Bis heute iſt er nicht genannt, und in meinen Augen erſcheint Stadion zum zweiten Male als Lügner; — von ſeiner erſten Lüge

als Deputirter, über deren Untersuchung eine Commission niedergesetzt wurde, welche bis heute nichts berichtete, habe ich bereits erzählt. Aber gesetzt es wäre wahr, Geyer der ruhige, besonnene, kalte Mann hätte die Intention gehabt, im Januar 1849 einen Landsturm aufzubieten, wie konnte man wissen, daß er sie bei der Zusammenkunft mit den Wählern aussprechen werde. Man ersieht aus dieser Geschichte, wie das Ministerium mit den Deputirten umging.

Je mehr die Deputirten dem Ministerium und der willkührlichen Militärherrschaft entgegen traten, desto ärger trieb es Windischgrätz und Welden und mit ihnen die Minister. Man durfte fast nicht wagen, nur ein Wort der Entrüstung über das Benehmen des Welden zu sprechen, denn man mußte fürchten, daß er des anderen Tages ein paar Menschen, die ihrem gedrückten erzürnten Herzen durch einige Worte der Wahrheit Luft machten, aus Hohn, und um der Kammer seine Macht zu zeigen, todt schießen lasse.

Die Kammer wurde dem Ministerium immer unangenehmer und lästiger, und um dieselbe einzuschüchtern und um an den Deputirten gleichfalls Rache zu üben, fing man an gegen sie Tendenzprozesse vorzubereiten. Es verbreiteten sich die Gerüchte, daß bald 10, bald 15 Deputirte wegen der Oktober-Ereignisse würden in Anklagestand versetzt werden. Man forschte den Briefen nach, welche Deputirte in ihre

Wahlbezirke geſchrieben hatten, man vernahm alle Bekannten eines Abgeordneten, um, aus der Zuſammenſtellung von gar nicht in Verbindung ſtehenden Aeußerungen, Indicien herauszuzwängen. Endlich wollte man der Kammer auf den Zahn fühlen, um zu ſehen, wie gefügig dieſelbe ſei, und ob ſie Anklagen wegen der Oktober-Ereigniſſe Statt gäbe. Man benützte einen deutſchen Bauern und Deputirten aus Krumau in Böhmen, der in einem von Deutſchen und Czechen bewohnten Wahlbezirke gewählt worden war. Es lag gegen ihn die Beſchuldigung vor, daß er im November in einem Gaſthauſe ſeiner Heimath, im betrunkenen Zuſtande, gegen den früheren Kaiſer Schmähworte ausgeſtoßen habe, welche die größte Erbitterung unter den Anweſenden erregten. Da aus dem Anſuchen des Criminalgerichtes eine Tendenzgeſchichte klar hervorleuchtete, indem Läſterungen auf den Regenten, aus welchen nur Erbitterung gegen den Schmähenden, aber nicht unverkennbare Abneigung gegen den Landesfürſten erfolgen kann, nach dem ausdrücklichen Wortlaute des Geſetzes kein Verbrechen bilden, und als auch ungeachtet alle Zeugen angaben, daß dieſes Opfer der Politik tüchtig betrunken geweſen ſei, der Grad der Trunkenheit nicht erhoben war, zudem jeder ſah, daß man mit dieſer Geſchichte blos den Anfang zu ferneren Inanklageſtandverſetzungen mache, ſo wurde nur eine wei-

tere Vorerhebung bewilliget. Die Debatte über dieſen Gegenſtand war ſehr intereſſant. Die Czechen wollten dem Miniſterium wegen ſeines damaligen Benehmens gegen Frankfurt, dann, weil es die Verbreitung der deutſchen Grundrechte verboten hatte, erkenntlich ſein, dann erſahen ſie, daß wenn dießmal die Auslieferung eines Deputirten an ein Criminalgericht zugeſtanden würde, bei nachfolgenden Reklamationen nicht leicht eine Ausnahme zu machen, möglich ſein werde, und ſie wollten mehrere Glieder der Linken wegen des Oktobers verurtheilt ſehen, um ſelbſt, in der Geſchichte, oder doch vor den Augen ihrer Landsleute wegen ihrer Flucht von Wien, gereinigt dazuſtehen, daher ſprachen ſie heftig, wirklich mit empörender Rohheit gegen die Linke und auch gegen einige im Oktober gleichfalls in Wien gebliebene Männer des Centrums, und nur durch geheime Abſtimmung wurde obiger Beſchluß zu Stande gebracht. Die Czechen waren darüber wüthend, denn ſie hatten dem Miniſterium den ſicheren Sieg zugeſagt, — ſo daß der Juſtizminiſter in dieſer Angelegenheit gar nicht das Wort ergriff, und noch während der Sitzung mit ſeinen Collegen nach Wien fuhr, — und ſie ſollen, wie man allgemein erzählte, über Conceſſionen des Miniſteriums mit demſelben einen Packt auf Auslieferung von 15 Gliedern der Linken abgeſchloſſen haben. Nach Entfernung von 15 Gliedern der Linken und zwar

Führern derselben hätten die Czechen in der Kammer unbedingt geherrscht. Jetzt standen sie vor dem Ministerium blamirt da, und sie ersahen, daß das Verlangen auf Auslieferung von 15 Deputirten wegen des Oktobers noch weniger durchgehen werde. Hier muß ich aber bemerken, daß während dieser bezüglichen Debatte der czechische Deputirte Rieger eine ehrenvolle Ausnahme machte, er stand gegen den Schluß seitwärts bei einem Fenster, und man las ihm die Entrüstung über seine Landsleute aus den Zügen; und einige Glieder der Linken behaupteten, gesehen zu haben, daß er bei der Kugelung gegen die Czechen stimmte.

Mehrere Deputirte von der Linken erfuhren darnach, daß nächstens gegen einige derselben gleichfalls Anklagen und zwar wegen des Oktobers vor die Kammer gebracht werden sollten. Da sich alle ihres durchaus legalen Benehmens bewußt waren, und das Bewußtsein erfüllter Pflicht in ihrer Brust trugen, so kamen sie überein, so lange der Reichstag bestehe, die Anklage abzuwarten, und im Falle eines gestellten Begehrens um Auslieferung in der Kammer selbst das Wort zu ergreifen, und sich vor ein Schwurgericht, was sie durchzusetzen vermeinten, ohne weiters stellen zu lassen, ja es schien ihnen sogar wahrscheinlich, daß die Kammer einer Anklage wegen des Oktobers nicht Statt geben werde, ja eigentlich vernünftiger Weise gar nicht könne, indem es eine Lä-

cherlichkeit ist, ein Schwurgericht über die Gültigkeit der Kammerbeschlüsse im Oktober urtheilen zu lassen, in Folge, in Consequenz deren ein oder das andere Kammermitglied handelte und sprach. Zugleich aber kamen sie überein, daß in dem Falle, — als ihnen nicht wenigstens Oeffentlichkeit der Verhandlung zugesichert werden sollte, — sie sich wo möglich vor das Blutgericht zu Wien, — welches, wie sich bereits hundertfach erwies, nur nach Willkühr und Commando entschied, — nicht stellen, sondern sich in das Ausland begeben wollten, denn durch die Stellung vor ein solches Willkührstribunal waren sie überzeugt, der guten Sache gar nichts nützen zu können, und vielleicht noch durch bestochene oder durch Fanatismus geworbene falsche Zeugen solcher Handlungen oder Intentionen überwiesen zu werden, die ihnen nicht im Schlafe eingefallen waren, um so mehr, als sie erfuhren, daß bereits ein falscher Zeuge gegen den edlen Füster wegen nachgewiesenen Meineids in Untersuchung gezogen worden sein soll; und ferner weil sie für gewiß hörten, daß in Oberösterreich zwei Personen gegen den Deputirten Herndl falsche Aussagen gemacht hatten, welche zum Glücke vier Personen wiederlegten; dann endlich, weil ihnen die Ge- Geschichte Englands zu Zeiten Jeffrey's zu deutlich vorschwebte, und weil sie hörten, daß das Untersuchungsgericht zu Wien bereits sieben Verurtheilte

Führern derſelben hätten die Czechen in der Kammer unbedingt geherrſcht. Jetzt ſtanden ſie vor dem Miniſterium blamirt da, und ſie erſahen, daß das Verlangen auf Auslieferung von 15 Deputirten wegen des Oktobers noch weniger durchgehen werde. Hier muß ich aber bemerken, daß während dieſer bezüglichen Debatte der czechiſche Deputirte Rieger eine ehrenvolle Ausnahme machte, er ſtand gegen den Schluß ſeitwärts bei einem Fenſter, und man las ihm die Entrüſtung über ſeine Landsleute aus den Zügen; und einige Glieder der Linken behaupteten, geſehen zu haben, daß er bei der Kugelung gegen die Czechen ſtimmte.

Mehrere Deputirte von der Linken erfuhren darnach, daß nächſtens gegen einige derſelben gleichfalls Anklagen und zwar wegen des Oktobers vor die Kammer gebracht werden ſollten. Da ſich alle ihres durchaus legalen Benehmens bewußt waren, und das Bewußtſein erfüllter Pflicht in ihrer Bruſt trugen, ſo kamen ſie überein, ſo lange der Reichstag beſtehe, die Anklage abzuwarten, und im Falle eines geſtellten Begehrens um Auslieferung in der Kammer ſelbſt das Wort zu ergreifen, und ſich vor ein Schwurgericht, was ſie durchzuſetzen vermeinten, ohne weiters ſtellen zu laſſen, ja es ſchien ihnen ſogar wahrſcheinlich, daß die Kammer einer Anklage wegen des Oktobers nicht Statt geben werde, ja eigentlich vernünftiger Weiſe gar nicht könne, indem es eine Lä-

cherlichkeit ist, ein Schwurgericht über die Gültigkeit der Kammerbeschlüsse im Oktober urtheilen zu lassen, in Folge, in Consequenz deren ein oder das andere Kammermitglied handelte und sprach. Zugleich aber kamen sie überein, daß in dem Falle, — als ihnen nicht wenigstens Oeffentlichkeit der Verhandlung zugesichert werden sollte, — sie sich wo möglich vor das Blutgericht zu Wien, — welches, wie sich bereits hundertfach erwies, nur nach Willkühr und Commando entschied, — nicht stellen, sondern sich in das Ausland begeben wollten, denn durch die Stellung vor ein solches Willkührstribunal waren sie überzeugt, der guten Sache gar nichts nützen zu können, und vielleicht noch durch bestochene oder durch Fanatismus geworbene falsche Zeugen solcher Handlungen oder Intentionen überwiesen zu werden, die ihnen nicht im Schlafe eingefallen waren, um so mehr, als sie erfuhren, daß bereits ein falscher Zeuge gegen den edlen Füster wegen nachgewiesenen Meineids in Untersuchung gezogen worden sein soll; und ferner weil sie für gewiß hörten, daß in Oberösterreich zwei Personen gegen den Deputirten Herndl falsche Aussagen gemacht hatten, welche zum Glücke vier Personen wiederlegten; dann endlich, weil ihnen die Ge- Geschichte Englands zu Zeiten Jeffrey's zu deutlich vorschwebte, und weil sie hörten, daß das Untersuchungsgericht zu Wien bereits sieben Verurtheilte

durch in Aussichtstellung der Begnadigung zu bewegen suchte, gegen den Deputirten Sierakovsky fälschlich auszusagen. Den, diesen letzten Umstand enthaltenden Brief eines dieser Verurtheilten hat ein Deputirter, den ich vor der Hand noch nicht nennen will.

XXX.

Die Debatte über das Depoſitenweſen. Schuſelka donnert in der höchſten Aufregung gegen das Miniſterium. Deſſen Rede. Darauf ſprengt das Miniſterium die Kammer mit Bajonetten, und garnirt den Despotismus mit einer elenden conſtitutionellen Verbrämung. Fiſchhof wird verhaftet, mehrere Deputirte werden verfolgt. Niederträchtigkeit gegen Goldmark.

Während dem kam die Frage zur Debatte, ob dem Miniſterium die Empfangnahme der Privatgelder aus den Depoſitenkaſſen zu bewilligen ſei. Der Finanzausſchuß trug darauf an. Schuſelka, empört über das Benehmen des Miniſteriums in der letzten Zeit, hielt gegen dasſelbe eine donnernde Rede, und unterzog es einer gerechten Kritik. Er, der ſonſt ſo ruhig ſprechende Mann, war an dieſem Tage bleich wie Kalk, wildes Feuer der tiefſten Entrüſtung ſprühte aus ſeinen Augen, und ſeine Hand zitterte, wenn ſie ſich gegen die unter ihm daſitzenden Miniſter aus-

ſtreckte, und ſeine Rede jagte dahin wie der Sturm. Ich will dieſe ſeine in der Kammer gehaltene Rede auszugsweiſe geben, um auch jeden Leſer von der Wahrheit deſſen, was ich früher erzählte, und was wirklich abentheuerlich, unglaublich dünken dürfte, vollkommen zu überzeugen.

Der Finanzausſchuß begründete ſeinen Antrag, unter Anderem auch mit dem, daß der Staat die größte Sicherheit biete. Schuſelka ſprach hierüber am 3. März 1849:

„Einer ſolchen Begründung des Antrages muß „ich im jetzigen Augenblicke auf das Beſtimmteſte „widerſprechen. Der Staat, wie er ſein ſollte, das „Oeſterreich, wie es ſein ſollte und könnte, würde „allerdings eine ſolche Sicherheit gewähren, und wäre „dieß der Fall, dann würde ich dafür ſtimmen, daß „alle Depoſiten dem Staate anvertraut werden. „Aber dieſes Oeſterreich, wie es ſein ſollte und könnte, „exiſtirt nicht, am allerwenigſten bietet aber der Staat, „wie er unter dem jetzigen Syſteme regiert, — was „regiert? — beherrſcht, ja terroriſirt wird, dieſe „Sicherheit. Um dieß zu begründen, werde ich einen „kritiſchen Blick auf dieſes Herrſchſyſtem werfen.“

„Dieſes Syſtem bietet keine Sicherheit, weil es „durch ſeine Maßregeln den Zuſtand der Revolution „permanent erhält, weil es die Contre-Revolution „ſyſtematiſch durchführt. Dieſe geht ſchon auf die „Maiereigniſſe zurück, vielleicht wird ſie ſich auch bis

„auf die Märzereigniſſe erſtrecken, und wer weiß, ob „man nicht in kurzer Zeit die Freiheit wird ausmärzen „wollen.“ (Die Linke applaudirt. Die Rechte und das Centrum ziſchen. Nachdem der Lärm vorüber, ſpricht Schuſelka weiter:) „Ich will dem Gedanken „nicht Raum geben, daß auch dieſes Haus auf mich „einen Terrorismus ausüben will, und ich werde mich „übrigens durch das Ziſchen nicht irre machen laſſen. „Faſt über alle hier vertretenen Provinzen erſtreckt „ſich der Belagerungszuſtand, dieß iſt der eigentliche „Revolutionszuſtand, weil da nur die Gewalt herrſcht, „und in einem Staate, wo die Regierung ſich nur „auf die Gewalt ſtützt, ſind alle Zuſtände in Schwebe „und in Frage geſtellt, und deßhalb kann ein ſolcher „Staat auch nicht auf die Dauer einer Woche Sicher„heit bieten. Man entſchuldiget alle dieſe Zuſtände, „als gingen ſie aus einer traurigen Nothwendigkeit „hervor; ich läugne dieß. Es iſt an der Zeit, daß „man endlich einmal den niedrigen Verdächtigungen „und Denunciationen offen entgegentritt. Es iſt nicht „wahr, daß die Maßregeln, ſelbſt die im Oktober „nicht ausgenommen, eine Nothwendigkeit geweſen „ſind. Ich ſpreche nicht im Namen irgend einer „Parthei, ſondern um der Sache willen; nicht einmal „als einfacher Schriftſteller, der ich war und wieder „ſein werde, würde ich mich in einen Kampf mit der „miniſteriellen Preſſe einlaſſen. Es iſt aber gewiß, „daß der 6. Oktober nicht gekommen wäre, wenn die

„Regierung eine offene Politik befolgt hätte. Nachdem „dieß aber nicht geſchehen, ſo iſt es ebenſo gewiß, „daß die ſchrecklichen Folgen davon nicht eingetreten „wären, wenn man nicht ſo gehandelt hätte, wie man „es gethan. Ich hätte dieſes nicht nur im Intereſſe „der Humanität, ſondern auch des Thrones gewünſcht. „Man wird ſich erinnern, daß in der Nacht des „6. Oktobers die Reichstagsdeputation von Schön„brunn mit der Erklärung zurückkehrte, der Kaiſer „werde alsbald ein neues volksthümliches Miniſterium „einſetzen. Was mußte ſich die Bevölkerung Wiens „denken, als ſie des andern Tages erfuhr, der Kaiſer „habe ſeine Reſidenz in Begleitung von 5000 Soldaten „verlaſſen; mußte da nicht der Gedanke aufkommen, „daß der Kaiſer nicht frei war, und vom Militär „entführt wurde?“ (Die Rechte ruft: Zur Sache, zur Sache.) „Ich bin bei der Sache, und gerade „dieſer Ruf zeigt, daß es zur Sache gehört, und ich „will ja begründen, daß das jetzige Syſtem keine „Gewähr, keine Sicherheit darbietet. Uebrigens will „ich über dieſen Gegenſtand, weil man denn gar ſo „ungern davon hört, ſo kurz als möglich hinweggehen. „Ich behaupte, daß auch das ſpätere Unglück, das „Wien getroffen, nicht eingetreten wäre, wenn nicht „Bedingungen geſtellt worden wären, die man nicht „eingehen konnte, wenn man das Volk nicht aufs „Aeußerſte getrieben hätte, um es auf's Aeußerſte „niederſchmettern zu können. Aber ſelbſt zugegeben,

„daß dieß nothwendig war, warum noch immer die„selbe Politik? und in dieſer Beziehung drängt ſich „die Frage auf, ob das Miniſterium wirklich an der „Spitze der Regierung ſtehe. Ich glaube es nicht, „vielmehr glaube ich, daß wenn die Verſammlung die „Macht hätte, einen Blick in die Verhandlungen des „Miniſteriums mit den Feldherren zu werfen, ſie auf „überraſchende Erſcheinungen ſtoßen würde, und daß „man ſich dann fragen müßte, ob das Miniſterium „regiere, oder regiert werde? Iſt dieß aber ſo, dann „muß es mir geſtattet ſein, dieſe Politik bei ihrem „wahren Namen zu nennen. Es iſt dieß eine Politik „der Rache. (Senſation). Man übt Rache an Wien, „weil es gewagt, die Feſſeln des Abſolutismus zu „brechen; darum wird es nun niedergebeugt, und in „Wohlſtand, Geſinnung und Geſittung verderbt. Ich „rufe dem Miniſterium zu: Nur in Wien kann der „Thron ſtehen, je länger der Monarch von dort weg„bleibt, deſto ſchwerer wird es ſein, ja es iſt jetzt „ſchon ſchwer, den Thron wieder dort mit der Liebe „des Volkes aufzurichten. Ja es iſt die höchſte Ge„fahr im Verzuge. Das Miniſterium braucht über „dieſe Geſinnung nicht zweifelhaft zu ſein; es hat ja „Organe genug, um die Stimmung Wiens zu ſon„diren. Man übt Rache an Niederöſterreich, wo „man Alles entwaffnet, von Haus zu Haus Unter„ſuchungen anſtellt, den Vater gegen den Sohn, die „Gattin gegen den Mann auszuſagen zwingt, man

„öffnet Briefe daselbst. Ich rufe hier abermals dem „Ministerium zu: Niederösterreich ist das Stammland „der Monarchie, und in demselben Grade, als man „ihm wehe thut, thut man der ganzen Monarchie „wehe. Man übt Rache an den Studenten, weil „sie es gewagt, das alte System über den Haufen „zu werfen; man übt Rache an den Schriftstellern, „die man Monate lang einsperrt, ohne sie zu ver„hören.*) Andere steckt man in den Soldatenrock, „aber um sie, nicht als Soldaten, sondern als Arre„stanten zu behandeln.**) Aber auch die freie Presse „wird sich rächen. Sie hat schon manches Mini„sterium gestürzt, und sie wird das jetzige Ministerium „auch zu Grunde richten. Das Ministerium befolgt „aber auch eine Politik der Furcht. Diese geht so „weit, daß man Befehle lesen mußte, nach denen die „Verfolgungen nicht nur gegen die akademische Legion, „sondern, — man höre und staune, — selbst gegen „die Studentenröcke ausgeübt werden. Aber zugege„ben, daß Alles nothwendig sei, so war es im No„vember, wo das ersehnte Ministerium zu einer Macht „gelangt war, wie keines noch in Oesterreich, an der „Zeit, eine neue Politik einzuschlagen, und die alten

*) Häfner, ehemaliger Redakteur der Constitution, von Officieren, ohne jeden Grund, verhaftet, saß auf einer Festung durch 5 Monate ohne Verhör.

**) Dobrzanski und Kaminski.

„Wunden zu heilen; nicht aber die geschlagenen fort „und fort aufzureißen und neue zu schlagen. Vielleicht „wird heute wieder Einer im Stadtgraben zu Wien „erschossen. Das Programm des Ministeriums ist „gut aufgenommen worden. Die Freude darüber „wurde aber bald ganz aufgehoben durch den Erlaß „des Ministeriums des Innern, wornach alle Beamten, „die durch ihre Haltung auch außerhalb des Amts„verhältnisses zeigen, daß sie das Ministerium nicht „für unfehlbar halten, mit Entlassung vom Dienste „bedroht werden. Anfangs habe ich mich getröstet, „weil ich dachte, daß damit das Ministerium, welches „sich nach dem Wortlaut des Programmes an die „Spitze der Bewegung gestellt, die Reaktioneure und „Bureaukraten zu schrecken beabsichtige; aber nachdem „ich eingesehen, daß das Ministerium auch nicht eine „einzige freisinnige Maßregel getroffen, so konnte ich „in jener Verfügung nur eine Widereinführung des „alten Systemes erkennen, nach welchem die Beamten „als bloße Automaten, als willenlose Werkzeuge an„gesehen werden. Der Abgeordnete Helfert hat das „Josephinische System despotisch genannt, und nun „sehen wir, daß dasselbe freisinnige Ministerium jedem „Beamten mit Entsetzung droht, der dasselbe nicht „für infallibel hält. Wir sehen an die Spitze des „Programmes die Gleichberechtigung der Nationali„täten gestellt; dieses Wort haben wir mit Jubel be-

„beigeführt werde, um dann dem Volke ſagen zu „können: Seht Ihr, das habt Ihr von der Freiheit! „(Beifall.) Wenn nicht eine beſſere, eine gerechtere „Politik eingeſchlagen wird, ſo kann der Staat nicht „für 5 Gulden Garantie bieten. Sehen wir einmal „nach Polen. Das Miniſterium hat ſich nicht be„dacht, zu den vielen Theilungen Polens noch eine „neue hinzuzufügen. Dieſe ruthenische Politik, andere „nennen ſie die ruſſiniſche, ja es kann noch eine „ruſſiſche daraus werden, kann nur zum äußerſten „Verderben führen. Anſtatt dieſem Lande die größ„möglichſte Selbſtſtändigkeit zu gewähren, und die „Herſtellung eines Königreiches Polen zu ermöglichen, „verfolgen die Miniſter dort eine Politik, gerade als „ob ſie die Commiſſäre Rußlands wären.“ (Das Centrum und die Rechte rufen: Zur Sache, zur Sache.) „So weit iſt es ſchon gekommen, daß das „große mächtige Oeſterreich zum Schützlinge Rußlands „herabſank. Ich erinnere das Miniſterium, was „Maria Thereſia der ruſſiſchen Kaiſerin Katharina „ſchrieb: Ihre getreue Schweſter und Freundin, mit „meinem Willen aber niemals Nachbarin. So hat „eine Frau geſprochen, die Männer des gegenwärtigen „Miniſteriums haben es aber dahin kommen laſſen, „daß Oeſterreich nur mit Hülfe der Koſaken „zuſammen gehalten werden kann. Wenn auch „miniſterielle Blätter meinen, der Einmarſch der Ruſſen „habe nicht ſo viel zu bedeuten, als ihm Scribenten

„beilegen, so sage ich: Der Tag, wo die Russen „österreichisches Gebiet betreten, ist ein Unglückstag „für Oesterreich. Endlich, wie verhält es sich „Deutschland gegenüber? Von deutscher wie von „slavischer Seite ist hier widerholt protestirt worden „gegen diese hinterlistige Politik, mit der weder „Deutsche, noch Slaven, noch Italiener zufrieden sein „können. Es ist offenbar, daß man das alte Ge„mengsel und Ineinanderschieben der Nationalitäten „aufrecht erhalten wolle, um auf einer Seite etwas „zu gewähren, und auf der andern mehr vorenthalten „zu können. Es ist ein stolzes Sprichwort gewesen: „Oesterreich ist nicht umzubringen. Wenn das Mini„sterium so fortfahren wird, wie bisher, so wird ihm „ganz gewiß der Ruhm zu Theil werden, Oesterreich „zu Grunde gerichtet zu haben.“ (Stürmischer Bei„fall von der Linken. Die Rechte schweigt. Das Centrum sieht aus Verlegenheit auf den Boden.)

Da das Ministerium an diesem 3. März auf das heftigste angegriffen worden war, ihm darnach fast nichts über blieb, als der Austritt oder ein Gewaltstreich, und da der Reichstag ungeachtet aller gegen ihn von dem Ministerium commandirten Schmähartikel dennoch wieder an Sympathien im Volke zu gewinnen begann, zudem da Alles erwartete, daß in Wien am 13. März eine neue Revolution losbrechen werde, so vermuthete ich, daß bis zum 13. März die Kammer aufgelöst, eine ziemlich freisinnig aussehende Verfassung

gegeben und mehrere der Kammermitglieder verhaftet werden würden, um die blutdürstige Militärgewalt und Reaktion zufrieden zu stellen. Ich machte mehrere Collegen mit dieser meiner Besorgniß bekannt, doch sie theilten dieselbe nicht, und meinten eine Auflösung sei unmöglich, weil die kaiserlichen Truppen in Ungarn tüchtig geschlagen würden und dann weil man die Kammer zur Ausschreibung der Steuern für das nächste halbe Jahr bedürfe.

Am 7. März 1849 fanden die Deputirten alle Zugänge zur Stadt und zu den Reichstagslokalitäten mit Truppen besetzt, und die oktroirte Charte wurde im Drucke vertheilt, und die Abgeordneten erfuhren nur durch Straßenanschläge, daß der provisorische Kaiser den Reichstag aufgelöst habe.

Dieser Gewaltstreich, diese Sprengung des constituirenden Reichstages mittelst Waffengewalt macht das Ministerium und alle die hiezu mitgewirkt haben des Hochverrathes schuldig, worauf das österreichische Strafgesetz die Todesstrafe verhängt.

Die kaiserliche Bewilligung vom 15. Mai 1848 besteht noch immer in Rechtskraft. Sie wurde nicht aufgehoben, und kann von dem Monarchen nicht anullirt werden, um so weniger als seit dem 15. Mai 1848 die monarchisch-constitutionelle Regierung nur provisorisch ist. Sobald demnach das Volk will, kann es sich seinen mit Gewalt ohne jedes Recht gesprengten Reichstag wieder zusammenberufen, ja es können

ſogar die Deputirten, welche ihr Mandat noch nicht verloren haben, ſelbſt zuſammentreten, und den Franz Joſeph wegen ſeiner Gewaltthat oder auch aus jedem anderen Grunde nach Belieben entthronen. Der Kaiſer hat nie und nimmermehr das Recht eine oktroirte Charte zu geben, ſie iſt demnach ungültig, und ſelbſt wenn in Folge derſelben Reichstage zuſammentreten ſollten, was aber nicht den Anſchein hat, ſo wird hiedurch dieſe Conſtitution keine verbindliche. Die einzige zu Recht beſtehende Volksvertretung iſt für Oeſterreich die conſtituirende Verſammlung. „Sie iſt, „wie Dulon*) von der preußiſchen aufgelöſten Verſamm„lung ſagt, nicht vertagt, und nicht aufgelöſt, ſondern „lediglich durch rechtloſe Gewalt an der Ausübung „ihrer Funktion gehindert. Die Verfaſſung vom März „1849 ruht auf den Bajonetten der Krieger. Ihr „Einfluß reicht genau ſo weit, wie die Macht der „Bajonettte reicht. Das Recht wieder ſie zu handeln, „hat Jeder, der die Macht hat, der Kaiſer ſo gut, „wie der geringſte Unterthan. Gegen dieſe Verfaſ„ſung iſt Hochverrath eine Unmöglichkeit. Kein ge„wiſſenhafter Geſchworner wird bei Hochverrathsan„klagen das Schuldig ſprechen, ſo lange dieſe Verfaſſung „der Grund der Anklage iſt. Kein vorſichtiger Ban-

*) Der Kampf um Völkerfreiheit d. a. 1849, von Rudolph Dulon. Dieſes treffliche Buch empfehle ich angelegentlichſt meinen Landsleuten.

„quier wird dem öſterreichiſchen Staate Geld leihen, „ſo lange derſelbe in der Zwangsjacke dieſer Verfaſ„ſung einhergeht. Oeſterreich iſt unter der Verfaſſung „vom März rechtlos und creditlos.“

Die Deputirten waren über dieſe Sprengung des Reichstages, über das todeswürdige unverantwortliche freche Benehmen der Miniſter, welche jedes Recht mit Füßen traten und ſich nur auf die Gewalt ſtützten, auf das tiefſte empört, ich ſah ſogar einige Schwachköpfe des Centrums weinen, und einige früher von ihnen bis aufs äußerſte gehaßte Glieder der Linken ganz ſentimental um ein paar Zeilen in ihr Album betteln, und ſie beſchwören die Flucht zu ergreifen, und die Czechen waren faſt außer ſich über den Verrath des Miniſteriums, und der Hofparthei, von der ſie zum Beſten gehalten worden waren. Man hatte ihnen ſo viel verſprochen, und nichts war ihnen gehalten worden.

Meines Wiſſens eilten auch mehrere Abgeordnete fort, und es gelangten wenigſtens 12 von ihnen über die Gränze, welche ſich bis auf beſſere Zeiten, das iſt bis die Reaktion geſtürzt und die oktroirte Conſtitution caſſirt iſt, im Auslande aufzuhalten gedenken.

Wahrend deſſen wurde auch der Deputirte Fiſchhof verhaftet, und gleich darauf wurden den Deputirten Violand, Kudlich, Füſter und Goldmark geſchriebene Porträts oder Steckbriefe nachgeſandt. Gegen alle iſt wegen Hochverraths das Criminalverfahren einge-

leitet. Es ist wirklich lächerlich. Ich bin überzeugt, daß nicht ein einziger Schuldig ist, und als das komischeste erscheint dabei, daß gerade jene Leute, die selbst Hochverrath begangen haben, nun sie, die tapfersten Freiheitsvertheidiger wegen dieses Verbrechens verfolgen. Aber mir ist es erklärlich. Fischhof war derjenige, der am 13. März 1848 zuerst das Wort für das Recht des Volkes ergriff, er war Präsident des Sicherheitsausschusses, und donnerte noch in Kremsier gegen das Ministerium, gegen Welden und die Reaktion. Violand, Füster und Goldmark gehörten unter die entschlossensten Männer in dem Sicherheitsausschusse und in der Kammer. Kudlich war durch den von ihm gestellten Antrag, die Ursache, daß das Gutsunterthänigkeits-Verhältniß, Roboth und Zehent aufgehoben wurde. Das kann ihnen die Reaktion nicht vergeben. Zwar wird man sagen, nicht das Blutgericht, sondern das competente Criminalgericht hat gegen sie eingeleitet. Nun es galten wohl die Criminalräthe Wiens bisher für Gerechtigkeit ausübende Männer, aber Welden hat ja Belohnungen für ihm angenehme Denunziationen ausgesetzt, und daß die Criminalrichter in dem Sinne urtheilen werden, wie die Minister wollen, ist natürlich, sonst müßten sie ja nach jener bereits erwähnten Ministerialverordnung austreten. Diese Anklagen wegen Hochverraths sind übrigens lächerlich, mag auch ein oder der andere verurtheilt werden, die Geschichte bringt

ſie doch zu Ehren, windet ihnen den Kranz der Freiheit aus Eichenlaub, und weiſt auf ſie als Märtyrer hin. Aber empörend iſt die Einleitung der Unterſuchung wider Goldmark wegen Mitſchuld am Morde Latours. Ich gebe zu, dieſe Einleitung iſt in Folge einer Zeugenausſage beſchloſſen worden; aber es iſt unverantwortlich, daß nicht früher das Criminalgericht, bevor es eine ſolche Anklage in die Welt ſchleudert, alle Deputirten vernimmt, welche um die Zeit der Ermordung des Kriegsminiſters, ſich wie bekannt, im Hofkriegsgebäude befanden. Da hätte das Criminalgericht erſehen müſſen, daß der Zeuge gegen Goldmark ein Lügner iſt, denn ich ſah ſelbſt, und alle andern damals zugegen geweſenen Deputirten müſſen es auch geſehen haben, wie Goldmark mit dem größten Eifer, ganz krebsroth im Geſichte, in die Leute hineinſchrie und ſie beſchwor, ſich keine Gewaltthat zu erlauben, die Freiheit nicht mit einem Verbrechen zu beflecken. Goldmark iſt ein Ehrenmann, für die Freiheit eben ſo wie für das Recht erglühend. Er hätte den Latour in Anklageſtand verſetzt, er hätte es vielleicht nöthig gefunden, daß das Todesurtheil gegen ihn ohne jede Begnadigung zur Warnung anderer pflichtvergeſſener Miniſter ſtrenge vollſtreckt werde, aber es iſt eine reine Unmöglichkeit, daß Goldmark eine Mitſchuld an einem Morde ſelbſt dem eines Verbrechers hat.

Die oktroirte Charte, welche, weit schlechter als die vom April 1848, — als eine fadenscheinige Verbrämung, als elende Uebertünchung des Despotismus erscheint, ist bekannt. Vielleicht werde ich darüber noch später schreiben. Ebenso bekannt ist auch die kühne Sprache, welche sich Oesterreich gegen Deutschland erlaubte, die Gewalt, die Willkühr mit der es überall vorging, und seine Verbindung mit Rußland und den anderen Fürsten, deren Streben gleichfalls auf Unterdrückung der Freiheit und des Rechtes hinarbeitet.

Ich schließe demnach, und will nur noch einige Bemerkungen an diese Darstellung der österreichischen Verhältnisse knüpfen.

XXXI.

Sündenregiſter des Miniſteriums und des Hofes. Oeſterreich iſt ohne Despotismus eine Unmöglichkeit. Es iſt das Unglück Deutſchlands und Italiens. Herausforderung der Demokratie. Sie nimmt den Kampf an. Rieger's Worte.

Das öſterreichiſche Miniſterium als Repräſentant des Hofes, der Camerilla, der Reaktion, hat ſchon ſeit lange nach und nach dem Volke ein Recht nach dem andern zu entwenden gewußt, endlich trat es mit Gewalt, mit Verläugnung jedes Rechtlichkeitsgefühles als Despot auf, und mordete die Männer des Rechtes auf gemeine blutgierige Weiſe dahin, oder beraubte ſie ihrer Freiheit, und gab eine rechtsloſe oktroirte Charte, die erſt, weiß Gott wann, in das Leben treten ſoll, die ein centraliſirtes geknechtetes Oeſterreich bilden, und die Ungarn und Croaten ſelbſt ihrer vormärzlichen Freiheit berauben will. Ich habe keine Ausdrücke, um meine Entrüſtung gegen dieß

Miniſterium, gegen die ſie leitenden Abſichten an den Tag zu legen.

Dieſe Miniſter und der Hof, und ihr Anhängſel, wüthen noch fort und fort, doch je ärger ſie wüthen, mit je größerer Rache die Verfolgungen dauern, je mehr ſie alles Recht, wie betrunken mit Füßen treten, deſto kürzer kann auch nur ihre Herrſchaft ſein.

Und was wollen dieſe Menſchen, wenn man noch dieſen Wüthrichen den Namen: Menſchen geben kann?

Sie fürchten das Recht des Volkes, das Princip der Volksſouveränität, bei der bald, bei ſteigender Bildung, die Fürſten nicht mehr werden anerkannt werden; und fällen dieſe, ſo fallen auch keine Orden, keine Brodſamen mehr von den fürſtlichen Tafeln an die um ſie kriechenden Schlangen. Und das fürchtet dieſes elende Gewürme, aufgebläht von dummer Herrſchſucht und ſchmutzigen Egoismus und daher wollen ſie das Volksrecht und das Princip der Volksſouveränität zu Tode treten. Doch dieſe Furcht haben ſie nicht blos in Oeſterreich allein, ſondern ſie wird getheilt von allen Machthabern der Welt. Daher verbinden ſie ſich innig mitſammen, und Oeſterreich gibt ſich den Einflüſterungen Rußlands, Frankreichs und Englands hin. Die wollen die öſterreichiſche Dynaſtie um jeden Preis erhalten, um die Vereinigung der deutſch-öſterreichiſchen Provinzen mit Deutſchland, und der Lombardei mit den übrigen italieniſchen Ländern zu hindern. Ich habe früher an-

gedeutet, auf welche Weise Oesterreich zu halten gewesen wäre, und auf was die Linke hinzuwirken sich bestrebte. Aber das Inslebentreten dieser Idee war den obenerwähnten Staaten nicht gelegen. Denn wäre Deutschland mit den deutsch-österreichischen Provinzen vereint, wäre Italien einig, so sind in Europa zwei neue mächtige Staaten, welche bei ihrer Lage am Meere, durch zuverlässig sich entwickelnden Handel an der Ost- und Nordsee und am mittelländischen und adriatischen Meere, den Franzosen und Engländern sehr gefährlich werden könnten, und Rußlands Czar fürchtet den mächtigen freien Nachbar, das durch vereinten Willen kraftvolle, geeignete, gebildete Deutschland. Das alte oder gegenwärtige Oesterreich bedarf seines Schutzes, er garantirt ihm mit Freuden die Lombardei und Venedig, um dafür seine Räuberfaust nach den Donaufürstenthümern und nach Constantinopel ausstrecken zu können. Daher will er auch die Aufrechthaltung der anno 1815 abgeschlossenen schmachvollen Verträge der Fürsten.

Das alte oder gegenwärtige Oesterreich kann aber, wie Metternich recht wohl erkannte, nur durch Despotismus, durch gewaltsame Unterdrückung gegen jedes Streben einer Nationalität sich mit der ihr verwandten Nationalität zu verbinden, nur durch Bajonette erhalten werden, deßhalb sucht der österreichische Hof die muthige und radikale Parthei gerade zu vernichten, und Rußland spendet dafür Orden an Ra-

detzky und Windischgrätz; und auch die deutschen Fürsten, weil sie jubeln über das freche Auftreten Oesterreichs gegen die Einheit Deutschlands und die Wahrheit der Volkssouveränität, weil sie einsehen, was auch nicht viel Verstand erfordert, daß, soll Deutschland einig sein, unmöglich über dasselbe 34 blutsaugende Familien unbeschränkt herrschen können, weil sie einsehen, daß bei der Freiheit, ihre Throne, sich stützend auf die Lüge des Erbrechtes, nothwendig fallen müssen.

Selbst das Oesterreich, wie es die Linke wollte, könnte mit Anerkennung der Menschen- und Völkerrechte der Freiheit nur so lange bestehen, als die Bildung noch nicht gestiegen, und die Nachbarstaaten noch nicht gleiche Freiheit genießen, denn es ist klar, daß wenn die Freiheit, das Recht, in ganz Europa gleichmäßig anerkannt wird, sich die Deutschen in Oesterreich mehr zu den andern außer diesem Lande befindlichen Deutschen als zu den Slaven und Italienern gezogen fühlen werden, und ebenso werden ganz natürlich auch die österreichischen Slaven sich mit den freien Slaven außer Oesterreich, die österreichischen Italiener mit den übrigen Italienern, die Polen mit ihren Brüdern vereinen, und Oesterreich wird verschwunden sein. Aber ist das ein Unglück, wenn in Folge solcher allgemeiner Wünsche der Völker zur Herstellung des natürlichen Zustandes, das zusammen gestückelte Oesterreich, welches die Kraft

der Deutſchen, der Italiener, der Slaven ſchwächt, aufhört zu ſein? Nicht im mindeſten, alle Bewohner des dann ehemaligen Oeſterreichs werden ſich in ihren neu und freiwillig eingegangenen Verbindungen nur glücklich fühlen. Ihr Handel wird aufbluhen, und alle dieſe großen mitteleuropäiſchen neu gebildeten Staaten werden nothwendiger Weiſe mit einander Handels- und andere Verträge abſchließen müſſen, welche ihren Wohlſtand ihre Sicherheit nur vermehren, und gerade Wien als der Mittelpunkt Europa's wird an der gegen Oſten ſtrömenden Donau, die durch die Schiffahrt mit dem mittelländiſchen Meere verbunden iſt, der Haupthandelsplatz am Feſtlande werden.

Die alten Diplomaten, dieſe Lügner, dieſe Fürſtenknechte, dieſe Freiheitsunterdrücker werfen beſtändig mit der welthiſtoriſchen Bedeutung Oeſterreichs, mit deſſen großer Aufgabe herum? Welche iſt denn die? Heraus mit der Sprache! Keine andere, als die Kraft Deutſchlands, Italiens und der Südſlaven zu untergraben, damit andere Länder ſich bereichern, und einige Fürſten reich gefüttert werden können. Man ſagte auch mit pathetiſchem Tone, Oeſterreichs Aufgabe iſt, die Bildung nach Oſten zu tragen. So? und darum wurde und wird in Oeſterreich die Preſſe unterdrückt, und darum erhebt man in Gallizien den miſerabelſten Dialekt, den rutheniſchen zur Schul- und Geſchäftsſprache, und verbietet die feingebildete Schrift und polniſche Sprache, und darum wurde

der polnische Bauer systematisch verdummt? Ja das österreichische Ministerium sieht darnach aus, als wenn es die Bildung nach Osten tragen wollte; hat es vielleicht deßhalb die Kosacken ins Land gerufen, daß sie während ihres Aufenthalts größere Bildung erhalten, von der brutalen österreichischen Soldateska und von dem Mörder Robert Blums? Mit solchen Lügen bleibt mir vom Leibe. Oesterreich ist blos vom Werth, für die Dynastie, da sie ohne Oesterreich auch ohne Land wäre, dann für Frankreich und alle andern Fürsten; — für Deutschland und Italien und die Slaven ist es ein fürchterliches Unglück.

Wer ist es denn, der in Oesterreich den Fortbestand dieses Landes wünscht? Die Fürstenfamilien, die Büreaukratie, die Geistlichkeit, der Adel, landaussaugende Banquiers, unwissende Officiere und dumme Spießbürger, und wegen dieser Leute, die nur auf Kosten anderer leben, nur durch ihre Privilegien einen Werth besitzen, wegen dieser Leute sollen Millionen und Millionen unglücklich sein? Es ist zu lächerlich, und man wird einstens über die Lammsgeduld der Völker eben so staunen, als wie wir uns über den Glaubenseifer und dessen Fanatismus verwundern, mit dem man die Menschen in Religionskriege trieb.

Früher habe ich noch durch einige Zeit den Fortbestand Oesterreichs als Monarchie für möglich gehalten, aber der Hof und das jetzige Ministerium haben die Leute wirklich mit den schlagendsten Beweisgründen

von der Gefährlichkeit einer Monarchie überzeugt; sie haben ihnen dargethan, daß die Fürsten, wenn sie in der Noth sind, blos versprechen, dann aber wenn sie wieder die Macht haben, nichts halten; sie haben ihnen gelehrt, daß die Ministerien in Monarchien ohne Strafe die größten Verbrechen zu begehen im Stande sind, und wirklich begehen; und sie haben ihnen dargethan, daß die Ministerien in Monarchien ihnen ihre Söhne ins Militär stecken und ihnen das Geld aus der Tasche zu Kriegen nehmen, die das Volk nicht will. Uebrigens der Hof und das Ministerium in Oesterreich haben der Freiheit am meisten genützt; sich aber werden sie in kürzester Zeit zum Lande hinausgebracht haben. Ungarn, Venedig und Siebenbürgen haben sich so viel als losgerissen, wenigstens haben sie die österreichischen Soldaten aus ihrem Lande hinausgeworfen. Die Lombardei, Gallizien und Wien, und von dieser Stadt hängen alle deutschen Provinzen ab, sind in Belagerungszustand. Namentlich in Wien sind die Leute bis zur Raserei erbittert, man mußte dort schon das Tragen der rothen Farbe als Zeichen der rothen Republik, — welche übrigens keine Raserei ist, — strengstens verbieten. Südtyrol sehnt sich nach Italien. Böhmen, Croatien und Serbien wüthen gegen die Regierung wegen der oktroirten Charte, und dem falschen Spiele, was mit ihnen getrieben wurde, und unter dem österreichischen Militär, da sind eine Menge schmachvoll gepreßte

Studenten und eine Menge durch und durch radikal gestimmte Menschen, denn wer nach dem März 1848, wenigstens aus den deutschen Provinzen, unter das Militär ohne jede Kammerbewilligung gesteckt wurde, ist mit Wuth und Erbitterung über die Willkühr Oesterreichs erfüllt; und wie stehts mit den Finanzen? Wie lange wirds dauern, und Ihr Gewaltmenschen macht Banquerot, und habt auch die Bourgeoisie gegen Euch. Also wie lange kann dieses Ministerium und die Barbarei in Oesterreich, und Oesterreich selbst noch bestehen, wo die Ungarn von Tag zu Tag vorrücken, wo österreichische Soldaten zu ihnen übergehen oder vor ihnen absichtlich, aber nicht etwa aus Feigheit fliehen, um Verwirrung in Eurem Heere zu bereiten? Ha, wie wird Euch, wenn Ihr dieses seht und hört, Ihr ruft nun die Russen, nennt sie edel, leckt dem Czar die Stiefel, ruft alle Regenten zur Hülfe auf, aber es hilft Alles nichts. Ihr vertheidiget nur die schmutzigen Interessen des Unrechts, des geringsten Theiles der Bevölkerung, eine ungeheure, furchtbar empörte Majorität ist gegen Euch und wird Euch zur Verantwortung ziehen. Ihr gebt Euch zwar den Anschein, als sei die Majorität für Euch! Welche gemeine Lüge. Gebt einmal Eure Soldaten weg, und Ihr existirt in zwei Stunden nicht mehr, also wo ist die Majorität derjenigen, die mit Euch sind. Die Soldaten dürft ihr nicht zählen, denn die Armee habt Ihr mit Gewalt gepreßt, gezwungen auf

Ihre Brüder zu ſchießen, und wenn ſie können, ſo laufen ſie Euch davon. Ihr ſprecht zwar auch, „blos Wühler hätten dieſe allgemeine Erhebung her„vorgerufen.“ Nun das iſt alles eins, ich ſage Eure Unverſchämtheit, Euer jedes Recht mit Füßen treten. Die Wühler, das ſind gerade die Leute, denen ich vom Herzen gut bin, ſie rühren und wühlen Eure Lügenpfützen auf, um zu zeigen, um zu beweiſen, daß am Grunde alles abſcheulicher Unflath iſt. Ihr ſagt ferner: „es ſei die höchſte Gefahr für alle Regierungen „vorhanden, der Aufſtand in Ungarn zeigt in ſeiner „dermaligen Phaſe ſo entſchieden den Charakter einer „Vereinigung aller Kräfte der europäiſchen Umſturz„parthei, daß das Intereſſe ſämmtlicher Staaten ein „gemeinſchaftliches iſt, die die Regierungen nöthigen, „ſich in dem Kampfe gegen die ſich dort verbreitende „Auflöſung aller geſellſchaftlichen Ordnung zu unter„ſtützen.“ Mich freut, daß Ihr ſelbſt ſchon erkennt, daß die Parthei welche Eure Lügengewebe zerreißen und Eure Schändlichkeiten umſtürzen will, eine europäiſche iſt, daß ganz Europa gegen Euch zürnt. Das Intereſſe der jetzigen Regierungen, das iſt nicht das der Völker. Ihr ruft Eure Bundesgenoſſen zur Hülfe auf, das iſt ſehr gut, ihr werdet auch bemerken, wie ſich ſchon die Völker in Deutſchland gegen ihre Fürſten als Eure Helfershelfer verbinden. Nun wohlan, ihr habt die Demokratie zum Kampfe herausgefordert, ſie nimmt ihn an. So fließe den Blut um das Recht

und die Freiheit, es wehe die blutige Fahne der Revolution. Es würge das Schwert, es treffe die Kugel, und verwüste reiche Städte und blühende Ebenen. Du waltende Vorsehung, deren leitende Hand in der Welt und Völkergeschichte so deutlich zu sehen, Du wirst zum Siege bringen das Recht, die Wahrheit und die Freiheit. Eure erbärmliche Lüge, daß die von Euch sogenannte Umsturzparthei jede gesellschaftliche Ordnung äuflösen wolle, schreckt Niemand mehr, man weiß recht wohl, daß gerade die Parthei der Demokratie, oder des Umsturzes wie Ihr sagt, wahre Ordnung, wahre Gesetzlichkeit will. Ungesetzlichkeit, Anarchie die findet man nur bei Euch, in Wien, wo Ihr mordet und lüget nach Willkühr; in Oesterreich, wo Ihr eine oktroirte Charte gabt, und das kaiserliche Wort zum Spotte von Europa machtet. Woher glaubt denn Ihr 5 oder 6 Minister mit dem Kaiser das Recht zu haben, den gewählten Vertretern der Völker, also ihnen selbst gegenüber zu sagen, wir verstehen das besser als Ihr; existirt denn noch ein Mensch, der glaubt, daß ein Monarch wenn er auch älter als 18 Jahre ist, nur ein Quintchen mehr Verstand hat, als jeder andere Mensch, oder daß ein Minister eine Gottheit ist?

Gesetzt aber, Ihr würdet jetzt siegen, wie lange könnt Ihr dann noch zappeln? einige Jahre vielleicht, bis die kleinen Jungen groß geworden, dann jagen sie Euch zum Lande hinaus. Fragt so einen Knaben

von 10 Jahren, so ist er durch und durch Republikaner, von dem blinden Glauben an Eure Autorität findet Ihr keine Spur; und was für eine sittliche Kraft und Todesverachtung, die Ihr selbst gar nicht kenn, werdet ihr bei 14 und 15jährigen Jünglingen entdecken! Der Principienkampf zwischen dem der Legitimität und dem der Volkssouveränität ist durch Euch hervorgerufen, und früher ist auf keinen dauernden Frieden zu zählen, bis das letztere gesiegt, denn dasselbe ist eine Wahrheit, und Euch zu Liebe wird die Geschichte keine Ausnahme machen.

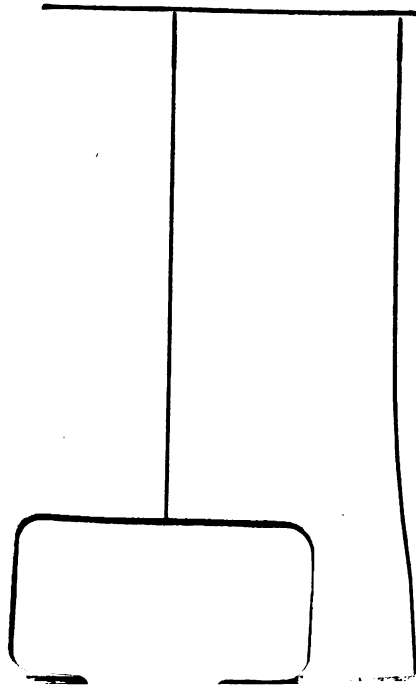
Ihr wollt das Princip der Volkssouveränität als eine Lächerlichkeit hinstellen und mit den Worten Riegers rufe ich Euch zu: „Das Princip der Volkssouve„ränität ist eine Wahrheit, sie steht so herrlich da auf „dem Firmamente der Vernunft, so leuchtend und glän„zend, so erhaben wie die Sonne, und Eure oktroirte „Charte, Eure Erklärungen werden diese Sonne nicht „so leicht verdecken, wie man auf einer alten Coulisse „den Mond verkleben kann mit einem Fetzen Papier. „Ihr habt sie verhöhnt, Ihr habt die Rechte der Völ„ker mit Füßen getreten, Ihr habt unter Berufung „auf das legitime Erbrecht Euch angemaßt, die Völker „nach Eurer Willkühr zu beherrschen. Ihr habt die „Völker herausgefordert zum Beweise dieser Wahrheit, „und Ihr werdet es schwer büßen müssen. Wenn ein „gesammtes Volk sich einmüthig erhebt, in der ganzen „Majestät seines Zornes, welcher Sterbliche mag dann

„hintreten und ſagen: Ich bin Dein geborner Herr,
„mir haſt Du zu gehorchen. Der Groll der Völker
„iſt ein mächtiges Gewitter, bei ſeinem Hauche wan-
„ken die Throne, es fallen die Kronen von den Häup-
„tern der Geſalbten, und wie der gewaltige Sturm-
„wind die Eiche, ſo erfaßt er den uralten Herrſcher-
„ſtamm, er reißt ihn heraus aus dem Leben einer
„Nation, in dem er Jahrhunderte lang gewurzelt, und
„trägt ihn in die weite Ferne, wie ein leichtes Wei-
„denrütchen.“

14
17
21
27
35
37
42
47
49
56
57
63
67
70
74

DB 83 .V5
Enthullungen aus Oesterreichs
Stanford University Libraries
3 6105 041 379 020

D
8
V5

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.